Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XII

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XII

Von

Jürgen G. Backhaus, Karl Häuser, Bertram Schefold,
Dieter Schneider, Jochen Schumann

Herausgegeben von Heinz Rieter

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XII

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 115/XII

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XII

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XII

Osteuropäische Dogmengeschichte

Von

Jürgen G. Backhaus, Karl Häuser, Bertram Schefold,
Dieter Schneider, Jochen Schumann

Herausgegeben von Heinz Rieter

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Osteuropäische Dogmengeschichte / von Jürgen G. Backhaus . . . Hrsg. von Heinz Rieter. – Berlin : Duncker und Humblot, 1992
(Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie ; 12) / (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; N. F., Bd. 115)
ISBN 3-428-07535-8
NE: Backhaus, Jürgen; Rieter, Heinz [Hrsg.]; 1. GT; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Schriften des Vereins . . .

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten
© 1992 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41
Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin 21
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61
Printed in Germany

ISSN 0505-2777
ISBN 3-428-07535-8

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort

Die 12. Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses im Verein für Sozialpolitik fand am 7. und 8. Oktober 1991 in der Kartause Ittingen bei Frauenfeld (Schweiz) statt. Hans-Christoph Binswanger und Kurt Dopfer waren so freundlich, den äußeren Rahmen zu gestalten. In der Abgeschiedenheit dieser schönen Tagungsstätte haben die Teilnehmer ausgewählte Fragen der osteuropäischen Dogmengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts erörtert. Der vorliegende Band enthält die Referate in ihrer überarbeiteten Fassung.

Jürgen G. Backhaus, Maastricht, untersuchte „Die west-östliche Migration deutscher Ökonomen" vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ihrer Bedeutung für die inhaltliche und methodische Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften im Gast- wie im Heimatland. Er gab einen Katalog von Kriterien vor, unter denen „das Kapitel neu zu schreiben" sei. Exemplarisch schilderte er das Wirken von Ludwig Heinrich von Jakob, Christian von Schlözer und Heinrich von Storch. In der Diskussion wurden u. a. die Ansatzpunkte einer erfolgreichen Migrationsforschung hervorgehoben. Sie müsse auch die Diffusionseffekte des Wissenstransfers erfassen. Es blieb strittig, ob überhaupt von einer deutsch-russischen (Emigranten-)Schule gesprochen werden kann und ob die ihr in der Literatur zugerechneten Ökonomen nachhaltige Wirkungen ausgeübt haben. Nur mit Vorsicht könne die Ost-Migration im 19. Jahrhundert mit der West-Migration deutscher Ökonomen im 20. Jahrhundert verglichen werden.

Jochen Schumann, Münster, sprach über „Heinrich von Storch: Originäre nationalökonomische Beiträge eines russischen Klassikers deutscher Herkunft". Der Referent entwickelte seine These, Storch sei deutlich über die englische klassische Nationalökonomie hinausgelangt, anhand von dessen Beiträgen zur Wert- und Grundrententheorie, zur realen und monetären Außenwirtschaftslehre sowie zur Entwicklungstheorie. Anschließend wurde vor allem die Frage aufgeworfen, ob man der wissenschaftlichen Leistung Storchs gerecht werden kann, wenn sie an früheren oder späteren theoretischen Systemen gemessen wird, die unscharf abgegrenzt sind. Zudem wurde darüber diskutiert, inwiefern Storch noch dem klassischen Denken verhaftet war und in welchem Umfang er bereits neoklassische Ansichten vorweggenommen hat.

Karl Häuser, Frankfurt am Main, berichtete in seinem Referat über das Wirken Adolph Wagners an der Universität Dorpat. Obwohl Wagner dort nur wenige Jahre (von 1865 bis 1868) tätig war, ist er offenbar von dieser Lebensstation stark und dauerhaft geprägt worden. Dies zeigte sich in seiner protestanti-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen und patriotischen Einstellung, seiner emotionalen Bindung an das Baltikum, seiner respektvollen Haltung gegenüber dem preußischen Staat sowie in seiner Annäherung an die historisch-ethische Schule der Nationalökonomie. Die Diskussion kreiste vornehmlich die Frage ein, wie sich gewisse Wandlungen in den staatssozialistischen und währungspolitischen Auffassungen Wagners aus seiner Lebensgeschichte verstehen lassen.

Bertram Schefold, Frankfurt am Main, referierte über „V. K. Dmitriev: Ein russischer Neoricardianer". Der mathematische Ökonom Dmitriev, der „in Ost und West jahrzehntelang fast völlig vergessen blieb", setzte sich um die Jahrhundertwende mit dem Marginalismus auseinander und modifizierte die Wertlehre in klassischer Tradition. Dmitriev hat das Kornmodell Ricardos in neuer Gestalt wiederentdeckt und die Produktion des Surplus unter verschiedenen Bedingungen modellmäßig untersucht. In der Diskussion stand die dogmengeschichtliche Einordnung Dmitrievs in die zeitgenössische Wirtschaftstheorie sowie die moderne neoricardianische Interpretation der klassischen Ökonomie aus der Sicht Sraffas im Vordergrund.

Dieter Schneider, Bochum, hielt einen Vortrag über „Die ‚Wirtschaftsrechnung im Sozialismus'-Debatte und die Lenkung über Preise in Hierarchien". Ausgehend vom historischen Verlauf der Debatte suchte er nachzuweisen, daß eine „Lenkung über Preise" in keinem Wirtschaftssystem erreichbar ist, „weil die dazu erforderlichen Voraussetzungen rationaler Wirtschaftsrechnung nicht erfüllt werden können", so daß auch keine Rechtfertigung des Privateigentums an Produktionsmitteln daraus ableitbar sei. Über das Rationalitätskonzept, das dieser These zugrunde liegt, wurde kontrovers debattiert. Breites Diskussionsinteresse fanden zudem die Kritik des Referenten an der neoklassischen Preistheorie sowie sein Plädoyer für „andere Formen des Rechnungswesens (Nicht-Preis-Organisationsregeln)" in einzelwirtschaftlichen Hierarchien.

Der Dogmenhistorische Ausschuß wird sich auf seiner Tagung im Jahr 1992 mit „Entwicklungen der (deutschen) Finanzwissenschaft zwischen den beiden Weltkriegen" befassen.

Heinz Rieter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Die west-östliche Migration deutscher Ökonomen: Ein neu zu schreibendes Kapitel in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften

Von *Jürgen G. Backhaus,* Maastricht 9

Heinrich von Storch: Originäre nationalökonomische Beiträge eines russischen Klassikers deutscher Herkunft

Von *Jochen Schumann,* Münster 33

Adolph Wagner und die Universität Dorpat

Von *Karl Häuser,* Frankfurt am Main 65

V. K. Dmitriev: Ein russischer Neoricardianer

Von *Bertram Schefold,* Frankfurt am Main 91

Die „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte und die Lenkung über Preise in Hierarchien

Von *Dieter Schneider,* Bochum 111

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die west-östliche Migration deutscher Ökonomen: Ein neu zu schreibendes Kapitel in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften

Von *Jürgen G. Backhaus*[1], Maastricht

Einleitung

Nach der Aufhebung der Universität Halle an der Saale durch Napoleon I im Jahre 1806 übernahm der dort seit 1791 tätige ordentliche Professor der Philosophie Ludwig Heinrich Jakob, der seit 1804 auch den Lehrstuhl für Staatswissenschaft innegehabt hatte, die Professur der Staatswissenschaften an der Hochschule zu Charkow. Jakob war 1759 in Wettin (Regierungsbezirk Merseburg) geboren und war im Jahre 1785 in Halle habilitiert worden.

Während seiner Tätigkeit an der Hochschule in Charkow trat er mit den folgenden Schriften hervor: „Über die Arbeit leibeigener und freier Bauern in Beziehung auf den Nutzen der Landeigentümer". Sankt Petersburg und Halle 1815 (gekrönte Preisschrift). „Über Rußlands Papiergeld und die Mittel, dasselbe bei einem unveränderlichen Werte zu erhalten. Nebst einem Anhange über die neuesten Maßregeln in Österreich, das Papiergeld daselbst wegzuschaffen". (Infolge dieser der russischen Regierung 1816 als Promemoria eingereichten Schrift wurde der Verfasser in die Petersburger kaiserliche Finanzgesetzgebungskommission berufen).

Im Jahre 1816 rief ihn die Universität Halle zu seiner früheren Wirksamkeit als Staatswirtschaftslehrer zurück, und die russische Regierung gab ihm, unter Erhebung in den Adelsstand, die erbetene Entlassung aus dem russischen Staatsverbande. Nach seiner Rückkunft trat Jakob vor allem mit einem finanzwissenschaftlichen Lehrbuch hervor, das in verschiedenen Auflagen erschien

---

[1] Es ist mir beinahe peinlich, meinen eigenen Namen mit diesem Aufsatz zu verbinden, weil so viele Kollegen mir so kräftig unter die Arme gegriffen haben. Aber es bleibt so, daß die Ideen, vor allem die kontroversen, nun doch die meinen sind, und viele der Fakten wurden von den Kollegen beigesteuert. Ich danke für die Hilfe beim Suchen der Fakten vor allem erstens der Universitätsbibliothek Konstanz, zweitens Herrn *Scheer,* drittens Herrn *vom Brocke,* viertens Herrn *Schumann* und fünftens Herrn *Schilar.* Für kritische Kommentare, auf die ich einzugehen versucht habe, danke ich darüber hinaus Herrn *Balabkins* und wiederum Herrn *Scheer,* Herrn *Schefold,* Herrn *Schumann,* Herrn *Uebe,* Herrn *Heuss,* Herrn *Schneider,* Herrn *Häuser,* Herrn *Kloten,* Herrn *Helmstädter,* Herrn *Scherf,* Herrn *Schilar* und dem Ausschußvorsitzenden und Herausgeber dieses Bandes, Herrn *Rieter.*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und nach seinem Tode im Jahre 1827 von J.F.H. Eiselen 1837 herausgegeben wurde. Auf dieser Ausgabe beruht auch die französische zweibändige Ausgabe, Leipzig und Paris 1841.[2]

Diese in dürren Worten mitgeteilten Daten aus der Biographie eines offensichtlich ungewöhnlichen Gelehrten, der unter schwierigen Bedingungen seine wissenschaftliche Arbeit mit Erfolg fortsetzte, bilden den Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen.

I. Migrationen und die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften

Man ist sich heute wohl allgemein darüber einig, daß die (erzwungene) Migration von Gelehrten aus Zentraleuropa in westliche Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, die in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts ihren Höhepunkt fand, wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Vereinigten Staaten ihre Führungsposition in einer Reihe von wissenschaftlichen Disziplinen erobern und sichern konnten. Zu diesen Disziplinen gehören auch die Wirtschaftswissenschaften. Besonders George Stigler hat auf die Bedeutung der Immigranten für die Sicherung und Ermöglichung des rasenden Fortschritts der Wirtschaftswissenschaften in den Vereinigten Staaten oft hingewiesen; er stellte darüber hinaus aber auch die Frage, welche Bedingungen dazu geführt haben, daß die meisten dieser Immigranten, nachdem der Grund ihrer Vertreibung entfallen war, im Lande blieben und den Forschungs- und Lehreinrichtungen weiterhin zur Verfügung standen. Stigler wies drittens auf die Bedeutung der empirischen Absicherung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrsysteme für den Erfolg der amerikanischen Wirtschaftswissenschaften hin, ohne auf den Zusammenhang zwischen dem Einfluß der Immigranten und der empirischen Ausrichtung weiter einzugehen. Dieser Aspekt wird unten noch einmal aufgenommen.

Noch wichtiger als für die Entwicklung einer ganzen Disziplin im Gastgeberlande ist oft der Einfluß der Emigranten auf die Entwicklung besonderer Teildisziplinen, die im Gastgeberlande vernachlässigt, im Ursprungslande dagegen besonders entwickelt worden waren. Die Geschichte der Finanzwissenschaften als Folge der großen Westemigration in den dreißiger und vierziger Jahren ist dafür ein gutes Beispiel.[3] Namen wie Gerhard Colm (ein Mitglied des Sombart-Seminars in Berlin[4]) und Richard Musgrave geben schlag-

---

[2] Vergleiche den Eintrag im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV, Jena: Gustav Fischer 1900², S. 1313 - 1314.

[3] Vergleiche *Jürgen Backhaus,* „Der Einfluß der Migration auf die jüngere Geschichte der Finanzwissenschaften in Amerika und auf dem europäischen Kontinent". Erscheint demnächst in einem von *Harald Hagemann* herausgegebenen Bande über: Die deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Emigration nach 1933, Marburg: Metropolis. 1992.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichtartig die Bedeutung dieses Aspektes an. Das letzte Beispiel zeigt auch, wie die Immigration von Gelehrten nicht nur den Entwicklungsstand, sondern geradezu die ganze Landschaft (Breite, Vielfalt und charakteristische Problemstellungen) einer Teildisziplin im Gastlande verändern kann: neuere Probleme werden zur akademischen Diskussion gestellt, neue Forschungsmöglichkeiten werden genutzt, die das Gastland bereitstellt und die mit den mitgebrachten Forschungsmitteln und Fragestellungen, die bereits im Ursprungslande erprobt worden waren, zu für das Gastland völlig neuen Ergebnissen führen können. Dieser Prozeß kann zu einem Paradigmawechsel nicht nur im Gastlande, sondern unter günstigen Bedingungen weltweit führen.

Die Einflüsse der Migrationen bleiben nicht notwendig auf wissenschaftliche Lehre, die Forschung mit Publikationen und Auseinandersetzungen und auf die Fragestellungen beschränkt. Mit ihren Gedanken und ihren Fähigkeiten bringen die Gelehrten auch ihre Vorstellungen über die institutionelle Umgebung ihrer Arbeit mit, und diese Vorstellungen können natürlich grundlegend von der im Gastlande vorgefundenen Praxis abweichen. Das wahrscheinliche Ergebnis dieser Spannung zwischen Praxis und Erwartungen ist die Entwicklung neuer Organisationsformen für Forschung und Lehre, oder die Entwicklung neuer Methoden in Forschung und Lehre; ein dritter Effekt ist nicht zu übersehen: das Phänomen der Migration von Wissenschaftlern mit ihren Folgen für Forschung und Lehre kann dazu führen, daß sich Chancen der Einflußnahme ergeben, die staatliche Organe oder private Institutionen wie Stiftungen, Unternehmungen und Interessengruppen gerne ergreifen. Die neuere amerikanische Wissenschaftsgeschichte bietet dafür zahlreiche instruktive Beispiele.

Vielen wird der katastrophale Auszug der Gelehrten aus Zentraleuropa, der in den dreißiger und vierziger Jahren erzwungen wurde, als eine akademische Katastrophe nie zuvor erlebten Ausmaßes erscheinen, die in der modernen Wissenschaftsgeschichte ohne Beispiel ist. Unser Verständnis der Folgen derartiger Katastrophen allerdings kann mit dem Studium vergleichbarer Fälle wachsen. Tatsächlich gibt es eine gewisse Parallele in der systematischen Schließung deutscher Universitäten und Akademien während der Napoleonischen Besetzung während des ersten Jahrzehnts des neunzehnten Jahrhunderts. Diese Massenschließung führte zu einer ostwärtsgerichteten Migration der Gelehrten, ihrer Studenten und oft auch ihrer Bibliotheken, wo sich dies arrangieren ließ, und zum Teil wohl auch zu einer Ausfuhr wissenschaftlicher Institutionen von Forschung und Lehre insbesondere nach Rußland, wo die Regierung unter Kaiser Alexander I Pawlowitsch (1801 - 1825) eine gegen Westen hin offene Haltung einnahm und die Universitäten und öffentlichen

---

[4] Vergleiche „Participants of Sombart's Seminar" in *Jürgen Backhaus* (ed.), Werner Sombart: Social Scientist, Band I, Marburg: Metropolis. Erscheint 1992.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bildungseinrichtungen zum Teil reformierte, zum Teil neu schuf. Diese Reformen wurden später teilweise wieder rückgängig gemacht.

Leider wissen wir über dieses Kapitel aus der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften verhältnismäßig wenig.[5] Die erstaunlichsten und für die Geschichte unserer Wissenschaft vermutlich wichtigsten Volkswirte aus jener Episode sind wohl Joseph Lang, der erst aufgrund der Schriften Uebes in unserer Zeit bekannter geworden ist, Uebe zufolge entwickelte Lang die erste Transaktionstabelle (Flow of Funds Table) der Wirtschaftswissenschaften,[6] und Heinrich von Storch (1766 - 1835), der ein Pionier auf dem Gebiete der Grundrententheorie war, aber auch der Theorie des internationalen Handels und nicht zuletzt der Theorie der immateriellen (unkörperlichen) Güter.[7]

Die Bedeutung der deutschen Volkswirte für die Entwicklung des russischen Geisteslebens geht übrigens über deren Bedeutung für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften weit hinaus. Es geht hier vor allem um die (politische) Einschätzung der Eigentumsbedingungen in der russischen Landwirtschaft und deren Folgen für die Produktivität nicht nur dieses Sektors, sondern der Volkswirtschaft insgesamt, sowie deren Entwicklungsmöglichkeit. Diese Debatte wird später von Marx, Lenin, Kautsky und anderen aufgenommen, wobei übrigens Marx' differenziertere Haltung von russischen Autoren verschwiegen wird. Diese Debatten hatten zum Teil folgenschwere politische Auswirkungen, die noch heute in der russischen Landwirtschaft fortwirken. Diese Konsequenzen liegen außerhalb dessen, worüber hier berichtet werden soll.

Sie dienen aber zur Erläuterung des Forschungsansatzes der deutschen Volkswirte, die sich eingehend mit den russischen Verhältnissen vertraut zu machen suchten und ihr theoretisches Rüstzeug auf die vorgefundenen Verhältnisse anwandten.[8]

Esther Kingston-Mann macht einen deutlichen Unterschied zwischen dem Einfluß der englischen Nationalökonomie auf Rußland und jenem der deutschen, von dem hier die Rede ist. In dem entscheidenden Abschnitt schreibt sie:

---

[5] Diese Feststellung trifft der Autor als ein Volkswirt, der seit 1970 eine weitgehend internationale (d.h. auf englischsprachiges Lehrbuchwissen ausgerichtete) Ausbildung erhalten hat und dessen Lehrer mit wenigen Ausnahmen ihre eigene Ausbildung erst nach dem Zweiten Weltkriege erhielten. Von der mir bibliographisch bekannten Literatur stand mir bislang der folgende Titel nicht zur Verfügung: *Christian von Rommel,* Erinnerungen aus meinen Leben und aus meiner Zeit, in *Friedrich Bülau* (Hrsg.), Geheime Geschichten und rätselhafte Menschen, Sammlung verborgener oder vergessener Merkwürdigkeiten, V, Leipzig: Brockhaus, 1863², S. 421 - 600.

[6] Vergleiche auch *Götz Uebe* (ed.), Zwei Festreden Joseph Langs, Heidelberg: Physika 1990.

[7] Vergleiche vor allem *Jochen Schumanns* Beitrag in diesem Bande.

[8] Vergleiche *Esther Kingston-Mann,* In Search of the True West: Western Economic Models and Russian Rural Development, Journal of Historical Sociology 3.1, March 1990, S. 23 - 49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

"Non-Marxist economists derived similar and far more extensive economic insights from the German experience. Ever since the eighteenth century, eminent Russians had studied economics at the Universities of Halle, Göttingen and Leipzig. During the reign of Tsar Alexander I (1801 - 1825), scholars like August von Schlozer and Gustav von Jakob established economics as a Russian academic discipline. In the middle decades of the nineteenth century, when Wilhelm Roscher and his colleagues of the German Historical School of Economics set out to make the discipline of economics more historical, institutional and statistical, and less focused on English models, they were particularly interested in Russian data on the Russian peasant commune. Although their work has been rather neglected by English language scholars, Roscher and his colleagues came to dominate German scholarship in the late nineteenth century and exerted a wide-ranging international influence, particularly in the United States and in Russia."[9]

Das Zitat legt eine Konzentration auf das Werk Ludwig Heinrich von Jakobs, Christian von Schlözers (1774 - 1831) und Heinrich von Storchs nahe. Jakobs Lebenslauf wurde bereits eingangs als Ausgangspunkt unserer Überlegungen skizziert. Schlözer war Sohn von August von Schlözer, der tatsächlich zwischen 1761 und 1769 ebenfalls in Sankt Petersburg gewirkt hatte. Er wurde 1761 Amanuensis des russischen Historiographen Professor Müller in Sankt Petersburg, 1762 Adjunkt der dortigen kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und 1764 Professor der Geschichte an der Petersburger Akademie. 1769 folgte er einem Rufe als ordentlicher Professor der Philosophie nach Göttingen, wo er bis zu seinem Tode (1809) blieb. Er wurde aufgrund seiner Arbeiten zur russischen Geschichte im Jahre 1802 in den russischen Adelsstand erhoben.[10]

Im folgenden Absatz gehe ich auf das Wirken dieser drei Volkswirte ein so, wie wir es in den Lehrbüchern beschrieben finden. Die Vorgehensweise ist wie bei Blaug retrospektiv, ich beginne also mit den neuesten Lehrbüchern und gehe in der Zeit zurück. Der vorletzte Absatz stellt den Versuch dar, aufgrund des vorliegenden Materials die eingangs formulierte Fragestellung zu vertiefen, der letzte berichtet über die Diskussion des Beitrages im Ausschuß.

II. Jakob, Schlözer und Storch in der Literatur: eine Retrospektive

Die Namen dieser drei Autoren werden den meisten Ökonomen, sowohl im deutsch-sprachigen Raum als auch international, unbekannt sein und vermutlich auch unbekannt bleiben. Dennoch sind sie nicht gänzlich vergessen. In den meisten Lehrbüchern zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaften sucht man ihre Namen freilich vergebens. Dies gilt für Mark Blaug „Economic Theory in Retrospect"[11], Otmar Issing, „Geschichte der Nationalökono-

[9] *Kingston-Mann,* 1990, S. 37. Die Fußnoten (55 - 58) wurden fortgelassen.
[10] Vergleiche Handwörterbuch der Staatswissenschaften, VI, 1901^2, S. 590 - 592.
[11] Cambridge: Cambridge University Press, 1985^4.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mie"[12], Harry Landreth and David C. Colander, „History of Economic Theory"[13], Alfred E. Ott und Harald Winkel, „Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre"[14] und erstaunlicherweise auch Dieter Schneider, „Geschichte betriebswirtschaftlicher Theorie"[15]. Auch in Musgrave's einleitendem Beitrag zum „Handbook of Public Economics"[16] fehlt ein Hinweis wenigstens auf Storch. Dieser wird allerdings bei Robert B. Ekelund und Robert F. Hébert [17] erwähnt. Dort lesen wir in einem Absatz über von Mangoldt (*sic*!) das folgende:

> "The German economists Menger showed greatest familiarity with were mostly, but not exclusively historicists. They included Hermann, Hildebrand, Hufeland, Kniess, Rau, Roscher, Schäffle and Storch" (S. 322).

Tatsächlich finden sich in Mengers „Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre" (1871) nicht weniger als sieben Hinweise auf von Storch, in seinen „Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere" (1883) noch ein weiterer.

Alle drei Autoren dagegen tauchen mit ausführlichen Würdigungen in Thomas Rihas „German Political Economy: The History of an Alternative Economics" auf.[18] Riha, der sich übrigens in seinen Ausführungen an Roscher anlehnt, gibt ausführliche Charakterisierungen des Werkes aller drei (und weiterer) Autoren und faßt in bezug auf von Schlözer und von Storch seine Überlegungen wie folgt zusammen:

> "Both Storch and Schlözer, and other followers of the German-Russian School, were living in an environment which had little in common with that of early 19th century Western-Europe. They were faced with the problem of adapting the typically Western doctrines of the classical political economy to a situation politically, economically and culturally vastly different. Consequently, the common characteristic feature of their work is the notion of relativity of economic ideas" (S. 39).

Als Fazit dieses Überblicks können wir gewiß festhalten, daß alle drei Autoren in den modernen wissenschaftlichen Lehrbüchern keine Rolle spielen, soweit diese dem anglo-amerikanischen „Mainstream" zuzurechnen sind. Riha gehört nicht zu dieser Kategorie, und es ist mir auch keine Universität bekannt, an der Rihas Buch regelmäßig im Unterricht verwendet wird.

---

[12] München: Vahlen, 1988[2].

[13] Boston: Houghton Mifflin, 1989[2].

[14] Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1985.

[15] München: Oldenbourg, 1981.

[16] *Allan J. Auerbach* und *Martin Feldstein* (eds.), Handbook of Public Economics, Amsterdam: North Holland, 1985; der Beitrag von *Richard Musgrave* ist überschrieben: „A Brief History of Fiscal Doctrine", S. 1 - 59.

[17] History of Economic Theory and Method, New York: McGraw-Hill, 1990[3].

[18] International Journal of Social Economics 12.3/4/5, 1985 (insbesondere S. 38 - 40).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wer sich dagegen an Hand von Karl Marxens „Das Kapital" zum Ökonomen ausbilden läßt, dem begegnet der „schlaue" Storch (I, Seite 188) beinahe auf Schritt und Tritt mit nicht weniger als 16 expliziten Verweisen.

An einigen Universitäten wird noch stets Schumpeters „History of Economic Analysis"[19] verwendet. Dieses in vielerlei Hinsicht unersetzbare Werk enttäuscht auch in diesem Zusammenhang nicht, was seine große Stärke betrifft: die Betonung der „Filiations" (Querverbindungen). Über von Jakob erfahren wir das Wesentliche (mit Ausnahme seiner bedeutenden Rolle für die Entwicklung der Finanzwissenschaft als selbständiger Disziplin), erhalten darüber hinaus aber noch den nützlichen Hinweis auf einen besonderen Aspekt der Smith-Rezeption in Deutschland (und Rußland).

> "Some of those public servants co-operated in the Stein-Hardenberg legislation. There is thus a not uninteresting relation between the *Wealth of Nations* and that Prussian reformer von Jakob, who taught at the University of Charkow as well as at the University of Halle, acted as a consultant of official commissions in St. Petersburg, and did much towards spreading Smithian doctrine in Russia" (S. 501).

Von Schlözer erwähnt Schumpeter nicht, wohl aber sehr ausführlich von Storch. Schumpeter klärt zunächst (durch Infragestellung) Storchs kulturelle Zugehörigkeit: „Though a German by race and training, <he> is usually treated as Russian because of his career in the Russian service" (p. 502). Er sei nicht als Vorläufer der historisch-ethischen Schule anzusehen, betont Schumpeter, der sich über seine Einordnung schließlich wohl auch nicht ganz klar war. Er schließt den großen eingeschobenen Absatz mit den Worten:

> "For the present, I want to make sure that the reader does not forget this man: though he does not rank high as a theorist, he is a significant figure" (S. 502 - 503).

Auf wesentliche Aspekte geht er dann wiederholt ein, insbesondere auf die Einkommenslehre, die Grundrententheorie und Storchs Rolle als Vorläufer keynesianischer Denkweisen, bei Schumpeter nicht unbedingt eine Empfehlung. Deshalb ist sicherlich der Hinweis anzufügen, auf den Schumpeter großen Wert legt und der Storch ausdrücklich einschließt,

> "... that the economics of the period under survey, taken as a whole, was anything but the speculative thing it is sometimes made out to be and that the opinion – the source of much pointless controversy – that the economics profession then neglected factual research is utterly unfounded." (S. 519).

Interessant ist für unseren Zusammenhang noch der beiläufige Hinweis Schumpeters, Storch sei uns deshalb noch bekannt, da er in Frankreich zu seiner Zeit diskutiert worden sei (p. 502). Auf diesen Aspekt ist unten noch zurückzukommen. Schumpeter erörtert die speziellen Anwendungsbedingungen der deutschen Nationalökonomie, die durch die Rezeption und Adaption

[19] New York: Oxford University Press, 1954.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Smithschen Lehre sowie den Einfluß Kants einen wesentlichen Impuls gewonnen hatten: die spezielle russische Situation dagegen thematisiert Schumpeter nicht.

Dieses Verdienst kommt dagegen ausschließlich Wilhelm Roscher zu, der in seiner „Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland"[20] eines der fünfunddreißig Kapitel des über tausend Seiten starken Werkes, nämlich Kapitel 30, „Die Russisch-Deutsche Schule der Nationalökonomik" überschreibt. Noch außerhalb dieses Kapitels wird Jakob behandelt, während die anderen beiden Autoren nebst anderen im dreißigsten Kapitel ausführlich dargestellt werden. Wiederum folge ich der alphabetischen Reihenfolge und behandele erst Roschers Erörterung des Werkes von Jakobs, danach jene des Werkes von Schlözers und schließlich die Behandlung von Storchs.

Jakob war nicht der langweilige Ökonom, dessen Spuren sich nur in spezialisierten Veröffentlichungen und besonders guten Gedächtnissen wiederfinden lassen. Seine publizistische Tätigkeit war von hohen Graden, und seine „Annalen der Philosophie" wurden offensichtlich ernstgenommen.[21]

---

[20] Auf Veranlassung und mit Unterstützung seiner Majestät des Königs von Bayern, Maximilian II herausgegeben durch die historische Commission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften. München: Oldenbourg, 1874.

[21] Die Episode des Xenienstreites macht dies deutlich. Ich gebe dem Leser im folgenden eine Dokumentation, die mir wesentlich erscheint, um *Roschers* Urteil zu verstehen: *Erich Trunz* schreibt dazu in seinen Anmerkungen:

„Goethe hat die Idee der Xenien zuerst geäußert. Sein Verhältnis zum Publikum und zu den schreibenden Zeitgenossen war in den 90er Jahren kritisch geworden. Als Götz, *als* Werther *erschien, hatten breite Leserkreise ihm zugejubelt, und die schriftstellernde Jugend hatte begeistert ihn als ihren Führer gepriesen. Jetzt, da er sich weit reifer fühlte als damals und seit 1790 seine Werke in 8 Bänden den Deutschen vorgelegt hatte, darunter* Iphigenie *und* Tasso, *hatte er Kühle und Gleichgültigkeit, ja Abneigung erfahren. Seit Beginn des Jahres 1795 unterstützte er Schiller bei dem Bemühen, in den „Horen" den deutschen Lesern eine auf hohem Niveau stehende Zeitschrift mit Aufsätzen und dichterischen Beiträgen zu bieten. Aber der Erfolg war ausgeblieben. Statt Anerkennung war fast überall nur Missverständnis, scharfe Kritik und Spott zu bemerken, zumal in den Rezensionen derjenigen Blätter, welche dem bürgerlichen Geschmack entsprachen. So griffen Jakob in Halle, Manso in Breslau, Nicolai in Berlin und manche andere die „Horen" derb an. Am 28. 10. 95 schlug Goethe Schiller ein Strafgericht über die Horen-Kritiker vor."*

Trunz bewertet das Ergebnis wie folgt:

„Die Wirkung der Xenien war gross. Man rätselte über Anspielungen und über den Anteil der Verfasser. Es gab Gelächter, aber auch viel Ärger, mehr als die Verfasser erwartet hatten. Als ein literarisches Spiel zu zweit hatten sie die Epigramme geschrieben und ihre Freude gehabt an der geschliffenen Form. Vielleicht hätten sie besser getan, vieles für sich zu behalten . . ." (Vergleiche Johann Wolfgang von Goethe, *Hamburger Ausgabe, Band I, S. 591 - 593).*

Es mag mehr als drei Xenien geben, aber diese habe ich gefunden. Die erste vergleicht Jakob mit einem Esel:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Roscher stellt Jakob deutlich als kontrovers dar, Trunz gebraucht den Ausdruck „Vielschreiber" ohne Anführungszeichen zu setzen. Roscher spielt deutlich auf diese vorherrschende Meinung an, ohne sie in irgendeiner Form sinnvoll zu begründen. Er spart in seinen breiten Ausführungen mit kritischen Anmerkungen ebenfalls nicht, zählt Jakob aber insgesamt „zu denjenigen Nationalökonomen des vorletzten Menschenalters, welche von der Gegenwart viel weniger geschätzt werden, als sie verdienen." (p. 686). Der Leser kann sich unschwer vorstellen, woran das liegen mag.

Was spezifische Ergebnisse der Forschungen Jakobs an Hand des russischen Gegenstandes betrifft, so erkennt Roscher durchaus den Wert des Beitrages Jakobs.

> „Aus Jakob's speziell *russischen Erfahrungen* ist die Lehre hervorgegangen, daß ein Land von 10000 Q.=Meilen unter übrigens gleichen Verhältnissen stärker ist, als ein anderes von 60000 Q.=Meilen mit nur doppelt so großer Bevölkerung (63). Ebenso wenig überschätzt er die Freiheit von Pauperismus, welche man den bloßen Ackerbauländern zuschreibt. Wird der Ackerbau durch Freie getrieben, so hört das Land gewöhnlich bald auf, ein bloßes Ackerbauland zu sein; Herrscht aber Leibeigenschaft darin, so pflegen die Leibeigenen schlimmer gestellt zu sein, als in anderen Ländern die Armen (694). Recht fein unterscheidet Jakob, wie die plötzliche Hemmung der gewohnten Ausfuhr in einem Fabriklande große Armennoth hervorrufen kann, nicht aber in einem Ackerbaulande (703ff.). Wenn umgekehrt das Korn in einem Kornlande theuerer wird, so hat der Staat, ehe er seinerseits dagegen einschreitet, wohl nach der Ursache zu fragen. Besteht dieselbe in einer regelmäßig starken Ausfuhr des Korns, so wird sich die ganze Volkswirtschaft dadurch heben; einer Unterstützung bedürfen alsdann nur die kleineren Beamten mit festem Gehalte." (S. 695f.).

Erstaunlich ist das zusammenfassende Ergebnis, in welchem Roscher beklagt, daß Jakob seine Erkenntnisse an Hand der russischen Anschauung nicht systematisch in die Lehre, die er nach seiner Rückkehr in Deutschland vertrat, integriert hat:

„J – b.
Steil wohl ist er, der Weg zur Wahrheit, und schlüpfrig
zu steigen,
Aber wir legen ihn doch nicht gern auf Eseln zurück".
(Nr. 18).

Die zweite ist als Verlustmeldung gefaßt und bezieht sich auf Jakobs Bemühen, die Werke Kants allgemein bekannt zu machen.

„Sachen so gestohlen worden
(Immanuel Kant spricht:)
Zwanzig Begriffe wurden mir neulich diebisch entwendet.
Leicht sind sie kenntlich, es steht sauber mein I. K.
darauf". (Nr. 68)

Die dritte hat *Trunz* nicht aufnehmen wollen, aber *Roscher* teilte sie mit (p. 687).

„Woche für Woche zieht der Bettelkarren durch Deutschland,
Den auf schmutzigem Bock Jakob der Kutscher regiert."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Übrigens muß Jakob nach seiner Heimkehr das in Rußland gelernte großenteils wieder vergessen haben, wie der unpraktische Doctrinalismus seiner Finanzwissenschaft beweist. Hier ist er z.B. für das Münzprägen durch Private (409ff.) für Verpachtung der Post an viele Privatunternehmer (426ff.) für Bewirtschaftung der Staatswälder durch Privatindustrie (236ff.), gegen das Bergregal, weil es gar kein Schade sei, wenn die Mineralschätze bei mangelnder Privatreife zur Zeit noch ungehoben blieben (357ff.)" (S. 696).

Wenn man gleichzeitig weiß, daß Jakobs Finanzwissenschaft von erheblicher Bedeutung für die Etablierung des Fachs Finanzwissenschaft als selbständige Disziplin an deutschen Hochschulen war,[22] so wird man Roschers Einschätzung aus heutiger Sicht wohl kaum folgen können, sind doch die Beispiele, die er für offensichtlich unpraktisch hält, sämtlich noch heute Gegenstand der finanzpolitischen Diskussion. Dies gilt erstens für Hayeks Vorschlag einer *Denationalization of Money,* es gilt zweitens für die europaweiten Diskussionen und auch Aktivitäten zur Privatisierung der Post, und es gilt drittens für die Diskussionen über die Möglichkeiten, den Wirtschaftsprozeß ressourcenschonend ablaufen zu lassen und die Naturschätze den künftigen Generationen zu bewahren. Roscher kann mit diesen Erwägungen noch nichts anfangen.

Der Behandlung Christian von Schlözers ist ein ganzer Paragraph, § 168, gewidmet. Wir erfahren, daß Schlözer seit 1800 Professor an russischen Universitäten gewesen sei, und im Auftrage des Kurators Murawieff die „Anfangsgründe der Staatswirtschaft oder die Lehre vom Nationalreichthume" (1805- 1807) für den Gebrauch der öffentlichen Lehranstalten des Reichs verfaßt habe. Man wird unter diesen Umständen nicht allzu überrascht sein, daß von Schlözer seine Botschaft günstig zu verpacken suchte, was Roscher ihm als „bewußte Schmeichelei" (p. 796) ankreidet. Schlözer lobt beispielsweise die Schnelligkeit, Ordnung, Sicherheit und Wohlfeilheit des russischen Briefpostwesens und urteilt, die Leibeigenschaft habe in Rußland die mit ihr verknüpften nachteiligen Folgen nicht in dem Maße wie anderswo hervorgebracht. Auch dem Stolz seiner (ja stets bürgerlichen oder adligen) Leser weiß er zu schmeicheln mit der Mitteilung, die Roscher wiedergibt: „Moskau enthält mehr feines sächsisches Porzellan, als vielleicht die meisten Städte in Kursachsen. Hier verfertigt man es, aber ist nicht im Stande, es zu kaufen. Dort verfertigt man es nicht, aber kauft es". (II, 120; bei Roscher p. 796). Der Hinweis dient zur Illustration seiner Lehre, daß ein Entwicklungsland durchaus Rohstoffe ausführen solle, statt sie selbst zu verarbeiten, wenn dazu noch nicht die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen bestehen. Daß diese Verpackung durchaus sinnvoll war, erweist sich bei der Beurteilung seiner eher kritischen auf Rußland bezogenen Mitteilungen. In der Steuerlehre etwa findet sich der Hinweis, den Branntwein lieber nicht zu besteuern, sondern

[22] Vergleiche *Richard A. Musgrave,* „Crossing Traditions", University of Hohenheim, September 27 - 29 1991, S. 9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

möglichst gleich zu verbieten. Noch heute belaufen sich die Kosten des Alkoholismus in der Sowjet-Union auf Prozente des Bruttosozialproduktes.[23] Diese praktischen Ratschläge beruhen keineswegs nur auf allgemeiner Lebenserfahrung, sondern auf rudimentären theoretischen Vorstellungen. Roscher urteilt so:

> „Man sieht wie die Richtigkeit des Gedankens durch die Unvollkommenheit des Ausdrucks hindurchschimmert! Etwas Ähnliches gilt davon, wie Schlözer, was bei Ricardo später Grundrente heißt, als den Zins eines 'uneigentlichen Kapitals' bezeichnet" (S. 798).

Interessant ist auch die Verknüpfung zwischen sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen und dem Zustand der Volkswirtschaft. Das führt wiederum zu so praktischen Vorschlägen wie dem Verzicht auf das Anlegen von Treidelpfaden entlang der Flüsse, wenn die Unterschiede in den Holzpreisen am Ober- und am Unterlauf der Flüsse die Rückführung der Fahrzeuge nicht erfordern. Übrigens finden sich für die Finanzpolitik bei Schlözer ähnliche Privatisierungsvorschläge wie schon bei Jakob, und wiederum weiß Roscher nicht viel damit anzufangen. Die starke Betonung des Entwicklungsgedankens kommt auch in dem Grundsatz zur Äußerung:

> „Oft war ein Gesetz vor zwanzig Jahren in einem Staate sehr schicklich, was gegenwärtig nicht mehr auf denselben paßt" (II, 57; bei Roscher S. 797).

Christian von Schlözer, der in der Literatur (auch bei Roscher) nachteilig mit anderen Mitgliedern dieser begabten Familie verglichen wird – mit seinem berühmten Vater, dessen autobiographische Werke er übrigens herausgegeben hat, und seiner Schwester, die u. a. dadurch berühmt wurde, daß sie 1787 (als Frau) die Doktorwürde erhielt – hat trotz seiner späteren Rückkehr nach Deutschland in der deutschen Theoriegeschichte kaum eine Rolle gespielt, dagegen vor allem über sein Lehrbuch einen außerordentlich starken Einfluß in Rußland gehabt. Seine systematische Betonung des Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft und deren Folgen für die Wirtschaftspolitik und den Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Instrumente, vor allem der Steuer, ist gleichwohl weitsichtig und rechtfertigt sicher auch in Roschers Augen den Anteil (einen von 211 Paragraphen), den er ihm in seiner Gesamtdarstellung einräumt.

Von Storch dagegen sind gleich zwei Paragraphen gewidmet (169 - 170). Von Storch nimmt im Zusammenhang mit diesen Erörterungen insofern eine andere Stellung ein, als er sich ausdrücklich trotz anderer Möglichkeiten für eine Karriere in Rußland entschied, ohne daß diese Entscheidung mit der napoleonischen Herrschaft in Deutschland in Zusammenhang gebracht werden kann. Schon Kaiserin Katharina war auf ihn aufmerksam geworden, und

[23] Vgl. im einzelnen die Schätzungen bei *Vladimir G. Treml,* Alcohol in the USSR: A Statistical Study. Durham, N. C.: Duke Policy Studies, 1982; sowie *Nicholas Balabkins* (Buchbesprechung), Eastern Economic Journal, 12, 1986, S. 186 - 187.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

er war bereits nach dem Studium in Jena und Heidelberg mit 23 Jahren (ab 1789) Lehrer am Sankt Petersburger Kadettenhause, ab 1799 Lehrer der jungen Großfürstinnen. Von Storchs Hauptwerk ist sein „Cours d'Economie Politique"[24]. Die Wirkung des Autors in Rußland muß Roscher zufolge ausschließlich indirekt gewesen sein, da er behauptet, die Zensur habe das Erscheinen des Buches, das der Unterrichtung des Kronprinzen und seines Bruders diente, nicht erlaubt.[25] Was bei von Storch auffällt und von Roscher nicht vollumfänglich gewürdigt wird, ist der beinahe radikal moderne politisch-ökonomische Ansatz, d.h. die Integration politischer Prozesse in den Bereich der ökonomischen Erklärung. Was Roscher z.B. für einen Ausdruck der politischen Überzeugungen von Storchs hält, läßt sich ebensogut als eine originelle Vorwegnahme der modernen Theorien des „rent-seeking" lesen, die im siebten Kapitel des ersten Buches von Teil II ausgebreitet wird. Roscher zitiert daraus:

> „Wer die Festigkeit der Verfassung für das größte Gut hält, von den in Republiken so häufigen Stürmen beunruhigt wird, den zügellosen Unsinn mehr fürchtet, als die Selbstsucht, die man leicht durch sie selbst beschränken kann, der wird es auch für nützlich halten, wenn in großen Staaten ein Stand existiert, der vonselbst um seiner Vorrechte willen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe wünschen muß, und der eine Menge von Menschen, die sich sonst der Ehrsucht hingeben würden, im Geleise ihrer Arbeiten erhält" (S. 799).

Bemerkenswert ist auch die Verknüpfung außenpolitischer Ereignisse mit der Theorie der produktiven Kräfte, die in Fußnote a (erster Teil, II, 9) mit leichter Hand gleichsam hingeworfen wird.

> « L'invasion de Bonaparte et ses suites sont encore trop récentes pour entrer dans ce tableau; elles ont sans doute causé un mal infini à notre industrie, mais peut-être ce mal est-il compensé par l'énergie que ces désastres ont réveillée dans la nation. En évaluant les sources de la prospérité nationale, on se tromperait grandement si l'on voulait tout calculer par des chiffres: telle force morale qu'un peuple acquiert, vaut bien quelques millions de roubles qu'il sacrifie » (S. 261).

---

[24] ... ou exposition des principes qui déterminent la prospérité des nations. Ouvrage qui a servi a l'instruction de LL. AA. II. les grands-Ducs Nicolas et Michel. <...> Avec des notes explicatives et critiques par J.-B. Say, <...> Paris, 1823 I-IV; V: Considération sur la nature du revenu national 1824.

[25] Die Behauptung läßt sich nicht erhärten. In der Bibliothek der Ludwig Maximilians-Universität München befindet sich ein Exemplar des bei Pluchart 1815 in Sankt Petersburg erschienenen *Cours.* (Diese Mitteilung verdanke ich Herrn Professor Dr. *Jochen Schumann.*) Das allgemeine Schriftsteller- und Gelehrtenlexicon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland (*Johann Friedrich von Recke* und *Karl Eduard Napiersky,* Band III, Mitau: Steffenhagen und Sohn, 1831) gibt (auf den Seiten 304 bis 308) eine Bibliographie der Werke von Storchs, die ich im Schriftenverzeichnis reproduziere. Daraus wird deutlich, daß von Storch laufend, und zwar 1784, 1789, 1793, 1801, 1805, 1801 - 1806, 1815 und 1827, etc.) erst in seiner Heimatstadt Riga und dann an seinem neuen Wirkungsort Sankt Petersburg publizierte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die große Bedeutung, die von Storchs Theorie der immateriellen Güter für die Einkommenslehre hat, wird bei Roscher meines Erachtens unterschätzt; ebenso wie die erstaunliche Errungenschaft, daß von Storch neben seine Reichtumslehre eine Zivilisationslehre stellt, wodurch eben die politisch-ökonomische Durchdringung des Stoffes erst möglich wird. Roscher sagt dazu:

„So daß man im Ganzen sagen kann, diese Civilisationslehre von Storch verhält sich zu seiner Reichthumslehre nicht günstiger, als etwa Smith's Theorie der moralischen Empfindungen zu dessen weltberühmtem Hauptwerke" (S. 807).

Die Gesamteinschätzung Roschers der Bedeutung der deutsch-russischen Schule der Nationalökonomie für die Geschichte unserer Disziplin trägt zur Klärung der Hauptfrage dieses Aufsatzes, der Bedeutung der Migrationen, durchaus wesentlich bei. Roscher schreibt:

„Die Nationalökonomen, die ich als *deutsch-russische Schule* zusammenfassen möchte, haben das Gemeinsame, daß sie nicht bloß die deutsche, überhaupt europäische Volkswirthschaftslehre befruchtend auf die russische Praxis überleiten, und umgekehrt jene mit werthvollen, aus Rußland geschöpften Beispielen bereichern; sondern daß sie auch in nicht bedeutungslosem Grade die historische Methode der Wissenschaft vorbereiten. Zwar große Geschichtstudien hat keiner von ihnen gemacht; vielmehr scheinen die meisten mit der arglosen Voraussetzung nach Rußland gekommen zu sein, daß die zu Hause gelernten, für eine hohe Kulturstufe wirklich meist passenden Regeln für alle Welt gültig sein müßten. Ihr praktischer Sinn jedoch überzeugte sich bald, wie dies wenigstens für Rußland nicht der Fall war. Sie bemüheten sich demnach, die Regel bis dahin zu erweitern, daß auch Rußland darunter paßte; und wurden zugleich durch unbefangene statistische Beobachtung der vielen verschiedenen, zum Theil noch ganz rohen Kulturstufen, die Rußland umschließt, immer mehr veranlaßt, die zeitliche und örtliche Relativität so mancher, bis dahin für absolut gehaltenen, Lehrsätze zu erkennen" (S. 791 - 792).

Die Bedeutung der Immigranten besteht also darin, die Theorie durch Verfeinerung und Verallgemeinerung sowie durch gezielte empirische Studien robuster zu machen, so daß eine wesentliche Rückwirkung auf die gesamte Theoriebildung sowohl im Gastlande als auch im Usprungslande, und darüber hinaus in der gesamten wissenschaftlichen Welt möglich wird.

III. Eine vorläufige Einschätzung

Versucht man, vor dem Hintergrund dieser drei Skizzen der Behandlung der drei ausgewählten russisch-deutschen Wirtschaftswissenschaftler in der Literatur einen Vergleich zwischen der Ost-Migration deutscher Volkswirte in der napoleonischen Zeit und der West-Migration deutscher Volkswirte als Folge der Hitler-Herrschaft anzustellen, so fallen die Unterschiede beinahe mehr ins Auge als die Gemeinsamkeiten. Die Unterschiede sind aber zweifacher Art, und wir müssen sie im Interesse des besseren Verständnisses dieser Ereignisse auch sorgfältig voneinander trennen. Die erste Gruppe von Unter-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schieden bezieht sich auf das Unvergleichbare der beiden Migrationen, die zweite dagegen auf das Vergleichbare.

Unvergleichbar ist zunächst das Ausmaß. Sind im Falle der Ost-Migration die beteiligten Wissenschaftler zumindest in Prinzip aufzählbar, so handelt es sich bei der West-Migration um ein Massenphänomen. Handelte es sich zweitens, was die Volkswirtschaftslehre betrifft, zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts um eine Wissenschaft im Stadium der Genesis, so war im zwanzigsten Jahrhundert die Nationalökonomie bereits eine reife Wissenschaft, sodaß der Transplantationseffekt andere Auswirkungen haben mußte. Der dritte wesentliche Unterschied betrifft die Inzidenz der Katastrophe. Während die napoleonischen Universitätsschließungen ausnahmslos alle Wissenschaftler der zu schließenden Universität betrafen, führten die nationalsozialistischen Entlassungen zu einer Spaltung der Profession mit allen dazu gehörenden Folgen, vor allem der späteren selektiven Tradierung des wissenschaftlichen Gedankengutes und der damit einhergehenden Verzeichnung der Theoriegeschichte. Dieser Aspekt ist der neueren Geschichte der Wirtschaftswissenschaften eigen und läßt sich anhand des Beispiels der Ost-Migration nicht studieren.

Zu den Gemeinsamkeiten zählt erstens das augenfälligste Phänomen, der enorme Aufstieg der Wirtschaftswissenschaften als Folge der Ankunft der Wissenschaftler. Daran, daß dieser Impuls für die Entwicklung des geistigen Lebens in Rußland wesentlich war, ist heute nicht mehr zu zweifeln. Zu den Unterschieden gehört aber bereits, daß die emigrierten Wissenschaftler das Gastland wohl nicht in ihrer Mehrheit als neue Heimat angenommen haben. Dies ist um so erstaunlicher, als einige von ihnen, z. B. Jakob, sehr schnell zu hohem Ansehen gelangten. Man wird zur Erklärung neben den Lebensverhältnissen im Gastlande wohl auch die Arbeitsbedingungen heranziehen müssen. Die wesentlichen Schriften mußten im Auslande verlegt werden, denn sie blieben wirkungslos, wie der Fall Langs beweist, wenn sie allein im Inlande nach entsprechender Genehmigung durch die Zensur gedruckt wurden.

Zu den vergleichbaren Phänomenen dagegen gehört wiederum die empirische Orientierung der immigrierten Wissenschaftler und der Erfolg dieser Empirie für die Verbesserung der Theorie. Wiederum ist der Fall Langs instruktiv, der nicht empirisch arbeitete und völlig wirkungslos blieb. Diese empirische Berücksichtigung der besonderen russischen Verhältnisse hat, worauf Roscher ausdrücklich hinweist, zu einer ganz wesentlichen Verfeinerung und Verbesserung der Theorie geführt, mehr noch, als Roscher selbst wahrzunehmen vermag.

Die Verfeinerung und tiefere Ausgestaltung der Theorie konnte nicht alle Teildisziplinen der Wirtschaftswissenschaften gleichmäßig erfassen. Dies hängt zum einem mit dem Stand der Theorie zusammen. Dieser Aspekt ist für den Vergleich jedoch nicht zugänglich. Von Bedeutung ist dagegen der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aspekt der Anwendungen. Das Schwergewicht des wissenschaftlichen Fortschritts liegt eindeutig auf den Gebieten der Wirtschaftspolitik und der Finanzwissenschaft; wiederum ist Lang die die Regel bestätigende Ausnahme, weil er folgenlos blieb. Besonders deutlich ist die Wirkung der Ost-Migration auf die Schwerpunktsetzung bei den behandelten wissenschaftlichen Problemstellungen. Die Literatur über die Agrarstruktur erfährt wesentliche Bereicherungen, die später zum Teil wieder verlorengehen. Es geht hier nicht so sehr um die in der Literatur oft verkürzt dargestellte Frage, ob ein Autor für oder gegen die Leibeigenschaft plädiert habe. Viel wichtiger ist, worauf Kingston-Mann hinweist, die Bemühung um ein verläßliches Verständnis der Funktionsweise dieser agrarischen Verhältnisse. Die entsprechenden Hinweise bei Schlözer, daß man die feudalen russischen Güter nicht mit den Südstaatenplantagen zu vergleichen habe, stoßen selbst noch bei Roscher auf Unverständnis, obwohl sie auf richtigen Beobachtungen beruhen; das theoretische Rüstzeug fehlte noch, um diese Rechtsverhältnisse ökonomisch zu durchdringen; aber der systematische Versuch, die mitgebrachte Theorie auf die neue Praxis anzuwenden, führte zu richtigen Problemstellungen und Einschätzungen.

Die Rückwirkung der neuen Erkenntnisse auf die Wissenschaft im Ursprungslande ist im Falle der Finanzwissenschaft beinahe mit Händen zu greifen. Die von Roscher abgelehnten Privatisierungsvorstellungen Jakobs z.B. gehören in den Kontext der ersten großen Privatisierungswelle in Preußen, die in der nachnapoleonischen Ära sogleich eingeleitet wurde. Schumpeter verweist richtig auf den Zusammenhang zwischen den Erfahrungen Jakobs in Rußland und den Stein-Hardenbergschen Reformen. Und Roscher verweist auf den Aufschwung der historisch-empirischen Forschung mit der Betonung des Entwicklungsgedankens, den die Nationalökonomie als Folge der Beschäftigung mit den besonderen russischen Verhältnissen in Deutschland nahm.

Das wenige bereits, das wir über dieses Thema wissen, läßt uns sicher zu dem Schluß gelangen, daß die mitgebrachten Vorstellungen der immigrierten Gelehrten über die institutionellen Bedingungen ihrer Arbeit mit der vorgefundenen Wirklichkeit in einem schroffen Gegensatz standen. Hier besteht ein gravierender Unterschied zwischen der Ost-Migration des 19. Jahrhunderts und der West-Migration des 20. Jahrhunderts. Wurden die Bedingungen in Rußland als bedrückend erfahren, so wirkten die Bedingungen in den Vereinigten Staaten trotz zum Teil erheblicher Schwierigkeiten im großen und ganzen befreiend. Aus diesem Spannungsverhältnis ergaben sich aber zum Teil neue Organisationsformen, z.B. die Veröffentlichung bestimmter Sitzungsberichte der Petersburger Akademie auf deutsch, was zu einer besseren wissenschaftlichen Kommunikation beitragen konnte. Daß insgesamt als Folge der Ost-Migration ein starker Ausbau des wissenschaftlichen Hochschulwesens in Rußland stattgefunden hat, wird in der Literatur in Umrissen deutlich, bedarf aber vor allem was die Organisationsformen betrifft genauerer Forschung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fraglos hat die Regierung vor allem unter Alexander I einen wesentlichen Einfluß auf die Hochschulpolitik genommen, bereits mit der Einladung der Wissenschaftler, aber auch mit der Gründung neuer Hochschulen.

Für die Tradierung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ist von entscheidender Bedeutung, daß es Institutionen gibt, die die Kommunikation unter den Forschern über die Grenzen hin erleichtern. Mit der Schließung der Hallensischen Universität verlor z.B. Jakob auch seine Zeitschrift, dasselbe Organ, das Goethe und Schiller so sehr in Harnisch gebracht hatte. Das erstaunliche Ausbleiben eines nachhaltigen Widerhalls der russischen Impulse für die deutsche Volkswirtschaftslehre hängt sicherlich mit dem rudimentären wissenschaftlichen Kommunikationswesen zusammen. In dieser Hinsicht besteht wiederum ein wesentlicher Unterschied zwischen der Ost-Migration des 19. Jahrhunderts und der West-Migration des 20. Jahrhunderts. Doch scheint es durchaus Institutionen gegeben zu haben, die sich besonders intensiv dem wissenschaftlichen Austausch über die Grenzen hinweg verpflichtet fühlten; wir finden z.B. häufige Hinweise auf die Fürstlich Jablonowskische Gesellschaft.[26]

---

[26] Joseph Alexander Jablonowski, 1711 - 1777, wurde Woiwode von Nowogródek und erhielt 1743 die Würde eines deutschen Reichsfürsten. Er verließ 1768 nach dem Ausbruch der Unruhen sein Vaterland und wählte Leipzig zu seinem Aufenthalte, wo er am 1. März 1777 starb. 1765 setzte er drei Preise für drei von ihm gestellte Aufgaben aus der polnischen Geschichte, der politischen Ökonomie, der Physik und der Mathematik aus, deren erste Verteilung durch die Naturforschende Gesellschaft in Danzig 1766 erfolgte. Diese erkannte den Preis für Jablonowskis Aufgabe, die Ankunft des Lech in Polen gründlicher als bisher zu erweisen, der Abhandlung Schlözers zu, der das Dasein des Lech in das Reich der Fabeln verwies. Fürst Jablonowski sah dies als eine unstatthafte historische Ketzerei an und schrieb dagegen die Vindiciae Lechi et Czechi, (Leipzig 1770). Außerdem entzog er jener Gesellschaft die Preisverleihung und gründete 1768 in Leipzig die [um die Jahrhundertwende noch bestehende] Fürstlich Jablonowskische Gesellschaft der Wissenschaften, die aber erst 1774 ins Leben trat. Jablonowski schenkte derselben ein Kapital, von dessen Zinsen die Gesellschaft seither drei goldene Preismedaillen mit dem Bildnisse des Fürsten prägen ließ; gegenwärtig <1894> besteht der Preis in 1000 M. Brockhaus' Konversations-Lexikon 9, Leipzig: Brockhaus 1894.

Diese Fußnote hat Herr Professor *Scheer* noch präzisiert mit den folgenden Ausführungen:

„Das Stiftungsvermögen wurde durch die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg zum großen Teil entwertet, und die Gesellschaft ging 1945 unter (vgl. den Artikel „Jablonowski" in der Neuen Deutschen Biographie [NDB], Bd. 10. Der Brockhaus-Satz, daß die Gesellschaft von den Zinsen des Stiftungskapitals „seither drei goldene Preismedaillen mit dem Bildnisse des Fürsten prägen liess", irritiert etwas; man könnte glauben, die jährlich bestimmten Preisträger mußten nach einem Jahr wieder die Medaillen zurückgeben (wie dies bei sehr hohen Orden nach dem Tode des Inhabers zu geschehen hatte). Zudem weist schon „der Brockhaus" von 1894 darauf hin, daß „früher" als Preis eine Medaille verliehen wurde: „... gegenwärtig (1894) besteht der Preis in 1000 M. [Im Artikel „Jablonowski" in der NDB heißt es dagegen: „Die Preise bestanden ursprünglich aus einer Goldmedaille ..., später auch aus Geldbeträgen".] In der „Allgemeinen Encyklopädie der Wissenschaften und Künste" von Ersch-Gruber (2. Section 13. Theil (1836)) werden noch lediglich die „24 Dukaten schweren" Medaillen erwähnt. – Übrigens war einer der Preisträger der Gesellschaft (48 Golddukaten schreibt die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IV. Eine stürmische Diskussion

Die obenstehenden Ausführungen wurden in der Kartause Ittingen beinahe wörtlich so vorgetragen, wie sie hier abgedruckt sind. Es erscheint mir sinnvoll, dem Leser die wichtigsten kontroversen Punkte mitzuteilen, anstatt diese irgendwo im Fußnotenapparat zu verstecken. Das Kernproblem bietet natürlich die Frage, ob die Migrationsbewegungen, die hier beispielhaft genannt und dann auch verglichen wurden, überhaupt vergleichbar sind. Wie unter III dargestellt, sind die Möglichkeiten, hier Vergleiche anzustellen, außerordentlich begrenzt. Man sollte andererseits jedoch nicht den Fehler begehen, sich auf nur diese beiden Migrationsbewegungen zu konzentrieren. Die Migration der Gelehrten ist ein Phänomen, das manchmal in stärkerem, manchmal in schwächerem Ausmaße den Fortgang der Wissenschaft beeinflußt. Das Phänomen selbst ist stark von politischen Einflüssen abhängig, manchmal handelt es sich um wenige Migranten, manchmal schwillt der Migrantenstrom zur Flut an, wenn die politischen Bedingungen in regelrechte Katastrophen ausarten.

Eine solche Katastrophe war der Einbruch der napoleonischen Zäsur und ihrer Weiterungen für das deutsche Universitätswesen sicherlich. Deutschland verlor etwa die Hälfte seiner Universitäten, und nicht in allen Fällen nur deshalb, weil die Studenten ausblieben. Auch ist das Ausbleiben der Studenten natürlich nicht unabhängig von den politischen Wirren. Die vornapoleonische Zeit kannte drei große Wellen der Universitätsgründungen, die im Prinzip zu einem System der Landesuniversitäten geführt hatten, was eine breite Diversität ermöglichte. Die Zerstörung vieler deutscher Klein- und Mittelstaaten und der Octroi neuer dem französischen Vorbild nachempfundener Organisationsformen für die Wissenschaft, die Kriegswirren, die finanzielle Not, das Entstehen und Zerfallen künstlich geschaffener Staatsgebilde ebenso wie die Tatsache, daß viele der potentiellen Studenten entweder ihrer finanziellen Mittel beraubt waren oder unter (oft noch verschiedenen) Fahnen standen, dies alles führte dazu, daß der Fortbestand des traditionellen deutschen Universitätswesens aufs stärkste erschüttert wurde. Ich gebe im folgenden nur Daten und bedanke mich bei Herrn Bernhard vom Brocke (Marburg) für die Bereitstellung der mitgeteilten Information.[27] Das napoleonische Zeitalter ist verantwortlich für die Schließung der folgenden Universitäten: Straßburg 1792, Köln 1796, Mainz 1797, Trier 1798, Bonn 1797, Stuttgart (Hohenheim) 1794, Fulda

---

NDB in der Biographie „Laspeyres") der auch von Herrn Häuser in Ittingen erwähnte Statistiker Etienne Laspeyres (der 1866 an das Polytechnikum Riga und 1869 an die Universität Dorpat ging, bevor er 1873 Rufe nach Karlsruhe und 1874 nach Gießen annahm) mit seiner 1863 erschienenen Arbeit „Geschichte der volkswirtschaftlichen Anschauungen der Niederländer[!] und ihrer Literatur zur Zeit der Republik"."

[27] Vergleiche *Otto Scheel,* Die deutschen Universitäten von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, S. 40 - 41 in: Das Akademische Deutschland, Band I: Die deutschen Hochschulen in ihrer Geschichte, Berlin: Weller, 1930.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1802, Bamberg 1803, Dillingen 1804, Ingolstadt 1800 (neu eröffnet in Landshut), Altdorf 1807, Salzburg 1810, Innsbruck 1810, Paderborn (o.J), Helmstedt 1809, Rinteln 1809, Frankfurt an der Oder 1811 (der Bibliothekbestand ging nach Breslau), Herborn 1816, Erfurt 1816, Wittenberg 1817 (der Name lebt fort in Halle), Duisburg 1818 und Münster 1818. Man male sich aus, welche Auswirkungen eine Massenschließung dieser Art heute auf die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Lehre und Forschung haben würde!

Die ganze Fragestellung dieses Aufsatzes setzt natürlich dieses voraus: daß äußere Einflüsse auf den Fortgang der Theoriebildung einwirken, daß dieser also nicht autonom ist. Nur unter diesen Umständen ist es sinnvoll, für die Theoriegeschichte auch die Geschichte der Wirkungsmöglichkeiten der die Geschichte bildenden Forscher und Lehrer sowie der Studenten einzubeziehen. Es ist ganz unausweichlich, unter diesen Umständen idealtypisch vorzugehen, d.h. gewisse Strukturen zu betonen, auch wenn selbstverständlich eingeräumt werden muß, daß sich im einzelnen das Bild sehr viel komplexer darstellt, als die idealtypische Vorstellung es uns nahelegt. Herrn Kollegen Scheer bin ich dafür dankbar, daß er diese andere Sicht in wunderbarer Form dokumentiert hat, und zwar mit Hilfe im wesentlichen genealogischer Forschungen, der wie er sagt „pingeligsten (und kleinlichsten) aller ‚Hilfswissenschaften'". Herr Kollege Scheer möchte zeigen, daß die Welle der Ost-Emigration nicht sozusagen nach Rußland hineinschwappte, sondern daß es sich um Einzelentscheidungen handelt, die unter Inachtnahme aller Umstände getroffen wurden. Es gab auch viele, die nicht gingen. Der Vorgang selbst dauerte länger als der hier angegebene und unserer Betrachtung zugrunde liegende Zeitraum, und auch die Verhältnisse im Gastlande sind nicht einheitlich.[28] Herr Scheer schreibt in einem Brief vom 29. Oktober 1991 u.a. das folgende, und ich zitiere wörtlich:

> „Beim Stöbern stieß ich nun auf die folgenden weiteren „West-Ost-West-Wanderer" aus dem nationalökonomischen Fach:
>
> Der oben erwähnte August Friedrich Wilhelm Crome (* Sengwarden b. Jever/Ostfriesland 6.8. 1753 † 11.6. 1833), der seit 1778 Lehrer der Geographie und Geschichte am Philanthropin in Dessau war und 1785 Erzieher des Erbprinzen von Anhalt-Dessau wurde und der sich 1782 um eine Professur der statistischen und kameralistischen Wissenschaften an der Universität Leipzig beworben hatte (und 1787 in Gießen den Lehrstuhl des Physiokraten Schlettwein übernahm), hatte lt. Stieda einen Ruf nach St. Petersburg *abgelehnt*, „weil er in Dessau bleiben wollte und das angebotene Gehalt nicht hoch genug schien [!]" (Stieda, 1906, S. 263 Anm. 3 unter Verweis auf Cromes Selbstbiographie (1833)). Dabei hatte Crome noch nicht einmal die Magisterwürde; in den Verhandlungen mit Leipzig hatte er angeboten, dies nachzuholen, „aber er wollte sich den hierbei unvermeidlichen Weitläufigkeiten nicht aussetzen ohne die Gewißheit als Professor angestellt zu werden" (Stieda loc. cit.). Vergleiche auch J.G. Meusel: Das gelehrte Deutschland, ([5]1796), S. 652 - 655.

[28] Übrigens läßt sich dasselbe für die große West-Emigration nach 1933 zeigen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ebenso hat der oben angeführte Friedrich Gottlob Canzler (* Wolgast 25. 12. 1764 † 27. 1. 1811), der 1799 die Professur für Statistik, Staatsökonomie, Cameral-, Finanz- und Commerzwissenschaften an der Universität Greifswald bekam (zu ihm ADB Bd. 3 (1876), S. 769), 1792 einen Ruf nach Warschau als Professor für Geschichte und Geographie erhalten, der sich aber wegen des polnischen Aufstandes zerschlug (Stieda S. 94).

Auch von Canzlers Mitbewerber um den Greifswalder Lehrstuhl, dem Leipziger Privatdozenten Johann Christian Hoffmann (1768 - ?), heißt es: „... hatte vornehme russische Studenten unterrichtet und einen Ruf an die in Dorpat neu zu errichtende Universität ausgeschlagen." (Stieda S. 95).

Ein weiterer abgelehnter Ruf nach Rußland ist für den berühmten Vielschreiber Karl Heinrich Pölitz (* 17. 8. 1772 † 27. 2. 1838; vgl. zu ihm den Art. im HdSt) zu berichten, der 1795 Prof. für Moral und Geschichte an der Ritterakademie zu Dresden, 1803 Extraordinarius für deutsche Reichs- und europäische Staatengeschichte sowie Geographie und Statistik an der Universität Leipzig, 1804 ao. Prof. des Natur- und Völkerrechts an der Universität Wittenberg, 1808 Prof. für Geschichte ebd. und 1815 (als die Universitäten Halle und Wittenberg vereinigt wurden) Prof. der Sächsischen Geschichte und Statistik an der Univ. Leipzig wurde und 1820 den Lehrstuhl für Staatswirtschaft und Politik ebd. bekam. Besagter Pölitz lehnte 1809 – also auf dem Höhepunkt der napoleonischen Besetzung Deutschlands! – einen Ruf an die Universität Kasan ab (Stieda S. 277).

Ein frühes Beispiel für einen mißlungenen umgekehrten Wechsel von Rußland zurück nach Deutschland ist G. C. Besack (* .../Lausitz † ...), kaiserl.russ. Hofrat, Ritter des Wladimirordens und Professor bei dem Landkadettenkorps zu St. Petersburg (Vergleiche auch Meusel: Das gelehrte Deutschland (^{5}1796), S. 271): Er bewarb sich nach dem Tod des Johann Friedrich († 5. 1. 1762) erfolglos um dessen Professur für Moral und Politik an der Universität Leipzig (Stieda S. 271).

Und wo ich gerade bei „frühen Beispielen" bin: Interessant ist auch, was Stieda (S. 259) über den Kameralisten Georg Heinrich Zincke berichtet: „... seit 1731 wirklicher Hof-, Regierungs- und Oberkonsistorialrat in Weimar, wo er so trübe Erfahrungen machte, daß er sogar das Gefängnis kennen lernte. Wieder in Freiheit, kam er nach vorübergehendem Aufenthalte in Saalfeld auf den Gedanken, nach Petersburg überzusiedeln, wo ihm eine Lehrstelle angeboten worden war oder in Aussicht stand. Auf dem Wege dahin war er im Mai 1740 in Leipzig, und hier beredeten ihn seine Freunde, denen er seinen Plan enthüllte, zu bleiben und sein Glück an der Hochschule zu versuchen ..." Also auch eine nicht zustandegekommene West-Ost-Wanderung.

Demgegenüber wäre als „spätes Beispiel" einer West-Ost-Wanderung der (nicht mit dem oft als Physiokraten eingestuften Theodor Anton Schmalz, 1810 erster Rektor der Universität Berlin, Verfasser einer Enzyklopädie der Kameralwissenschaften, eines Handbuches der Staatswirthschaft usw., zu verwechselnde) Johann Friedrich Leberecht Schmalz (* Wildenborn b. Zeitz/Sachsen 25. 6. 1781 † Dresden 11.(23.) 5. 1847) zu nennen, praktischer Landwirt erst in Sachsen und dann im nördlichen Teil von Ostpreußen („Preussisch-Lithauen"). Er erhielt nach dem Tod von J. W. Krause einen Ruf auf die von diesem bekleidete Professur der Ökonomie und Technologie [wohl vorrangig Agrarökonomie] an der Universität Dorpat, den er 1829 „wiewohl freylich erst nach manchem Schwanken" und wohl auch im Hinblick auf seine pre-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

käre Vermögenslage (u.a. mißlungene Versuche mit der Zucht von Merinoschafen) annahm (S. 94 - 99 aus dem baltischen Schriftstellerlexikon von Recke-Napiersky (1831) sowie dem Nachtragsband dazu von Napiersky-Beise, 1861, S. 175 - 177). 1845 verließ Schmalz den Russischen Staatsdienst und Dorpat wieder und ging „ins Ausland" (d.h. wohl nach Deutschland, wo er in Dresden starb).

Wenn ich all diese Beispiele zusammenfasse, so scheint mir die *Ost-West-Richtung* der tatsächlichen bzw. versuchten bzw. möglichen, aber unterlassenen Migration (1) in Form von von Deutschland ausgehenden Rufen an in Rußland tätige Gelehrte (Storch: ausgeschlagen; Jakob, Schlözer: wahrgenommen), (2) in Form von Bemühungen von in Rußland wirkenden Ökonomen um eine Stelle in Deutschland (Besack) und (3) in Form der Ablehnung von Rufen aus Rußland (Crome, Canzler, Hoffmann, Pölitz und (früh) Zincke) *mindestens* ebenso bedeutend zu sein wie die von Ihnen herausgestellte *West-Ost-Richtung*. Jedenfalls ergeben die dargestellten Fälle ein recht differenziertes Bild, wobei nach meinem Dafürhalten jeweils die materiellen Bedingungen (Gehalt), die „beide Seiten" boten, für die individuelle Entscheidung zu bleiben oder zu gehen eine oder gar die ausschlaggebende Rolle spielten. Schließlich handelte es sich ja um Ökonomen, denen gemeinhin mehr materielles Denken und weniger Idealismus nachgesagt wird als Gelehrten etwa der Philosophie und Ästhetik. Stieda berichtet von dem Stoßseufzer des um Vorschläge gebetenen Professors Franz (Stuttgart) über die Vorteile einer „praxisrelevanten" Wissenschaft (Brief v. 7.7. 1798): „... haben die bey uns gebildeten Cameralisten als Kinder dieser Welt sich so sanft zu betten gewußt, daß es beynahe unmöglich wäre einen von ihnen aus seiner behaglichen Lage herauszuheben." (Stieda, a.a.O., Brief Nr. 43, S. 365). Das „sonstige Umfeld" im russischen Reich bot in den Jahren der Regierung des Zaren Paul I. (1797 - 1801), des Nachfolgers der Zarin Katharina II., sowie später dann unter Nikolaus I. (1825 - 1855) wohl sehr wenig Anreize im Vergleich zu Deutschland. Anders war es in der liberaleren „Zwischenperiode" unter Zar Alexander I., aber wohl auch nur bis zu den napoleonischen Kriegen!"

Für das Verständnis der Wirkungsmöglichkeiten, die sich den Migranten aus dem Westen im russischen Kaiserreich boten, ist es sicherlich auch wichtig, den Unterschied zwischen der Sankt Petersburger Situation, in der sich etwa von Storch befand, und den Verhältnissen an Plätzen wie Charkow zu unterstreichen. Der wirkungslose und tragische Lang ist dafür z.B. das Gegenbeispiel zu Storch, aber auch von Jakob. Professor Scheer hat dazu die folgende Situationsschilderung beigetragen, die er dem Prachtkatalog zu der Essener Ausstellung „Sankt Petersburg um 1800" von 1990 entnimmt:

„Die Furcht vor der französischen Revolution, vor oppositionellen Kräften innerhalb des Adels und Unruhen im Lande führte zu einer Reihe von Gegenmaßnahmen, durch die schließlich auch die Buchproduktion eingeschränkt werden sollte. Noch Ekatarina II. erließ im Jahre 1796 eine Verordnung, durch die private Druckereien verboten und die Zensur in allen Teilen des russischen Reiches eingeführt wurde. Das Ergebnis war, daß die Buchherstellung ungefähr um zwei Drittel zurückging. ... Ein Erlaß des Jahres 1800 verbot darüber hinaus grundsätzlich die Einfuhr sämtlicher ausländischer Bücher ..."

„Schon bald nach seiner Thronbesteigung erlaubte Kaiser Aleksandr I. wieder die Einfuhr ausländischer Bücher, und 1802 wurden auch wieder private Druckereien

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zugelassen . . ." (V. Fedorov: Das Buch in Petersburg um 1800, in: *St. Petersburg um 1800.* Ein goldenes Zeitalter des russischen Zarenreichs. Ausstellung Kulturstiftung Ruhr Essen, Recklinghausen 1990, S. 126f.).

Und ebenda an anderer Stelle zur Regierungszeit Alexanders:

„Eine Besonderheit, die Petersburg von allen anderen russischen Städten unterschied, war die große Anzahl von Ausländern, die dort lebten. Im Jahre 1818 handelte es sich dabei um fast jeden neunten Einwohner. Nahezu die Hälfte davon war in Handwerk und Handel beschäftigt. Zu einer weiteren großen Gruppe gehörten die Vertreter der künstlerischen Intelligenz, ferner die Ärzte und Apotheker. Beachtlich war auch die Zahl der Pädagogen, und zwar nicht allein solcher in den Lehranstalten, sondern auch der Privatlehrer in Adelsfamilien . . .

Zwar kam in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die im 18. Jahrhundert weithin geübte Regierungspolitik zum Erliegen, Ausländer nach Petersburg ausdrücklich einzuladen. Trotzdem folgten aber auch dann noch häufig neue Übersiedler ihren Landsleuten, meistens Bewohner der deutschen Länder. Sie bildeten in der Mitte des 19. Jahrhunderts fast zwei Drittel aller Ausländer der Stadt, wobei sie zum Teil auch aus dem Baltikum nach Petersburg übersiedelten." (G. Princeva: Das gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben Petersburgs in der Zeit der Kaiser Pavel I. und Aleksandr I., in: *St. Petersburg um 1800*, 1990, S. 24).

Und zum Wechsel des Regierungstils nach der Verbannung Speranskys und dem Sieg über Napoleon heißt es dort:

„Die Reaktion betraf aber auch die Bildungseinrichtungen: Aus der Petersburger Universität wurden jene Professoren entfernt, die für ihre liberalen Ideen bekannt waren; zugleich wurden die Zensurbestimmungen deutlich verschärft . . ." (ebd. S. 28).

Tatsächlich fällt auf, daß die Frequenz der Publikationen von Storchs, die im Literaturverzeichnis mitgeteilt werden, nach 1815 deutlich abnimmt. Wir wissen also nicht, ob dies alters- oder zensurbedingt war. Wir wissen daher auch nicht, warum Roscher sich ausdrücklich zur Zensur äußert. Roscher zeigt sich in seinem Werk oft über biographische Details informiert, die sonst nicht zugänglich sind. Die Erklärung liegt vermutlich in seiner umfangreichen Privatkorrespondenz.

Es gab während der Diskussionen in der Kartause Ittingen noch eine Fülle weiterer Fragen, die ich im folgenden nennen möchte, ohne immer eine erschöpfende Antwort geben zu können. Dies geschieht weil ich der Ansicht bin, daß sich entweder die Antworten aus dem Text ergeben, oder aber die vollständigen Antworten eher der Leser dieses Beitrages selbst geben will, nachdem er die Lektüre beendet hat. Ich nenne die folgenden Fragen:

- Die Dogmengeschichte gilt uns als Quelle der Beurteilung theoretischer Leistungen. Inwiefern trägt dieser Aufsatz dazu bei?
  Meine Antwort darauf ist diese: die russische Schule zeigt deutlich, daß das Testen der überlieferten Theorie an anderen institutionellen Umständen diese Theorie robuster macht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

- War von Storch tatsächlich ein Migrant? Er war dies in diesem Sinne, daß er die Möglichkeit hatte zu wählen, und er wählte in östlicher Richtung.
- Kann man von einer Schule sprechen? Sehr wohl, wenn man im Roscherschen Sinne die speziellen Umstände betont, die es möglich machen, Theorien, die für diese Umstände nicht geschrieben waren, zu testen und sie so robust zu machen.
- Ist der Ausgangspunkt glücklich gewählt? Nein, in dem Sinne, daß es schwer ist, sinnvolle Parallelen zu finden. Aber die Ausführungen über das Ausmaß der Katastrophe der napoleonischen Ereignisse für das deutsche Universitätswesen geben einen Hinweis darauf, daß vielleicht keine glücklichere Wahl möglich war.
- Ist der Vergleich der Migrationen statthaft? Er ist es nur in sehr eingeschränkten Maße, so wie ich es unter III. darzustellen versuchte.
- Führt eine Forschungsweise dieser Art zu einer Verfeinerung/Verbesserung der Theorie, d.h. insbesondere unseres Verständnisses der Theoriegeschichte? Ich hoffe es, denn ich gehe davon aus, daß wir die Arbeitsbedingungen der Theoretiker in die theoretische Erklärung einbeziehen (endogenisieren) müssen.
- Handelt es sich bei der Migration nicht im Kern um ein Ost-West-Gefälle? Die Antwort ist „ja", aber auch die Migration der dreißiger Jahre paßt auf diese Beschreibung. Der Aufstieg der amerikanischen Universitäten erfolgte erst auf Grund der Emigration, worauf Stigler mehrfach ausdrücklich hingewiesen hat (es handelt sich um mündliche Äußerungen, die ich augenblicklich schriftlich nicht mehr rekonstruieren kann, da ich mit dem Autor nicht mehr in Kontakt treten kann).
- Ist ein Beitrag dieser Art der Theoriegeschichte zuzurechnen? Der Leser möge selbst entscheiden.

Literatur

Auerbach, Allan J. / *Feldstein,* Martin (Hrsg): Handbook of Public Economics, Amsterdam: North Holland, 1985.

Backhaus, Jürgen: Der Einfluß der Migration auf die jüngere Geschichte der Finanzwissenschaften in Amerika und auf dem europäischen Kontinent. Erscheint demnächst in: Harald Hagemann: Die deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Emigration nach 1933.

— Participants of Sombart's Seminar, in: Jürgen Backhaus: Werner Sombart: Social Scientist, Volume I, Marburg: Metropolis. Erscheint 1992.

Balabkins, Nicholas: Buchbesprechung, Eastern Economic Journal, 12, 1986.

Blaug, Mark: Economic Theory in Retrospect, Cambridge: Cambridge University Press, 1985[4].

Brockhaus' Konversations-Lexikon 9, Leipzig: Brockhaus, 1894.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ekelund, Robert B. / *Hébert,* Robert F.: History of Economic Theory and Method, New York: McGraw-Hill, 1990[3].

Fedorov, V.: Das Buch in Petersburg um 1800, in: St. Petersburg um 1800, 1990.

von Goethe, Johann Wolfgang: Gesammelte Werke, Hamburger Ausgabe, Band I.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV und VI, Jena: Gustav Fischer, 1900[2] und 1901[2].

Issing, Otmar (Hrsg.): Geschichte der Nationalökonomie, München: Vahlen, 1988[2].

Jablonowski, Joseph Alexander: Vindiciae Lechi et Czechi, 1770.

Kingston-Mann, Esther: In Search of the True West: Western Economic Models and Russian Rural Development, Journal of Historical Sociology 3.1, March 1990, pp. 23 - 49.

Landreth Harry / *Colander,* David C.: History of Economic Theory, Boston: Houghton Mifflin, 1989[2].

Marx, Karl: Das Kapital, I - III. Berlin: Dietz, 1912.

Menger, Carl: Gesammelte Werke, I - IV. Tübingen: Mohr (Siebeck), 1968 - 1970.

Meusel, Johann Georg: Das Gelehrte Deutschland, Hildesheim: Georg Olms Verlagsbuchhandlung, 1796.

Mohrmann, Heinz: Studien über russisch-deutsche Begegnungen in der Wirtschaftswissenschaft (1750 - 1825), Berlin: Akademie-Verlag, o. J.

Musgrave, Richard A.: A Brief History of Fiscal Doctrine, in: Allan J. Auerbach und Martin Feldstein (Hrsg): Handbook of Public Economics, Amsterdam: North Holland, 1985, pp. 1 - 59.

— Crossing Traditions, University of Hohenheim, September 27 - 29 1991.

Napiersky, C. E. / *Beise,* Theodor: Schriftsteller- und Gelehrtenlexicon der Provinzen Livland, Ehstland und Kurland, Nachträge und Fortsetzungen, Band II, Mitau: Johann Friedrich Steffenhagen und Sohn, 1861.

Ott, Alfred E. / *Winkel,* Harald: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1985.

Princeva, G.: Das Gesellschaftliche, Politische und Kulturelle Leben Petersburgs in der Zeit der Kaiser Pavel I. und Aleksandr I., in: Sankt Petersburg um 1800, 1990.

von Recke Johann Friedrich / *Napiersky,* Karl Eduard: Das allgemeine Schriftsteller- und Gelehrtenlexicon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland, Band III, Mitau: Steffenhagen und Sohn, 1831.

Riha, Thomas: German Political Economy: The History of an Alternative Economics, International Journal of Social Economics 12.3/4/5, 1985.

Roscher, Wilhelm: Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland, München: Oldenbourg, 1874.

Scheel, Otto: Die deutschen Universitäten von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, S. 40 - 41 in: Das Akademische Deutschland, Band I: Die deutschen Hochschulen in ihrer Geschichte, Berlin: Weller, 1930.

Schneider, Dieter: Geschichte betriebswirtschaftlicher Theorie, München: Oldenbourg, 1981.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schumann, Jochen: Heinrich von Storch: Originäre nationalökonomische Beiträge eines russischen Klassikers deutscher Herkunft, in: Heinz Rieter (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomichen Theorie XII, Berlin 1992, S. 33 - 63.

Schumpeter, Joseph Alois: History of Economic Analysis, New York: Oxford University Press, 1954.

Stieda, W.: Die Nationalökonomie als Universitätswissenschaft, Leipzig 1906.

von Storch, Heinrich: Cours d'Economie Politique, ou exposition des principes, qui déterminent la prospérité des nations. Ouvrage qui a servi a l'instructions de leurs Altesses Impériales les Grands-Ducs Nicolas et Michel. St. Petersbourg 1815. Pluchart, Cours, 1815.

— Versuche, Erste Sammlung, Riga 1784.

— Skizzen, Scenen und Bemerkungen auf einer Reise durch Frankreich gesammelt, Heidelberg 1787.

— Principes généraux de belles lettres, à l'usage du Corps des Cadets, St. Petersbourg, 1789.

— Gemälde von St. Petersburg, Riga 1793.

— Statistische Uebersicht der Statthalterschaften des Russischen Reichs nach ihren merkwürdigsten Kulturverhältnissen in Tabellen, St. Petersburg 1795.

— Historisch-Statistisches Gemälde des Russischen Reichs am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Riga 1797.

— Materialien zur Kenntnis des Russischen Reichs, Riga 1796/Leipzig 1798.

— Annalen der Regierung Katharinens II, Leipzig 1798.

— Briefe über den Garten zu Pawlowsk (geschrieben 1802), Leipzig, 1804.

— Allgemeine systematische Uebersicht aller Departments, Behörden und öffentlichen Anstalten des Russischen Reichs nach ihrer gegenwärtigen Verfassung, St. Petersburg 1805.

— Systematische Uebersicht der russischen Literatur während des fünfjährigen Zeitraums von 1801 - 1805, Leipzig 1810.

— Considerations sur la nature du revenu national, Paris 1824.

— Zur Kritik des Begriffs vom Nationalreichthum, St. Petersburg 1827.

— Du principe constitutionnel de la science du Gouvernement, Mémoires de l'Académie des sciences de St. Petersbourg, St. Petersbourg 1810.

— Les Fraix des Monnayages, 1815.

— Discours, Recueil des actes de la séance solennelle de l'Acad. Imp. des Sciences à St. Petersbourg, 1827.

— Mehrere kleine Aufsätze. In: J. H. Busse: Journal von Rußland, St. Petersburg 1794 - 1796.

— (Hrsg.): Rußland unter Alexander dem Ersten, St. Petersburg/Leipzig 1804.

Treml, Vladimir G.: Alcohol in the USSR: A Statistical Study, Durham, N. C.: Duke Policy Studies, 1982.

Uebe, Götz (Hrsg.): Zwei Festreden Joseph Langs, Heidelberg: Physika, 1990.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Heinrich von Storch: Originäre nationalökonomische Beiträge eines russischen Klassikers deutscher Herkunft[1]

Von *Jochen Schumann,* Münster

Einleitung

Heinrich von Storch (1766 - 1835) ist ein Nationalökonom, der in älteren Werken zur Theoriengeschichte der Volkswirtschaftslehre durchaus Beachtung fand. In *Wilhelm Roscher*s „Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland" von 1874 ist er prominentester Vertreter der „Deutsch-russischen Schule", dem 12 der 30 Seiten des Kapitels über diese Schule gewidmet werden. In *Karl Marx'* „Kapital" ist *Storch* ein russischer Ökonom, der gegen *Adam Smith* polemisiert (so das Register), und mit dessen Ansichten sich *Marx* in jedem der drei Bände seines Werkes auseinandersetzt. In *Hans-Jürgen Seraphim*s Aufsatz „Die deutsch-russische Schule" ist *Storch* ein empirisch orientierter Forscher, dessen Wirtschaftsstufenlehre ihn als Vorläufer der „Historischen Schule" erscheinen lassen könnte, dessen wirtschaftlicher Liberalismus jedoch viel eher seine Zuordnung zur Klassischen Schule nahe legt (vgl. S. 325f.). Auch *Joseph Schumpeter* wendet sich in seiner „History of Economic Analysis" gegen eine Einordnung *Storch*s als Vorläufer der historisch-ethischen Schule und betont dessen methodische und inhaltliche Nähe zur englischen Klassik; seine Analyse müsse als „kritischer Smithianismus" bezeichnet werden; er sei zwar kein hervorragender Theoretiker, aber eine Persönlichkeit von Bedeutung (vgl. Bd. 1, S. 616f.).

In neueren theoriegeschichtlichen Büchern kommt *Storch* nicht mehr vor; weder in *Mark Blaug*s „Economic Theory in Retrospect" noch in *Alfred Ott*s und *Harald Winkel*s „Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre" findet sich sein Name. In *Harald Winkel*s Aufsatz „*Adam Smith* und die deutsche Nationalökonomie 1776 - 1820" wird *Storch* zwar erwähnt, aber als ein Autor, der über die Kritik einzelner Punkte des Werkes von *Adam Smith* nicht hinaus kommt (vgl. S. 99).

---

[1] Der Verfasser dankt den Teilnehmern der Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses 1991 für die Diskussion sowie wertvolle Anregungen, die, soweit möglich, berücksichtigt wurden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im Jahr 1982 diskutierte *Peter Bernholz* in einer theoriegeschichtlichen Studie zu flexiblen Wechselkursen *Storch*s Beobachtungen über den Wechselkurs von Papiergeld in Metallgeld. Angeregt durch diese Studie würdigte ich – innerhalb eines Beitrages über die Rezeption und Fortentwicklung englischer klassischer Außenhandelslehren durch deutsche klassische Nationalökonomen zur Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses 1985 – *Storch*s fortschrittliche Erkenntnisse zur Außenwirtschaftstheorie. Sie gab auch dem Verfasser den Anlaß, *Konrad Rentrup* zu einer Dissertation über *Storch*s Werk zu motivieren, die 1989 unter dem Titel *„Heinrich von Storch,* das ‚Handbuch der Nationalwirthschaftslehre' und die Konzeption der ‚inneren Güter'" erschien.

In der „Vorrede" des „Handbuches" schreibt *Storch* (in der Wiedergabe des Übersetzers *Rau,* S. VIIf.):

> „Die unbestreitbaren keiner Entwicklung mehr Raum gegebenden Grundsätze ... müssen oft mit den Worten Anderer vorgetragen werden; der Verfasser hat dies nicht ängstlich vermieden, er gesteht, daß sein Buch viele Auszüge enthält ... er habe zugleich die eitle Sitte verschmäht, bei jedem Anlasse die Sätze Anderer von den seinigen genau abzusondern ... "

Dieses Bekenntnis brachte ihm den Vorwurf *Say*s ein, „daß er die guten Schriftsteller abschreibt" (*Say / Cours,* S. 337), womit *Say* offenbar *Adam Smith* und auch sich selbst meinte. In der Tat ist besonders der Einfluß von *Adam Smith* sehr groß. *Storch* bot jedoch in seinem Hauptwerk von 1815 eine ganze Reihe von Beiträgen, mit denen er über *Smith* und *Say* deutlich hinausging oder auch *Ricardo* vorwegnahm bzw. übertraf, dessen „Principles of Political Economy and Taxation" erst zwei Jahre später erschienen. *Storch*s mit dem Zitat angedeutete Bescheidenheit trug zweifellos dazu bei, einen Teil seiner originären Beiträge lange Zeit unerkannt bleiben zu lassen.

Teil I dieses Beitrags gibt einen kurzen Überblick über den Werdegang *Heinrich von Storch*s. *Teil II* befaßt sich mit fortschrittlichen Positionen *Storch*s in der Wert- und Verteilungstheorie. Seine Wertlehre betont subjektivistische Elemente und lehnt arbeitswerttheoretische Ansätze ab. Seine Grundrententheorie versucht, die Differentialrentenproblematik einzubeziehen. *Teil III* geht auf *Storch*s bemerkenswerte Erkenntnisse zur Außenwirtschaftstheorie ein. Er begründet Außenhandel bereits mit komparativen Kostenvorteilen, aber auch mit innovationsbedingten monopolistischen Vorsprüngen. In der Währungs- und Wechselkurstheorie befaßt er sich eingehend mit Metallgeld und Papiergeld sowie mit dem Wechselkurs des Papiergeldes gegenüber dem Metallgeld sowie ausländischem Geld. *Teil IV* befaßt sich mit *Storch*s Entwicklungsstufentheorie, die Anlaß gab, ihn als Vorläufer der Historischen Schule einzuordnen.

Dieser Beitrag behandelt nicht *Storch*s faszinierendste originäre Leistung, seine Konzeption der „geselligen Bildung" (im französischen Original: „civilisation") oder der „inneren Güter" (das sind: Gesundheit, Geschicklichkeit,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schöngefühl, Sittlichkeit, Glaube, Sicherheit und Muße), mit der er die Überbetonung der materiellen Güterproduktion in der klassischen Lehre zu überwinden versuchte. Die Konzeption wird deshalb hier nicht weiter erwähnt, weil ihre Darstellung und Einordnung in die neuere Kreislauf- und Konsumtheorie den Schwerpunkt der Dissertation von *Rentrup* bildet.

I. Zum Werdegang Heinrich von Storchs

Heinrich von Storch wurde im Februar 1766 in Riga geboren. Die Stadt war vom 13. bis zum 17. Jahrhundert durch den Ritterorden unter deutscher Herrschaft. Der deutsche kulturelle und wirtschaftliche Einfluß setzte sich in den folgenden Jahrhunderten in der ganzen Ostseeregion fort. Auch als Riga um 1710 russisch wurde, war die Stadt von deutschen Nachfahren der Ritter und zuwandernden Deutschen geprägt. Da *Storch*s Vater in Königsberg, seine Mutter in Eutin geboren wurde (vgl. *Lenz,* S. 733), und er sein Studium in Jena und Heidelberg absolvierte, kann er als russischer Staatsbürger deutscher Herkunft eingestuft werden.

Dem von *Recke* und *Napierski* bearbeiteten „Allgemeinen Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland" von 1832 lassen sich folgende Informationen über *Storch* entnehmen: Die Universität Heidelberg hatte ihm eine außerordentliche Professur der Staatswissenschaften angeboten, doch ging er nach St. Petersburg, wo er schon 1788 Professor der schönen Literatur beim Kadetten-Korps wurde[2]. 1790 wechselte er in eine Anstellung beim Reichskanzler *Besborodko,* in der er sich dem Studium der russischen Geschichte und Staatskunde widmen konnte. 1793 erschien seine erste statistische Untersuchung, „Gemälde von St. Petersburg", die auch ins Englische, Französische und Schwedische übersetzt wurde. 1797 bis 1803 erschienen die acht Teile des Werkes „Historisch statistisches Gemälde des russischen Reiches am Ende des 18ten Jahrhunderts". 1796 war *Storch* zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften ernannt worden. Schon *Katharina II.* war auf ihn aufmerksam geworden; nach ihrem Tod wurde er Erzieher der Kinder des neuen Zaren *Paul I.* Unter dessen Nachfolger *Alexander I.* wurde *Storch* 1804 zum ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt und zum Staatsrat ernannt. Er unterrichtete den späteren Zaren *Nikolaus I.* und dessen Bruder *Michael* in Staatswissenschaften. Dieser Unterricht wurde die Grundlage seines Hauptwerkes „Cours d'Économie politique", das 1815 in 6 Bänden in St. Petersburg

[2] *Christian Scheer* verdankt der Verfasser den Hinweis, daß *Storch* zunächst 1791, dann erneut 1798 für die Besetzung eines Lehrstuhls für „Staatswirthschafts-, Cameral- und Finanzwissenschaften" an der Universität Greifswald diskutiert wurde. Schon 1791 wurden allerdings Zweifel geäußert, ob er bereit sein würde, St. Petersburg zu verlassen. Diese Informationen gehen aus der in *Stieda* abgedruckten Korrespondenz aus den Akten der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald hervor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

veröffentlicht wurde. Eine leicht komprimierte und ergänzte Übersetzung von *Karl Heinrich Rau* erschien unter dem Titel „Handbuch der Nationalwirthschaftslehre" 1819 in Hamburg in zwei Bänden; ein dritter Band enthält *Storch*s „Zugaben" sowie Tabellen, ferner auch Zusätze von *Rau*. Den folgenden Abschnitten liegt diese Übersetzung zugrunde.

Ohne Kenntnis *Storch*s gab *Jean Baptiste Say* das Werk 1823 in Paris neu heraus, und zwar versehen mit kritischen und polemischen Anmerkungen, gegen die sich *Storch* in einem weiteren bedeutenden Werk, „Betrachtungen über die Natur des Nationaleinkommens", wendete, das 1824 in französischer und 1825, in eigener Übersetzung, in deutscher Sprache erschien.

In der russischen Industrialisierungsdebatte befürwortete *Storch* eine langsame, aber stetige Industrialisierung und trat, gegen heftige Kritik der Protektionisten, für Freihandel ein (vgl. *Rentrup,* S. 52).

Storch wurde mit dem königlich preußischen „rothen Adler-Orden der 3ten Kl." ausgezeichnet und wurde Ritter des St. Wladimir Ordens der 2ten sowie des St. Annen Ordens der 1ten Klasse. Er wurde Ehrenmitglied der Akademien zu München, Amsterdam, Harlem und Utrecht sowie der Universitäten zu Moskau und Charkow. Sein früherer Schüler, Zar *Nikolaus I.,* berief ihn in eine Kommission zur Überprüfung von Entwicklungsmöglichkeiten des russischen Bildungssystems. 1830 wurde er Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften (vgl. *Rentrup,* S. 7f.).

Nach längerer Krankheit verstarb *Storch* 1835 im Alter von 69 Jahren in St. Petersburg.

II. Beiträge von Storchs zur Wert- und Grundrententheorie

1. Ansatz einer subjektivistischen Wertlehre

Für *Adam Smith* (vgl. S. 27), *Jean Baptiste Say* (Cours, Bd. 1, vgl. S. 120) und *David Ricardo* (vgl. S. 34) ist die Nützlichkeit oder der Gebrauchswert eines Gutes zwar Grundlage seines Wertes. Für die Nationalökonomie relevant ist jedoch allein die Fähigkeit eines Gutes, sich gegen andere Güter tauschen zu lassen. Die Klassiker vertreten also einen tauschorientierten Wertbegriff. Nach *Smith* läßt sich der Tauschwert in Arbeit messen (vgl. S. 28). Auf der untersten Entwicklungssstufe eines Landes, die der Kapitalbildung und der Bodenaneignung vorausgeht, ist Arbeit einziger knapper Produktionsfaktor, so daß die jeweils für eine Einheit zweier Güter aufzuwendende Zahl an Arbeitsstunden deren relativen Tauschwert bestimmt. Auf höheren Entwicklungsstufen sind auch Kapital und Boden an der Produktion beteiligt; aber auch die für Profit und Bodenrente je Gütereinheit zu zahlende Summe will *Smith* in Arbeitsstunden ausdrücken (vgl. S. 44), so daß sich die Mengen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zweier Güter im Verhältnis der durch sie repräsentierten Arbeitsstunden austauschen. *Ricardo* wählt zur Beschreibung des relativen Tauschwertes zweier Güter das Verhältnis der in sie eingegangenen Arbeitsmengen, erkennt jedoch an, daß dieses Verhältnis durch unterschiedliche Produktionsdauer der Güter sowie durch Mitwirkung von Sachkapital in der Regel modifiziert wird (vgl. Kapitel 1). *Smith* und *Ricardo* vertreten mithin eine tauschwertorientierte Arbeitswertlehre. Die klassische Wertlehre wird aufgrund der Heranziehung des (scheinbar) objektiven Kriteriums des Wertmaßes der Arbeitsstunden als objektivistische Wertlehre deklariert.

Heinrich von Storch stellt demgegenüber einen gebrauchswertorientierten Wertbegriff in den Vordergrund:

> „Die Eigenschaft der Dinge, welche sie geschickt macht, unsere Bedürfnisse zu befriedigen, heißt ihre Nützlichkeit. ... Das Urtheil unseres Verstandes über die Nützlichkeit der Dinge bildet den Werth derselben und macht sie zu Gütern." (Bd. 1, S. 24f.).

Der Wert

> „richtet sich ... nicht nach der Meinung des Anbietenden sondern des Begehrenden" (Bd. 1, S. 38);

es ist also der durch die Nützlichkeit bestimmte Wert, aus dem sich der Tauschwert herleitet. *Storch* kritisiert ausdrücklich *Smith,* in der Arbeit die Quelle des Wertes zu sehen. Träfe dies zu,

> „so müßten alle körperlichen Dinge nothwendig Werth haben, und dieser würde der Menge ... der Arbeit, die sie enthalten, gleich seyn. Dennoch sehen wir eine Menge von Sachen, die keinen Werth besitzen ... Auch ist nicht gerade Arbeit erforderlich, um einem Gegenstand Werth zu verschaffen ... Dagegen sehen wir ... durch Arbeit hervorgebrachte Dinge, die entweder gar keinen, oder doch keinen der Arbeit angemessenen Werth haben" (Bd. 1, S. 71f.).

Auch Arbeit als Maß des Wertes lehnt *Storch* ab:

> „Ebensowenig, als die Quelle, ist die Arbeit das Maß des Werthes. Eine Ware ist nicht darum theurer als eine andere, weil sie mehr Arbeit gekostet hat, sondern weil überhaupt die Hervorbringekosten größer waren, und diese stehen nicht immer mit der Arbeit im Verhältniß" (Bd. 1, S. 73).

Der Wert eines Gutes wird nur durch die Nachfrage bestimmt, der Preis hingegen ist

> „Ergebniß eines Kampfes zwischen den Anbietenden und den Begehrenden; ... sie werden erst einig, wenn sie den Unterschied, um den noch gestritten wird, im Verhältniß ihrer beiderseitigen Kräfte unter sich getheilt haben. Der auf diese Art festgesetzte Preis heißt der wirkliche oder Marktpreis" (Bd. 1, S. 41).

Der Marktpreis hat dauernd die Tendenz, sich dem „nothwendigen Preis" oder „natürlichen Preis" zu nähern, und dieser ist bestimmt durch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„die Hervorbringekosten, d.i. die nothwendigen Ausgaben, ohne die eine Sache nicht an dem Orte, wo sie vertauscht werden soll, vorhanden sein könnte" (Bd. 1, S. 40).

*Storch*s Preistheorie entspricht damit der anderer klassischer Autoren. Mit seinem gebrauchswertorientierten Wertbegriff möchte er aber über die in die objektivistische Arbeitswertlehre verstrickte englische Klassische Schule hinaus weisen. Es gelingt ihm allerdings nicht, aus der von den Begehrenden empfundenen Nützlichkeit den Tauschwert von Gütern herzuleiten. Es findet sich nämlich keine Stelle, die auf einen Zusammenhang des Tauschwertes mit dem Grenznutzen hinweist. Obgleich *Storch* mit seiner Betonung der Nützlichkeit zukunftsweisend ist, kann er dennoch nicht als Vorläufer der subjektivistischen Wertlehre im Sinne der Grenznutzenschule eingestuft werden.

Die folgende Formulierung zeigt, daß *Storch* mit dem Gedanken einer bildlichen Darstellung der Preisbildung rang:

„Der Verbrauch jeder Waare gleicht einer Pyramide, deren Grundfläche die Größe des Begehres vorstellt, und die Höhe den nothwendigen Preis. Je höher dieser Preis steigt, desto kleiner ist die Grundfläche. Bisweilen geschieht es, daß der nothwendige Preis über den Gipfel der Pyramide hinaus wächst, d.h. zu einer Höhe, wo es keinen Begehr mehr giebt. Dann werden solche Waaren gar nicht hervorgebracht" (Bd. 1, S. 295).

Ein wohlgesonnener Interpret könnte in der Pyramide den Vorläufer einer Nachfragekurve erkennen. Vielleicht trugen *Storch*s Bemühungen dazu bei, seinen Übersetzer *Rau* später zu befähigen, in die 4. Auflage seines Standardwerkes „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre" von 1841 einen „Anhang zu § 154" einzufügen, in dem erstmals eine Nachfrage- und eine Angebotskurve zur geometrischen Darstellung der Preisbildung benutzt werden.

2. Grundrentenproblematik und Differentialrententheorie

Nach *Adam Smith* nennt man

„Alles Einkommen aus Grund und Boden ... Rente; sie steht dem Grundbesitzer zu" (S. 47). „Die Rente ... ist ihrer Natur nach ein Monopolpreis" (S. 126).

Während der natürliche Lohnsatz die Reproduktion der Arbeitskraft und die allgemeine Profitrate, als Entschädigung für Konsumabstinenz und Risiko, die Bereitstellung von Geldkapital sichern soll, gibt es für die Rente keine analoge Begründung. Bei *Adam Smith* ist die Rente, wie natürlicher Lohn und gewöhnlicher Profit, als Kostenbestandteil ein Bestimmungsgrund des natürlichen Preises eines Gutes. Allerdings bringt *Smith* die Rente auch mit der Marktnähe oder besonderer Fruchtbarkeit eines Bodens in Zusammenhang (vgl. S. 128). Denn diese Qualitätseigenschaften des Bodens begründen Arbeits- und Kapitalkostenvorteile für Mengen eines Gutes, die auf diesem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Boden produziert werden, gegenüber Mengen des Gutes, die auf ungünstigeren Böden hergestellt werden. Der einheitliche Preis des Gutes am Markt ergibt dann eine Differentialrente für die günstigeren Böden. Die Differentialrente ist nicht Bestimmungsgrund des natürlichen Preises des Gutes, vielmehr ist sie Folge eines natürlichen Preises, der sich durch die höheren Kosten für eine Einheit des Gutes auf dem ungünstigsten Boden ergibt (vgl. S. 127). Das Verhältnis der Bodenrente als Monopolpreis zur Differentialrente bleibt bei *Smith* ungeklärt.

Ricardo lehnt die *Smith*sche Theorie der Rente als Monopolpreis ab und betont, daß es keine Rente gibt, so lange nur gleich marktnahe gelegene oder gleich fruchtbare Böden in Anbau genommen werden müssen (vgl. S. 65). Nur weil bei zunehmender Bevölkerung stets ungünstigere Böden zur Nahrungsmittelproduktion herangezogen werden müssen und sich der natürliche Preis der Nahrungsmittel nach den Kosten auf dem ungünstigsten Boden richtet, entstehen für alle günstigeren Böden Renten als residuale Differentialgewinne. *Ricardo* wird, gemeinsam mit *Torrens,* als eigentlicher Begründer der Differentialrententheorie angesehen, wonach die Rente nicht Bestimmungsgrund, sondern Folge der natürlichen Güterpreise ist.

Heinrich von Storch versucht, die Rente als Monopolpreis für Naturkräfte besser zu begründen:

> „sie beruht auf dem ausschließlichen Recht des Eigenthümers auf sein Grundstück. ... Das Meerwasser bringt Salz hervor, giebt Fischen Nahrung; selbst der Wind, der unsere Fahrzeuge treibt, und die Sonnenwärme arbeiten für uns; aber glücklicherweise hat Niemand sagen können: ‚Das Meer, der Wind, die Sonne gehören mir, und der Nutzen, den sie leisten, muß mir bezahlt werden'. Der Boden aber mußte ins Eigenthum übergehen. Die Wirksamkeit jener Naturgegenstände ist unerschöpflich; wenn ein einzelner von ihnen Nutzen zieht, so hindert dies nicht, daß ein Anderer es ebenso gut kann. Der Boden dagegen ist begränzt; ... er würde nichts oder sehr wenig geben, wenn nicht seine Erzeugnisse von einem Eigenthümer hervorgerufen, gepflegt, gesammelt würden" (Bd. 1, S. 234f.).

Storch macht hier einen genauen Unterschied zwischen freien und knappen Gütern der Natur; das knappe Gut „Boden" sollte im Privateigentum stehen. Mit dem letzten Satz des Zitates ist *Storch* einer Begründung dieses Eigentums mit der Allmende- oder Kollektivgut-Problematik bei Gemeineigentum nahe. Ohne das Monopol der Grundeigentümer am knappen Boden, so könnte man vervollständigend interpretieren, hätte jedermann Anreiz, den Boden zu nutzen, jedoch niemand Anreiz zur Pflege des Bodens, weil seine Aufwendungen nicht ihm allein, sondern allen zugute kämen; nur Privateigentum verhindert Übernutzung des Bodens und erhält dessen natürliche Ertragskraft.

Die Grundrente als Preis für die Nutzung des Bodens, die *Storch* auch „ursprüngliche Grundrente" nennt (vgl. Bd. 1, S. 234), hat keinen „nothwendigen Satz" im Sinne eines natürlichen Reproduktions- oder Bereitstellungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

preises (wie Arbeit oder Kapital), sondern nur einen „wirklichen Satz" (Bd. 1, S. 236). Der Boden kann selbst dann noch genutzt werden, wenn dieser Satz gleich Null ist. Die unterschiedliche Bedeutung der Faktornutzungspreise von Arbeit und Kapital einerseits, von Boden andererseits für die Güterpreisbildung verdeutlicht *Storch* wie folgt:

> „Der hohe oder niedrige Betrag des Lohnes, Gewinnes, und der Verlagsrente ist demnach *Ursache* des hohen oder geringen Waarenpreises, während die jedesmalige Größe der Grundrente eine *Wirkung* des Waarenpreises ist. Von diesen hängt es ab, ob viel oder wenig oder gar nichts zur Bezalung einer Grundrente übrig bleibt. Obgleich dieselbe von einem Monopol herrührt, so kann sie doch ohne Gränze fortsinken" (Bd. 1, S. 238).

Storch beharrt also auf *Smith'* Deutung der Bodenrente als Monopolpreis, versucht aber deren Verhältnis zur Güterpreisbildung wie nach ihm *Ricardo* zu sehen: Die Grundrente als Residuum aus Preis abzüglich Kosten für Arbeit und Kapital ist nicht Bestimmungsgrund, sondern Folge der Höhe des Güterpreises. Ähnlich *Ricardo* diskutiert *Storch* die Grundrente in Abhängigkeit von der Marktnähe und der Fruchtbarkeit der Böden. Während *Ricardo* die Nahrungsmittelproduktion im Zusammenhang mit der Bevölkerung sieht, bezieht sich *Storch* auf Güter unterschiedlicher Dringlichkeit: Auf Böden der ersten Klasse werden Nahrungsmittel, auf solchen der zweiten Klasse „Stoffe für Bekleidung, Wohnung und Geräthe", auf solchen der dritten Klasse „Stoffe für die künstlichen", durch Gewohnheit entstandenen Bedürfnisse hergestellt. In jeder dieser Klassen bestimmen Marktnähe und Fruchtbarkeit die Höhe der residualen Bodenrente. Bei *Ricardo* muß die Rente des ungünstigsten Bodens gleich Null sein; bei *Storch* kann sie gleich Null sein, doch

> „in einem wohlhabenden, bevölkerten Staat sind alle Grundstücke gut gelegen, weil ihre Erzeugnisse überall Absatz finden" (Bd. 1, S. 243);

daher können wegen der hohen Güterpreise auch die Grenzböden eine Rente abwerfen.

Ricardos Theorie erfaßt die konkurrenzwirtschaftlichen Prozesse der tendenziellen Angleichung von Marktpreis und natürlichem Preis jeweils der Faktoren Arbeit und Kapital sowie des Gutes Nahrungsmittel schärfer und kommt damit zu einer Bodenrente von Null für den Grenzboden und residualen Differentialrenten-Gewinnen für die kostengünstiger produzierenden intramarginalen Böden. *Storch* argumentiert weniger stringent mit der Bodenrente als einem Monopolpreis, der als Kostenelement die Güterpreise aber nicht mitbestimmen, sondern sich residual, nach Marktnähe und Fruchtbarkeit der Böden ergeben soll und sich auch für Grenzböden nicht wegkonkurrieren muß.

Man könnte *Storch*s Bodenrente als Versuch einer Differentialkosten-Konzeption deuten, während bei *Ricardo* die Bodenrente logisch schlüssig ein Differentialgewinn ist. Immerhin geht *Storch* mit seiner Begründung des Privateigentums am Boden über *Smith* hinaus und bemüht sich um eine Klärung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Verhältnisses von Bodenrente als Monopolpreis und als differentiale Erscheinung. Weder *Storch* noch *Ricardo* antizipieren die *Thünen*sche Erkenntnis, daß selbst bei homogener Bodenqualität die Rente aus Intensitäts- und Lagerente besteht.

III. Beiträge von Storchs zur Außenwirtschaftstheorie

1. Reale Außenwirtschaftstheorie: Komparative Kostenvorteile, Technologielückenhandel[3]

Adam Smith sieht internationale Arbeitsteilung als Fortsetzung intranationaler Arbeitsteilung, den Freihandel als Fortsetzung intranationaler Gewerbefreiheit[4]. Ein Land sollte sich auf die Erzeugung und den Export von Gütern spezialisieren, die es mit absoluten Kostenvorteilen herstellen kann:

> „Kann uns also ein anderes Land eine Ware liefern, die wir selbst nicht billiger herzustellen imstande sind, dann ist es für uns einfach vorteilhafter, sie mit einem Teil unserer Erzeugnisse zu kaufen, die wir wiederum günstiger als das Ausland herstellen können" (S. 372).

Der unbekannte Verfasser von „Considerations on the East Indian Trade" (1701) und *Robert Torrens* (1808 und 1815, S. 264ff.) deuteten darauf hin, daß es nicht auf die absoluten Kostenvorteile, sondern auf einen Vergleich von Kosten zweier Güter jeweils im Inland und im Ausland ankommt; bei unterschiedlichen Kostenverhältnissen hat jedes Land einen komparativen Kostenvorteil für ein Gut, das es im Tausch gegen das andere Gut exportieren sollte. *Ricardo* präzisiert diese Erkenntnis anhand des Beispiels vom Tuch-Wein-Handel zwischen England und Portugal (vgl. Kap. 7): Obgleich Portugal bei beiden Gütern einen absoluten Kostenvorteil hat, sollte England sich auf die Tuchproduktion, für welche es einen komparativen Vorteil hat, spezialisieren und einen Teil davon exportieren. Portugal hat einen komparativen Vorteil bei Wein. Die Exportmenge eines Landes enthält weniger vom repräsentativen Faktor Arbeit als seine Importmenge, wenn diese im Inland produziert werden müßte. Außenhandel bedeutet mithin eine Ersparnis an Arbeitskraft; oder: mit den gegebenen Arbeitsmengen eines Landes läßt sich durch Außenhandel eine bessere Güterversorgung erreichen.

Heinrich von Storch scheint zunächst nicht über *Smith'* Theorie der absoluten Kostenvorteile hinauszugehen:

---

[3] Dieser Abschnitt stützt sich stark auf meinen Beitrag „Englische klassische Außenhandelslehren, ihre Rezeption und Weiterentwicklung in der deutschen klassischen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts". In: Harald Scherf (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VI, Berlin 1988; hier insbesondere S.41f.

[4] Wir vernachlässigen hier die kontroverse „vent for surplus"-Theorie des Außenhandels bei *Smith;* vgl. dazu meinen in Fußnote 3 erwähnten Beitrag und *Kurz,* insbes. S. 244ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„... diejenige Gewerbsarbeit [ist] am hervorbringendsten, ... deren Erzeugnisse ... auf den geringsten nothwendigen Preis herabgebracht werden können" (Bd. 2, S. 226). „Wollen beiderlei Völker von den Vortheilen aller Gewerbe zu gleicher Zeit Nutzen ziehen, so brauchen sie nur die Hervorbringnisse ihres Gewerbefleißes gegenseitig zu vertauschen ... Auf diese Weise wird jedes Volk die Arbeit verrichten, die ihm am vortheilhaftesten ist" (Bd. 2, S. 232).

Dann deutet *Storch* jedoch klar seine Erkenntnis an, daß komparative Kostenvorteile entscheidend sind:

„Was liegt einem Russen daran, daß die Engländer mit Hülfe ihre Capitale und Maschienen in *einem* Tage die Wollen- oder Baumwollenzeuche gesponnen und gewebt haben, die er eintauscht gegen einen Vorrath von Hanf oder Talg, der ihn *zwei* Tage gekostet hat und sie eben so viel gekostet hätte? Wenn er, beim gegenwärtigen Zustande seiner Betriebsamkeit, sich nur mit Aufwand von *drei* Tagen die Stoffe jener Zeuche hätte verschaffen und verarbeiten können, so haben beide Völker bei dem Tausche eine gleiche Menge von Arbeit erspart, die beide anwenden können, um so viel mehr Zeuche, Hanf oder andere Dinge hervorzubringen" (Bd. 2, S. 237).

Vorteilhafter Außenhandel wird aber auch aus monopolistischen Positionen inländischer Anbieter aufgrund von „Geheimnissen eines vorteilhafteren Betriebes" (Bd. 2, S. 234), also aus Innovationsvorsprüngen des Inlands gegenüber dem Ausland, erklärt:

„Ein Volk also, ... welches das Mittel gefunden hätte, den Erfindern das Monopol ihrer Erfindungen zu sichern ..., könnte, wenigstens eine Zeit lang, die Vortheile einer hervorbringenderen Gewerbsamkeit ausschließlich benutzen. ... So lange also dieß Monopol dauert, oder das Geheimnis nicht künd wird, bleibt der, durch die Erfindung bewirkte Überschuß der Hervorbringung, statt allen handelnden Völkern zu Gute zu kommen, der besondere Gewinn ... der Erfinder, denn die übrigen Einwohner nehmen daran so wenig Theil, als die Ausländer" (Bd. 2, S. 235).

Storch vertrat also nicht nur, wie *Torrens,* bereits vor *Ricardo* die Theorie der komparativen Kostenvorteile, sondern nahm die dynamische Wettbewerbstheorie des Innovationsvorsprungs- oder Technologielückenhandels vorweg (vgl. zu diesen Begriffen *Hesse* 1977, S. 371).

Er betrachtete internationalen Handel ferner als „Verbreitemittel der Bildung":

„Der *Handel*, jenes friedliche Band, welches die Völker vereiniget, erstreckt seine wohlthätigen Folgen über die ganze Erde. Das unermeßliche Meer, Gebirge und Wüsten überschreitend, zerstört er die Scheidewände, und aus einem bloßen Triebrade des Tausches wird er eines der mächtigsten Verbreitemittel der Bildung. Indem er von einer Erdhälfte zur anderen die Erzeugnisse des Gewerbefleißes jedes Landes bringt, lehrt er nicht bloß neue Bedürfnisse kennen, sondern zeigt auch die Mittel ihrer Befriedigung, und veranlaßt die Völker, Begriffe, Erfindungen, Einsichten auszutauschen" (Bd. 2, S. 494f.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Währungstheorie: Metallgeld und Papiergeld

a) Grundzüge der klassischen Währungstheorie

Die klassische Währungstheorie ist der Metallismus und der „specie flow mechanism" oder, wenn „Gold" stellvertretend für Edelmetalle steht, der Goldautomatismus. Die klassischen Vorstellungen lassen sich zusammenfassend wie folgt darstellen:

Ähnlich dem physikalischen Prinzip kommunizierender Röhren verteilen sich die als Geld besonders geeigneten Edelmetalle Gold und Silber global in einem „natürlichen Verhältnis" auf die Handel treibenden Länder. Die Förderländer führen sie als Exportgüter aus, die Länder ohne Edelmetallvorkommen führen sie ein.

Die Geldversorgung einer Volkswirtschaft erfolgt, wie die Versorgung mit einem anderen Gut, nach marktlichen Grundsätzen: Kauft eine Währungseinheit mehr (weniger) an Gütern als ihren Produktionskosten entspricht, lohnt es sich, Edelmetallförderung bzw. -import auszudehnen (einzuschränken) und die Geldmenge durch Münzprägung zu vergrößern (durch Münzeinschmelzung zu verkleinern), wodurch die Kaufkraft einer Währungseinheit sinkt (steigt).

Das internationale Währungsgleichgewicht von Volkswirtschaften, dargestellt mit dem Goldautomatismus am Beispiel zweier Länder, beruht auf folgenden Voraussetzungen:

a) Für jedes Land ist eine Münzparität festgelegt; das Verhältnis der Münzparitäten der beiden Länder definiert einen Paritäts-Wechselkurs der beiden Währungen.

b) Die Geldmenge jedes Landes besteht außer aus Münzen auch aus Banknoten. Die Geldmenge ist an den Goldbestand gebunden; Banknoten sind nur Stellvertreter des Goldes, sie müssen gemäß der Münzparität voll durch Gold gedeckt sein.

c) Banknoten sind jederzeit zu dem der Münzparität entsprechenden amtlichen Goldpreis in Münzen oder Barrengold eintauschbar.

d) Es gilt die Quantitätstheorie des Geldes, nach der die Geldmenge das Preisniveau[5], nicht die Preisrelationen, bestimmt.

Tritt eine Störung des Gleichgewichts ein, etwa weil wegen einer Mißernte Getreide importiert werden muß, so steigt der Wechselkurs (ausgedrückt als Preis in Inlandswährung für Auslandswährung) bis zu dem durch die Goldver-

[5] Obgleich mangels geeigneter Indextheorie der Begriff des Preisniveaus und der einer allgemeinen Kaufkraft des Geldes, gemessen am Preisniveau, noch nicht verbreitet war (vgl. *Viner,* S.126), werden diese Begriffe im folgenden benutzt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sendungskosten bestimmten oberen Goldpunkt an. Ein weiteres Ansteigen ist nicht möglich, weil es sich – statt ausländische Wechsel zu kaufen – ab diesem Wechselkurs lohnt, mit Banknoten Gold zum amtlichen Preis im Inland zu erwerben, dieses zu exportieren, im Ausland zum amtlichen Preis gegen ausländische Währung zu verkaufen und mit dem Erlös die Schulden in ausländischer Währung zu bezahlen. Der Abfluß von Gold ins Ausland senkt im Inland Geldmenge und Preisniveau, während er im Ausland Geldmenge und Preisniveau erhöht. Die veränderte Relation der Preisniveaus steigert den inländischen Export und das Angebot an ausländischer Währung und senkt den inländischen Import und die Nachfrage nach ausländischer Währung, so daß der Wechselkurs vom oberen Goldpunkt in Richtung des Paritätskurses fällt.

Analog kommt es bei einer Störung im Ausland zum Sinken des Wechselkurses an den unteren Goldpunkt, zum Zufließen von Gold aus dem Ausland, zum Steigen der Geldmenge und des Preisniveaus im Inland, zum Sinken der Geldmenge und des Preisniveaus im Ausland. Dadurch fallen im Inland Exporte und Devisenangebot, und es steigen die Importe und die Devisennachfrage, so daß der Wechselkurs vom unteren Goldpunkt in Richtung des Paritätskurses steigt.

Nach der Theorie des Goldautomatismus lösen also Zahlungsbilanzungleichgewichte Goldab- oder -zuflüsse aus, sind Schwankungen des Wechselkurses nur vorübergehend in einer durch die Goldversendungskosten bestimmten Bandbreite möglich, wird Inflation durch goldabflußbedingte Verringerung der Geldmenge, Deflation durch goldzuflußbedingte Vergrößerung der Geldmenge beseitigt, so daß sich das internationale Währungsgleichgewicht über das Wirksamwerden von Marktkräften „von selbst" wieder herstellt.

Adam Smith hatte die Theorie des „specie flow mechanism", so wie sie elementar schon von *David Hume* beschrieben worden war, zwar in seinen „Lectures" behandelt (vgl. *Viner,* S. 87), benutzte sie jedoch merkwürdigerweise nicht, um z. B. im 4. Buch des „Wealth of Nations" das Freihandelssystem gegenüber der protektionistischen merkantilistischen Lehre einer aktiven Handelsbilanz zu begründen.

Um das Funktionieren des Goldautomatismus in Abhängigkeit von der Geltung der unter b) bis d) genannten Voraussetzungen ging es in der englischen Bullionismus-Debatte während der Napoleonischen Kriege, die durch die 1797 erfolgte Aufhebung der Goldeintauschpflicht von Banknoten zum amtlichen Goldpreis und das seit 1800 eingetretene Ansteigen von Preisen und Wechselkurs ausgelöst worden war. Es „brach ein Strom von Artikeln und Pamphleten los, deren *thema probandum* war, daß die ‚übermäßige' Ausgabe nichteinlösbarer Banknoten die Schuld an diesen ‚Übeln' trage" (*Schumpeter,* Bd. 1, S. 862f.). In der Debatte spielte *Ricardo* eine führende Rolle, der mit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seinen währungstheoretischen Beiträgen im Morning Chronicle 1809 erstmals (zunächst anonym) als nationalökonomischer Autor auftrat (vgl. den Abdruck der Beiträge in *Sraffa,* Bd. III). In „The High Price of Bullion: A Proof of the Depreciation of Bank Notes" von 1811 liefert *Ricardo* eine zusammenhängende und vervollständigende Darstellung seiner Argumente, die sinngemäß wie folgt wiedergegeben werden kann:

Die Ausgabe nicht durch den Goldbestand gedeckter Banknoten in Verbindung mit der Aufhebung ihrer Eintauschbarkeit in Gold zum amtlichen Goldpreis setzt den Goldautomatismus außer Kraft. Die Banknotenausgabe steigert die Geldmenge; dies führt gemäß der Quantitätstheorie zu einer Preisniveausteigerung, zur Erhöhung der Devisennachfrage und zum Steigen des Wechselkurses. Da die Banknoten nicht zum amtlichen Preis gegen Gold eintauschbar sind, setzt, wenn der Wechselkurs den Goldexportpunkt erreicht hat, kein Goldabfluß ins Ausland ein. Der Wechselkurs kann vielmehr weiter steigen bis zu einem Punkt, an dem es sich lohnt, am freien Goldmarkt mit einem Aufpreis („premium") knappes freies (evtl. durch Münzeinschmelzung entstandenes) Gold gegen Banknoten zu kaufen, das Gold zu exportieren, im Ausland zum amtlichen Preis zu verkaufen und den Devisenerlös zu dem hohen Wechselkurs gewinnbringend in Inlandswährung einzutauschen. Die höhere Geldmenge und das höhere Preisniveau bleiben erhalten; der Wert oder die Kaufkraft der Banknoten hat sich nachhaltig verschlechtert; der freie Goldpreis in Banknoten bleibt über dem amtlichen. Der Aufpreis wird als Beweis dafür angesehen, daß „zu viel" Geld im Umlauf ist (vgl. auch *Viner,* S. 126). Mit dieser Argumentation ist die „bullionistische Position" *Ricardo*s umrissen.

Es gab in der Bullionismus-Debatte (teils schon ältere) Argumente, die aus späterer Sicht „moderner" erscheinen als *Ricardo*s Überlegungen, z.B. die Berücksichtigung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und der Möglichkeit, daß monetäre Expansion durch Zinssenkung stimulierend auf die Produktion wirkt (vgl. z.B. *Schumpeter*s Hinweise auf *Thornton,* Bd. 1, S. 863ff.). Auch *Ricardo*s Erklärung der Inflation und der Abwertung allein durch die Ausgabe nicht einlösbarer Banknoten durch die Bank von England ist nicht überzeugend, denn auch Auslandsanleihen und Kapitalflucht könnten eine Rolle gespielt haben (vgl. *Blaug,* S. 137).

Es lohnt sich aber, im folgenden *Storch*s Vorstellungen vom Metallismus und vom Goldautomatismus zunächst darzulegen, um dann die von ihm untersuchten Wirkungen der Ausgabe ungedeckten, nicht einlösbaren Papiergeldes vor dem Hintergrund der Position *Ricardo*s zu würdigen. Zu beachten ist dabei, daß *Storch* durch die Napoleonischen Kriege vermutlich von der englischen Debatte abgeschnitten war (vgl. *Bernholz,* S. 20).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Storchs Währungstheorie unter Einbeziehung des Papiergeldes

Heinrich von Storch behandelt die monetäre Außenwirtschaftstheorie im 5. Buch „Von dem Gelde" (Bd. 1) und im 6. Buch „Von dem Credite" (Bd. 2), ferner in der 16. Zugabe über „Geschichte des Papiergeldes und der vorzüglichsten Zettelbanken" (Bd. 3). Er vertritt den klassischen Metallismus, sieht also Metallgeld als ein Gut an, das selbst Wert und somit einen „nothwendigen Preis" hat (Bd. 1, S. 435), dessen Bereitstellung ausgedehnt wird, wenn sein Wert als Geld größer ist.

> „Wenn ... die Geldmetalle häufig sind, so wendet der Verkehr eine größere Menge von ihnen als Geld an, denn sie sind von geringerem Werthe; sind sie selten, also von größerem Werthe, so wendet er eine geringere Menge an" (Bd. 1, S. 441).

Die Verteilung der Edelmetalle von den Förderländern über die Handel treibenden Länder wird von *Storch* nach den Grundsätzen des Güterhandels beschrieben:

> „... ein Land ohne Bergwerke ... muß sein Gold und Silber von außen beziehen, so wie ein Land, in welchem kein Weinbau ist, seine Weine [importieren muß]. ... Sie sind für ihren Preis feil, wie jeder andere Gegenstand, und der natürliche Gang des Handels führt sie nothwendig dahin, wo sie begehret werden" (Bd. 1, S. 480).

> Wenn endlich dieser Vorrath das gegenwärtige Bedürfnis übersteigt, so muß der Preis der edlen Metalle sinken, d. h. die Waaren werden gegen sie teurer ... das Volk hört nun auf, die Waaren auszuführen, die bisher ins Ausland giengen, dagegen werden Waaren gegen edle Metalle hereingebracht" (Bd. 1, S. 481).

Die Theorie des Goldautomatismus findet im Werk von *Storch*s folgenden Niederschlag:

> „sobald zwischen zwei Plätzen ein regelmäßiger Handel besteht, finden sich zwischen ihnen ... viele Schulden und Forderungen, und gerne bedient man sich ... der Wechsel, um ... Zalung zu leisten oder zu empfangen. Haben beide Orte ... einerlei Münzsorte, so macht die Berechnung ... gar keine Schwierigkeiten. Ist dies aber nicht der Fall, so muß man den Feingehalt der Münzen kennen ... das Münzpari [ist] nichts anderes als das Verhältniß des inneren Werthes der Münzen" (Bd. 2, S. 66).

Die Berechnung des Münzparis wird erschwert, wenn die Münzen durch Abnutzung oder „Schelmerei der Kipper" geringwertiger als ihre Benennung geworden sind oder wenn statt Münzen Papiergeld zur Zahlung verwendet wird, welches nicht gemäß einem amtlichen festen Preis in Edelmetall eintauschbar ist, sondern gemäß einem am freien Markt sich bildenden variablen Preis des Edelmetalls, dem „Papiergeldpreis" (vgl. Bd. 2, S. 67).

Im Falle Rußlands sind der Silberrubel, der seit 1762 4 Zol. 21 Dol. Feingehalt an Silber hatte, und der Papierrubel zu unterscheiden. Der freie Preis des Silbers in Papierrubel war um 1769, als man mit der Ausgabe von Papiergeld begann, etwa 1 Rubel = 100 Kopeken; um 1811 war er jedoch fast viermal so hoch, genauer: 394 Kopeken. Das bedeutete: die Menge an Silberrubel, die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man sich für einen Papierrubel verschaffen konnte, war von 1 Rubel (1769) auf 25⅖ Kopeken (1811) gesunken (vgl. Bd. 3, Anhang, Tab. V). Wenn nach der Münzparität 100 russische Kopeken = 40 englische Pence sind, so sind die 25⅖ Kopeken = 10,16 Pence. Da allerdings 1811 in England die Menge in Münze, die man sich für einen Papiershilling verschaffen konnte, nur 10 Pence betrug, haben die 25⅖ Kopeken einen Gegenwert von etwa 1 Shilling ⅕ Pence in Edelmetall.

„Das Wechselpari ist nichts anderes als das in den Wechseln beibehaltene Münzpari. Man sagt, ein Wechsel stehe im Pari, wenn man von dem einen Orte zu dem anderen gegenseitig vermittelst der Wechselbriefe gleiche Mengen von feinem Metalle bezalt und erhält" (Bd. 2, S. 71).

Die Wechsel stehen im Pari, wenn die außenwirtschaftlichen Export- und Importtransaktionen zwischen zwei Handelsplätzen das gleiche Wertvolumen haben; dann können die Schuldner eines Handelsplatzes an die Gläubiger dieses Platzes zahlen.

„Oft aber schuldet der eine Ort mehr als der andere, hat also eine größere Summe dahinzuschicken, als von ihm zu empfangen. Die Schuldner an diesem ersten Orte beeilen sich dann, der wohlfeileren und minder gefährlichen Zalung willen Wechsel zu kaufen, und da man ihnen nicht so viele zum Kauf anbieten kann, als sie suchen, so muß der Preis derselben steigen ... doch kann er niemals weit über die Kosten der wirklichen Versendung des Geldes steigen, denn sobald er diese Gränze überschreitet, so werden die Schuldner lieber die Münzen verschicken als Wechsel kaufen" (Bd. 2, S. 72).

Mit diesen Ausführungen beschreibt *Storch* einen Devisenmarkt, auf dem die Schuldner Nachfrager und die Gläubiger Anbieter ausländischer Währung sind, indem sie Wechsel in ausländischer Währung kaufen bzw. verkaufen. Dem Steigen des Wechselpreises entspricht ein Steigen des Preises einer ausländischen Währungseinheit in Inlandswährung, also eine Abwertung der Inlandswährung. Mit dem Hinweis auf die Versendekosten des Edelmetalls als Bestimmungsgrund für die Obergrenze der Preissteigerung spricht *Storch* den Goldexportpunkt an. Anders als *Ricardo* beachtet er hier nicht, daß es darauf ankommt, zu welchem in Papiergeld ausgedrückten Preis das zu versendende Edelmetall beschafft werden kann. Nur wenn kein Aufpreis gegenüber dem amtlichen Preis zu zahlen ist, wenn also Banknoten in Edelmetall konvertierbar sind, bestimmen die Versendekosten den Goldexportpunkt. Der in Papiergeld ausgedrückte freie Preis des Edelmetalls, also der freie Papierrubel-Preis des Silbers, wird jedoch gerade in der beschriebenen Situation ansteigen und den Wechselkurs, von dem ab die Versendung von Silber sich lohnen würde, erhöhen. Auch *Ricardo*s Schlußfolgerung, daß gerade durch das Nichtabfließen von Edelmetall die hohe Geldmenge und damit die Inflation erhalten bleibt, ist bei *Storch* nicht zu finden.

Storch glaubt demgegenüber, daß Edelmetall, unabhängig von einem Papiergeld-Aufpreis, verschickt wird, der Wechselpreis sich dadurch wieder

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegen pari bewegt, die außenwirtschaftliche Situation also wieder ins Gleichgewicht kommt:

„Man sieht, daß der Preis der Wechsel so wie der einer jeden anderen Waare betrachtet werden kann; sie haben einen nothwendigen Preis, nämlich die Menge von feinem Silber, die sie den Besitzer oder den Aussteller gekostet haben; sie haben auch einen Marktpreis, der sich nach dem Verhältnis des Angebotes und der Nachfrage richtet ... Man sagt, der Curs stehe günstig für einen Platz, wenn die Wechsel auf ihn einen Vortheil, eine Prämie über das Pari, gewinnen; im entgegengesetzten Fall, wenn Wechsel auf einen Ort mit einem Verlust angeboten werden, heißt es, der Curs ist ungünstig für denselben ... Hat ein Ort den Curs für sich, so kauft er an dem anderen, dem der Curs ungünstig ist, Waaren wohlfeiler ein ... der eine Ort muß stets einen Gewinn machen, während der andere verliert ... Ein solches Verhältniß zwischen 2 Orten muß jedoch den Curs bald auf das Pari zurückbringen" (Bd. 2, S. 72),

denn von den billigeren Waren werden nun mehr, von den teureren weniger gekauft; das wertmäßige Volumen der Ein- und Ausfuhr wird beim Pari-Curs zum Ausgleich kommen.

Zusätzlich zu der Kritik einer Nichtbeachtung des steigenden Papiergeld-Preises für Edelmetall läßt sich feststellen, daß *Storch* wohl die Preiskomponente, aber weniger die Geldmengenkomponente bei seiner Darstellung des Goldautomatismus diskutiert. Es fehlt der explizite Rückschluß von den Edelmetallversendungen auf die Geldmenge und das Preisniveau des Inlandes und des Auslandes, deren Veränderungen erst die zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts nötige Veränderung der Güternachfrage erklären.

Storch integriert nicht die Wirkungen eines steigenden Papiergeld-Preises für Edelmetall in seine fragmentarische Theorie des Goldautomatismus. Er bleibt also hinter Ricardos Aufpreisargument zurück. Doch ist ihm der Unterschied zwischen einlösbaren Banknoten und dem nicht einlösbaren Papiergeld sehr deutlich bewußt. Die einlösbaren Banknoten sind für ihn „Kreditzettel", die von öffentlichen oder privaten Banken auf Sicht zum amtlichen Preis in Edelmetall eingetauscht werden (vgl. Bd. 2, S. 106ff.); beim Papiergeld handelt es sich hingegen um

„Zettel, deren Annahme statt der Münze von der Regierung befohlen wird ... das Ausgeben von Papiergeld [ist] mehr eine Hilfsquelle der Staatswirthschaft als ein Geschäft des Handels" (Bd. 2, S. 128).

Die Papiergeldausgabe birgt

„... so viele und so schwer vermeidliche Gefahren, daß diese unheilbringende Erfindung als die größte Geißel der Völker angesehen werden darf und nur die dringendste Noth ihren Gebrauch vor der Vernunft rechtfertigen kann" (Bd. 2, S. 131) ... „Die beste Regierung kommt, wenn sie Papiergeld macht, in die Gefahr zu verschwenden ... selbst während man das Gute bezweckt, hindert oder verzögert man es; die Erwerbsstämme, welche der untrügliche Antrieb des Eigenvortheiles auf die ergiebigsten Gewerbszweige gerichtet hätte, werden theils zu anderen weniger

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fruchtbaren Anwendungen abgelenkt, theils unmittelbar dem Verbrauche zugeführt" (Bd. 2, S. 133).

Wichtiger Beweggrund für die Papiergeldausgabe ist auch die Kriegsfinanzierung.

„Wie viele Kriege wären vermieden worden ohne dieses unselige Hülfsmittel! Wie viel Blut und Thränen wären den Völkern, wie viel Reue den Fürsten erspart worden?" (Bd. 2, S. 134).

Obgleich theoretisch unschärfer, ist *Storch* in der Problemstellung aktueller als *Ricardo:* Was *Ricardo* im Zusammenhang mit der Ausgabe ungedeckter und nicht eintauschbarer Noten durch die Bank von England analysierte, nämlich den Aufpreis, den man für Gold bezahlen muß, ist für *Storch,* wie im folgenden zu erläutern ist, ein allgemeines Problem eines variablen, in Papiergeld ausgedrückten Preises für Edelmetall. Mit seinen Warnungen vor den Gefahren und seiner eingehenden historischen Schilderung der „traurigen Folgen des Papiergeldes" nimmt *Storch* eine ähnliche Position wie *Ricardo* ein. Auch er muß daher grundsätzlich als „Bullionist" bezeichnet werden, der jedoch weiß, daß viele Länder längst große Volumina an Papiergeld ausgegeben haben, und der es daher unternimmt, die Folgen einer parallel zur Edelmetallwährung entstandenen Papierwährung zu untersuchen.

c) Unterbewertung der Papierwährung

Ein besonderes Anliegen *Storch*s in der 16. Zugabe ist es, die Entwicklung der Kaufkraft der russischen Papierwährung mit der der russischen Metallwährung zu vergleichen. Wie von *Bernholz* vorgeschlagen, kann man den Papiergeldpreis des Silberrubels als freien Wechselkurs von Papiergeld in Metallgeld auffassen und auf diese Weise *Storch*s Untersuchung als eine Diskussion darüber deuten, ob der Wechselkurs eine Unterbewertung der Papierwährung ausdrückt und ob eine Tendenz zur Kaufkraftparität besteht. Diese Fragestellung erweitert *Storch* dann auch auf den ebenfalls freien Wechselkurs der russischen Papierwährung in eine ausländische Metallwährung, den holländischen Gulden.

Die folgende Tabelle enthält die von *Bernholz* aus dem Werk *Storch*s zusammengestellten relevanten Zahlenreihen des Papiergeldvolumens, des Papiergeld-Preises des Roggenmehls (als Indikator der Lebenshaltungskosten), des Papiergeld-Preises des Silberrubels sowie des Papiergeld-Preises des holländischen Guldens. Es wurde eine Einteilung in drei Zeitabschnitte vorgenommen, 1786 - 1799, 1800 - 1803 und 1803 - 1814.

Für den ersten der Zeitabschnitte liegt die Preisentwicklung für Roggenmehl nicht vor. Für jede der Zeitreihen wurden auch (neue) Indexwerte gebildet, wobei die Größe im ersten Jahr eines jeden Zeitabschnitts gleich 100 gesetzt wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1

Money Supply, Prices, Price of Silver, and Exchange Rate in Russia, 1786 - 1814

	Assignats in Circulation		Price of 1 lb. Rye Flour in St. Petersburg		Price of Silver Ruble		Exchange Rate	
Date	Million Rubles	Index	Paper Kopecks	Index	Paper Kopecks	Index	Paper Rubles per Dutch Florin	Index
			(Index: 1786 = 100)					
1786	40	100	–	–	102	100	0.51	100
1787	100	250	–	–	103	101	0.51	100
1788	100	250	–	–	108	106	0.59	115
1789	100	250	–	–	109	107	0.67	130
1790	111	278	–	–	115	113	0.67	130
1791	117	293	–	–	123	120	0.71	139
1792	120	300	–	–	126	124	0.74	145
1793	124	310	–	–	135	132	0.83	163
1794	146	365	–	–	141	138	0.74	145
1795	150	375	–	–	146	143	0.71	139
1796	158	395	–	–	142	139	0.69	135
1797	164	410	–	–	126	124	0.67	130
1798	195	488	–	–	137	134	0.74	145
1799	210	525	–	–	148	145	0.80	156
			(Index: 1800 = 100)					
1800	213	100	70	100	153	100	0.83	100
1801	222	104	75	107	151	99	0.80	97
1802	230	108	100	143	140	92	0.71	87
1803	248	116	100	143	125	82	0.63	78
			(Index: 1803 = 100)					
1803	248	100	100	100	125	100	0.62	100
1804	261	105	100	100	126	101	0.65	102
1805	292	118	–	–	130	104	0.67	107
1806	319	129	100	100	137	110	0.74	118
1807	382	154	–	–	148	118	0.87	139
1808	477	192	–	–	186	149	1.18	188
1809	533	215	162	162	224	179	1.25	198
1810	577	233	172	172	300	240	1.82	286
1811	577	233	180	180	394	315	2.00	307
1812	577	233	200	200	379	303	1.67	267
1813	577	233	215	215	397	318	1.82	277
1814	577	233	220	220	397	318	2.00	304

Quelle: Bernholz, S. 15.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bis 1786 war das Volumen der umlaufenden Papierwährung, Papierrubel oder Assignaten genannt, gering; es wuchs dann in jedem der Zeitabschnitte Jahr für Jahr an, mit Ausnahme der letzten fünf Jahre des dritten Zeitabschnitts. Der Preis des Roggenmehls stieg im zweiten Zeitabschnitt an, war im dritten zunächst konstant und dann wieder steigend. Der Papiergeld-Preis des Silberrubels stieg im ersten und dritten Zeitabschnitt an und sank im zweiten.

Bezeichnen wir den Papierrubel-Preis einer Mengeneinheit Mehl mit $P^M{}_P$, den Silberrubel-Preis einer Mengeneinheit Mehl mit $P^M{}_S$ und den Papierrubel-Preis des Silberrubels, also den Wechselkurs, mit w, so herrscht *absolute Kaufkraftparität* beider Währungen, wenn

$$P^M{}_P = w\, P^M{}_S\,. \tag{1}$$

Die Papierwährung ist gegenüber der Silberwährung *absolut unterbewertet*, wenn

$$P^M{}_P < w\, P^M{}_S\,, \tag{2}$$

denn dann kauft ein Papierrubel, umgetauscht in Silberrubel, weniger Mehl als vor dem Umtausch. Unterbewertung der Papierwährung impliziert selbstverständlich Überbewertung der Silberwährung. – Eine *absolute Überbewertung* der Papierwährung ist gegeben, wenn in (2) statt des <-Zeichens ein >-Zeichen steht.

Relative Kaufkraftparität beider Währungen trifft zu, wenn

$$dP^M{}_P/P^M{}_P = dw/w + dP^M{}_S/P^M{}_S\,, \tag{3}$$

wenn also beispielsweise ein stärkeres Steigen des Mehlpreises in Papierwährung im Vergleich zum Steigen des Mehlpreises in Silberwährung durch ein Ansteigen des Wechselkurses (eine Abwertung der Papierwährung) gerade ausgeglichen wird. Eine Relation

$$dP^M{}_P/P^M{}_P < dw/w + dP^M{}_S/P^M{}_S \tag{4}$$

beschreibt eine *relative Unterbewertung* der Papierwährung gegenüber der Silberwährung, was bedeutet, daß sich eine absolute Unterbewertung der Papierwährung verstärkt oder eine absolute Überbewertung der Papierwährung vermindert. – Eine *relative Überbewertung* der Papierwährung liegt vor, wenn in (4) statt des <-Zeichens ein >-Zeichen steht.

Zur Interpretation der Zahlenreihen unterstellt *Storch* (und ebenso *Bernholz*), daß der Silberrubel-Preis des Mehls konstant ist und mithin $dP^M{}_S/P^M{}_S = 0$ gilt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im *zweiten Zeitabschnitt* nahm der Papierrubel-Preis des Mehls zu; der Papierrubel-Preis eines Silberrubels, also der Wechselkurs, nahm hingegen ab. Es gilt also $dP^M{}_P/P^M{}_P > 0$ und $dw/w < 0$. Daher muß eine relative Überbewertung der Papierwährung vorliegen; eine absolute Unterbewertung der Papierwährung im Anfangsjahr 1800 könnte sich also vermindert, eine absolute Überbewertung verstärkt haben. *Storch* drückt Wechselkurs und Papierrubel-Mehlpreis in Kehrwerten aus:

„... der [Silber-]Geldpreis der Assignaten war immer im Steigen, und ihr sachlicher Werth war *unter* seinem [Silber-]Geldpreise im Vergleich mit dem Jahr 1800,

1801 um 8 v. H.
1802 um 51 v. H.
1803 um 61 v. H.

... so daß von einem Jahr zum anderen der Papierrubel immer mehr [Silber-]Geld ..., aber immer weniger ... Landeserzeugnisse aufwog" (Bd. 3, S. 140).

Im *dritten Zeitabschnitt* sind zwei Teilabschnitte zu unterscheiden. Bis 1811 nahm der Papierrubel-Preis des Mehls weniger stark zu als der Wechselkurs, so daß $dP^M{}_P/P^M{}_P < dw/w$ gilt. Somit liegt relative Unterbewertung der Papierwährung vor; eine absolute Unterbewertung verstärkt sich oder eine absolute Überbewertung vermindert sich. – Ab 1811 stieg der Papierrubel-Preis des Mehls, während der Wechselkurs ein Jahr fiel, dann wieder stieg und schließlich konstant blieb. Im Durchschnitt der Jahre gilt $dP^M{}_P/P^M{}_P > dw/w$. Es liegt also relative Überbewertung vor; eine absolute Unterbewertung vermindert sich oder eine absolute Überbewertung nimmt zu.

Storch bezieht Mehlpreis- und Wechselkursänderung zunächst jeweils auf das Anfangsjahr 1803 und stellt fest:

„[es] fiel der [Silber-]Geldpreis der Assignaten beständig, auch stand der sachliche Werth der Assignaten über dem [Silber-]Geldpreise im Verhältnis zum Jahre 1803,

1804 um 1 v. H.	1801 um 103 v. H.
1802 um 10 v. H.	1813 um 103 v. H.
1803 um 17 v. H.	1814 um 98 v. H.
1806 um 68 v. H.	
1809 um 135 v. H.	

... Folglich galten während dieser ganzen Zeit die Assignaten, im Vergleich mit 1803 immer höher gegen ... Landeswaare, als gegen Silber ..." (Bd. 3, S. 141).

Storch weist dann auf die Umkehrung der Entwicklung im zweiten Teilabschnitt ab 1812 hin:

„Dieser Unterschied nahm immer zu, bis 1811, oder solange der [Silber-]Geldpreis der Assignaten im Sinken war, und seitdem vermindert er sich, weil die Assignaten ungefähr den nämlichen Satz behalten haben. Geht es noch einige Jahre so fort, so wird ohne Zweifel der sachliche Werth wohl den Geldwerth noch erreichen. Dann werden die Preise aller Sachen in Papiergeld ungeheuer erscheinen, aber in Silber werden sie die nämlichen, wie 1803 seyn" (Bd. 3, S. 141). Ohnehin „lehrt doch die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erfahrung, daß beide Werthe sich immer zu nähern und ins Gleichgewicht zu kommen streben ... " (Bd. 3, S. 139).

Dieses Zitat macht deutlich, daß *Storch* davon ausgeht, daß der Wechselkurs im Anfangsjahr des dritten Zeitabschnitts die absolute Kaufkraftparität der beiden Währungen herstellte und daß sich längerfristig die Kaufkraftparität wieder durchsetzt. Ist so der Sprung vom (zulässigen) Argumentieren mit relativen Kaufkraftparitäten zum (unzulässigen) Argumentieren mit absoluten Kaufkraftparitäten erst einmal getan, so kann man *Bernholz'* Interpretation folgen, *Storch* habe bereits das Phänomen des Wechselkurs-Überschießens erkannt: Bei starker Geldvermehrung wertet sich der Wechselkurs vom bisherigen Paritätskurs aus zunächst stärker ab als es dem neuen Paritätskurs entspricht und erst danach allmählich auf, bis Kaufkraftparität wieder hergestellt ist. Die Währung durchläuft also eine Phase der Unterbewertung. Im dritten Zeitabschnitt kam es demnach um 1811 zum Höhepunkt der Unterbewertung der Papierwährung, die sich von da ab wieder reduzierte. Da sich das Papiergeldvolumen seit 1810 nicht mehr vergrößerte, sollte die Herstellung der Kaufkraftparität allerdings weniger davon erwartet werden, daß „die Preise aller Sachen in Papiergeld ungeheuer erscheinen", sondern eher davon, daß der Wechselkurs sinkt.

Storch versucht sich in einer Erklärung der Unterbewertung:

„In einem Lande, wo das Papiergeld vorherrscht, wird der Preis der Arbeit und der Waaren selten in [Silber-]Geld ausgedrückt ... Hierdurch wird das Volk leicht gewohnt, es wie wirkliches Geld zu betrachten und legt ihm die Unveränderlichkeit des Werthes bei, die es seit langer Zeit bei dem Silber kennt" (Bd. 3, S. 138). „Das Volk, unfähig die Werthe zu würdigen, braucht lange, bis es begreift, daß die Assignaten sinken, es glaubt immer, daß das Silber steige" (Bd. 3, S. 145).

Storch bezieht nun auch eine ausländische Metallwährung, den holländischen Gulden, in seine Untersuchung ein:

„weil im auswärtigen Handel Waaren mit Waaren oder mit Metallgeld bezalt werden müssen, und beständig in dem letzteren ausgedrückt werden" (Bd. 3, S. 138, Fußn. 97),

könne die Kaufkraft des Papiergeldes im Ausland am Papiergeld-Preis des Edelmetalls gemessen werden. Aus den Indexzahlen für die Papiergeld-Preise des Silberrubels und des holländischen Guldens in der Tabelle geht hervor, daß in jedem der drei Zeitabschnitte die Entwicklung etwa gleich verlief. Zur einfachen Unterscheidung möchte ich vom „Binnenwechselkurs" und vom „Außenwechselkurs" der *russischen Papierwährung* sprechen, die beide jeweils für sich flexibel waren, sich nach *Storch* jedoch annähernd parallel entwickeln mußten, weil der Außenhandel auf dem durch die Münzparität relativ festen Außenwechselkurs der *russischen Silberwährung* beruhte. Daher übertragen sich die obigen Aussagen über die Entwicklung des Binnenwechselkurses auf die des Außenwechselkurses der russischen Papierwährung. Nach der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Storch-Bernholz-Interpretation bringt bei starker Vermehrung des Papiergeldumlaufs der Außenwechselkurs längerfristig absolute Kaufkraftparität hervor, auf Zeit jedoch eine absolute Unterbewertung der inländischen Papierwährung.

Die Folge der Unterbewertung der inländischen Papierwährung gegenüber der Auslandswährung ist, daß inländische Güter für Ausländer preiswert und ausländische für Inländer teuer werden. Länder,

> „wo herabgesetztes Papiergeld im Umlaufe vorherrscht," ... finden „Alle Reisenden am wohlfeilsten, und in der ganzen Handelswelt sind sie wegen der niedrigen Preise der Lebensmittel, der Arbeit und aller inländischen Waaren bekannt" (Bd. 3, S. 145). „... der niedrige Stand des Papiergeldes" bringt „ein Anwachsen der Ausfuhr, und ... eine Verminderung der Einfuhr hervor, die man beide für ein Zeichen des Wohlstandes nehmen wird, während nur die Verarmung des Volkes sie verursacht" (Bd. 3, S. 147).

Es wurde gezeigt, daß *Storch* zumindest die Zahlen aus dem Anfangsjahr des dritten Zeitabschnitts willkürlich im Sinne absoluter Kaufkraftparität interpretiert. Nur aus dieser Situation heraus ist das Entstehen einer absoluten Unterbewertung der Papierwährung mit ihren von *Storch* beschriebenen Folgen sowie die längerfristige Rückkehr zur absoluten Kaufkraftparität möglich. *Storch*s Ansatz einer Erklärung der Unterbewertung, daß nämlich die Bevölkerung Papiergeld als „wirkliches Geld" mit „Unveränderlichkeit des Werthes" betrachtet und nicht begreift, „daß die Assignaten sinken", ist allerdings nicht vereinbar mit der von ihm behaupteten längerfristigen Wiederherstellung der absoluten Kaufkraftparität, die ja die Erkenntnis der Bevölkerung implizieren würde, daß auf Dauer doch nur das Silbergeld wertbeständig ist.

Nach der modernen Wechselkurstheorie senkt starkes Geldmengenwachstum den inländischen Zinssatz, wodurch Nachfrage nach Devisen zwecks Kapitalexport entsteht, die den Wechselkurs schnell nach oben treibt, die Inlandswährung scharf abwertet und in die Unterbewertung führt, bis das Ansteigen des inländischen Preisniveaus eine Wiederherstellung der Kaufkraftparität einleitet. Eine in diese Richtung deutende Argumentation ist bei *Storch* natürlich noch nicht zu finden.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen müssen *Storch*s Beobachtungen und Interpretationen als sehr fortschrittlich beurteilt werden. In England stritten sich im Anschluß an die Bullionismus-Debatte die Vertreter der Currency- und der Banking-Schule über die volle Edelmetalldeckung umlaufender Banknoten, und in der *Peel*schen Bankakte von 1844 setzte sich die konservative Currency-Schule mit der Forderung nach voller Deckung grundsätzlich durch. *Storch* warnte zwar nachdrücklich vor der Ausgabe ungedeckten Papiergeldes. In Kenntnis der Realität solcher parallelen Papierwährungen in vielen Ländern machte er sich daran, deren Kaufkraftentwicklung, im Vergleich zur Kaufkraftentwicklung der Metallwährungen, am Beispiel Rußlands zu untersuchen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IV. Beiträge von Storchs zur Entwicklungstheorie: Entwicklungsstufen

1. Klassische Entwicklungstheorie und Storchs Argumentationsweise

Die englischen Zeitgenossen *Storch*s brachten bekanntlich zwei Varianten einer Entwicklungstheorie, eine optimistische und eine pessimistische, hervor (vgl. *Schumann,* 1988b, S. 171ff.). Nach der von *Adam Smith* vertretenen optimistischen Variante investieren Geldkapitalgeber in Bereichen der materiellen Güterproduktion, in denen zusätzliche Arbeitsteilung die Produktivität der Arbeit steigert, wodurch die Profitrate über der allgemeinen liegt. Die Akkumulation erhöht die Nachfrage nach Arbeit, so daß der Marktlohnsatz über den natürlichen Lohnsatz steigt, wodurch Bevölkerung und Arbeitsangebot zunehmen. Der fortdauernde Anreiz für Investoren, über weitere Akkumulation die Früchte zusätzlicher Arbeitsteilung einzuheimsen, verhindert, daß die Profitrate und der Marktlohnsatz auf ihr Reproduktionsniveau sinken. Auch die Arbeiter haben Anteil am wirtschaftlichen Fortschritt, so lange das Wachstum anhält (vgl. *Smith,* S. 61). Es könnten allerdings irgendwann Grenzen der Marktexpansion auftreten, die sich in einem Sinken der allgemeinen Profitrate äußern und die Akkumulation zum Stillstand bringen würden (vgl. S. 82).

Die von *David Ricardo* vertretene pessimistische Variante unterstellt, statt Investitionsanreizen aus Erträgen zusätzlicher Arbeitsteilung, eine Dominanz abnehmender Ertragszuwächse auf den einer Volkswirtschaft nur begrenzt zur Verfügung stehenden Böden. Die Arbeiter nehmen am wirtschaftlichen Fortschritt nur teil, wenn sie bereit sind, zugunsten eines höheren natürlichen Lohnsatzes ihre Vermehrung einzuschränken. Kapitalakkumulation und allgemeine Profitrate sinken, bis spätestens bei einer Profitrate von Null ein stationärer Zustand erreicht ist (vgl. *Ricardo,* Kap. VI).

Den englischen klassischen Autoren wurde später eine begrenzte Sichtweise des Entwicklungsprozesses vorgehalten. *Joseph Schumpeter* rügte insbesondere die pessimistische Variante:

> „Das Interessanteste an dieser Vision ist das völlige Fehlen schöpferischer Vorstellungskraft. Diese Autoren lebten an der Schwelle der großartigsten wirtschaftlichen Entwicklung aller Zeiten. Unter ihren Augen reiften große Möglichkeiten zur Wirklichkeit heran. Sie sahen aber nichts als eine verkrampfte Wirtschaft, die mit stetig rückläufigem Erfolg um ihr tägliches Brot kämpft. Sie waren überzeugt, daß der technologische Fortschritt und die Kapitalvermehrung das schicksalhafte Gesetz der abnehmenden Erträge letzten Endes nicht überwinden könnten" (Bd. I, S. 697).

Karl Marx warf den Klassikern eine ahistorische Sichtweise vor, die sich auf die Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaftsformation beschränke und deren Produktionsverhältnisse nicht hinterfrage.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Friedrich List kritisierte, *Smith* und seine Nachfolger hätten den Entwicklungsaspekt übersehen; sie hätten

„einen Zustand, der erst werden soll, als wirklich bestehend angenommen" (S. 213);

nur auf ein fortgeschrittenes Land wie England seien ihre Lehren anwendbar.

Der Klassiker *Heinrich von Storch* diskutiert demgegenüber ausführlich typische Entwicklungsstufen einer Volkswirtschaft und ihre Besonderheiten[6]. Immer wieder betont er, daß bei Aussagen über ökonomische Zusammenhänge die jeweilige Entwicklungsstufe zu berücksichtigen sei. *Storch* wurde deshalb, wie in der Einleitung dieses Beitrags erwähnt, auch mit der Historischen Schule in Verbindung gebracht, deren Vertreter in der Formulierung beschreibender Wirtschaftsstufenlehren wetteiferten. *Storch*s Argumentationsweise unterscheidet sich von diesen späteren Ansätzen dadurch, daß er versucht, allgemeine Grundsätze der klassischen Theorie in den Besonderheiten der einzelnen Entwicklungsstufen zur Geltung zu bringen. Das zeigt sich in der Verwendung des Begriffs eines „natürlichen Fortschritts des Volkswohlstandes" in der Überschrift des 8. Buches sowie einer „natürlichen Richtung der Arbeit und des Erwerbsstammes" in den Überschriften der Abschnitte zu den jeweiligen Entwicklungsstufen, womit *Storch* an die klassische Tradition einer natürlichen Ordnung und natürlicher Preise anknüpft. Darin kommt der Versuch zum Ausdruck, das in der klassischen Theorie betonte Handeln im Eigeninteresse und die daraus resultierende Lenkung der Produktionsfaktoren in den Besonderheiten der einzelnen Entwicklungsstufen zur Geltung zu bringen.

Storch unterscheidet drei Stufen oder „Perioden der Bereicherung", die der „Jäger- und Hirtenvölker", die der „Ackerbauenden Völker" und die der „Gewerks- und Handelsvölker". Die Entwicklung verläuft gesetzmäßig über diese drei Stufen:

„Wie ein Jägervolk nicht zum Landbau kommen kann, ohne durch das Hirtenleben gegangen zu seyn, so ist es auch einem landbauenden nicht möglich, zu einem Gewerks- und Handelsvolk zu werden, ehe der Landbau die Ausdehnung erhalten hat, deren er in dieser Periode des geselligen Lebens fähig ist" (Bd. 2, S. 272).

[6] Auch bei *Adam Smith* sind die Entwicklungsstufen der Jagd, des Hirtentums, des Ackerbaus sowie des Handels und Gewerbes verstreut in den historischen Untersuchungen des „Wealth of Nations" beschrieben, jedoch wenig systematisch und wenig integriert in die theoretische Argumentation. Vgl. dazu auch *Recktenwald*s Würdigung in Bd. 1, S. XLIV, seiner deutschen Übersetzung des *Smith*schen Werkes.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Entwicklungsstufen nach Storch

a) Jäger- und Hirtenvölker

Am Beginn seiner Entwicklung lebt ein Volk von freien Gütern der Natur:

„In der Kindheit der geselligen Vereine erhält der Mensch, den seine natürlichen Bedürfnisse arbeitsam machen, den ersten Erwerbsstamm von der Erde. Er lebt von der Jagd, der Fischerei, den rohen Früchten ... in dem Maße, als die Bevölkerung zunimmt und die Geschicklichkeit des Jägers sich vervollkommnet, erschöpfen sie die freiwillige Hervorbringung der Erde. ... Unter allen Zweigen der Landwirthschaft ist die Viehzucht der einzige, der keine vorgängige Anhäufung von Erwerbsstamm erfordert; er bildet die einzige Hülfsquelle für ein Jägervolk, welches an Unterhalt Mangel zu leiden anfängt" (Bd. 2, S. 253f.).

So lange Weideland nicht knapp ist, wird ein Hirtenvolk noch nicht seßhaft und setzt noch keine Bodenaneignung ein. Doch schon in einem Hirtenvolk bildet sich ungleiche Vermögensverteilung heraus.

„Sie hat zwei Quellen. Die mächtigste liegt in dem Abstande zwischen der Klugheit, der Täthigkeit und der Sparsamkeit bei Einigen, und der Kurzsichtigkeit, Trägheit und Verschwendung bei Anderen. Sodann spalten sich die Heerden bei der Vererbung ... in kleinere oder größere Abtheile ... Es giebt daher Arme und Reiche ... So entsteht das Verhältnis des *Unternehmers* und des *Lohnarbeiters,* welches durch alle Perioden der Gesellschaft geht und in seinen Wirkungen für die Volkswirthschaftslehre so wichtig ist" (Bd. 2, S. 255).

Die Verwertung der tierischen Produkte bringt die ersten Handwerke hervor, aber der innere Handel ist noch gering. Außenhandel spielt nur in Ausnahmen eine Rolle.

b) Ackerbauende Völker

Durch Beobachtung anderer Völker oder durch eigene Erprobung des Anbaus von Gewächsen wird aus einem nomadisierenden Hirtenvolk ein ackerbauendes Volk. Damit wird eine Aneignung des Bodens in Privateigentum fällig. Die in II.2 erwähnte Begründung *Storch*s für Privateigentum am Boden wird hier angewendet:

„Da kein Hirt Lust haben würde, ein Stück Land urbar zu machen und zu besäen, wenn er nicht sicher wäre, daß die Ernte ihm gehörte, so kann der Landbau unter ihnen nicht eingeführt werden, *ohne daß die Ländereien als gesondertes (Privat-) Eigenthum vertheilt werden*. Nur die reichsten Hirten können den zum Anbau erforderlichen Aufwand machen; sie eignen sich daher die Grundstücke zu, und die anderen werden ihnen schwerlich diesen Vortheil streitig machen, weil ihnen ein Eigenthum nichts helfen würde, von dem sie keinen Nutzen ziehen könnten" (Bd. 2, S. 260).

Die Ungleichheit der Vermögensverteilung wird durch die Bodenaneignung stärker,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„der reichere, arbeitsame, unruhigere Mann nimmt mehr", und „Nicht aller Boden bietet gleiche natürliche Vortheile dar ... Es wird folglich große und kleine Grundeigner geben" (Bd. 2, S. 260).

Schon die Entstehung von Ungleichheit auf der Hirtenstufe, nun auch die Verstärkung der Ungleichheit durch die Bodenaneignung auf der Ackerbaustufe, wird von *Storch* ein wenig blauäugig begründet. Außerökonomische Herrschafts- und Machtverhältnisse spielen keine Rolle. Es sind hauptsächlich Fleiß und größere Rührigkeit aktiver Menschen, welche die Ungleichheit herbeiführen; passive Menschen haben, weil sie z. B. mit Bodeneigentum nichts anfangen könnten, keinen Grund, sich der Ungleichheit zu widersetzen. In der ausschließlich ökonomischen Erklärung des Entstehens und der Verteilung des Privateigentums am Boden ähneln die *Storch*schen Argumente den Anwendungen der Theorie der „property rights" auf die Wirtschaftsgeschichte (vgl. *North*).

Auf der Stufe des Ackerbaus scheiden sich also Grundeigentümer und Arbeiter, wobei letztere sich unterteilen in freie Arbeiter und Sklaven. *Storch* untersucht die Varianten der Tätigkeit freier Arbeitskräfte für die Grundeigentümer, z. B. der Lohnarbeit und der Meierei. In der Halbmeierei z. B.

„schießt der Grundherr [als Unternehmer] die Kosten des Ackerbaus vor"; „der Ertrag wird in 2 gleiche Hälften zwischen dem Anbauer und dem Grundeigner vertheilt" (Bd. 2, S. 262).

Sehr ausführlich befaßt sich *Storch* auch mit den verschiedenen Formen der Sklaverei, die er für ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung hält, weil sie die Sklaven mangels Teilnahme am Erfolg nicht motiviert, sondern Unruhe und Aufstände schafft, welche die Investitionsbereitschaft mindern (vgl. *Storch*, Bd. 2, S. 276 - 319; *Rentrup,* S. 22).

Der Ackerbau läßt vielerlei Bedürfnisse, auch nach Arbeitsgeräten, entstehen. Durch Arbeitsteilung lösen sich Tätigkeiten handwerklicher Produktion aus der Landwirtschaft. Dies fördert den Binnenhandel (vgl. Bd. 2, S. 264 ff.).

Zu besonderer Bedeutung kommt der Außenhandel:

„Ein von Natur aus fruchtbares und leicht zu bebauendes Land wird viel mehr Lebensmittel und Verwandlungsstoffe hervorbringen, als der Unterhalt seiner Einwohner und die noch sehr beschränkte Betriebsamkeit seiner Handwerker erfordert. Dieser Überschuß, für den im Lande kein Begehr ist, muß nothwendig ins Ausland gesendet werden, um ihn gegen etwas zu vertauschen, welches im Innern begehrt wird" (Bd. 2, S. 269).

Als bemerkenswert muß *Storch*s Argument angesehen werden, daß der Außenhandel eines sich entwickelnden ackerbauenden Landes durch ausländische Investitionen, also durch Kapitalimport, eingeleitet und ausgebaut werden sollte:

„Alle anderen Gewerbe setzen voraus, daß vorher Erwerbsstamm in einem Volke angesammelt sey; nur der auswärtige Handel erfordert dies nicht, weil der dazu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nöthige Erwerbsstamm durch Fremde geliefert wird. ... Eröffnet sich der Handel einen Weg in einem neuen Land, so geschieht die Ausfuhr des Überflusses und die Einfuhr fremder Waaren immer vermittelst eines ausländischen Erwerbsstammes. Ist das landbauende Volk weise, so wird es sich diesen Vortheil so lange als möglich zu erhalten suchen, ... damit aller einheimische Verlag den einträglichsten Verwendearten vorbehalten bleibe" (Bd. 2, S. 270f.).

Mit der Argumentation, daß ein Land am Beginn seiner Teilnahme am internationalen Handel „borgend" (vgl. Bd. 1, S. 146), die „Richtung des Verlages ... anfänglich *von Außen nach Innen*" (Bd. 2, S. 333) sein sollte, ist *Storch* seinen Zeitgenossen voraus. Es wird allerdings nicht deutlich, in welche Verwendungen die Auslandsinvestitionen gehen sollten; möglicherweise sind ausländische Direktinvestitionen in die Abwicklung des Außenhandels gemeint. Ferner bleibt über die Zahlungsbilanzsituation des betrachteten Landes Unklarheit: Der exportierte landwirtschaftliche Überschuß wird gegen etwas vertauscht, was „im Innern begehrt wird"; damit wird ein Ausgleich der Handelsbilanz angedeutet. Kapitalimport würde hingegen einen Importüberschuß implizieren. Die allgemeine Zuordnung einer Schuldnerland-Situation zur Ackerbau-Stufe ist nicht plausibel. Eine solche Situation würde viel eher dem Beginn einer Industrialisierung auf der Stufe der Gewerks- und Handelsvölker entsprechen.

c) Gewerks- und Handelsvölker

„Die höchste Stufe der Bereicherung ist diejenige, wo ein freies Volk, mit Hülfe eines immerfort zunehmenden Erwerbsstammes, seinen Landbau verbessert, seine Gewerke erweitert und vervielfacht, und auswärtigen Handel unternimmt" (Bd. 2, S. 314).

Die Verbesserung des Landbaus ist gekennzeichnet durch Übergang von der Bauernwirtschaft (Bodeneigentümer als Unternehmer) zur Pachtwirtschaft (aus dem Meier wird der als Unternehmer handelnde Pächter) (vgl. Bd. 2, S. 314f.).

Aus handwerklichen Tätigkeiten wird die gewerbliche Produktion:

„Der Handwerker ... wird nun zum *Gewerksherrn* ...; der Schmied errichtet eine Eisenfabrik, der Weber ein großes Linnen- oder Tuchgewerk etc. Die Verrichtung bleibt also dieselbe, der Unterschied besteht in dem Grade der Arbeitstheilung" (Bd. 2, S. 326).

Im Laufe der Entwicklung nimmt der Erwerbsstamm, aber auch die Konkurrenz zu:

„Wenn endlich der Erwerbsstamm stark zunimmt, wird seine Anlegung schwieriger; die Eigenthümer müssen neue Wege aufsuchen, die Geheimnisse ausländischer Gewerke zu erforschen oder noch bessere zu entdecken suchen. Es entsteht also ein Gewerkswetteifer zum Besten des Zehrers, welcher immer zu wohlfeilerer Hervorbringung und zur Vervollkommnung aller Kunstmittel führt" (Bd. 2, S. 327).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Produktion von Gütern des gehobenen Bedarfs wird lohnend; sie substituiert Importe:

„Wie nun der innere und äußere Markt sich mit Hervorbringnissen dieser Gewerke anfüllen, nehmen die Gewinnste bei ihrer Hervorbringung ab, und man sieht nach und nach von den inländischen Gewerksherren die verschiedenen Waaren für minder dringende Bedürfnisse und dann für das Wohlleben verfertigen. Ausländische Kunstwaaren werden allmälig, nicht durch Verbote, sondern durch die Macht der Umstände selbst, von den Märkten des Landes verdrängt" (Bd. 2, S. 328).

Die außenwirtschaftliche Situation entwickelt sich nach *Storch* dahin, daß die

„Richtung des Verlages ... von Innen nach Außen [geht]" (Bd. 2, S. 333). „Füllt der Erwerbsstamm eines Volkes alle Canäle seines Landbaus, seiner Gewerke und seines inländischen Handels, und ist noch Vorrath da, den der innere Umlauf nicht aufnehmen kann, so wird er, um nicht müssig zu liegen, *auswärts* angelegt ... Ein Volk, welches den auswärtigen Handel unternimmt, wird darleihend, streckt den Werth seiner Ausfuhr ein für allemal vor und nimmt nun unter den reichen Völkern eine Stelle ein" (Bd. 2, S. 331).

*Storch*s Ausführungen zur Stufe der Gewerks- und Handelsvölker lassen zwar erkennen, welche wichtige Rolle er dem dynamischen Wettbewerb für die Umstrukturierungen beimißt. Das enorme Entwicklungspotential der industriellen Revolution erahnte er verständlicherweise ebenso wenig wie seine Zeitgenossen der englischen Klassik. Daß er es unterließ, einen stationären Zustand auszumalen, mag auf größere Weitsicht deuten.

*Storch*s Hinweise auf eine außenwirtschaftliche Gläubigerland-Situation sind plausibel nur für eine späte Phase der Entwicklungsstufe der Gewerks- und Handelsvölker. Mit seiner Idee, den Entwicklungsstufen eines Landes grundsätzlich zunächst Schuldnerland-, später Gläubigerland-Situationen zuzuordnen, kann *Storch* als Vorläufer von Autoren des 20. Jahrhunderts angesprochen werden, die ähnliche Klassifizierungsversuche unternahmen (vgl. die Aufzählung bei *Rentrup,* S. 24). Hervorzuheben ist, daß *Storch* seine Entwicklungstheorie außenwirtschaftlich – im wohltuenden Gegensatz zu List – stets mit Freihandel verknüpft und sich von protektionistischen „Irrthümern des Handelssystems", die in Europa verbreitet seien, distanziert (vgl. Bd. 2, S. 333).

V. Versuch einer Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde eine Auswahl der von *Storch* behandelten Sachprobleme vor dem Hintergrund des damaligen zeitgenössischen Denkens der englischen klassischen Schule dargestellt und diskutiert. Wo es angebracht erschien, wurden auch vergleichende Hinweise auf zeitlich spätere Autoren gegeben. Die Ergebnisse unserer Diskussion lassen sich wie folgt zusammenfassen:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. *Storch* gab sich nicht mit der klassischen tauschwertorientierten Wertlehre zufrieden und lehnte jede Art von Arbeitswertlehre ab. Seine Bemühungen um einen gebrauchswertorientierten Wertbegriff reichten nicht aus, um Tauschmengenverhältnisse oder relative Preise aus der Nützlichkeit von Gütern herzuleiten, weil er noch nicht mit dem Grenznutzen von Gütern argumentierte.
2. *Storch* wies auf die Notwendigkeit privaten Eigentums am Boden hin und begründete damit die Bodenrente als Preis für Naturkräfte. Er wollte die Rente dementsprechend als Kostenelement der Güterpreisbildung auffassen, wegen der unterschiedlichen Qualität und Lage der Böden jedoch als eine Art Differentialkostenrente. *Ricardo*s Konzeption der Bodenrente als Differentialgewinn war *Storch* damit nahe, er nahm sie aber noch nicht vorweg.
3. *Storch* war einer der Mitbegründer der Theorie komparativer Kostenvorteile des Außenhandels; er nahm aber auch die Konzeption eines auf Innovationsvorsprüngen beruhenden Außenhandels vorweg.
4. *Storch* hatte eine, wenn auch in den Geldmengen-Preis-Zusammenhängen unvollständige, Vorstellung von der Theorie des Goldautomatismus. In der analytischen Einbeziehung nicht in Edelmetall einlösbaren Papiergeldes ging er über die englische Bullionismus-Debatte weit hinaus. Seine scharfsinnigen Bemühungen, eine Unterbewertung des russischen Papierwährung empirisch nachzuweisen und zu begründen, waren nicht fehlerfrei, wiesen jedoch bereits auf ein heute aktuelles Problem hin.
5. In seiner Entwicklungstheorie versuchte *Storch* sich in der Anwendung von Grundsätzen der klassischen Theorie auf die Besonderheiten verschiedener Entwicklungsstufen. Er vermied die vielkritisierten englisch-klassischen Vorstellungen vom stationären Zustand. Außenwirtschaftlich trat er für eine Entwicklung bei Freihandel ein und versuchte, den Entwicklungsstand eines Landes mit einer typischen Schuldner-Gläubiger-Position in Verbindung zu bringen.

Die in diesem Beitrag nicht näher diskutierte Konzeption der „inneren Güter" oder der „geselligen Bildung" stellt eine besonders faszinierende Leistung *Storch*s dar, weil sie gegen die Überbetonung der materiellen Güterproduktion in der englischen Klassik gerichtet war und heute hoch aktuelle Aspekte der Humankapitalbildung und der Güterbereitstellung in privaten Haushalten anspricht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Literatur[7]

Bernholz, Peter: Flexible Exchange Rates in Historical Perspective. Princeton Studies in International Finance, Princeton, N. J. 1982.

Blaug, Mark: Economic Theory in Retrospect, 3. Aufl., Homewood/Ill. 1978. Deutsche Übersetzung: Systematische Theoriegeschichte der Ökonomie. Bände 1, 2, 3, München 1971, 1972, 1975.

Hesse, Helmut: Artikel Außenhandel I: Determinanten. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Bd. 1, 1977, S. 364 - 388.

Kurz, Heinz D.: Adam Smith, die Regel der freien Güter und die „vent for surplus"-Begründung des Außenhandels. In: H. D. Kurz (Hrsg.), Adam Smith (1723 - 1790) – Ein Werk und seine Wirkungsgeschichte, Marburg 1990, S. 237 - 260.

Lenz, Wilhelm (Hrsg.): Deutschbaltisches biographisches Lexikon 1710 - 1960, Köln/Wien 1970.

List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie, 1. Aufl. 1841, 6. Aufl., Jena 1950.

Marx, Karl: Das Kapital, Bände I bis III (1867, 1885, 1894), Ausgabe des Marx-Engels-Lenin-Instituts Moskau 1932, Berlin 1955 - 56.

North, Douglass C.: Structure and Performance: The Task of Economic History. Journal of Economic Literature, Vol. XVI, 1978, S. 963 - 978.

Ott, Alfred E. / *Winkel,* Harald: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Göttingen 1985.

Recke, Johann Friedrich von / *Napierski,* Karl Eduard: Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland and Kurland, Band 4, S - Z, Neudruck der Orginalausgabe Mitau 1832.

Rentrup, Konrad: Heinrich von Storch, das ‚Handbuch der Nationalwirthschaftslehre' und die Konzeption der ‚inneren Güter', Heidelberg 1989.

Ricardo, David: The High Price of Bullion, a Proof of the Depreciation of Banknotes, 1. Aufl., 1810, 4. Aufl., London 1811. Deutsche Übersetzung: Der hohe Preis der Edelmetalle, ein Beweis für die Entwertung der Banknoten. In: Ricardo, David: Grundsätze der politischen Ökonomie und Besteuerung, Frankfurt/M. 1972.

— Principles of Political Economy and Taxation, 1. Aufl. 1817, 3. Aufl. 1821. Deutsche Ausgabe: Grundsätze der politischen Ökonomie und Besteuerung, hrsg. von Fritz Neumark, Frankfurt/M. 1972.

Roscher, Wilhelm: Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland, München 1874.

Say, Jean Baptiste: Traité d'Économie politique, 1. Aufl., Paris 1803, 3. Aufl., Paris 1817. Deutsche Übersetzung: Darstellung der Nationalökonomie und der Staatswirthschaft, 2 Bände, Heidelberg 1818.

[7] Im Text werden bei Übersetzungen ins Deutsche die Seitenzahlen der Übersetzung zitiert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— Cours complet d'Économie politique pratique, 6 Bände, Paris 1828/1829. Deutsche Übersetzung: Vollständiges Handbuch der National=Ökonomie, 6 Bände, Stuttgart 1829/1830.

Schumann, Jochen: Englische klassische Außenhandelslehren, ihre Rezeption und Weiterentwicklung in der deutschen klassischen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts. In: H. Scherf (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VI. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 115/VI, Berlin 1988a, S. 29 - 64.

— Wohlfahrtsökonomik. In: O. Issing (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie, 2. Aufl., München 1988b, S. 169 - 190.

Schumpeter, Joseph A.: History of Economic Analysis. Edited from manuscript by Elizabeth Boody Schumpeter; 2nd printing 1955. Deutsche Übersetzung: Geschichte der ökonomischen Analyse, Bände I und II, Göttingen 1965.

Seraphim, Hans-Jürgen: Die Deutsch-russische Schule. Eine kritische Studie. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 122. Band, 1924, S. 319 - 336.

Smith, Adam: An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations. 1. Aufl., London 1776. Letzte deutsche Übersetzung von H. C. Recktenwald: Der Wohlstand der Nationen, 4 Bände, München 1974.

Stieda, Wilhelm: Die Nationalökonomie als Universitätswissenschaft, Leipzig 1906.

Sraffa, Piero (ed.): The Works and Correspondence of David Ricardo. Vol. III: Pamphlets and Papers 1809 - 1811, Cambridge 1951.

Storch, Heinrich von: Cours d'Économie politique ou exposition des principes qui déterminent la prospérité des nations. Ouvrage qui a servi à l'instruction de Leurs Altesses impériales, les Grands-Ducs Nicolas et Michel, St.-Petersburg 1815. Deutsche Übersetzung von Rau, Karl H., Handbuch der Nationalwirthschaftslehre, 3 Bände, Hamburg 1819.

— Betrachtungen über die Natur des Nationaleinkommens, Halle 1825.

Torrens, Robert: The Economists Refuted (1808), repr. in Torrens, Robert, The Principles and Practical Operation of Sir Robert Peel's Act, 3rd ed. 1858 (zitiert nach Viner, 1937, S. 628).

— An Essay on the External Corn Trade, 1. Aufl. 1815, 4. Aufl. 1827 (zitiert nach Viner, 1937, S. 628).

Viner, Jacob: Studies in the Theory of International Trade, New York/London 1937.

Winkel, Harald: Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Darmstadt 1977.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Adolph Wagner und die Universität Dorpat

Von *Karl Häuser,* Frankfurt am Main

„Wagner in Dorpat" oder „Wagner und Dorpat" – das war zunächst die Frage. Da aber Dorpat zu jenen Namen gehört, die bald keiner mehr kennt[1], muß diese Stadt und die dazu gehörige Universität zuerst einmal vorgestellt werden. Dadurch gerät das Thema nolens volens zu „Wagner und Dorpat", und es liegt deshalb nahe, mit einer Skizze über Dorpat zu beginnen, um danach Adolph Wagner während seiner Zeit in Dorpat und auch noch den späteren, den von Dorpat beeinflußten Wagner studieren zu können.

I. Die Universität Dorpat

Um die Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Wagner für einige Jahre in Dorpat gelebt und gelehrt hat, gehörte diese bescheidene Stadt hansischer Gründung zum russischen Reich. Von den damals ungefähr 20.000 Bewohnern dürften sich weitaus die meisten zum estnischen Volk gezählt und nur eine Minderheit als Deutsche gefühlt haben. Es liegt daher nahe, zunächst zu fragen: Hat Wagner in russischer oder gar in estnischer Sprache gelehrt und warum verschlug es ihn gerade nach Dorpat, einer Stadt im heutigen Estland, ungefähr halbwegs zwischen Riga und St. Petersburg gelegen? Die Antwort ist rasch gegeben, denn Wagner konnte seine Vorlesungen in deutscher Sprache halten, weil Dorpat damals eine im Grunde deutsche, eine baltisch-deutsche Universität besessen hat. Wie ist es dazu gekommen?

Wir sind heute gewohnt, wenn vom Baltikum die Rede ist, an die drei baltischen Staaten zu denken. Aber diese Staaten sind, mit einer nicht leicht als Ausnahme zu rechtfertigenden Einschränkung für Litauen, erst nach dem Ende des 1. Weltkrieges entstanden. Davor bewohnten zwar Esten, Letten und Litauer die Landstriche der später von ihnen geformten Staaten, aber dazwischen hatten auch Deutsche, Finnen, Polen, Russen und Schweden gesiedelt. Aus dieser Gemengelage sind im Laufe der Geschichte unseres Jahrtausends immer wieder andere politische Zugehörigkeiten und Grenzen entstanden.

---

[1] In Anlehnung an den Titel des Buches von *Marion Gräfin Dönhoff,* „Namen die keiner mehr nennt", München 1964.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dorpat, heute Tartu (estnisch) oder Jurjew (russisch), war nach Riga und Reval über Jahrhunderte die drittgrößte Stadt Livlands, wenngleich wesentlich kleiner als jene. Livland war im Mittelalter und bis zum Anfang unseres Jahrhunderts eine geographische und durchaus auch eine politische Bezeichnung für das Land zwischen Peipus-See und Rigaer Meerbusen, freilich ohne das sich von Westen nach Osten erstreckende südliche Küstenland unterhalb des finnischen Meerbusens. Die Bezeichnung Livland geht auf die mit den Esten verwandten Liven zurück, die allmählich unter den Letten und, in kleinerem Maße, auch unter den Esten aufgegangen sind.[2] Dorpat befand sich daher im nördlichen Teil Livlands, im heutigen Estland. Es erhielt, nachdem es Bischofssitz geworden – ein Vertrag aus dem Jahre 1224 bekundet es – auch Stadtrechte nach Rigaer Muster, die ihrerseits nach Hamburger Recht übernommen worden sind[3]. Für die Gründung als Hansestadt dürfte ihre geographische Position zwischen Riga und Nowgorod entscheidend gewesen sein.

Im größeren Zusammenhang gehört Dorpat zu jenem geographischen, ethnischen und politisch symbiosen Gebilde, welches früher als Baltikum bezeichnet worden ist. Damit sind die teils von deutschen Ordensrittern im Laufe des 13. Jh. und, fast gleichzeitig, teils von deutschen Hansestädten gegründeten oder eingenommenen Städte gemeint, die außerhalb des deutschen Staatsgebietes sich nordostwärts entlang der Ostsee bis an den Peipus-See, also auch bis Dorpat erstrecken. Diese heute als Lettland, Estland und teils auch als Litauen bezeichneten Gebiete waren seit der deutschen Eroberung und Kolonisation in ihrer Bevölkerung von Deutschen durchsetzt, die sich „Balten", d. h. Baltendeutsche nannten. Sie bildeten, meist nur ungefähr ein Zehntel der Bevölkerung ausmachend, die kulturell, wirtschaftlich und politisch vorherrschende Schicht, wobei sie ihre Sprache und völkische Identität behielten und sogar wesentliche Elemente deutscher Rechts-, Verwaltungs- und Verfassungsstrukturen über Jahrhunderte bewahren konnten, obwohl die politische Herrschaft im Baltikum nach dem Zusammenbruch des Deutschen Ordens sowie der Hanse bis zum 1. Weltkrieg mehrmals zwischen Russen, Schweden und Polen gewechselt hat. Gleichwohl konnten die Baltendeutschen ihre Präponderanz auf der lokalen Ebene bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts, wenn nicht bis zum 1. Weltkrieg, behaupten. Sie beruhte auf den über 700 Jahre währenden – mehr oder weniger eingeschränkten – Souveränitätsrechten der livländischen Ritterschaft, die Trägerin der Landesrechte war und als ständisch verfaßte Körperschaft das Land regierte. Damit

[2] Diese Aussagen und die folgenden stützen sich im wesentlichen auf *Georg von Rauch:* Die Universität Dorpat und das Eindringen der frühen Aufklärung in Livland 1690 - 1710, Essen 1943.

[3] Angaben nach *Axel von Gernet:* Verfassungsgeschichte des Bisthums Dorpat bis zur Ausbildung der Landstände, Jurjew (Dorpat), 1896, S. 5ff. Nach *von Gernet* ist die Verleihung des Stadtrechts an Dorpat nicht genau datierbar, dürfte aber vor der Mitte des 13. Jh. vollzogen gewesen sein; vgl. *Gernet,* S. 156ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

war die Vorherrschaft des nahezu ausschließlich deutschstämmigen Adels, der gleichfalls deutschen Landeskirche und des Bürgertums gesichert; ein deutsches Bauerntum gab es im Baltikum nicht.

„Wenn wir mit 700 Jahren Livländischer Geschichte rechnen, so hat das Land die Hälfte der Zeit, 350 Jahre, zum alten deutschen Reich gehört, ist dann 50 Jahre der Krone Polen, dem damaligen östlichen Großstaat, 100 Jahre der Krone Schweden und 200 Jahre der Krone Rußlands angegliedert gewesen"[4]; so eine äußerst geraffte Aussage über die politische Zugehörigkeit des Landes. Diese politische Zugehörigkeit galt auch für Dorpat, das 1561 erstmals unter schwedische Herrschaft kam, als zwar der nördlich der Düna gelegene Teil Livlands an Polen gefallen war, aber die Stadt Reval und die estländische Ritterschaft sich schwedischem Schutz unterstellt hatten. Der unmittelbar danach ausgebrochene Siebenjährige Nordische Krieg wurde vor allem um den Besitz des Baltikums geführt, brachte aber noch nicht den von Schweden erhofften Gewinn. Dieses Land schickte sich damals an, eine europäische Großmacht zu werden und ein „dominium maris baltici" zu begründen. Es versuchte daher, die ihm gegenüber liegende Küste der Ostsee, das Baltikum, als eine „Vormauer"[5] in seinen Besitz zu bringen, zumal die Sicherheit Schwedens wegen seiner langen, unübersichtlichen und durch die Schären leicht zu infiltrierenden Küste gefährdet war. Erst in dem 1621 - 1629 gegen Polen geführten Krieg gelang es Schweden, Riga und Livland mit dem uns hier interessierenden Dorpat unter seine Herrschaft zu bringen. Schon kurz danach, mitten im Dreißigjährigen Kriege, ließ Gustav II. Adolf, der in Deutschland für die protestantische Seite den Krieg führte, in Dorpat eine Universität gründen, die Academia Gustaviana.

Das Verdienst, in Dorpat eine Universität gegründet zu haben, gebührt daher dem König von Schweden.[6] Die Gründungsurkunde, noch im Feldlager vor Nürnberg unterzeichnet, wenige Monate vor dem Tode des Königs auf dem Schlachtfeld in Lützen, trägt das Datum vom 30. 6. 1632. Die Motive dieser Gründung ergeben sich aus der Einsicht des Königs in die Bedeutung der Wissenschaften, die ihnen für die Entwicklung eines Landes zukommt,

---

[4] Aus einem Vortrag von *Erich von Oettingen-Jensel,* gehalten 1926 in Berlin. Zitiert nach *Arved von Oettingen-Ludenhof:* Die völkerrechtliche Stellung der Livländischen Ritterschaft und ihre Selbstverwaltung des Landes. In: Baltisches Geistesleben, Reval 1928, S. 353.

[5] Vgl. zum Begriff „Vormauer" *Günter Barudio:* Gustav Adolf – der Große. Eine politische Biographie, Frankfurt 1982, S. 250ff.

[6] Estland erinnert sich nun, da es seine Unabhängigkeit wieder gewann, an den Gründer. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 9. 1991 meldet dazu: „Im vergangenen Jahr bat die Universität Tartu die Universität Uppsala um Hilfe bei der Wiedererrichtung des Gustav-Adolf-Monuments, das die kommunistischen Behörden in den fünfziger Jahren beseitigt hatten. Die notwendige Bronze, versicherten die Esten, sei vorhanden. Sie hätten genug Material von Lenin- und Stalin-Denkmälern, für die sie keine Verwendung mehr hätten."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aber auch aus der Überlegung, daß den neu hinzugekommenen Landeskindern der Weg an die einzige damalige schwedische Universität, Uppsala, der Weg über die Ostsee, nicht zuzumuten war und daß es in den weiten Räumen des nördlichen Osteuropa ostwärts von Königsberg damals überhaupt noch keine Universität gab, so daß Dorpat, trotz seiner geographischen Abgeschiedenheit, eine beträchtliche Ausstrahlung haben würde. Mit 4 Fakultäten und 19 Lehrstühlen, die schon damals meistens mit Deutschen besetzt worden sind, obwohl die Studenten vorwiegend finnischer und schwedischer Herkunft waren – die deutsche Sprache war nicht nur im Baltikum, sondern ebenso in Skandinavien eine Sprache der Gebildeten – verfügte sie bei ihrer Gründung über eine für damalige Verhältnisse solide Grundausstattung[7].

Die exponierte geopolitische Lage Livlands im damaligen Spannungsfeld, zwischen Rußland, Schweden und Polen gelegen, verhinderte jedoch eine friedliche, kontinuierliche Entwicklung seiner Universität. Das Auf und Ab der schwedischen Epoche der Universität Dorpat endete nach nur 8 Jahrzehnten bereits 1710 mit der endgültig scheinenden Schließung, als Schweden im 2. Nordischen Krieg seine Großmachtstellung und allen baltischen Besitz verlor. Diese erste Phase der Dorpater Universitätsgeschichte auch nur kursorisch nachzeichnen zu wollen, kann hier nicht ernsthaft versucht werden, wie aus den nur stichwortartig genannten Ereignissen hervorgehen mag: Schon drei Jahre nach der Gründung, 1635, hatte ein falscher Alarm über einen russischen Einfall eine Fluchtbewegung unter Professoren und Studenten ausgelöst. Nur zwei Jahrzehnte später, 1656, fiel Dorpat nach einem von Schweden glücklos geführten Krieg vorübergehend an Rußland, gelangte aber schon 1660, nach dem Frieden von Oliva, mit dem übrigen Livland wieder an Schweden zurück. Dennoch wurde erst 1690 die Universität wiedereröffnet, allerdings 10 Jahre später an die sicherer erscheinende Küste, nach Pernau, verlegt, wo sie jedoch nur bis zur schwedischen Kapitulation im Jahre 1710 mühsam aufrecht erhalten werden konnte, um danach als schwedische Universität endgültig unterzugehen.

Die Universitätsidee blieb indessen im baltischen Bürgertum und in der Ritterschaft erhalten. Die Pläne und Anregungen, erneut eine Universität zu gründen, lassen sich fast über das ganze 18. Jh. hindurch verfolgen. Die deutsche Oberschicht, die sich dem jeweiligen Landesherren unterworfen hatte, setzte sich nun für eine baltische Landesuniversität ein. Schon Peter d. Gr. hatte eine Neugründung in Aussicht gestellt, wenngleich nach dem Ende des russisch-schwedischen Krieges zunächst andere Prioritäten gegolten haben. Erst Zar Paul I. zeichnete am 9. 4. 1798 das Dekret zur Gründung einer Landesuniversität, die indessen erst 1802 von seinem Nachfolger, Alexander I., eröffnet wurde. Unter diesem liberalen Zaren war es möglich, für das nun

[7] Angaben nach *Roderich von Engelhardt:* Die Deutsche Universität Dorpat in ihrer geistesgeschichtlichen Bedeutung, Reval 1933, S. 119.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zum russischen Reich gehörende Baltikum, d.h. für Livland, Kurland und Estland, eine Universität einzurichten, die zwar kaiserlich-russische Statuten erhielt, aber von der livländischen und estländischen Ritterschaft getragen und verwaltet worden ist, d.h. von den vorwiegend baltendeutschen ständischen Vertretern. Diese Entscheidung wurde aber auch begünstigt, weil Rußland weit hinter der westeuropäischen Entwicklung zurückgeblieben war und sich die notwendigen wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse aus westeuropäischen Ländern beschaffen mußte. Mit der Dorpater Gründung konnten sie auf eine willkommene und wirksame Weise ins Land gebracht werden. Und um die gleiche Zeit sind noch weitere Universitäten gegründet bzw. wiederbegründet worden, darunter Charkow und Wilna (lit: Vilnius), die ebenfalls, wenn auch in weit geringerem Maße als Dorpat, von einem Wissenschaftstransfer aus Deutschland profitiert haben (vgl. dazu in diesem Band die Beiträge von Jürgen G. Backhaus: Die west-östliche Migration deutscher Ökonomen, und von Jochen Schumann: Heinrich von Storch). Sowohl die Wiederbegründung Dorpats wie die neuen russischen Universitäten lassen die in Verbindung mit den zahlreichen Berufungen deutscher und anderer westlicher Professoren deutlich werdende Absicht erkennen, das Land mit ihrer Hilfe zu entwickeln und sich zugleich dem Westen und dem Fortschritt zu öffnen – eine in Rußland immer wieder leidenschaftlich geforderte wie bekämpfte und daher zeitweise beflügelte wie zurückgedrängte Entwicklung. Gründung und Aufbau Dorpats fielen jedenfalls in eine jener westwärts gewandten Orientierungsphasen Rußlands.

Dies erklärt den von Anfang an und bis zu ihrer Russifizierung in den neunziger Jahren vorherrschenden deutsch-baltischen Charakter der Universität Dorpat, die nach Ziff. 1 ihrer Statuten „für das ganze Russische Reich, vorzüglich aber für die Ritterschaften Lieflands und Ehstlands errichtet" worden war[8]. Zwar hatten die Statuten keine Vorschriften darüber enthalten, in welcher Sprache zu unterrichten sei, aber eben darum weitgehende Freizügigkeit belassen und überdies vorgesehen, daß neben den 19 Professoren noch je ein Sprachlehrer für Russisch, Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch anzustellen war, wobei „von den Sprachlehrern der Russische (gehalten) ist, die Geschäfte eines Translateurs bey der Universität zu übernehmen" (Ziff. 85), woraus deutlich wird, daß ein Übersetzer für Russisch an der Universität erforderlich gehalten wurde und deshalb eine etatisierte Stelle erhalten mußte; m.a.W., die russische Sprache war nicht die übliche. In seiner Monographie über „Die deutsche Universität Dorpat in ihrer geistesgeschichtlichen Bedeutung" schreibt von Engelhardt: „In liberalster Weise hatte der Monarch in seinem jugendlich-ideellen Enthusiasmus die Wünsche des Landes in weitgehendem Masse erfüllt, Dorpat hatte seine deutsche Universität, die das Recht der freien Berufung von Ausländern auf ihre Lehrstühle erhielt, das

[8] *R. von Engelhardt,* a.a.O., S. 34.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Recht auf eigene Gerichtsbarkeit sämtlicher zu dem akademischen Staate gehörenden Glieder, vor allem der studierenden Jugend und das Recht auf eigene Zensur der für ihren Bedarf notwendigen Bücher."[9]

Noch bis gegen Ende der achtziger Jahre wurden die Vorlesungen fast ausschließlich in deutscher Sprache gehalten. Karl Bücher schreibt darüber in seinen „Lebenserinnerungen": „Die Unterrichtssprache war deutsch; russisch wurden bloß die Vorlesungen über russisches Recht und russische Geschichte gelesen. Zwar war den Studierenden eine Aufnahmeprüfung im Russischen vorgeschrieben; aber der Vertreter der russischen Sprache ... pflegte die Prüfungsvorschriften sehr milde auszulegen, und ich erinnere mich nicht, daß einmal ein Studierender seinen Anforderungen nicht genügt hätte."[10] Die für russische Verhältnisse und damalige Zeiten außerordentliche Großzügigkeit gegenüber den deutsch-baltischen Wünschen bekundete sich auch in der Widmung der Lehrstühle. Von den vier Fakultäten, entsprechend ihrer traditionellen Ordnung in eine theologische, juristische, medizinische und philosophische Fakultät gegliedert, waren die ersten drei mit jeweils 4, die thematisch weitgefächerte philosophische dagegen mit 7 Lehrstühlen ausgestattet. Dabei waren die theologischen Lehrstühle nicht etwa mit Vertretern der griechisch-orthodoxen Theologie zu besetzen. Die Statuten bestimmten lediglich: „Die theologischen Vorlesungen müssen der Heiligen Schrift und ihrem getreuen Verständnisse gemäss sey(n) ... " (Ziff. 64). Diese Bestimmung sollte sich als besonders bedeutsam erweisen, jedenfalls im vorigen Jahrhundert.

Doch zurück zur ursprünglichen Verfassung der Universität Dorpat. Ebenso liberal wie mit den Theologen wurde mit den Lehrstühlen der juristischen Fakultät verfahren, von denen einer der Rechtsgeschichte, ein zweiter dem „bürgerlichen und peinlichen Recht (d.i. Strafrecht, K. H.), Römischen und deutschen Ursprungs", ein dritter dem „lief- und Ehstländischen Provincial-Rechte und der praktischen Rechtsgelehrsamkeit" und endlich ein vierter dem „Russischen Rechte und dem Russischen Kanzelley-Styl" vorbehalten war. Demnach wurde nicht einmal die Rechtsfakultät auf die eigentlich russischen, sondern ganz auf die baltischen Bedürfnisse ausgerichtet, so daß sogar Studenten aus dem Reichsgebiet in Dorpat zumindest einige Semester Jura fast wie an einer deutschen Universität studieren konnten.

---

[9] A.a.O., S. 36. Erwähnung verdient gewiß auch, daß zur personellen Ausstattung der Universität „ein Stallmeister. Ein Fecht- und Voltigirmeister. Ein Zeichnenmeister. Ein Tanzmeister" gehörten und daß „Dem Professor der Philosophie und dem Professor der Eloquenz es zur Pflicht gemacht (wird), ... ein pädagogisches Seminarium zu errichten ... der Zweck dieses Seminariums ist, geschickte Schul- und Haus-Lehrer für das russische Reich zu bilden, weswegen es dem Curatorio zur Pflicht gemacht wird, diese Anstalt möglichst zu befördern, und den Seminaristen aus den Ersparnissen der Casse Unterstützung zufließen zu lassen – damit sie insbesondere sich der Russischen Sprache befleißigen können." (Aus dem Inhalt der Ziffern 85, 98 und 99 der Statuten).

[10] *Karl Bücher:* Lebenserinnerungen, Tübingen 1919, S. 310f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neben der theologischen und der juristischen Fakultät waren für Dorpat noch die beiden anderen klassischen Fakultäten der Medizin und der Philosophie vorgesehen, wobei die philosophische Fakultät, wie an vielen anderen europäischen Universitäten, zugleich die aus philosophischen Fächern heraus entwickelten und sich allmählich verselbständigenden Disziplinen, insbesondere Mathematik und Naturwissenschaften, aufgenommen hatte; daher auch die im Vergleich zu den mit je 4 Lehrstühlen bedachten Fakultäten höhere Zahl von 7 Lehrstühlen, unter denen sich bereits einer der „Staatskunst überhaupt und der Finanz-Wissenschaft insbesondere, wie auch der Statistik" zu widmen hatte; jenes Ordinariat, aus dem, neben einem zweiten, das reichlich sechs Jahrzehnte später durch Adolph Wagner übernommene hervorgegangen ist. Die sich aus den auseinanderstrebenden Fächern entwickelnde Sprengkraft hat die philosophische Fakultät später in eine „Historisch-Philosophische" und in eine „Physico-Mathematische", d.h. eine naturwissenschaftliche Fakultät geteilt, und schon Wagner gehörte der historisch-philosophischen Fakultät an, wobei die Lehrstuhlbezeichnung inzwischen in „Geographie, Ethnographie und Statistik" umfirmiert worden war, d.h. die Nationalökonomie nicht mehr benannte, wenngleich jene Fächer nach den Dorpater Gepflogenheiten die Nationalökonomie einschlossen.

Trotz der an einer Universität üblicherweise anzutreffenden charakteristischen Meinungsvielfalt, die es natürlich auch in Dorpat gegeben hat – die bereits mehrfach zitierte Geschichte „Die Deutsche Universität Dorpat" von R. von Engelhardt bezeugt es in großer Ausführlichkeit –, empfanden sich ihre Mitglieder doch als Repräsentanten deutscher Wissenschaft und Geistestradition, wobei sie zugleich eine schmale Brücke zwischen dem germanischen und dem russisch-slawischen Europa bildeten. Jedenfalls gedieh die Universität rasch und durchaus zur Freude ihres eigentlichen Neubegründers, Alexanders I., der sie 1804, schon zwei Jahre nach ihrer Eröffnung, besuchte[11]. Es war derselbe Zar, der, die ethnische Vielfalt der Bevölkerung seines Reiches respektierend, unmittelbar nach Dorpat auch die Universität Wilna (Vilnius), in diesem Fall als eine für die polnischen Gebietsteile des russischen Reiches bestimmte Universität gründete und der später als Retter Europas gegen Napoleon nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland gefeiert worden ist. Dorpat hat ihm zeitlebens große Verehrung entgegengebracht und sein Andenken in hohen Ehren gehalten.

Nach den Anfangsjahren gewann Dorpats Universität bald eigene Konturen und ein Vierteljahrhundert später konnte sie sich durchaus schon mit kleineren Universitäten in Deutschland in qualitativer und quantitativer Hinsicht vergleichen. Diese Einschätzung dürfte sich im Laufe der Jahrzehnte weiter befestigt haben, wenngleich dabei zwischen den einzelnen Fakultäten zu differenzieren ist. Für das russische Reich hat Dorpat vor allem auf den Gebieten

[11] Vgl. die Berichte darüber in *R. von Engelhardt;* a.a.O., S. 31f. und 39f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Medizin, der Pharmakologie, der Meteorologie und des Schul- und Erziehungswesens zu seinem Vorteil gewirkt. Nach Berichten, die R. von Engelhardt in seinem Buch zitiert, haben „mehr als 1000 von den bis 1890 abgegangenen 1726 Zöglingen der medizinischen Fakultät als Ärzte im weiten Reiche – (gemeint ist das russische Reich, K. H.) – ihren Beruf ausgeübt, besonders im Heeresdienst (380); unter ihnen zwei kaiserliche Leibärzte (v. Rauch und Karell) und mehrere höhere Verwaltungsbeamte im staatlichen Medizinaldienste. Auch eine nicht geringe Anzahl Dorpater Pharmazeuten haben als zuverlässige Apotheker den Ruf ihrer einstigen Bildungsstätte über das europäische und asiatische Rußland bis nach Wladiwostok und Taschkent verbreitet. ... Dorpater Juristen fanden in Rußland unbeanstandet als Richter oder Anwälte, ja selbst in hohen Staatsstellungen ... Amt und Brot ... Ebenso sind die ehemaligen Schüler der Dorpater Philologen als Erzieher und Lehrer in Rußland stets geschätzt worden. Ein besonders rühmliches Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der baltischen Hochschule ist aber die starke Vertretung ihrer Söhne im Personal der russischen Universitäten und der Petersburger Akademie. Die Namen der auf russischen Kathedern Lehrenden, die ihre Bildung der Alma Mater am Embach verdankten (im ganzen hundert), können hier nicht aufgezählt werden ... "[12].

Dorpat diente demnach, obwohl bis zum letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts deutsch-baltisch verfaßt, als akademische Institution bestimmungsgemäß dem russischen Reich, wenngleich durch eine vorwiegend deutschstämmige Professoren- und Studentschaft. Die Bindungen Dorpats an das Deutschtum kamen ihm dabei auf doppelte Weise zugute, indem sie aus dem reichen Reservoir an Kultur, Gelehrsamkeit und nicht zuletzt an jungen Wissenschaftern zu schöpfen erlaubte und in der Gegenrichtung ein aufnahmebereites Feld für eigene wissenschaftliche Leistungen und für junge Talente fand, soweit diese nicht in Rußland bleiben wollten oder konnten. M.a.W., Deutschland konnte Dorpat bieten, was es jeweils benötigte, sowohl an personaler wie sachlicher Ausstattung, und es konnte zugleich die Gewähr dafür bieten, daß wissenschaftliche Leistungen, falls nicht in Rußland, so doch in Deutschland eine akademische Öffentlichkeit und Aufnahme fanden. Dorpat erwies sich auch immer wieder als ein Sprungbrett, eine Anlaufbahn, wie eine Provinzbühne, die eine entscheidende Chance für die künftige Karriere bot, und Dorpat kam beiden Seiten, der deutschen wie der russischen, zugute. Eine Leistungsbilanz dieses wechselseitigen Verhältnisses von Geben und Nehmen ist zwar nicht erstellt worden, aber doch kann auf eine Reihe von bedeutenden Wissenschaftern verwiesen werden, die aus Dorpat gekommen sind oder zeitweise, meist sich ihre ersten wissenschaftlichen Sporen verdienend, dort gewirkt haben, so z.B. neben mehreren bedeutenden Theologen (u.a. der Schwede Lorenz Ewers, Alexander von Oettingen, Theodosius Har-

[12] *R. von Engelhardt,* a.a.O., S. 449.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nack), der Biologe K. E. von Baer (Mitglied der Petersburger Akademie der Wissenschaften), der Kunsthistoriker Georg Dehio, aus Reval stammend und anfangs in Dorpat studierend, desgleichen der aus Riga kommende Dorpater Student und spätere Philosoph Nicolai Hartmann, ferner der als Kurator für Dorpat wirkende Graf Alexander Keyserling und die uns hier besonders interessierenden Nationalökonomen. Unter ihnen ist Adolph Wagner der bekannteste geworden; nach ihm haben auch Etienne Laspeyres (1869 - 73), Wilhelm Lexis (1874 - 76), Wilhelm Stieda (1877 - 82), Karl Bücher (1882 - 83), Theodor Mithoff (1873 - 84) und Heinrich Dietzel (1885 - 90) vorübergehend in Dorpat gewirkt[13].

Im Hinblick auf Adolph Wagner erscheint es notwendig, hier nochmals auf die besonderen baltischen Verhältnisse Dorpats einzugehen, zumal sie ihm zeitlebens gegenwärtig geblieben sind, wie seiner Korrespondenz zu entnehmen ist, und Baltisches ihm wesensverwandt sein mochte und ihn wohl auch auf mancherlei Weise beeinflußt hat. Zunächst spielt dabei das Deutsche, sowohl im sprachlichen wie im nationalen und kulturellen, zumal im protestantisch-religiösen Sinne, eine besondere Rolle. Die Deutschen gehörten nicht zur Oberschicht, sondern sie wurde mehrheitlich durch sie gebildet, häufig einhergehend mit einem entsprechenden Überlegenheitsgefühl gegenüber der genuin einheimischen Bevölkerung. Die führenden Positionen in Verwaltung, Wirtschaft, Kirche, Kultur und Politik wurden zum allergrößten Teil von Deutschstämmigen eingenommen. Sie waren die „Literaten", – so eine damals landläufige Bezeichnung – d.h. des Lesens, Schreibens, Rechts- und Verwaltungswissens mächtig.

Da die Studenten, soweit sie aus dem Baltikum kamen, nahezu ausschließlich der dortigen Mittel- und Oberschicht entstammten, d.h. aus dem Bürgertum und den adligen Familien, sprachen sie Deutsch als Muttersprache, und auch die übrigen Studenten konnten, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen, nicht in Dorpat studieren. Die deutsche Sprache befand sich allgemein im Baltikum in einer Schlüsselrolle für den sozialen Aufstieg, der die Zugehörigkeit zur weitgehend deutschstämmigen Oberschicht eröffnete. In den größeren Städten, zumindest an der Küste, herrschte das Deutsche in einem Maße vor, daß sich die Balten wie in ihrem eigenen Staate fühlen konnten, wenngleich sie sich in Loyalität ihrem Landesherrn, dem Zaren – nicht unbedingt zugleich dem russischen Staat – verpflichtet fühlen mochten. Baltische

[13] Angaben aus *R. von Engelhardt,* a.a.O., S. 405. Dort fehlt jedoch Laspeyres, der bei *K. Bücher:* Lebenserinnerungen, Tübingen 1919, S. 280, und auch in anderen Quellen genannt wird. Einen Hinweis darauf, daß Laspeyres, der zuvor am Polytechnikum Riga lehrte, in den erwähnten vier Jahren in Dorpat war, verdanke ich meinem Hamburger Kollegen *Christian Scheer,* der dazu auf die Neue Deutsche Biographie, Bd. 13, Berlin 1982, verweist. – Eine wenngleich nicht vollständige Fakultäts- und Lehrstuhlgeschichte gibt *Hugo Semel:* Die Universität Dorpat (1802 - 1918). Skizzen zu ihrer Geschichte, Dorpat 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Städte wie Dorpat (estn. Tartu), Libau (lett. Liepaja), Mitau (lett. Jelgava), Pernau (estn. Pärnu), Reval (estn. Tallinn), Riga (lett. Riga) besaßen, jedenfalls in ihrer äußeren Präsentation, einen so dominant deutschen Charakter, daß sie trotz ihrer gemischten Bevölkerung in kultureller und kommunalpolitischer Hinsicht jahrhundertelang als deutsche Städte erschienen und bezeichnet worden sind. Wenigstens für Riga mögen ein paar bestätigende Hinweise angebracht sein, zumal diese Stadt an Größe und Bedeutung Dorpat weit überragt: Sie gehörte zu den ersten Städten, die Luthers Lehre angenommen hatten; an der Rigaer Domschule hat von 1764 - 69 Johann Fürchtegott Herder gelehrt und in den Vorstadtkirchen gepredigt; das Rigaer Theater begann vor 150 Jahren unter Karl Holtei aufzublühen, der übrigens den Kapellmeister Richard Wagner nach Riga verpflichtete; schließlich stammt eine Reihe bekannter Deutscher aus Riga, so z. B. der Philosoph Nicolai Hartmann, der Schriftsteller Werner Bergengruen, einer der frühen Nobelpreisträger für Chemie, Wilhelm Ostwald, auch der in diesem Buch in einem Beitrag von J. Schumann vorgestellte Nationalökonom Heinrich von Storch kam aus Riga.

Die deutsch-baltische Identität hatte sich jedoch nicht nur aus einer sprachlichen, nationalen und einer gesellschaftlichen Komponente – der Zugehörigkeit zur bürgerlichen oder adligen Oberschicht –, sondern auch aus einer religiösen gebildet. Schließlich hatte der deutsche Ritterorden die baltischen Länder nicht nur erobert, sondern auch christianisiert und noch lange Zeit nach der Landnahme das Land zugleich mit dem Glauben verteidigt. Weltliche und geistliche Herrschaft waren daher in eins gebunden, und ein kämpferisches Element blieb daher dem Glauben immanent.[14] Die Balten waren überdies früh, noch vor der schwedischen Eroberung, zum protestantischen Glauben übergetreten, und Dorpat galt von Anfang an als eine Hochburg des Protestantismus. Die Bedeutung dieses Umstandes reicht über das bloß Religiöse oder Theologische hinaus, weil die Religion, zusammen mit der Sprache und der Volkszugehörigkeit, in der Diaspora jene Klammer der Gemeinsamkeit und der Identitätsbewahrung bildet, die, wie in vielen anderen Fällen von nationalen Enklaven, auch für das Baltikum charakteristisch gewesen ist. So nahm die theologische Fakultät natürlicherweise ihren in der Ordnung der Fakultäten ersten Rang ein, der übrigens in der schwedischen Epoche noch überragender gewesen ist[15]. Der bedeutendste theologische Sproß Dorpats

[14] Diese Sätze gründen sich vorwiegend auf *Kurd von Schlözer:* Livland und die Anfänge des deutschen Lebens im baltischen Norden, Berlin 1850, sowie *derselbe:* Die Hanse und der Deutsche Ritter-Orden in den Ostseeländern, Berlin 1851.

[15] *v. Rauch* berichtet a.a.O., S. 168 für die Jahre 1690 - 1710 darüber: „. . . war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Theologieprofessoren im Universitätsleben an erster Stelle rangierten, daß sie das höchste Gehalt bezogen und die größten Ehren genossen. Auch rein zahlenmäßig überwogen sie beträchtlich und stellten gelegentlich ein Drittel des gesamten Lehrkörpers dar. Noch ausgesprochener waren die Verhältnisse innerhalb der Studentenschaft . . . jedenfalls waren die theologischen Kollegs die besuchtesten".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

war übrigens kein geringerer als Adolf von Harnack, seinerseits Sohn eines Dorpater Theologen. Freilich hat dieser Sohn nur in Dorpat sein Studium aufgenommen und auch seinen ersten, nicht angenommenen Ruf dahin erhalten, aber später in Deutschland gewirkt. Aus Anhänglichkeit kam er jedoch immer wieder nach Dorpat zu Vorträgen, wo überdies sein Bruder Axel eine Professur für Mathematik innehatte.

Die zuvor erwähnten spezifisch baltischen und insbesondere Dorpater Eigenheiten, zumal Protestantismus und Deutschtum, sind hier hervorgehoben, weil sich ähnliche Elemente auch im Charakter Wagners wiederfinden, obwohl er nur drei Jahre in Dorpat verbracht hat. Zur baltischen Mentalität paßte auch jenes Bekennertum, das sich aus einem Selbstwert- oder sogar aus einem Superioritätsgefühl herleitet, das für die deutsche Minorität in einem mehrheitlich anders gearteten Umfeld charakteristisch gewesen ist, da die Mittel- und Oberschicht vorwiegend mit Deutschen besetzt und sozialer Aufstieg daher fast notwendigerweise mit Germanisierung verbunden war. Das mit dem Deutschtum einhergehende Überlegenheitsgefühl begünstigte aber auch ein ausgeprägtes Ehrgefühl, das sich von Ehrlichkeit, Geradlinigkeit und Unbeugsamkeit leiten ließ[16]; abermals Eigenschaften, die sich bei Wagner wiederfinden, wie beispielsweise aus seiner ganz undiplomatischen, jedenfalls ihm nicht förderlichen Offenheit hervorgeht, die er in seiner Antwort auf eine Anfrage aus Wien an den Tag legt, als er wegen eines Lehrstuhls in Prag konsultiert wird (vgl. dazu das durch Fußnote 41 belegte Briefzitat).

Die gegen Ende der achtziger Jahre einsetzende Russifizierung, die schon 1893 aus der baltisch-deutschen Universität Dorpat die kaiserlich-russische Universität Jurjew gemacht hatte, erzwang innerhalb weniger Jahre anstelle des deutschen einen im wesentlichen russischen Unterricht mit russischen Prüfungen. Innerhalb kurzer Zeit verließ der größte Teil des deutschen Lehrkörpers die alte Universität und wurde durch russische Professoren ersetzt. Die zunächst durch den Panslawismus ausgelösten nationalistischen Bewegungen fanden in der völkischen Gemengelage des Baltikums allenthalben bereitwillige Aufnahme und ließen sich in entsprechende Aktionen gegen die meist ungeliebten Deutschen umsetzen, denn die antideutsche Strömung erfaßte auch die estnische und lettische Bevölkerung, bei der sie sich allerdings bald verselbständigte und in eine autochthone, gegen Rußland gerichtete nationale

[16] Als Bestätigung dafür kann der in einem Vortrag von *Alexander von Engelhardt* enthaltene Hinweis (Vortrag am 8. 8. 1991 in Kronberg gehalten) auf eine frühere estnische Redewendung genommen werden: „Saks ei petta", was soviel wie „Ein Deutscher betrügt nicht" bedeutet. Auch die in „Die deutsche Universität Dorpat", a.a.O., S. 153, zitierte Geschichte, wonach die Bestrafung eines Studenten anstand, den der Rektor wählen ließ „zwischen 3 Tagen Karzerhaft oder meiner stillen Verachtung", zeigt dies deutlich, denn wo wäre diese Alternative sonst denkbar gewesen. In der erwähnten Geschichte wählte übrigens der Student die „stille Verachtung", was als Kuriosum vermerkt wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bewegung mündete und schließlich in der durch die Russen unterdrückten estnisch-lettischen Revolution von 1905/06 kulminierte. Die auf die revolutionären Explosionen des Jahres 1905 antwortende Unterdrückung setzte der ein Jahrhundert zuvor begonnenen liberalen Epoche vollends ein Ende.

II. Wagner in Dorpat

Von dem Dreigestirn deutscher Finanzwissenschafter des vorigen Jahrhunderts – Schäffle, von Stein, Wagner – ist uns Adolph Wagner heute mehr als seine beiden Fachkollegen vertraut. Obwohl meist nur durch das von ihm formulierte Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit und dem daraus abgeleiteten Gesetz der wachsenden Staatsausgaben bekannt, gehört sein Name, zumindest aus diesem Grunde, zum Obligatorium zeitgenössischer Lehrbücher.

Adolph Heinrich Gotthilf Wagner entstammt einer Erlanger Professorenfamilie; der Vater war Physiologe, und auch die Mutter kam aus dem Hause eines Erlanger Mediziners. Das Geburtshaus, in dem Wagner am 25. März 1835 als erstes von vier Geschwistern zur Welt gekommen ist, blieb nicht erhalten, ebenso wie die daran angebracht gewesene Erinnerungstafel. Da der Vater später nach Göttingen berufen wurde, verbrachte Wagner dort die prägenden Jahre seiner Kinder- und Schulzeit, aber das Abitur erlangte er an einem Bayreuther Gymnasium. Danach bezog er die Universität Heidelberg, wo er sich der Nationalökonomie, vor allem bei seinem dortigen Lehrer Karl Heinrich Rau, verschrieb. Allerdings zog es ihn schon bald wieder nach Göttingen, zumal dort das Elternhaus ein ihm offenbar zusagendes soziales und intellektuelles Umfeld bot, wobei die elterlichen Verbindungen zur Familie des Chemikers Wöhler und deren Töchter keine nebensächliche Rolle gespielt haben dürften, zumal Wagners erste Frau eine Freundin der Wöhler-Töchter gewesen ist. Der bedeutendste Göttinger Lehrer wurde für ihn Georg Hansen, bei dem er zweiundzwanzigjährig mit einer bedeutsamen Arbeit promovierte, die danach unter dem Titel „Beiträge zur Lehre von den Banken“ 1857 veröffentlicht worden ist und als eine seiner erstaunlichsten wissenschaftlichen Leistungen – die Arbeit eines am Anfang der zwanziger Jahre Stehenden – hervorgehoben zu werden verdient.

Schon ein Jahr später, 1858, erhielt der erst Dreiundzwanzigjährige einen Ruf auf eine Professur für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft nach Wien, allerdings nicht an die Universität, sondern an die damals noch junge und weniger reputierte Handelsakademie. Obwohl Wien als glänzende europäische Kapitale und politisches Zentrum der damaligen Großmacht Österreich-Ungarn ein privilegierter Platz für den jungen Wissenschafter sein mußte, vermochte ihn diese Stadt nicht an sich zu binden. Der insgeheim erhoffte Wechsel an die Universität blieb aus, zumal dort der ältere und ange-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sehenere Lorenz von Stein die gleiche Disziplin vertrat und mit Wagner nicht gerade freundschaftliche Beziehungen unterhielt[17]. Dennoch hätten diese Quisquilien es wohl nicht allein vermocht, ihm Wien zu verleiden. Was war es dann?

Die Gründe dafür, daß sich Wagner mit Wien nicht anzufreunden vermochte, dürften, von den zuvor erwähnten akademischen Enttäuschungen abgesehen, vor allem politischer und atmosphärischer Natur gewesen sein. Die Geschichte jener Jahre, in denen sich die deutsche Einigung für den österreichischen oder den preußischen Weg entscheiden mußte, wies auch Wagner, der daran leidenschaftlichen Anteil nahm, auf die eine oder die andere Bahn. Ihm mißfiel die ambivalente Haltung Wiens, das in einer nationalen Bewegung sogleich eine Gefahr für den Vielvölkerstaat sah und soeben die Folgen der italienischen Einigung als militärische Niederlage mit Gebietsverlusten in Oberitalien erlitten und daher Grund genug hatte, vorsichtig zu prozedieren.

Möglicher- oder gar wahrscheinlicherweise trugen seine österreichischen Erfahrungen dazu bei, daß Wagner mit einer kleindeutschen Lösung der deutschen Einigung sympathisierte, was allerdings erst aus späteren Äußerungen hervorgeht[18], freilich während seiner Wiener Jahre kaum ohne Nachteile – von einem Deutschen in österreichischen Diensten – hätte verlautbart werden können. Außerdem befand sich auch Österreichs Wirtschafts- und Finanzsituation in einer instabilen Lage und konnte von Wagner keine freundlichen Kommentare und Zensuren erhalten[19], wobei er sich diplomatische Zurückhaltung auferlegen mußte, berücksichtigt man sein impulsives Naturell, das sich „nicht dem österreichischen Geiste zu fügen" bereit war oder ihn gar zu einer „Beugung der Gesinnung" genötigt hätte, wie er später in einem Brief an seinen Bruder Hermann (28. 2. 1864) andeutet. Ebenso aufrichtig bekennt er, Jahre später aus Dorpat an dem ihn wohlgesonnenen österreichischen Ministerialrat von Tomaschek, der bei ihm wegen einer Professur in Prag vorfühlt: „. . . mein Hauptbedenken ist politischer Natur. Ich stehe und stand seit langer Zeit, auch schon während meines Wiener Aufenthalts, in der deutschen Frage meiner innersten Überzeugung nach auf ausgesprochen preußisch-nordtdeut-

[17] In einer 1860 in der „Wiener Zeitung" anonym erschienenen Rezension, die *Lorenz von Stein* zugeschrieben wird, ist *Wagners* damalige Schrift „Das neue Lotterie-Anlehen und die Reform der Nationalbank" wenig günstig besprochen worden. Eine auszugsweise Wiedergabe dieser Rezension findet sich bei *Adolph Wagner,* Briefe – Dokumente – Augenzeugenberichte, 1851 - 1917, ausgewählt und herausgegeben von *Heinrich Rubner,* Berlin 1978, S. 23f. Im folgenden wird diese Quelle zitiert als *„Rubner,* a.a.O.".

[18] Deutlich schon in einem Brief v. 16. 7. 1866: „Ich stehe . . . in der Deutschen Frage vollständig auf dem preußischen kleindeutschen Standpuncte. Längerer Aufenthalt früher in Wien, jetzt in Dorpat ließ mich nur in dieser Anschauung bestärken". Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 43.

[19] Vgl. dazu die bei *Rubner,* a.a.O., S. 22 und S. 26ff. auszugsweise wiedergegebenen Berichte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Standpuncte. Diese meine politische Überzeugung ist in Folge der anderen Ereignisse, durch welche ich zu meiner Freude selbst aus dem Hannoveraner zum Preußen wurde, nur noch consequenter zur Geltung gelangt"[20].

Von Wien enttäuscht, bewarb sich Wagner mit Erfolg auf eine ähnliche Position in Hamburg, an die dort neu gegründete Höhere Kaufmännische Lehranstalt, wo sich seine akademischen Ambitionen freilich noch weniger als in Wien erfüllen konnten. In gedrückter Stimmung schreibt er in dem schon zuvor erwähnten Brief an seinen jüngeren Bruder Hermann, dem er sich regelmäßig mitteilte, über seine Hamburger Situation: „Ich fühle mich immer aussichtsloser, einmal in eine ordentliche wissenschaftliche Lehrstellung zu kommen. Das drückt auf mich wie ein Alp und nagt an meinem Leben. Einen der Hauptgründe dafür sehe ich eben darin, daß ich aus der regelmäßigen Carriere hinausgekommen bin"[21]. Als ein erster Lichtblick mußte ihm da ein Anerbieten des Baltischen Polytechnikums in Riga erscheinen. Eine ihn zu gleicher Zeit erreichende Sondierung Roschers aus Leipzig stellte sich dagegen bald als eine nur vorsorgliche Anfrage heraus. Dennoch hatte das aus falscher Hoffnung genährte Strohfeuer sein Gutes, weil es zunächst zum Abwarten verführte, so daß ihn noch rechtzeitig, vor der Zusage in Riga, der überraschende Ruf aus Dorpat erreichen konnte, den er freudig annahm. Die Historisch-Philosophische Fakultät hatte am 2. 9. 1864 (nach dem orthodoxen Kalender, d.i. 14. 9. nach heutiger Zeitrechnung) Wagner unico loco vorgeschlagen und das Conseil der Unversität so am 15. 9. (27. 9. neuer Zeitrechnung) beschlossen, wonach der „Minister für Volksaufklärung" (sic!) die Berufung genehmigte und den Kurator der Universität, den Grafen Alexander Keyserling, entsprechend benachrichtigt.

Wagner reiste, versehen mit einem „von Seiner Majestät dem Kaiser allerhöchst bewilligte(n) Reisegeld von 200 holl. Dukaten", erst im Sommer des folgenden Jahres nach Dorpat, da sein Hamburger Vertrag ihn noch bis „Johanni, den 24. Juni neuen Stils (12. Juni a. St.)"[22] gebunden hatte, wie Wagner in seinem Antwortschreiben an den damaligen Dorpater Rektor Bidder zutreffend bemerkte, denn es galt nun, sich an zwei Zeitmaße zu gewöhnen, an den orthodoxen julianischen Kalender, der in Rußland galt, und an den vertrauten gregorianischen Kalender. Am 12. August leistete er den von ihm unterschriebenen Amtseid in deutscher Sprache, wie aus den in Dorpat (Tartu) erstaunlicherweise erhalten gebliebenen Personalakten hervorgeht: „Ich Adolph Wagner, gelobe und schwöre bei Gott dem Allmächtigen und seinem heiligen Evangelium, daß ich will und soll Seiner Kaiserlichen Majestät, dem Allergnädigsten Großen Herrn und Kaiser Alexander Nikolaje-

[20] *Rubner,* a.a.O., S. 62.

[21] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 33.

[22] Beide Zitate entstammen Wagners Schreiben an den Rektor Bidder vom 10. 12. 1864, in dem er den Ruf nach Dorpat annimmt. Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

witsch, Selbstherrscher aller Reussen, und seiner Kaiserlichen Majestät Erben des Thrones aller Reussen, Seiner Kaiserlichen Hoheit, dem Großfürsten Cäsarewitsch Alexander Alexandrowitsch, treu und redlich dienen und in Allem unterwürfig sein, ohne meines Lebens, bis zum letzten Blutstropfen zu schonen . . . ". Und weiter: „. . . Schaden, Nachtheil und Verlust an dem Interesse Seiner Kaiserlichen Majestät will ich, sobald ich dergleichen wahrnehme, nicht nur zeitig kund machen, sondern auch auf alle Art zu hindern und abzuwehren suchen, und jedes mir anvertraute Geheimniß werde ich fest bewahren, und den mir anvertrauten und auferlegten Beruf eines ordentlichen Professors der Geographie, Ethnographie und Statistik an der Dorpater Universität . . . verwalten, . . . und wie ich es vor Gott und seinem strengen Gerichte stets verantworten kann. So wahr mir Gott der Herr helfe an Leib und Seele! Amen."[23]

Nun endlich hatte er das ersehnte Ordinariat an einer Universität errungen, wenngleich im fernen Dorpat. Dort gewann er rasch Ansehen und Reputation unter seinen Kollegen und wurde ein geachteter Lehrer. Sein Gehalt belief sich auf stolze 2.400 Silberrubel, was etwa 4.500 rheinischen Gulden entsprach und nicht nur seine zuvor in Hamburg bezogenen Einkünfte um mehr als das Doppelte übertraf, sondern auch über den Anfangsgehältern der Ordinarien an den reichsdeutschen Universitäten lag. Noch fünf Jahre später, als er schon in Berlin war, bekennt er seinem damals in Halle lehrenden Kollegen Gustav Schmoller: „Zweimal gab ich äußerlich sehr vorteilhafte Stellungen auf, Wien und Dorpat, jedes Mal mit über 1000 Thaler Verlust an Einkommen" (Brief vom 26. 11. 1870).

Mit der Bezeichnung seines Lehrstuhls – für Geographie, Ethnologie und Statistik – wurde Wagner offenbar nicht in einem strengen Sinne auf diese Fächer verpflichtet, zumal schon vor ihm „die bisherigen Vertreter dieser Professur nie alle 3 Fächer, sond. immer nur eines vertreten (haben)", jedenfalls galt Wagner in Dorpat als Statistiker und als Nationalökonom, „letzteres so vorwiegend, daß trotz seiner seltenen Arbeitskraft" (gemeint ist seine ungewöhnliche, daher seltene Arbeitskraft, K. H.), mit denen er die neu eingegangenen Verpflichtungen übernahm, „es sich doch nicht verkennen ließ, daß er nur als Nationalökonom zünftiger Fachmann war"; so die Wagner charakterisierende Stelle eines Briefes, den ein damaliger Dorpater Kollege, Theodor Graß, Inhaber des Lehrstuhls für politische Ökonomie, an einen anderen Fachkollegen geschrieben hat[24]. Wagners Amtsvorgänger war übrigens kein Nationalökonom, sondern der Historiker Schirren, der gewiß ein ganz anderes

---

[23] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 38f.

[24] Beide Zitate stammen aus dem oben erwähnten Brief von Graß, den er am 17. 10. 1868 an den Nationalökonomen Alfons Renatus von Helferich geschrieben hat. Vgl. dazu *Rudolf Stucken:* Adolph Wagner in Dorpat und sein Übergang an die Universität Freiburg, Finanzarchiv NF 26, H. 1 (1967), S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lehrprogramm als Wagner vorgetragen hatte, wenngleich er, wie dieser, auch die Statistik vertrat.

Es mag dabei irritieren, daß nicht Wagner, sondern der schon seit 1856 in Dorpat wirkende Theodor Graß, ein aus Riga stammender Balte, den Lehrstuhl für Kameralwissenschaften innehatte, während in Wagners Lehrstuhlbezeichnung die Nationalökonomie fehlt. Für die nicht leicht zu entwirrende Geschichte der Lehrstühle und Lehrstuhlbezeichnungen dürften damals nicht nur Verfügbarkeit, persönliche Neigung und Interessenlage der jeweiligen Lehrstuhlinhaber, sondern auch die beginnende Spezialisierung der Wissenschaften bedeutsam gewesen sein. Als sich die ursprüngliche philosophische Fakultät in eine historisch-philosphische und in eine physico-mathematische Fakultät aufgespalten hatte, wurden die Kameralwissenschaften zur ersteren geschlagen, aber zugleich durch ein „Katheder für Kameralwissenschaften" – 1865 umbenannt in Nationalökonomie – und durch das ebenfalls mit einem Nationalökonomen besetzte geographisch-ethnographisch-statistische Ordinariat fortgeführt[25]. Die beiden Lehrstuhlinhaber, damals Graß und Wagner, hatten daher ihre Lehrtätigkeit miteinander abzustimmen, was offenbar ohne Komplikationen möglich war, wobei Wagner wohl von vornherein der Finanzwissenschaft und Geldlehre zuneigte und seinem Kollegen Graß in der Hauptsache das weitere Feld der Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik überließ. Aber auch die Statistik gehörte damals, wie sogleich zu erklären sein wird, zu Wagners Domäne. Die Statistik hatte sich schon um die Mitte des Jahrhunderts so weit entwickelt, daß sie in den staatlichen Verwaltungen etabliert war und als ein eigenes Fach an den Universitäten gelehrt wurde, allerdings noch nicht mit eigenen Lehrstühlen vertreten gewesen ist, sondern meist den Kameralwissenschaften, also der Nationalökonomie, zugeschlagen war, in Dorpat allerdings in der erwähnten, seltsamen Fächerkombination. Die mit dem Lehrstuhl Wagners verbundene Bedeutung der Statistik wird erhärtet durch seinen Nachfolger: es muß Etienne Laspeyres gewesen sein, der dafür vom Polytechnikum Riga wegberufen worden ist[26].

Obwohl Wagner heute als Finanzwissenschafter gilt, war er anfangs mehr Geldtheoretiker und Währungspolitiker, wobei die Schnittmenge zwischen Finanzwissenschaft, Geldtheorie und Währungspolitik, zumal zu jener Zeit, nicht klein gewesen ist. Während seiner Dorpater Jahre, von 1865 - 1868, konnte Wagner darüber hinaus als Statistiker gelten, wozu die Lehrstuhlbezeichnung – „. . . und Statistik" – allein nicht ausgereicht haben würde, wenn er nicht mehrere größere Arbeiten auf diesem Gebiet verfaßt hätte, darunter

[25] Vgl. die bei *Hugo Semel,* a.a.O., S. 119ff. zu findende Geschichte dieser beiden Lehrstühle.

[26] Zuvor hatte Laspeyres sich offenbar Hoffnungen auf die Nachfolge von Mangoldts in Freiburg gemacht, wie Wagner noch aus Dorpat ein wenig resignativ seiner Schwester Sophie berichtet, weil er fürchtete, wegen dieser Konkurrenz in Freiburg selbst nicht zum Zuge zu kommen. Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 65.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine noch während seiner Hamburger Zeit abgeschlossene, zweiteilige Monographie über „Die Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen vom Standpunkte der Statistik“[27] (Hamburg 1864). Als Wagner, der gerne reiste und die Sommerferien zu längerer Abwesenheit nutzte, wohl auch, um aus dem abgelegenen Dorpat mit seinen langen Wintern herauszukommen und ein wenig Weltluft zu atmen, 1867 einen volkswirtschaftlich-statistischen Kongreß in Paris besuchte, erstattete er einen ausführlichen Bericht, in dem er u.a. auch ein längeres Referat von Clément Juglar erwähnte. Aber auch noch zwanzig Jahre später bietet ihm die Teilnahme an einer Konferenz des „Statistischen Instituts“[28] willkommene Gelegenheit zu reisen, diesmal nach Italien mit der Abhandlung „Über eine Aufgabe der Statistik der Preise“ (1887) im Reisegepäck.

Als weiteres Zeugnis seiner statistischen Interessen kann der Aufsatz, obwohl nur in Gestalt einer Rezension verfaßt, über ein preisgekröntes Werk damaliger sog. Moralstatistik, Guerrys „Statistique morale de l'Angleterre comparée avec la statistique morale de la France“, Paris 1864, dienen[29]. Dieser Artikel, obwohl eigentlich nur ein Besprechungsaufsatz, ist ein wissenschaftliches Dokument insofern, als es ganz von dem um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aufgebrochenen Wissenschaftsoptimismus der Sozialwissenschaften erfüllt und sein Verfasser so felsenfest davon überzeugt ist, die Gesetze der sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen erforschen zu können, daß er nicht einmal die Frage stellt, ob dies überhaupt möglich sein könnte. Wagner offenbart dabei eine erstaunliche Literaturkenntnis und ein kaum dahinter zurückstehendes Urteilsvermögen, welches es dem erst Dreißigjährigen ermöglicht, das Problem der Kausalität und der Gesetzmäßigkeit auf dem Gebiet der Sozialstatistik auf seinem damaligen Stand zu behandeln, wobei er sich vorwiegend auf Quetelet, aber auch auf Mill, d.h. dessen System der Logik stützt. Seine Wertschätzung für Mill reicht freilich weiter zurück[30] und

---

[27] Der erste Teil ist „Dem Andenken meines theuren Vaters, des Physiologen Rudolph Wagner gewidmet“, der kurz zuvor gestorben war, der zweite „Den großen deutschen Statistikern Herrn Ernst Engel Direktor des k. preuss. statistischen Bureau zu Berlin und Herrn J. E. Wappäus ordentlichem Professor der Statistik etc. an der k. hannov. Universität zu Göttingen . . . “.

[28] Vgl. *Rubner,* a.a.O., S. 252f.

[29] *Wagners* Rezension ist in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 21 (1865), S. 273 - 291 erschienen.

[30] In seinen frühen Jahren gründeten sich Wagners Ansichten in finanzwissenschaftlicher Hinsicht mehr auf Rau, in methodischen Fragen und in der Geldlehre mehr auf Mill. In dem obligatorischen Bericht über seine Vorlesungen an der Wiener Handelsakademie hatte er festgehalten, sein Vortrag sei „ganz nach eigenen Heften, im Geiste der John Stuart-Millschen Schule. Daneben sollten die Hörer aus den Werken von Rau, Roscher und Kudler weitere Belehrung schöpfen“ (hier zitiert nach *Rubner,* a.a.O., S. 25). In der um die gleiche Zeit verfaßten „Die Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte“ schreibt er: „Mill gilt mit Recht jetzt als der erste nationalökonomische Theoretiker und überhaupt als ein philosophischer Analytiker ersten Ranges“ (loc. cit., S. 26).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat ihm schon in Wien durch Lorenz von Stein den Vorwurf der Anglophilie eingetragen.

Wie schon in Wien, so kehrte Wagner auch in Dorpat immer wieder zu seinem Thema probandum zurück, zur „Lehre von den Banken", die jedoch treffender als die geld- und währungspolitischen Folgen einer Bankverfassung, insbesondere einer Zentralbankverfassung, bezeichnet worden wären. In Dorpat lag natürlich nichts näher, als sich mit den russischen Währungsverhältnissen zu befassen. Wagner widmete ihnen mehrere Aufsätze, die 1867 und 1868 zunächst in „Baltische Monatsschrift" erschienen und danach in Buchform unter dem Titel „Die russische Papierwährung" (Riga 1868) veröffentlicht worden sind. In zwei Teilen, einem mehr theoretischen und einem vorwiegend aktuellen, behandelt Wagner das in damaliger Zeit für alle europäischen Länder anstehende Problem der Regulierung der Notenausgabe und des Notenumlaufs, wobei die Kardinalfrage der Currency-Banking-Kontroverse den Ausgangspunkt bildete, nämlich die Frage: Ist die Banknote – schon – Geld? Dabei wird die Notwendigkeit eines zunehmenden und elastischen Bedarfs an Zahlungsmitteln, trotz des Festhaltens an den Grundsätzen einer Metallwährung, nicht verkannt. Sofern der Note ein Geldcharakter zuerkannt wird, muß sie, nach damaligen Vorstellungen, „gedeckt" sein und erfordert entsprechende restriktive, gesetzliche Vorschriften über die Notenausgabe. Ist sie dagegen kein Geld, so kann sie nach dem Banking-Prinzip wie ein Kredit behandelt und von der jeweiligen Bank nach Belieben ausgegeben oder wieder zurückgenommen werden.

Wagner hatte sich in seiner „Lehre von den Banken" auf die Seite der Banking-Theoretiker geschlagen und vertrat diese Theorie, wonach die Note nicht „gedeckt" sein müsse, auch noch in Dorpat, indem er die Noten treffend als „Scheidemünzen des Wechsels"[31], d. h. als normierte Kleinwechsel, charakterisierte. In diesem Falle konnte der Staat die Notenausgabe auch zur Deckung seines Kreditbedarfs verwenden; eine übrigens damals nicht nur in Rußland geübte Praxis. So konnte es geschehen, daß trotz eines latenten russischen Handelsbilanzüberschusses der Kurs des Rubels fiel und überdies die Noten gegenüber den Münzen ein Disagio aufwiesen.

Wagners Vorschlag im praktischen Teil seiner „Russischen Papierwährung" konzentrierte sich auf die „Wiederemporhebung des entwertheten Papiergeldes auf seinen Nenn- oder Gleichwerth mit der Münze und alsdann die Erhaltung des Paristandes des Papiergeldes"[32]; ein Problem, mit dem sich ein halbes Jahrhundert zuvor schon ein anderer deutscher Nationalökonom in russischen Diensten, Heinrich von Storch, befaßt hatte, wie aus dem von J. Schumann

[31] Diese Formulierung stammt aus „System der Zettelbankpolitik", 2. Aufl. Freiburg 1873, S. 241.

[32] Quelle: „Die russische Papierwährung", Riga, 1868, S. 181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verfaßten Beitrag in diesem Bande hervorgeht. Den damals meist diskutierten, wohlfeilen Vorschlag, das Papiergeld im Ausmaß des Disagios, d.i. um etwa 15%, abzuwerten, um danach einen Paristand zwischen Noten und Münzen zu ermöglichen, verwirft er als unsolide. Vielmehr liegt ihm an „der Wiederherstellung eines geordneten Geldwesens", der Basis „eines gesunden, wirthschaftlichen Lebens des Culturstaats"[33], ohne jede Beeinträchtigung der Gläubiger. Als Lösung schlägt er eine Fundierung, d.h. eine Art der allmählichen Staatsschuldenkonversion derart vor, daß ein Teil der umlaufenden Noten an die Staatskasse zurückfließt und eingezogen werden kann. Diese wurden offenbar zu einem nicht geringen Teil als Staatsschuldtitel emittiert, d.h. in einer als Zahlungsmittel zu verwendenden Form. Wagner wollte dagegen die Staatsschuld wieder, je nach Publikumsbedarf, in lang-, mittel- und kurzfristige Formen binden, wodurch der Notenumlauf allmählich wieder zurückgeführt werden könne.

Es ist nicht bekannt, ob Wagner mit seinem Vorschlag die Regierung in St. Petersburg beeindruckt hat. Immerhin wurde ihm nach nur zwei Jahren der Titel eines Staatsrates verliehen, und tatsächlich hat der spätere Staatssozialist Wagner in Dorpat gelegentlich wichtige Schreiben mit „Dr. Adolph Wagner Kais. russ. Staatsrath und Ord. Prof. a.d. Univ. Dorpat" unterzeichnet. Jedenfalls beschäftigen ihn auch noch später, als er längst nicht mehr in Dorpat war, die russischen Finanzprobleme, und er schreibt darüber z.B. 1877 Artikel in der Tagespresse, in der „Nationalzeitung", „die in Rußland viel beachtet" würden, wie er seinem Bruder mitteilt[34]. In St. Petersburg hat man sich sogar noch drei Jahrzehnte später an den kaiserlich russischen Staatsrat und damaligen ordentlichen Professor zu Dorpat erinnert, der inzwischen ein renommierter Nationalökonom an der Berliner Universität geworden war, denn der zu jener Zeit amtierende russische Finanzminister von Witte hatte Wagner um ein ausführliches Gutachten über die beabsichtigte Valuta-Reform gebeten. Das dafür erhoffte Honorar – Wagner war penibel in Geldangelegenheiten, was allerdings bei einer Familie mit 8 Kindern wiederum nicht verwunderlich ist – erhielt er wenige Monate später in Gestalt des Stanislausordens 1. Klasse.

Dorpat hat sich für Wagner wie eine Klausur, eine Vorbereitung auf die ihn später in Berlin erwartenden größeren Herausforderungen erwiesen. Obwohl ihm das „baltische Heidelberg", wie es gelegentlich liebevoll genannt wurde, schon bald ans Herz gewachsen war, vermochte es ihn nicht lange zu binden, zumal er unter „der Abgelegenheit des Orts und dem rauhen Klima empfindlich leide" und „die Sehnsucht nach der Heimath übermächtig bleibt"[35]. So

[33] Ebenda, S. VIII (Vorwort).
[34] *Rubner,* a.a.O., S. 155.
[35] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 61.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

folgt er schon nach drei Jahren der sich bietenden Gelegenheit, in Freiburg i. Brsg. den durch von Mangoldts Tod freigewordenen Lehrstuhl zu übernehmen[36]. Aber auch Freiburg konnte ihn nicht lange halten, denn das ihm schon nach weiteren zwei Jahren angebotene Ordinariat an der Berliner Universität konnte er nicht ausschlagen. So wurde Freiburg nur eine Übergangsstation, kaum mehr als eine Episode, anders als Dorpat, das ihm nicht nur zeitlebens gegenwärtig blieb, sondern ihn auch wissenschaftlich nachhaltig bevorratet hat. Jedenfalls, von Dorpat würde Wagner noch lange zu zehren haben. Noch in Freiburg hatte er eine neue, hochaktuelle bankpolitische Monographie verfaßt, dabei ganz unter den russischen Erfahrungen stehend, auf die der verlängerte Titel hinweist: „System der deutschen Zettelbankgesetzgebung unter Vergleichung mit der ausländischen"[37], wobei allerdings nicht nur die russischen, sondern vor allem auch die englischen und österreichischen Erfahrungen einbezogen sind. Danach hat sich „Die russische Papierwährung" nicht nur als Etude, sondern als wichtiges Thema für die „Zettelbankgesetzgebung" erwiesen, die, noch in Unkenntnis der bald bevorstehenden Berufung nach Berlin, zunächst als „1. Abteilung" eines „Handbuch des Zettelbankwesens" konzipiert war, aber später als 2., umgearbeitete Auflage unter dem Titel „System der Zettelbankpolitik" (1873) erschien.

Von den persönlichen Lebensumständen her betrachtet, scheint Dorpat die glücklichste Zeit in Wagners Leben gewesen zu sein. In der Abgeschiedenheit Livlands mit seinen langen Wintern konnte er nach den unzufriedenen Jahren in Wien und Hamburg jene innere Sicherheit finden, die ihn zu einem intensiven wissenschaftlichen Arbeiten befähigt hat. „Ich denke oft mit rechter Sehnsucht an Dorpat, das wahre Ideal deutscher Universitäten", schreibt er aus Freiburg einem befreundeten, demnächst Dorpat verlassenden Kollegen[38]. Auch etliche andere Belege lassen sich für seine Liebe zu Dorpat anführen, die er bis ins hohe Alter bewahrt hat.[39] Was ihn dabei bewegt, offenbart er, jedenfalls teilweise, in einem anderen Schreiben. Auf jene oben erwähnte, vorsichtige, diplomatische Anfrage des Freiherrn von Tomaschek aus Wien – seine Rolle ähnelt derjenigen, die Althoff später in Berlin gespielt hat – wegen eines Prager Ordinariats bekannte Wagner ohne Umschweife und noch ehe er

---

[36] Möglicherweise hat dabei die schon seit der Göttinger Zeit bestehende freundschaftliche Beziehung mit von Mangoldt – er war dort schon Privatdozent, als Wagner studierte – mitgewirkt, mit dem er, wie H. Schumacher berichtet, 1862 bei einer gemeinsamen Studienreise England besucht hatte, vgl. dazu Deutsches Biographisches Jahrbuch, Überleitungsband II 1917 - 1920, Stuttgart, Berlin und Leipzig, S. 176.

[37] System der deutschen Zettelbankgesetzgebung unter Vergleichung mit der ausländischen. Zugleich ein Handbuch des Zettelbankwesens. Mit Rücksicht auf die Errichtung von Zettelbanken in Baden sowie die Bankreform und das Staatspapierwesen im Norddeutschen Bunde, 1. Abt., Freiburg i. B. 1870.

[38] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 71.

[39] Vgl. dazu Wagners Bekundungen in Briefen in *Rubner,* a.a.O., S. 61 in Verbindung mit S. 64, 65, 67, 71, 90, 100, 401.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von seiner Chance in Freiburg etwas erfahren hatte, daß er bereit gewesen sei, den „vorteilhaften Ruf an die hiesige, zwar außerhalb Deutschlands auf russischem Boden und weitab gelegene, aber in ihren Einrichtungen, ihrem Geiste, ihren Lehrern und Lernenden kerndeutsche Universität Dorpat anzunehmen. Seit Herbst 1865 wirke ich hier und habe bisher meinen Entschluß, wenigstens einige Jahre dieser fernen Colonie unseres Volkes und unserer Cultur meine Kräfte zu widmen, keinen Augenblick zu bereuen gehabt. Wie die meisten meiner zahlreich aus Deutschland hierher berufenen Kollegen fühle ich mich wohl unter dem hiesigen tüchtigen deutschen Schlage, unter einer gleichgesinnten Schar jüngerer strebsamer wissenschaftlicher Kräfte, unter einer tüchtigen, wenn auch für meine Fächer nicht zahlreichen Studentenschaft, in guter, mehr als auskömmlicher Stellung an einer reich dotirten mittleren Universität von über 700 Studenten, – allerdings gleichzeitig unter einer fremden Regierung, die indessen trotz mancher anderen unsere Nationalität beeinträchtigenden Vorkommnisse in Rußland, gegen unsere Hochschule und speciell gegen uns deutsche Lehrer im Allgemeinen bisher stets Wohlwollen und Liberalität bewiesen hat."[40] An anderer Stelle bekennt er dem gleichen Adressaten gegenüber in aller Offenheit: „In mir selbst war eigentlich meine österreichische Lebensperiode schon länger zum Abschluß gekommen. Ich habe daher meinerseits keinerlei Schritte gethan, die mir eine Rückkehr nach Österreich anbahnen könnten."[41] Zwar entsprach es auch Wagners Natur, direkt zu sein, aber Dorpat hat ihn in seinem Bekennertum bestärkt. Er war, so scheint es jedenfalls, in wenigen Jahren ein Balte geworden, zumal es noch mehr Gründe dafür gab, daß sich Dorpat tief in sein Leben gesenkt hat.

Es mag verwundern, daß Wagner zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht der Finanzwissenschafter geworden ist, als der er später gilt. In Dorpat hatte er, neben der Statistik, allgemeine Volkswirtschaftslehre gelehrt und sich dabei das Geld- und Währungswesen als Spezialdisziplin erkoren. Auch später hat er sie nie aufgegeben, wie seine fast immer aktualitätsbezogenen Beiträge, z. B. zur deutschen Münzreform und zur Währungs- und Zentralbankverfassung, beweisen und wie vor allem die den Hauptteil des 2. Bandes seiner „Theoretische Sozialökonomie" ausmachende „Sozialökonomische Theorie des Geldes und des Geldwesens" – im Umfange von rd. 800 Seiten – eindrucksvoll verdeutlichen. Aber in Berlin, wo es damals immerhin bereits zwei Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre gab und die Fächer Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft im Wechsel mit dem jeweiligen Kollegen gelehrt werden mußten, gewann die Finanzwissenschaft eine höhere Priorität, jedenfalls im Vergleich mit Dorpat. Auch die Absicht, das dreiteilige Lehrbuch von Rau fortzuführen, rückte die Finanzwissenschaft mehr ins Zentrum der künftigen Bemühungen Wagners. Aber auch seine poli-

[40] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 61.
[41] Ebenda, S. 64.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tischen Ambitionen verwiesen ihn mehr als zuvor auf staatswirtschaftliche Probleme. Der Finanzwissenschafter und der Staatssozialist, der er in Berlin geworden ist, aber auch der Politiker und der Abgeordnete im Preußischen Landtag[42], zunächst für die christlich-soziale Partei, danach für die Konservativen, war, nicht nur angesichts der „sozialen Frage" und im Verein für Sozialpolitik, sondern auch wegen der bedrängenden Steuer- und Haushaltsprobleme des jungen Reiches mit seiner unzulänglichen Finanzausstattung, beständig gefordert.

Obwohl Wagner während seiner Dorpater Jahre kaum auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft gearbeitet hatte[43], lassen sich doch seine später als Finanzwissenschafter bekundeten Grundsätze und die ihn leitenden Überzeugungen, die besonders bei prinzipiellen Problemen der Besteuerung und der öffentlichen Wirtschaft erkennbar werden, aus dort empfangenen Eindrücken ableiten. Da derartige Abhängigkeiten jedoch kaum je zu beweisen und daher auf Plausiblitätsargumente verwiesen sind, mögen wenigstens einige Andeutungen dieser Art den hier postulierten Zusammenhang verdeutlichen: Dazu gehört die allmähliche Abkehr von der noch durch Lorenz von Stein an Wagner kritisierten Anglophilie und die damit einhergehende Zurücknahme liberalistischer Positionen. Im Gegenzug dazu entwickelte sich der Respekt vor dem Staat preußischer Provenienz und zugunsten dessen Präponderanz auch in wirtschaftlichen Belangen. Auch ein damit einhergehender Patriotismus, wenngleich schon während der Wiener Jahre erkennbar geworden, aber nun sich verstärkend, konnte unter der baltischen Behauptungsmentalität besonders gut gedeihen. Darüber hinaus können die aus christlicher Motivation ableitbaren Konsequenzen für die Grenzen von Besitzrechten und für eine progressive direkte Besteuerung – beides für Wagner später bedeutsame Themen – mit Dorpat in Verbindung gebracht werden. Sogar die Frage mag hier berechtigt sein, ob die Neigung zur Finanzwissenschaft, die mehr als die allgemeine Volkswirtschaftslehre die Elemente politischer Ökonomie enthält und damit Werturteile und persönliche Bekenntnisse evoziert und nahezu unvermeidbar macht, nicht einen Dorpater Nährboden besaß. Die für Wagner bestimmend gewordenen Anschauungen und Überzeugungen könnten vielleicht auch ohne Dorpat von ihm Besitz ergriffen haben, aber die dort empfangenen Eindrücke dürften sie bestärkt, wenn nicht überhaupt erst begründet haben.

---

[42] Wagner engagierte sich in den ersten beiden Jahrzehnten seiner Berliner Tätigkeit in einem Maße in der Politik, daß Marianne Weber ihn in ihrer Biographie über Max Weber als „Der feurige alte Kämpfer" und als „Nationalökonom und Staatsmann" ausweist. Vgl. *Marianne Weber:* Max Weber, Ein Lebensbild , Heidelberg 1950, S. 458 und 778.

[43] Die 1866 in Dorpat erschienenen „Beiträge zur Finanzstatistik des Schulwesens der (russ.) Ostseegouvernements Livland, Kurland und Estland" bilden eine Ausnahme zu den zahlreichen Beiträgen über bank- und währungspolitische Themen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit den folgenden Beispielen wird versucht, jene spezifischen „baltischen" Wesenszüge in Wagners Charakter und Verhaltensweise zu verdeutlichen, die zwar nicht erst in Dorpat entstanden, aber doch in ihrer Prädisposition gefestigt worden sein dürften und charakteristisch für ihn geworden sind. Da ist zunächst jene „machtbewehrte Innerlichkeit" eines streitbaren Protestantismus, mit dem sich Wagner in Berlin angefreundet hat und der ihn geradezu in die Arme der christlich-sozialen Partei des sozial-konservativen und dem Antisemitismus zuneigenden Berliner Hofpredigers Stöcker trieb, dessen Freund er wurde. Wie indifferent dagegen Wagner zuvor seiner Kirche gegenüber gewesen ist, geht noch aus dem bereits erwähnten Brief von Theodor Graß hervor, in dem dieser über Wagner berichtet, daß er ihm „. . . durch den hohen Grad seiner natürlichen Wahrhaftigkeit lieb geworden, welche mir um so achtenswerther und merkwürdiger erschien, als er noch nicht das im Vaterhause nahegebrachte Evangelium ergriffen hatte, vielmehr noch beständig gegen dessen Stachel löckte und man nur auf Hoffnung wider Hoffnung an den (sic!) Glauben festhalten konnte, Gott werde sich noch einst diesen Starken zum Raube nehmen"[44]. Tatsächlich besuchte Wagner in Berlin zum ersten Male nach einem Vierteljahrhundert wieder einen Abendmahlsgottesdienst[45], auffallenderweise zur selben Zeit, da er für Stöckers christlich-sozialen Verein stritt, dessen Vizepräsident wurde und in den Wahlkampf zog – der Verein trat auch als politische Partei auf – und dabei vergeblich für ein Reichstagsmandat, aber mit Erfolg für den preußischen Landtag kandidierte[46]. Die Christlich-Sozialen verstanden sich zwar als Arbeiterpartei, die aber ihre christliche Position zugleich mit staatssozialistischen, partiotischen und monarchischen Idealen verband. Dies entsprach der Gesinnung der meisten Baltendeutschen und vermochte daher den sonst durchaus nicht konformistischen Wagner zu vereinnahmen. Jedenfalls konnten christliche, insbesondere aber protestantische Überzeugungen als Grundlage für die von Wagner vertretenen politischen und finanzwissenschaftlichen Positionen dienen. Zum gleichen Ergebnis gelangte auch Carl Brinkmann, der noch aus der Tradition der Historischen Schule kam und aufgrund eigenen Erlebens urteilen konnte: „. . . noch bei Adolph Wagner spielt die Religiosität der protestantischen Kirche, Vorbotin des modernen ‚christlichen Sozialismus', eine bedeutsame Rolle".[47]

---

[44] *Stucken,* a.a.O., S. 3. Diese Briefstelle ist ihrerseits ein beeindruckendes Zeugnis baltischen Geistes und insbesondere jenes kämpferischen Protestantismus, von dem zuvor die Rede war.

[45] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 209.

[46] Wagner war nur kurze Zeit (1882 - 85) Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, wo er zur konservativen Partei zählte, da die christlich-soziale Partei nur mit dieser zusammen einen Kandidaten durchbringen konnte.

[47] *Carl Brinkmann:* Historische Schule, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1956, S. 121.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In enger Beziehung zum politischen Protestantismus steht das sozialpolitische Engagement Wagners. Die baltische Komponente läßt sich hier in der charakteristisichen Symbiose von christlicher und staatlicher Verantwortung erkennen. Der Staat tritt dabei nicht bloß als ein für das Gemeinwesen notwendiges, mit legitimer Gewalt ausgestattetes Organ, sondern zugleich in einer patriarchalischen Rolle auf, als „Vater Staat", der eigentlich noch im Sinne eines für seine Untertanen verantwortlichen Lehensträgers erscheint; eine Vorstellung, die sich bis in die Ordenszeit zurückverfolgen läßt. Bei Wagner verdichten sich derartige, dem preußischen Staate und den Baltendeutschen gleichermaßen eigenen Grundüberzeugungen zu einer Art von „Preußentum und Sozialismus". Die sich ergebenden Konsequenzen machen Wagner zum Staatssozialisten. Einige der Stationen auf diesem Wege sind hinlänglich bekannt: Auf einer kirchlichen Versammlung hielt Wagner am 12. 10. 1871 eine später auch im Druck erschienene, Furore machende „Rede über die sociale Frage" (Berlin 1872). Bald danach und gleichzeitig mit seiner Aktivität für den Christlich-Socialen Verein betrieb Wagner, zusammen mit etlichen gesinnungsverwandten Kollegen (Brentano, Conrad, Eckardt, Ingel, Hildebrand, Knapp, Mithoff, Roscher, Schmoller) die Gründung des „Vereins für Socialpolitik"[48]. Um diese Zeit suchte und fand Wagner auch die Verbindung zu dem von ihm hoch geschätzten Bodenreformer Carl Rodbertus-Jagetzow, dessen Credo dem seinen gleichkam. Schließlich gehörte zu Wagners sozialpolitischem Engagement auch sein frühes Eintreten für die „Sicherung der Arbeiter in Fällen der Krankheit, der Invalidität, der Erwerbsunfähigkeit im Alter, der Fürsorge für Witwen und Waisen usw.", die er schon 1871 in der zuvor erwähnten berühmten Rede in der Berliner Garnisonskirche gefordert hat, lange vor der Realisierung der Sozialversicherung.

Ein drittes baltisches Element kann in einem spezifisch preußischen Patriotismus erblickt werden, der Wagner als „just a Lobhudler (I think it is called) of everything Prussian" erscheinen lassen konnte, wie Knut Wicksell im Wintersemester 1888/89 aus Berlin berichtet[49]. Dieser Patriotismus unterschied sich allerdings von dem damals in Europa üblichen, allgemeinen Nationalismus insofern, als er zugleich eine Staatsräson einschloß und ein Ehrgefühl damit verband, das auch für die Balten Gültigkeit besaß (Treue, Glaubwürdigkeit, Prinzipienstrenge, Bekennermut, Tüchtigkeit, Ehrlichkeit, Glaubensfestigkeit im protestantischen Sinne); eine Spielart, die es in Süddeutschland, woher Wagner eigentlich stammt, selten in dieser Verbindung von Nationalis-

[48] Die Initiative dürfte ursprünglich von Eckardt ausgegangen, aber von Wagner aufgegriffen worden sein. Er und Schmoller luden zu einer vorbereitenden Besprechung nach Halle ein, die am 13. 7. 1872 stattfand. Vgl. dazu Wagners Brief an Schönberg vom 23. 7. 1882 in: Adolph Wagner und die Gründung des Vereins für Socialpolitik. Zwei unveröffentlichte Briefe aus dem Jahre 1872. Von Dr. *Lothar Machtan,* erschienen in: Zeitschrift für Sozialreform, 34. Jg. (1988), S. 521.

[49] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 255.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mus mit Werten der Moral gegeben hat. Aus dem zwei Absätze zuvor zitierten Schreiben Wagners an den österreichischen Ministerialrat Tomaschek lassen sich derartige symptomatische Qualifizierungen entnehmen: „. . . einige Jahre dieser fernen Colonie unseres Volkes und unserer Cultur meine Kräfte zu widmen" – „. . . fühle ich mich wohl unter dem hiesigen tüchtigen deutschen Schlage" – „. . . einer . . . Schar jüngerer strebsamer wissenschaftlicher Kräfte, unter einer tüchtigen . . . Studentenschaft". Die ganz und gar undiplomatische Direktheit Wagners – ein ebenso baltisches wie preußisches Wesenselement – tritt nicht nur in vielen seiner Briefe hervor, sondern wird auch von seinen Kollegen hervorgehoben, so z. B. anläßlich seines 70. Geburtstages durch den Fakultätskollegen Max Sering: „Denn darin ist er hinter seiner Zeit, dem Zeitalter des Parlamentarismus, zurückgeblieben, daß der nie gelernt hat die Sprache als ein Mittel zum Verbergen der Gedanken zu verwenden. Er hat die Gewohnheit, ganz genau zu sagen, was er denkt, und jene Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, pflegt alle diejenigen höchst peinlich zu berühren, denen die Vorsicht als der Tapferkeit bessere – wenn auch nicht schönere – Hälfte erscheint." Dabei habe er „niemals anders als mit ehrlichen Waffen gekämpft", m.a.W., er habe „all' die Eigenschaften, die wir gern dem Wesen des echt deutschen Mannes vindizieren: . . . Es ist die vollendet(e) Selbstlosigkeit, Tapferkeit, Ehrlichkeit dieses Mannes, die ihm die Herzen der Alten wie der Jungen gewonnen haben."[50] Wenngleich dabei das laudierende Element einer Geburtstagsansprache unverkennbar ist, so können die Hervorhebungen doch nicht wahl- und ziellos getroffen worden sein. In dieses Bild von Wagners Charakter fügt sich auch die anfängliche Hinwendung zu Heinrich von Treitschke ein. Noch in Dorpat hatte Wagner begonnen, mit Treitschke zu korrespondieren und für die Preußischen Jahrbücher zu schreiben. Schon damals deutete sich eine politische Geistesverwandtschaft an, die gewiß auch daran mitgewirkt hat, Wagner das Tor nach Berlin zu öffnen, denn in Berlin war er Fakultätskollege von Treitschke, weil sowohl die Nationalökonomie wie die Geschichtswissenschaften zur philosophischen Fakultät gehörten. Allerdings hat sich Wagner später in Berlin mit Treitschke überworfen, wenn nicht gar verfeindet.

Eine weitere, besonders auffällig bleibende Verbundenheit mit dem Baltikum offenbart sich in der freundlichen, teilweise sogar herzlichen Beziehung, die den sonst eher kargen, introvertierten Wagner mit jenen wenigen Kollegen verband, die gleich ihm in Dorpat gewesen sind oder aus dem Baltikum kamen. Mit ihnen scheint sich jeweils sogleich Verständnis und Einvernehmen eingestellt zu haben, das offenbar aus jener Gemeinsamkeit erwuchs, die rasch verbindet, ohne langer Erklärungen und Begründungen zu bedürfen. Zu

[50] Die Zitate stammen aus einer Laudatio von *M. Sering* und *G. Schmoller:* Zum 70. Geburtstag von Adolph Wagner, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 20. Bd., Jena 1900, S. 1f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diesen Kollegen gehörte an erster Stelle Wilhelm Stieda, ein „echter" Balte, und von den schon früher erwähnten Nachfolgern auf dem Wagnerschen Lehrstuhl gehörten jedenfalls Bücher und Dietzel dazu, mit denen er meist persönliche Beziehungen pflegte, wie aus den hinterlassenen Briefen hervorgeht. In einer Reihe von belegbaren Fällen hat er sich auch für diese und andere Kollegen eingesetzt oder eine Lanze für andere „Balten" aus Dorpat gebrochen[51]. Wohl am auffälligsten in diesem Zusammenhang ist die freundschaftliche Verbindung zu dem bedeutenden Theologen und Wissenschaftspolitiker Adolf von Harnack, dessen Dorpater Herkunft jene Gemeinsamkeit begründete, die mit ihrer protestantischen, nationalen und preußisch-etatistischen Komponente eine dauerhafte, lebenslang haltende Grundlage bildete.

Wohl am meisten an Dorpat gebunden fühlte sich Wagner durch den allzu frühen Tod seiner erst 30jährigen Frau Johanna, geb. Buse, die dort im Frühjahr 1868 bestattet worden ist. Es scheint, daß Wagner nie mehr so glücklich gewesen und so tief erschüttert worden ist, wie in jenen Jahren, da er, wie er dem Bruder aus der „sich weit im Flußthal erstreckende(n) nordische(n) Stadt" schreibt, „die ich nun bald verlasse, in der ich so Schönes und so unsäglich Schweres erlebte"[52]. Der Umstand, daß Johanna Wagner aus Tilsit stammte – der Vater war dort Postdirektor – und schon durch ihre Vorfahren mit dem östlichsten, dem litauischen Preußen verwurzelt war, läßt eine wesensmäßige Nähe zum Baltischen vermuten. Auch die zweite Frau Wagners, Johanna, geb. Hahn, die er in Freiburg geheiratet hat, kam von dort, aus Memel; beide Frauen waren weitläufig miteinander verwandt[53]. Die Vermutung, daß mit beiden Frauen eine Atmosphäre in Wagners Leben und Haus eingezogen war, die dem Baltischen zugetan blieb, liegt nahe. Auch seine zweite Frau starb früh und nach nur dreijähriger Ehe (1869 - 72). Wagner heiratete danach nochmals, und das jüngste Kind aus dieser Ehe, die spätere Frau Frieda Thausing, konnte einen wesentlichen Teil der Briefe zur Verfügung stellen, die in dem von Heinrich Rubner verdienstvollerweise herausgegebenen Briefband die meisten der Angaben und Einsichten ermöglicht haben, über die in den vorausgegangenen Abschnitten berichtet worden ist.

---

[51] In auffallender Weise empfiehlt Wagner z. B. den Dorpater Historiker Carl Schirren für eine Heidelberger Professur. Vgl. Brief vom 23. 11. 1873 an Eduard Winkelmann. Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 127. Auch für Winkelmann, ebenfalls Historiker, hatte sich Wagner in einer Berufungsangelegenheit engagiert, vgl. op. cit., Brief vom 1. 1. 1869.

[52] Quelle: *Rubner,* a.a.O., S. 65.

[53] Auch diese Fakten verdanke ich den freundlichen Hinweisen meines Kollegen *Christian Scheer,* Hamburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

V. K. Dmitriev: Ein russischer Neoricardianer

Von *Bertram Schefold,* Frankfurt am Main

Einleitung[1]

Die Öffnung Osteuropas für Demokratie und Marktwirtschaft verspricht Europa nicht nur eine neue Zukunft, sondern auch eine Bereicherung der Vergangenheit. Das durch die ideologische Festlegung geminderte intellektuelle Niveau ließ im Osten nur wenige Wirtschaftswissenschaftler erstehen – besonders im Bereich der mathematischen Ökonomie –, die auch im Westen Anerkennung finden konnten. Eine bessere Theoriegeschichte wurde verdeckt, weil die sowjetischen Autoren sie einseitig rezipierten. Gerschenkrons Rezension zu Werken russischer Dogmenhistoriker[2] zeigt, wie die Autoren gehalten waren, zugleich im russisch-nationalen Sinn die Verdienste vorrevolutionärer russischer Ökonomen zu loben – bis zur absurden, natürlich unbelegten Behauptung, englische Nationalökonomen der 1820er Jahre hätten sich im Vergleich zu den Russen im Rückstand gefühlt – während andererseits dieselben Autoren als bürgerlich beschränkt zu kritisieren waren, so daß die theoretischen Inhalte gar nicht zur Diskussion kamen.

Nun erschließt sich im Rückblick eine wissenschaftliche Landschaft, in der vieles zu entdecken bleibt, mit noch wenig bekannten Verbindungen zwischen Ost- und Mitteleuropa. So ist in Salins erstem Aufsatz über die ökonomische Theorie im zwanzigsten Jahrhundert[3] nur ein einziges Lehrbuch als bemerkenswert genannt, das neben innovativen Beiträgen wie denen von Schumpeter und Amonn Erwähnung finden darf, weil es, „obwohl von einem Russen geschrieben, im wesentlichen auf dem Boden der deutschen Theorie eine haltbare und gründliche Einführung bietet". Wenngleich „er seiner eigenen Absicht nach sich von theoretischer Erneuerung fernhält"[4], gewährt Gelesnoff

---

[1] Den Mitgliedern des Ausschusses danke ich für die kritische und hilfreiche Diskussion meines Referats. Besonders danke ich *Heinz Kurz,* der mir auch schriftlich wertvolle Hinweise zukommen ließ.

[2] *A. Gerschenkron:* Continuity in History and Other Essays, Cambridge (Mass.) 1968, p. 463.

[3] *Edgar Salin:* Die deutsche volkswirtschaftliche Theorie im 20sten Jahrhundert, in Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 57. Jahrg., 1921, S. 87 - 117.

[4] *Salin,* a.a.O., S. 91, zu *W. Gelesnoff:* Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, übers. von *E. Altschul,* Leipzig-Berlin 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einen in deutschen Lehrbüchern fehlenden Überblick. Bei Gelesnoff dominiert der marxistische Standpunkt, doch auch die historische Schule und die Grenznutzenlehre finden sich berücksichtigt.

Ein weit bedeutenderer Autor, der aber in Ost und West jahrzehntelang fast völlig vergessen blieb, war der mathematische Ökonom V. K. Dmitriev, der im Westen erst in den sechziger Jahren durch eine französische und eine englische Übersetzung bekannt wurde.[5] Den früheren Autoren der mathematischen Ökonomie ist ja wiederholt das Schicksal widerfahren, in ihrer Bedeutung als Vorläufer erst nach Jahrzehnten erkannt worden zu sein: Cournot, Launhardt und viele andere könnten hier genannt werden. Dmitriev, der von der historischen Schule sehr wenig übernimmt und ihr kritisch ein naturwissenschaftlich orientiertes Methodenverständnis entgegensetzt, verbindet klassische und neoklassische Elemente auf ricardianischer Basis. Als die englische Übersetzung erschien, fesselte sie die Aufmerksamkeit Samuelsons, der das Buch im Journal of Economic Literature rezensierte.[6]

Samuelson beginnt die Besprechung mit den für ihn aktuellen Bezügen. Der Name Dmitriev ist ihm nur bekannt, weil Bortkiewicz in seiner Behandlung des Transformationsproblems 1907 auf das außergewöhnliche Talent von Dmitriev hingewiesen hatte. Nun, da die Übersetzung des Werks von Dmitriev vorliege, könne man verstehen, weshalb die nachstalinistischen mathematischen Ökonomen der Sowjetunion stolz seit 1959 auf diesen ihren Vorfahren verwiesen hätten. Am Ende der Rezension hält es Samuelson für wert hervorzuheben, welche Strömungen bei Dmitriev sichtbar werden: „Reading Dmitriev's book helps give one an impression of just which authors were well-known in turn-of-the-century-Russia. English writers, to say nothing of American, play a much smaller role in Dmitriev's thinking than do, say, Italian writers. German, Austrian, and French economists bulk large, even though Dmitriev tends to be a bit hard on the Austrians."[7] Diese, durch Dmitrievs zahlreiche Zitate leicht als zutreffend zu belegende Äußerung Samuelsons mag rechtfertigen, daß Dmitriev an unserer Tagung über die deutsch-russische ökonomische Schule am Rande mitbehandelt wird.

Inhaltlich wird dies dadurch gerechtfertigt, daß für den Theoretiker Dmitriev um die Jahrhundertwende die Auseinandersetzung mit Cournot und dem Marginalismus nicht zum Bruch mit der ricardianischen Tradition der Verteilungstheorie, aber zu einer wesentlichen Modifikation der klassischen Werttheorie führt. Hierin ist er den von Heinz Kurz in seinem Aufsatz über „Die

[5] *V. K. Dmitriev:* Essays économiques. Esquisse de synthèse organique de la théorie de la valeur-travail et de l'utilité marginale, Présentation par *Alfred Zaubermann,* Postface par *Henri Denis,* Paris 1968; *derselbe:* Economic Essays on Value Competition and Utility, ed. by *D. M. Nuti,* Cambridge 1974.

[6] *Paul A. Samuelson:* Review of Economic Essays . . . , in Journal of Economic Literature, Bd. 13, 1975, no. 2, S. 491 - 495.

[7] *Samuelson,* a.a.O., S. 464 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutsche theoretische Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen Klassik und Neoklassik"[8] behandelten deutschen Autoren zu vergleichen, welche die von der historischen Schule verdeckte, aber nicht völlig erdrückte klassische Tradition in dieses Jahrhundert fortsetzten, indem sie eklektisch Elemente des Marginalismus und von Marx aufnahmen, ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben und zu einer der beiden Seiten überzugehen. Man könnte etwa die durch ein direktes Lehrer-Schüler-Verhältnis charakterisierte Linie von Wagner zu Oppenheimer und weiter zu Löwe (Lowe) nennen, die sich durch unmittelbar anzuknüpfende Vor- und Nachfahren in die Vergangenheit und Gegenwart verlängern ließe. Kurz erwähnt insbesondere den originellen russischen Ökonomen Charasoff, der von der Marxschen Werttheorie ausging, aber die Arbeitswertlehre über Bord warf.[9] Über die breite Strömung russischer Nationalökonomen, die klassisches Denken selektiv fortsetzten, gibt die deutsche Untersuchung der russischen Schule von Seraphim[10] Auskunft.

Dmitriev selbst tritt dem Eindruck entgegen, die großen Zäsuren der Dogmengeschichte, also die Einführung neuer Systeme wie der Neoklassik, seien dank analytischer Entdeckungen oder infolge von durch äußere Ursachen hervorgerufenen Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens unvorbereitet eingetreten. Bei genauerem Zusehen entdecke man nämlich eine Vielzahl von Vorläufern, wie etwa die zahlreichen, zur Nutzentheorie neigenden Autoren im frühen 19ten und dem 18ten Jahrhundert, deren Vorgänger sich wiederum bis in die Antike zurückverfolgen ließen. Dmitriev verweist insbesondere auf Bernoulli und Galiani. Dmitriev führt den Nutzenbegriff ein, zieht ihn aber nur zur Formalisierung der Konsumgüterwahl heran, während er die Verteilung klassisch bestimmt sein läßt. Ferner ist er in seiner Beschreibung von Wettbewerbsprozessen klassisch orientiert, so daß seine Vorwegnahme der Sraffaschen Gleichungen in allerdings vereinfachter, teilweise fehlerhafter Form nicht nur als oberflächliche Verwandtschaft gedeutet werden kann. Ebenso gibt es in der Zeit um den ersten Weltkrieg neben „bewußten" Vertretern wie Bortkiewicz Autoren wie Remak und John von Neumann, die mit einzelnen Modellen zur Entwicklung der Klassik beigetragen haben, ohne dabei ausdrücklich eine Verbindung mit ihr zum Ausdruck zu bringen.[11]

---

[8] *Heinz Kurz:* Die deutsche theoretische Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen Klassik und Neoklassik, in Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, hrsg. v. *B. Schefold,* Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 115/VIII, Berlin 1989.

[9] Vgl. hierzu *M. Egidi* und *G. Gilibert:* La teoria oggettiva dei prezzi, in Economia Politica, Bd. 1 (1984), S. 43 - 61.

[10] *H. J. Seraphim:* Neuere russische Wert- und Kapitalzinstheorien, Berlin, Leipzig 1925.

[11] Wie weit von Neumann der Klassik zuzurechnen sei, ist eine heute umstrittene Frage. Für mich gilt noch immer, daß sich eine formale Äquivalenz der klassischen Modelle und derjenigen vom von Neumann-Typ beweisen läßt, aber konzeptionelle

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Besonderes Interesse verdienen Dmitrievs Betrachtungen zur Konkurrenz. Diese wird als Kapitalbewegung im Zuge des Profitratenausgleichs, nicht als Mengenanpassung bei gegebenen Preisen verstanden. Firmen planen nicht nur Überkapazitäten, um sich auf konjunkturelle oder langfristige Absatzerweiterungen einzustellen, sondern auch, um im Falle eines Preiskampfs einen größeren Marktanteil erobern zu können. Unter ruhigen Bedingungen wird der Markt geteilt. Der Abstand zur Neoklassik wird hier auch darin deutlich, daß Dmitriev die Bedeutung steigender Erträge betont, die in seinem System Platz finden. Andererseits wird die Nachfragekurve, die er wie Cournot zuerst zur Behandlung unvollkommener Konkurrenz einführt, nicht mit der Verteilungstheorie in Zusammenhang gebracht. Sein Konkurrenzbegriff impliziert bei fallenden Kosten keine unendliche Produktionsausweitung, wie dies in der marshallianischen Theorie der vollkommenen Konkurrenz der Fall ist, solange sich die Kostendegression nicht auf den Ausnahmefall externer, aber industrieinterner Erträge zurückführen läßt.[12]

Obwohl die Übersetzungen von Dmitrievs Werk ein gewisses Aufsehen erregten, gibt es nur eine umfassende Auseinandersetzung mit seinem Werk, die das Problem seiner dogmenhistorischen Einordnung in den Mittelpunkt stellt.[13] Die drei Aufsätze in Dmitrievs Buch über die Werttheorie Ricardos, die Wettbewerbstheorie Cournots und die Theorie des Grenznutzens scheinen übrigens alle selbst dogmenhistorisch orientiert, gehen aber in systematischer Absicht weit über Dogmengeschichte hinaus. Den ersten habe ich im Sammelband über „Ökonomische Klassik im Umbruch" in deutscher Übersetzung veröffentlicht, aber nicht kommentiert.[14] Es ist hier meine Absicht, dies nachzuholen. Dmitrievs Fortentwicklung von Cournots Wettbewerbstheorie und seine Bewertung der Grenznutzenschule kann ich nur am Rande behandeln; der Leser sei dazu auf das Original und das Werk von Skourtos verwiesen.[15]

Unterschiede bestehen (vgl. *B. Schefold:* Von Neumann and Sraffa: Mathematical Equivalence and Conceptual Difference, in The Economic Journal, vol. 90, 1980, S. 140 - 156).

[12] Vgl. *P. Sraffa:* Sulle relazioni fra costo e quantità prodotta, in Annali di Economia II, 1925, S. 277 - 328; übersetzt in „Ökonomische Klassik im Umbruch. Theoretische Aufsätze von David Ricardo, Alfred Marshall, Vladimir K. Dmitriev und Piero Sraffa", hrsg. v. *B. Schefold,* Frankfurt a.M. 1986, S. 277 - 328.

[13] *Michalis Skourtos:* Der „Neoricardianismus". V. K. Dmitriev und die Kontinuität in der klassischen Tradition. Pfaffenweiler 1985.

[14] *Schefold* (1986), a.a.O. Die Übersetzung stammt von *Michalis Skourtos* und *Brigitte Preißl;* sie beruht auf der französischen und der englischen Ausgabe.

[15] Das sehr interessante und von mir sehr geschätzte Werk meines Schülers *Skourtos* erschöpft den Gegenstand nicht, da beispielsweise eine moderne Formalisierung der Wettbewerbstheorie von Dmitriev noch aussteht; insofern steht meine behauptete Interpretation unter einem Vorbehalt. Auf Einzelverweise zur Interpretation von *Skourtos* sowie zur nützlichen Einleitung *Nutis* in der englischsprachigen Dmitriev-Ausgabe muß ich verzichten. Der vorliegende Aufsatz verdankt ihnen wesentliche Anregungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Intellektueller Hintergrund und Lebenslauf

Der alte Palgrave enthält eine ausführliche Darstellung der „Russian School of Political Economy".[16] Die gerade vor der Jahrhundertwende erschienene Übersicht betont die besonders direkte Abhängigkeit des ökonomischen Denkens im zaristischen Rußland von den Wechselfällen der politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung. Die Existenz einer russisch-deutschen Schule, wie von Roscher postuliert,[17] wird von Seraphim in diesem Zusammenhang bestritten, weil die Deutschen in Rußland (Schlözer, Jakob, v. Storch) ganz verschiedenen Richtungen angehörten.[18] In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach der Abschaffung der Leibeigenschaft von 1861, entstehen parallel eine Literatur über den Liberalismus, aber auch eine über die Verbindung panslavischen Gedankenguts mit Ökonomie und dem beginnenden „wissenschaftlichen Sozialismus". In der angewandten Ökonomie werden Arbeiten über Arbeiterfragen und Landwirtschaftsreformen hervorgehoben. Es heißt, die russische marxistische Schule glaube, Rußland werde den westlichen Weg des Kapitalismus durchleben müssen, aber über seine Entwicklungsbedingungen sei, namentlich was die Arbeiterklasse betrifft, eigentlich wenig bekannt.

Diesem Bild entsprechen auch spätere, von der Erfahrung der Revolution beeinflußte historische Darstellungen. Vom Entstehen einer reinen, mathematischen Theorie spricht der Palgrave nicht. In der Tat ist sie von Dmitriev für Rußland erst begründet worden, wie man aus einer Rede von Shaposhnikov aus dem Jahre 1914 erfährt, der damals, dem Bericht von Quadrio-Curzio und Scazzieri zufolge, als Vertreter einer nun entstandenen russischen Schule der mathematischen Ökonomie auftrat. Die Rede wurde zum Gedächtnis an Dmitriev gehalten.[19] Sie enthält die Biographie, auf die sich auch Nuti stützt.

Danach ist Vladimir Karpovich Dmitriev am 2. November 1868 in der Provinz von Smolensk geboren. Nach dem Gymnasium habe er die Universität von Moskau besucht und sich zuerst in der medizinischen Fakultät, später in der juristischen eingeschrieben. Seine ersten Arbeiten zur Werttheorie entstammten bereits diesen Universitätsjahren. Im Anschluß an sein Studium heiratete er und begab sich in die Kleinstadt Von'kovzi, in der Provinz Podolsk, wo er die erste Stelle ergriff, die angeboten wurde, nämlich die eines Steuerinspektors. Drei Jahre danach wurde er gezwungen, diese Arbeit wegen der schweren Tuberkulose aufzugeben, die schließlich 1913 zu seinem Tod führte.

---

[16] Dictionary of Political Economy, ed. by *R. H. I. Palgrave,* London 1899, vol. III.

[17] *W. Roscher:* Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland, München und Berlin 1924², 30. Kapitel (S. 790 ff.)

[18] *Seraphim,* a.a.O., S. 16.

[19] Vgl. Protagonisti del pensiero economico. Vol. II, in Traduzione e rivoluzione in economia politica (1890 - 1936), a cura di *Alberto Quadrio-Curzio* e *Roberto Scazzieri,* Bologna 1977, S. 163 - 173.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sein Leben lang hatte er mit persönlichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch in seiner wissenschaftlichen Produktion stieß er auf Schwierigkeiten, indem er während Jahren keinen Herausgeber für seine Bücher fand. (Außer dem Buch mit den ökonomischen Aufsätzen verfaßte er eines über das Problem des Alkoholismus in Rußland; ferner verzeichnet der Aufsatz von Shaposhnikov eine Reihe kleinerer Publikationen von Dmitriev, die auch bei Nuti aufgeführt sind.)

Dmitrievs Werk fand ein Echo bei Bortkiewicz; er wurde dann bis kurz nach der Revolution häufig von russischen Ökonomen zitiert. Danach verschwand sein Name, bis das Akademiemitglied Nemchinov ihn 1959 der öffentlichen Vergessenheit entriß.[20] Nach Nuti besaß Sraffa das – von Mikrofilmen abgesehen – einzige in den Westen gelangte Exemplar von Dmitrievs Buch.[21]

Dmitrievs ricardianische Analyse

In dem Aufsatz „David Ricardos Werttheorie – Versuch einer strengen Analyse" setzt Dmitriev mit der Produktionskostentheorie ein, die sich den Vorwurf zugezogen habe, zirkulär zu sein, indem sie Preise durch Preise bestimme, also Unbekannte durch andere Unbekannte. Unter der Bedingung aber, daß die Produktionstechniken in der Herstellung derselben Ware für alle Produzenten dieselben sind und daß überdies konstante Erträge herrschen, lassen sich die Preise wie folgt schreiben:

$$\begin{aligned} X_A = {} & (n_A\, aX_a + n_1\, aX_a + \ldots + n_m\, aX_a) + \\ & (y_A + y_1 + y_2 + \ldots + y_m)\,. \end{aligned} \tag{1}$$

Hier soll X_A den Preis des Produktes A bedeuten, und $n_A, n_1, n_2, \ldots, n_m$ sind die Zahlen der Arbeitstage, die in der Produktion im Kornsektor bzw. in vorgelagerten Prozessen aufgewendet werden; a ist die Produktmenge, z.B. Korn, die von einem Arbeiter in einem Tag verzehrt wird, also der Reallohn, und $y_A, y_1, y_2, \ldots, y_m$ sind die Gewinne, die im Preis des Produktes A eingeschlossen sind, und die im Kornsektor bzw. in den vorgelagerten Prozessen entstehen.

Dmitrievs umständliche Notation verwirrt durch einige Inkonsequenzen. Wie bei Ricardo ist die Rente ausgeschlossen worden. Entscheidend ist, daß er hier schon an direkte und indirekte Produktion denkt. Auf verschiedenen Produktionsstufen werden Materialien zur Produktion der Ware hergestellt, die schließlich in Verbindung mit direkter Arbeit die Ware selbst hervorzu-

[20] *Nuti,* Introduction, a.a.O., S. 31.

[21] *Nuti,* a.a.O., S. 30. Die äußerst spärlichen Literaturangaben in *Sraffas* „Production of Commodities by Means of Commodities" (Cambridge 1960) enthalten, wie *Nuti* ärgerlich bemerkte, keinen Hinweis auf Dmitriev.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bringen erlauben. Entsprechend entstehen dafür die Gewinne auf verschiedenen Stufen. Durch Aggregation der Arbeitstage und Gewinne wird aus Formel (1) der zusammengefaßte Ausdruck

$$X_a = N_A\, aX_a + Y_A\,, \tag{2}$$

in dem N_A die Menge der Arbeit, die direkt und *indirekt* aufgewandt wurde, bedeutet und Y_A die Profitsumme. Danach wird der Gesamtpreis des Produkts – in Abwesenheit der Rente – aus nur zwei Bestandteilen zusammengesetzt gedacht: den Löhnen und den Gewinnen. Wiederholt sei die Möglichkeit solcher Zusammenfassung bestritten worden, namentlich von Marx gegen Smith.[22] Wenn man bei der Reduktion des Preises auf die Kosten sukzessive die Kosten von Vorprodukten in zugehörige Arbeitskosten, Gewinne und weiter zurückliegende Vorprodukte höherer Stufe auflöst, gelangt man in der Tat in einen unendlichen Regreß. Die Österreicher hätten nach Dmitriev auch eingewandt, es sei unmöglich, den Regreß als historischen durchzuführen: bis zu dem Zeitpunkt, als das erste Kapital mit Arbeit allein geschaffen wurde. Aber, entgegnet Dmitriev zu Recht, es kommt auf die Erfassung der modernen, d.h. der jeweils aktuell verwendeten Produktionsmethoden an, und diese können durch ein interdependentes System von Gleichungen beschrieben werden. Wenn dieses gelöst werden kann, ist der Regreß überwunden. Wir werden also mit Dmitriev zu prüfen haben, ob sich die Komponententheorie so bestätigen läßt. Wir werden sehen, daß dazu eine Formel existiert, die aber den Marxschen Einwand gegen Smith in gewissem Sinn rechtfertigt.

Dmitriev stellt sich dazu vor, es seien verschiedene Kapitalgüter K_1, K_2, ..., K_m in der Produktion beschäftigt. Ferner sei angenommen, es seien die Arbeitsmengen $N_1, N_2, \ldots$, zur Produktion von $K_1, K_2, \ldots$, notwendig, und in der Produktion der Ware A wurden die Bruchteile $1/m_1$, $1/m_2$, ..., der Kapitalgüter verbraucht. Dann kann man als insgesamt für die Produktion der Ware A aufgewendete Arbeitsmenge die Größe

$$N_A = n_A + N_1/m_1 + N_2/m_2 + \ldots + N_M/m_M \tag{3}$$

ansehen. Dmitriev formuliert diese Gleichungen für verschiedene Produktionssektoren, zählt sie und stellt fest, daß „we can always find the total sum of the labour directly and indirectly expended on the production of any product under present-day production conditions".[23]

---

[22] *Dmitriev:* Economic Essays, a.a.O., S. 43. Die *Marxsche* Kritik an der „Komponententheorie" von Smith findet sich im zweiten Band des Kapital von 1885 (MEW, Bd. 24, Berlin 1969, S. 432), außerdem im später erschienenen ersten Band der Theorien über den Mehrwert; *Dmitriev* allerdings bezieht sich hier auf die Erstausgabe von Band I des Kapital von 1867, was vermutlich ein Fehlzitat ist.

[23] *Dmitriev,* a.a.O. S. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dmitriev macht nun die wichtige Bemerkung, daß nicht alle Produktionssektoren hier dieselbe Rolle spielen, weil, in moderner Sprechweise, es bei der Berechnung der Arbeitswerte der Basiswaren nur auf das Basissystem ankommt. Für Spezialfälle nimmt Dmitriev explizit die Elimination der Unbekannten vor, um die Berechenbarkeit konkret vor Augen zu führen.

Damit ist die Größe N_A für die direkte und indirekte Arbeit bestimmt, die in der Gleichung (2) auftaucht. Entscheidend ist sodann, wie die Höhe der Gewinne in Gleichung (2) gefunden werden kann. Da sie der Kapitalmenge und der verstrichenen Zeit[24] proportional sind, ergänzt sich die Formel (2) im speziellen Fall, in dem die Kosten auf Arbeit reduziert und T Zeitperioden seit der einmaligen Verausgabung von N_A Arbeitstagen vergangen sind, durch

$$Y_A = N_A \, aX_a \, [(1 + r)^T - 1] \tag{4}$$

so daß sich der Gesamtgewinn, gegeben die Profitrate r, berechnen läßt.

Dmitriev spricht sich gegen die Hypothese einer uniformen Profitrate aus, weil in seiner Wettbewerbstheorie Eintrittsschranken existieren. Aber bevor er diese Komplikation diskutiert, läßt er die klassische Voraussetzung stehen: „The most important point in Ricardo's theory is undoubtedly his theory of the conditions defining the ‚average' profit rate."[25] Er führt dann eine Reduktion auf datierte Arbeitsmengen durch, nach der Art der Österreicher Güter verschieden hoher Ordnung unterscheidend, um auf diese Weise die Zeitpunkte, zu denen die Kapitalgüter jeweils aufgewendet werden, zum Ausdruck zu bringen.

Durch die Berücksichtigung von Arbeitsinputs zu verschiedenen Zeitpunkten wird Formel (4) verallgemeinert. Dabei vermag Dmitriev allerdings nicht, an dieser Stelle den in Basissystemen auftretenden unendlichen Regreß zu formalisieren und bricht – eigentlich unbegründet – nach endlich vielen Zeitschritten ab; wir wollen hier vermeiden, die in seiner Notation komplexen Formeln zu notieren. Statt dessen wollen wir in zwei knappen Exkursen einerseits das Vorgehen Dmitrievs in moderner Terminologie vor dem Hintergrund der Tradition korrekt darstellen, andererseits auf einen ganz unbekannten Vorgänger verweisen.

1. Exkurs: Wenn wir von den Sraffa-Gleichungen (A Input-Outputmatrix, r Profit-, w Lohnrate, l Arbeits-, p Preisvektor)

$$p = (1 + r) \, Ap + wl \tag{5}$$

ausgehen, erhält man mit der Umformung

[24] *Dmitriev,* a.a.O., S. 46.
[25] *Dmitriev,* a.a.O., S. 50.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

$$p = w\,(I - (1 + r)A)^{-1}\,l \tag{6}$$

in unzerlegbaren produktiven Systemen sofort die für jede zwischen 0 und einer maximalen R liegende Profitrate r zulässige Reduktion auf datierte Arbeitsinputs

$$p/w = l + (1 + r)\,Al + (1 + r)^2 A^2 l + \ldots, \tag{7}$$

wobei man mit etwas Nachdenken den Term $(1 + r)^t A^t l$ als die vor t Jahren aufgewendete, in die diesjährige Produktion eingehende indirekte Arbeit interpretieren kann. In Dmitrievs Formel (4) sind alle diese Terme außer für $t = T$ vereinfacht gleich Null gesetzt. Er verallgemeinert, indem er dann endlich viele positive Terme zuläßt, aber ahnt, daß er eigentlich die Konvergenz einer unendlichen Summe wie in (7) untersuchen müßte.

Heute ist von der Reihe (7) für die Preise in kommandierter Arbeit p/w bekannt, daß sie nicht mehr konvergiert, wenn R von r erreicht oder überschritten wird. Man kann (7) durch sukzessives Einsetzen von (5) in sich selbst erhalten:

$$\begin{aligned} p/w &= l + (1 + r)\,Ap/w = l + (1 + r)\,\mathrm{A}\,[l + (1 + r)\,Ap/w] \\ &= l + (1 + r)\,Al + (1 + r)^2 A^2\,p/w + \ldots \\ &= l + (1 + r)\,Al + \ldots + (1 + r)^{T-1}\,A^{T-1}\,l + (1 + r)^T\,A^T\,p/w\,. \end{aligned} \tag{7'}$$

Man erkennt, wie bei jeder endlichen Approximation ein noch nicht in Arbeit aufgelöster Kapitalterm $A^T p/w$ übrig bleibt. Sraffa hat deshalb aus der bei Marx vorzufindenden Erkenntnis, daß bei der Reduktion auf datierte Arbeitsmengen stets konstantes Kapital übrig bleibt, geschlossen – indem er Marx mit der Formel (7) interpretierte –, daß dieser eine Vorstellung von einer endlichen maximalen Profitrate gehabt haben müsse.[26] Denn wenn die Expansion in (7) nach endlich vielen Schritten abbräche – was in einem Basissystem gar nicht möglich ist –, könnte die Profitrate – wenn man nur diese Formel isoliert betrachtet – beliebig groß werden.[27] Der Ausdruck

$$p/w = l + (1 + r)\,Al + \ldots + (1 + r)^{T-1} A^{T-1}\,l$$

[26] *K. Marx:* Theorien über den Mehrwert, MEW, Bd. 26.1, S. 70, schreibt, indem er die Smith'sche Auflösung des Preises in die Einkommenskomponenten am Beispiel des Korns im Auge hat: „Wenn also A. Smith von dem Pächter zugibt, daß in den Preis seines blé außer dem von ihm sich und andren gezahlten Salair, Profit und Rente auch noch ein vierter und von diesen verschiedner Bestandteil eingeht, der Wert des von ihm aufgenutzten capital constant, wie Pferde, Ackergeräte, etc., so gilt das aber auch von dem Pferdezüchter und dem Fabrikanten der Ackergeräte, und es nützt nichts, daß uns Smith von Pontius zu Pilatus schickt." (Von der Rente haben wir hier abgesehen.)

[27] Vgl. *P. Sraffa:* Production of Commodities by Means of Commodities, Cambridge 1960, App. D 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

läßt beliebig große r zu, wenn nicht rechts noch ein Term $(1 + r)^T A^T p/w$ wie in (7′) hinzutritt, der dem übrig bleibenden „konstanten Kapital" im Regress nach Marx entspricht. Wenn die Reihe aber unendlich viele positive Terme enthält, konvergiert sie nur, wenn r beschränkt bleibt.

Nach Sraffas Interpretation meinte Marx deshalb auch, ohne einen durch Formeln gesicherten Beweis vorzulegen, der Warenpreis lasse sich nicht als Summe von Löhnen und Gewinnen darstellen. Hier ist nicht der Ort, um die Richtigkeit von Sraffas Marx-Interpretation näher zu überprüfen. Wir führen sie nur an, um die historische Perspektive anzudeuten, in der Dmitrievs und Sraffas Formeln interpretiert werden müssen. Eine Formel „Preis = Lohn + Profit" scheint zu suggerieren, es sei möglich, die Gewinne und die Profitrate dank steigender Preise (und Marx dachte stets an in einem festen numéraire, Gold, ausgedrückte reale Preise) beliebig zu steigern.

Infolge des Surplusprinzips gibt es in der Tat bei gegebenen Produktionsmethoden im Basissystem keine reale Steigerung der Gewinne ohne Senkung der Löhne, damit gibt es auch nur eine endliche maximale Profitrate. Dennoch ist es möglich, wenigstens formal die Preise als Summe von Löhnen und Gewinnen darzustellen, wenn wir nur eine andere Umformung des Preissystems wählen. Statt (5) schreiben wir

$$(I - A)\, p = r\, Ap + wl \tag{8}$$

oder

$$p = r\,(I - A)^{-1}\, Ap + w\,(I - A)^{-1} l\,. \tag{9}$$

In der Gleichung (9)[28] können wir den Ausdruck $(I - A)^{-1} l$ bekanntlich als Vektor der Arbeitswerte deuten, so daß $w(I - A)^{-1} l$ tatsächlich als Lohn für direkte und indirekte Arbeit angesehen werden kann. Anders als in Gleichung (7) sind die Löhne hier aber nicht mit einem Aufzinsfaktor, dessen Potenz den Zahlungszeitpunkt angibt, multipliziert. Andererseits kann die Matrix $(I - A)^{-1} A$ als System der (netto) integrierten Industrien interpretiert werden: Es sei dazu e_i der i-te Einheitsvektor. Dann ist der Zeilenvektor $q_i = e_i(I - A)^{-1}$ der Vektor der Produktionsniveaus, der zum i-ten Subsystem gehört. Im i-ten Subsystem wird von der Ware i netto eine Einheit produziert, während von allen anderen Waren nur der dazu indirekt notwendige Bruttooutput hergestellt wird, so daß netto von den anderen Waren nichts produziert wird. Mit dieser Deutung des Vektors q_i ist $q_i A = e_i(I - A)^{-1} A$ offenbar die

[28] Vgl. *L. L. Pasinetti:* Vertical Integration and Economic Analysis, in *L. L. Pasinetti,* Essays on the Theory of Joint Production, London 1980, S. 22. Die Transformation, die zum integrierten System führt, hatte ich in meiner Dissertation von 1971 im Zusammenhang mit der Expansion des Preisvektors schon vorgenommen; vgl. auch *B. Schefold:* Mr Sraffa on Joint Production and Other Essays, London 1989, S. 56 - 57, S. 60, S. 82. Dort werden Subsysteme, Bruttointegrierte und Nettointegrierte Systeme unterschieden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Summe der Inputs jeder Ware im Subsystem i, das den Netto-Output e_i erzeugt. Also kann mit dem im Subsystem notwendigen Kapitalgütervektor $h_i = q_i A$, wenn $u = (I - A)^{-1} l$ der Vektor der Arbeitswerte ist, Gleichung (9) zeilenweise auch als

$$p_i = rh_i p + wu_i \tag{10}$$

geschrieben werden.

Die Formel (9), in welcher der Preisvektor auf beiden Seiten des Gleichheitszeichens erscheint, läßt erkennen, daß trotz der Darstellung der Preise als Summe von Löhnen und Gewinnen in einem integrierten System die Profitrate ein Maximum nicht wird übersteigen können, so daß das Surplus-Prinzip in dieser Formulierung bewahrt bleibt, während die ursprüngliche, Smith näher stehende Formulierung (2) noch nicht erkennen läßt, daß Löhne und Gewinne sich bei gegebenen Produktionsmethoden gegenläufig bewegen müssen – und diese in unserer Analyse nach (9) also ungerechtfertigte Interpretation von Smith war es gewesen, die Marx gegen die Komponententheorie auftreten ließ. Man kann auch sagen, daß die Profitrate in Gleichung (9) deswegen nicht beliebig steigen kann, weil der Gewinn zwar proportional zum Kapital im integrierten System mit den Kapitalbeständen $(I - A)^{-1} Ap$ erscheint, aber die Preise in kommandierter Arbeit p/w mit r rascher wachsen, so daß sie bei einer *endlichen* Profitrate $r = R$ (Sraffas „maximaler Rate") gegen Unendlich divergieren. Werden andererseits Preise in einem numéraire ausgedrückt, etwa in der Standardware Sraffas, fällt die Lohnrate in (9) in diesem Standard bei $r = R$ auf Null. – Wir werden gleich sehen, wie Dmitriev das Surplus-Prinzip entwickelt.

2. *Exkurs:* Doch zuerst möchte ich mich mit dem unbekannten Vorläufer befassen. Unser in Dmitrievs Buch von 1904 abgedruckter Aufsatz war zuerst 1898 erschienen;[29] schon 1895 aber erschien von Wolfgang Mühlpfordt ein Aufsatz in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik über „Karl Marx und die Durchschnittsprofitrate".[30] Offenkundig bewegen wir uns mit

[29] Vgl. *Nuti,* a.a.O., S. 29.

[30] Dritte Folge, zehnter Band, Jena, S. 92 ff. Zitiert nach *Friedrun Quaas:* Das Transformationsproblem. Ein theoriehistorischer Beitrag zur Analyse der Quellen und Resultate seiner Diskussion, Dissertation A, Universität Leipzig, 1991. Ferner, die wesentlichen Gesichtspunkte enthaltend: *F. Quaas:* Wolfgang Mühlpfordt – ein Vorgänger von Bortkiewicz? Zu den theoretischen Quellen des sogenannten Transformationsproblems, in Jahrbuch f. Nationalök. u. Stat., Bd. 208/5, 1991, S. 493 - 504.

Quaas entging, daß kurz zuvor auf Mühlpfordt schon hingewiesen worden war (*M. C. Howard, J. E. King:* Professor von Bortkiewicz and the Transformation Problem, in Cambridge Journal of Economics, vol. 11, 1987, no. 3, S. 265 - 268). Über die Bedeutung Mühlpfordts ist im Cambridge Journal of Economics, 1991, Nr. 3, eine kurze Debatte zwischen *G. Gilibert* und *Howard* und *King* entbrannt, die aber nicht alle Gesichtspunkte des Beitrags von *F. Quaas* berücksichtigt, den sie wiederum nicht kennen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dmitrievs Fragestellungen auf dem Boden der Bestimmung der Preise im langfristigen Gleichgewicht bei uniformer Profitrate und bei gegebener Produktionstechnik. Marx wollte diese Preise durch Transformation aus Arbeitswerten erhalten, und Engels hat bekanntlich vor der Publikation des dritten Bands von „Das Kapital" die mit der Publikation des ersten Bands gestellte Aufgabe der Transformation sozusagen als Preisrätsel an die Öffentlichkeit weitergegeben. Friedrun Quaas hat in einer die Geschichte des Transformationsproblems behandelnden Dissertation die Engelssche Interpretation – also die Orthodoxie – schon zwei Jahre vor der Wiedervereinigung mutig in Frage gestellt und dabei gefunden, daß dieser „Dr. Mühlpfordt", sogar vor Erscheinen des von Engels besorgten dritten Bandes, eine Lösung veröffentlicht hatte, die Bortkiewicz und damit erst recht Dmitriev im wesentlichen enthält.[31]

Mühlpfordt entwickelt nach Quaas[32] ein System von Gleichungen

$$\begin{aligned} x_0 a_1 x_1 &= q_{11} a_1 x_1 + \ldots + q_{1n} a_n x_n \\ &\ldots \\ x_0 a_n x_n &= q_{n1} a_1 x_1 + \ldots + q_{nn} a_n x_n \,, \end{aligned} \tag{11}$$

wobei die q_{ij} hier die Inputs darstellen. Die $x_1, \ldots, x_n$ sind Koeffizienten, welche die vorher schon in einem System simultaner Gleichungen zu berechnenden Arbeitswerte, hier $a_1, \ldots, a_n$, in Preise multiplizieren, während x_0 der für alle Prozesse uniforme Profitfaktor ist. Mühlpfordt erkennt, daß hier n Gleichungen zur Bestimmung von $n + 1$ Unbekannten vorliegen (n Koeffizienten, die Arbeitswerte in Preise verwandeln, zuzüglich des Profitfaktors). Eine weitere Gleichung, die daß System bestimmt macht, ist – allerdings in einer Mühlpfordtsche Fehler verbessernden mathematischen Form von Quaas – gegeben durch die Gleichheit von „Wertsumme" und „Preissumme"

$$a_1 + \ldots + a_n = a_1 x_1 + \ldots + a_n x_n. \tag{11a}$$

Mühlpfordts Lösung (Gleichungen 11 und 11a) ist in gewisser Hinsicht allgemeiner als diejenige von Bortkiewicz. Man kann sich deshalb fragen, weshalb Bortkiewicz' Beiträge einen so großen Widerhall fanden, daß er heute noch als Pionier in der Lösung des Transformationsproblems gilt, während Dmitriev fast und Mühlpfordt ganz vergessen wurden. Ungeklärt ist auch, ob Bortkiewicz Mühlpfordts Beitrag kannte, da er ihn zwar nicht zitierte, aber dasselbe Publikationsorgan benutzte.[33]

---

[31] Vgl. die vorige Fußnote. Der Kern dieser Überlegungen war bereits in der Dissertation von *Mühlpfordt* von 1893 über „Preis und Einkommen in der privatkapitalistischen Gesellschaft", Königsberg, enthalten.

[32] *Quaas,* a.a.O., S. 65 - 70.

[33] *Quaas,* a.a.O., S. 77. Mühlpfordts Verdienst wird besonders von *Gilibert* (a.a.O., S. 354) verteidigt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach abgeschlossenen Exkursen kehren wir zu Dmitriev zurück, um festzustellen, wie nun er das Suplus-Prinzip zum Ausdruck bringt und Preise auf Arbeitswerte bezieht. Die Nähe zur Marxschen Fragestellung wird zunächst deutlich, indem Dmitriev sich überlegt, wann ein relativer Preis unabhängig von der Profitrate sein kann. Wenn die Preise zweier Waren je nach datierten Arbeitsmengen in Reihen entwickelt und zueinander ins Verhältnis gesetzt werden, erhält man Formeln der Gestalt

$$X_A/X_B = [n_A(1+r)^T + \ldots]/[m_B(1+r)^T + \ldots] \,, \tag{12}$$

wobei X_A/X_B der relative Preis ist, n_A und m_B sind aufgewendete Arbeitsmengen, die T Jahre zurückliegen; in den eckigen Klammern deuten die Punkte an, daß im allgemeinen Arbeitsinputs aus mehreren vergangenen Perioden (wir wissen: im Basissystem streng genommen unendlich viele) berücksichtigt werden müssen, von denen in (2) und (4) abstrahiert wurde. Ein gemeinsamer Faktor (Reallohn) ist schon herausgekürzt. Offenbar ist der Ausdruck (12) unabhängig von r, wenn die zu gleichen Potenzen des Zinsfaktors gehörigen Arbeitsmengen für die beiden Waren einander proportional sind, und das nennt Dmitriev dann Waren von gleicher „organischer Zusammensetzung". Im Fall je endlich vieler Arbeitsinputs im Zähler und Nenner von (12) werden die relativen Preise also zu einer rationalen Funktion der Profitrate. Dmitriev verfehlt es, hier daraufhinzuweisen, daß diese rationale Funktion nicht monoton zu sein braucht, und deshalb nach dem Muster des Wein-Eichentruhen-Beispiels von Sraffa die Möglichkeit von Reswitching anzudeuten. Irving Fisher sollte wenige Jahre später in eingeschränktem Sinn die Möglichkeit im fernen Amerika erkennen.[34] Auch wenn Dmitriev nicht den ganzen Zusammenhang von Arbeitswert und Preis ergründet, läßt Gleichung (12) doch soviel Komplexität erkennen, daß für eine Transformation nach Marxschem Muster (Wertsumme = Preissumme, Mehrwertsumme = Profitsumme) kein Raum bleibt.

Nun zur Bestimmung der Gewinnhöhe. Unter der Voraussetzung, daß Korn das Lohngut und einzige Basisgut ist, lassen sich die Gleichungen (2) und (4) kombinieren. Der Warenpreis fällt heraus, und es ergibt sich

$$1/a = N_a(1+r)^T \tag{13}$$

[34] Vgl. *B. Schefold:* Einleitung zur Neuausgabe von *Irving Fishers:* „The Nature of Capital and Income", Begleitband (Vademecum) zu *I. Fisher,* The Nature of Capital and Income, Düsseldorf 1991, S. 5 - 29. *Fisher* analysiert die Vielfalt der Ertragsrate (des internen Zinsfußes) in einem partialanalytischen Kontext und verfehlt, die Verbindung zur neoklassischen Verteilungstheorie im allgemeinen herzustellen, obwohl sein Beispiel immerhin der Kritik an Böhm-Bawerk dient. Sraffas Illustration von Reswitching mit Hilfe der Produktionsprozesse für Wein und Eichentruhe unterliegt ebenfalls der Einschränkung, für Nichtbasiswaren konstruiert zu sein, aber er weist auf die kapitaltheoretische Implikation hin und ermangelt auch nicht, sie im letzten Teil seines Buchs für Basissysteme auszuführen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als der – von mir leicht vereinfachte – Ausdruck für die gegenläufige Bewegung von Reallohnrate a und Profitrate r. Auf der rechten Seite steht bei Dmitriev wieder ein unter seinen Voraussetzungen abbrechendes Polynom in $1 + r$, das die Datierung der Arbeitsinputs zum Ausdruck bringt, während wir wie bei Gleichung (4) nur an einen Arbeitsinput denken. Da nur endlich viele Arbeitsinputs berücksichtigt werden – in (13) sogar nur einer –, kann man die Endlichkeit der maximalen Profitrate hier nicht erkennen.

Offenkundig ist dies das berühmte Kornmodell Ricardos, das Dmitriev hier in neuer Gestalt wiederentdeckt. Dieses Kornmodell hat Sraffa bekanntlich indirekt aus dem Briefwechsel Ricardos mit Malthus erschlossen, und es ist dann von Hollander bezweifelt worden, ob Ricardo wirklich so realwirtschaftlich und surplustheoretisch gedacht habe. Nun hat aber Skourtos bei einer ganzen Reihe von Ricardianern das Kornmodell nachweisen können.[35] Es kann danach nicht mehr bezweifelt werden, daß das Kornmodell von den Freunden und Schülern Ricardos wiederholt diskussionsweise als vereinfachende Illustration in Büchern und Aufsätzen herangezogen worden ist. Weniger Aufmerksamkeit hat man der interessanten Tatsache geschenkt, daß Marx bei John Stuart Mill auf das Kornmodell stieß und in charakteristischer Weise so sehr von der Vorstellung, alles in arbeitswerttheoretische Kategorien übersetzen zu müssen, besessen war, daß er den Wert dieses Analyseinstruments völlig verkannte.[36]

An Dmitrievs Wiederentdeckung des Kornmodells ist die Erkenntnis entscheidend, daß mit der Vorgabe eines Subsistenzlohns, also von a, nach Formel (13) sich auch die Profitrate r bestimmt findet. Es ist dogmenhistorisch interessant, daß Dmitriev sich genötigt sieht, diese Erkenntnis gegen neoklassische Kritiker zu verteidigen, die, wie Walras, meinten, im klassischen System stimme der Preis zwar mit der Summe von Löhnen und Gewinnen überein, und es sei der Lohn durch das Subsistenzniveau festgelegt. Dann aber werde die Gleichung umgedreht und der Profit als Differenz zwischen Preis und Lohn bestimmt, so daß man sich im Kreise drehe; es fehle entweder eine Gleichung für die Höhe des Gewinns oder des Preises. Walras hat hier im Gegensatz zu Dmitriev eben nicht gesehen, daß die entscheidende Vorgabe im klassischen System der Surplus ist. Wicksell dagegen erkannte in den „Vorlesungen" klar, daß die Vorgabe einer Verteilungsvariablen, des Lohnsatzes, und der technischen Bedingungen der Produktion genügt, um die Profitrate zu bestimmen. Er hat Ricardo diesbezüglich gegen verschiedene Seiten in Schutz genommen.[37]

---

[35] *M. Skourtos:* Cornmodels in the classical tradition, in Cambridge Journal of Economics, vol. 15, 2, 1991, S. 215 - 228.

[36] *Karl Marx:* Theorien über den Mehrwert, Bd. 3, Berlin 1968 (MEW, Bd. 26.3), S. 195 ff.

[37] Diesen Hinweis verdanke ich *H. Kurz*. Wir sehen also, daß Marx sich gegen die Darstellung von Preisen als Summen von Löhnen und Gewinnen wendet, weil er

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ricardianisch ist Dmitriev auch, indem er, Marx kritisierend, sich nun sofort gegen die Vorstellung wendet, der so erklärte Gewinn resultiere aus der Ausbeutung der Arbeit. Dazu wagt er das Gedankenexperiment, die Produktion des Surplus erfolge in einer automatisierten Produktion oder, wenn man das vorzieht, mit Hilfe von Tieren statt Menschen. Entstünde dann nicht derselbe Gewinn? In einer brillianten Analyse erweitert er das Gedankenexperiment durch Einführung alternativer Produktionstechniken. Wenn die Reproduktionsrate – hier klingt bei Dmitriev von Neumann an – in der automatisierten Produktion höher ist als in der nicht-automatisierten, könnte es scheinen, daß alles Kapital in die Produktion mit der höchsten Profitrate, also die automatisierte fließt, und alle menschliche Arbeit beschäftigungslos wird. Aber Dmitriev weist sehr richtig – und modernes Denken über diesen Gegenstand antizipierend – darauf hin, daß nun auch noch die Nachfrage berücksichtigt werden muß: Wenn bei den resultierenden Preisen die Nachfrage unbegrenzt ist, ergibt sich zwar der schon gezogene Schluß. Ist aber die Nachfrage durch Sättigung begrenzt, wird eine Überproduktion im automatisierten Sektor entstehen und der Preis von dessen Produkt Null sein; er produziert freie Güter (wie es, könnten wir hinzufügen, in spontan ablaufenden Prozessen in der freien Natur, etwa bei der Sauerstoffproduktion durch die Pflanzen tatsächlich vorkommt).

Es sei erwähnt, daß dieser Angriff auf die Mehrwerttheorie 1968 den Widerspruch des bekannten französischen Dogmenhistorikers Henri Denis hervorrief. In seinem Nachwort „V. K. Dmitriev ou les malheurs de la sagesse mathématique“[38] meinte er, Dmitriev habe in der Tat nachgewiesen, daß Profit nicht notwendig aus der Ausbeutung von Arbeit stamme, sondern möglicherweise von Tieren. Dann seien eben die Tiere ausgebeutet. So habe Dmitriev Marx nicht widerlegt. Aber, so kann man nun Denis fragen, wie steht es, wenn – wie es ja tatsächlich der Fall ist – Menschen und Tiere, bzw. Maschinen nebeneinander produzieren? Ist dann mit Dmitrievs Argument nicht darauf hingewiesen, daß der Gewinn aus einem Beitrag von Arbeit *und* Kapital stammt? Und das wollte Marx ja widerlegen.

Dmitriev scheint an der Zurechnung des Beitrags zu den jeweiligen Faktoren nicht interessiert. Ihm genügt es, die Einseitigkeit der Marxschen Konstruktion nachgewiesen zu haben, während ihm andererseits die Subsistenzlohntheorie selbstverständlich und allgemein akzeptiert scheint: „Hardly anyone will dispute that the *only* process determining the level of profit at the *present time* is the process of production of the means of subsistence of the workers“, somit das „Capitale alimento“ von Loria, den Dmitriev in diesem Zusammenhang anführt.[39]

---

dadurch die Komponententheorie von Smith gestützt, das Surplusprinzip negiert fürchtet. Walras, der das Surplusprinzip nicht kennt, übersieht, daß mit dessen Hilfe hier zwei Größen die Dritte bestimmen.

[38] Nachwort zu den Essays économiques, a.a.O., S. 261 - 269.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dmitriev hat von Launhardt die Vorstellung einer sich rückwärtsbiegenden Arbeitsangebotskurve übernommen. Also ist der Subsistenzbegriff doch nicht immer scharf definiert. Für diesen Fall zieht sich Dmitriev auf eine Machttheorie der Verteilung zurück, ohne allerdings auf die makroökonomischen Beziehungen auch nur im mindesten einzugehen, welche die Auseinandersetzung im Kampf um den Reallohn bestimmen. Nichts deutet hier etwa auf die Notwendigkeit hin, in solchem Zusammenhang zwischen Geldlohn und Reallohn zu unterscheiden. Die Grenzproduktivitätstheorie andererseits begegnet ihm nur in der Vorform der Thünenschen Theorie, die er als lückenhaft kritisiert.

Der letzte Teil dieses ersten Kapitels in seinem Buch behandelt dann den Einfluß der Nachfrage, wobei sein konzeptionelles Instrument die von Cournot übernommene Gesamterlöskurve ist. Nach der Behandlung des Cournotschen Monopols stellt er fest, daß im Fall der Konkurrenz – entsprechend dem „non-substitution-theorem" von Samuelson – die Preise bei konstanten Kosten von der relativen Zusammensetzung des Konsumgütervektors unabhängig bleiben.

Steigende Kosten verbindet er nicht wie die Neoklassiker mit der Anwendung eines variablen Faktors auf einen konstanten Faktor, sondern mit Differentialrenten extensiver Art wie in Ricardo. Damit steigen die Kostenkurven mit steigendem Output, und zwar eigentlich charakteristisch diskontinuierlich und mit Sprüngen, wie Dmitriev zugibt, doch zeichnet er zur Bequemlichkeit statt einer Treppenfunktion eine stetige Kurve. Nun erhält die Nachfrage einen Einfluß auf den Preis.[40] Die bekannte Bedingung, daß Grenzkosten und Grenzerlös übereinstimmen müssen, wird von ihm, Auspitz und Lieben folgend, folgendermaßen berücksichtigt: Im Diagramm (1) haben wir einerseits die erst steigende, dann fallende Erlöskurve E in Abhängigkeit des Outputs x und die Kostenkurve $K(x)$, die monoton steigt und die im Diagramm mit $f(x)$ bezeichnet wird.

Zu jedem x kann man nun die Kurve $g(x) = xf'(x)$ zeichnen. Den Wert für $g(x)$ erhält man geometrisch, wenn man bei x denjenigen Strahl durch den Ursprung aufsucht, der die Steigung $f'(x)$ hat, also zur Tangente von $f(x)$ in x parallel ist. Dies wurde im Diagramm (1) für die Punkte P_1 und P_2 angedeutet.

---

[39] *Dmitriev,* a.a.O., S. 73.

[40] *Dmitriev* (a.a.O., S. 87) hält diese offensichtliche, um nicht zu sagen triviale Feststellung für eine Widerlegung Ricardos. Dieser, der Haupterfinder der Rententheorie, kann die Abhängigkeit der Kosten vom Produktionsniveau aber doch wohl kaum übersehen haben. In mehreren Aufsätzen und insbesondere in einer Kontroverse mit Samuelson habe ich zu zeigen versucht, wie der Einfluß der Nachfrage auf den Preis klassisch-ricardianisch berücksichtigt wird. Vgl. mein Mr. Sraffa on Joint Production, a.a.O., S. 244, und mein Joint Production, Intertemporal Preferences and Long-period Equilibrium, erscheint in der italienischen Zeitschrift Political Economy – The Surplus Approach.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

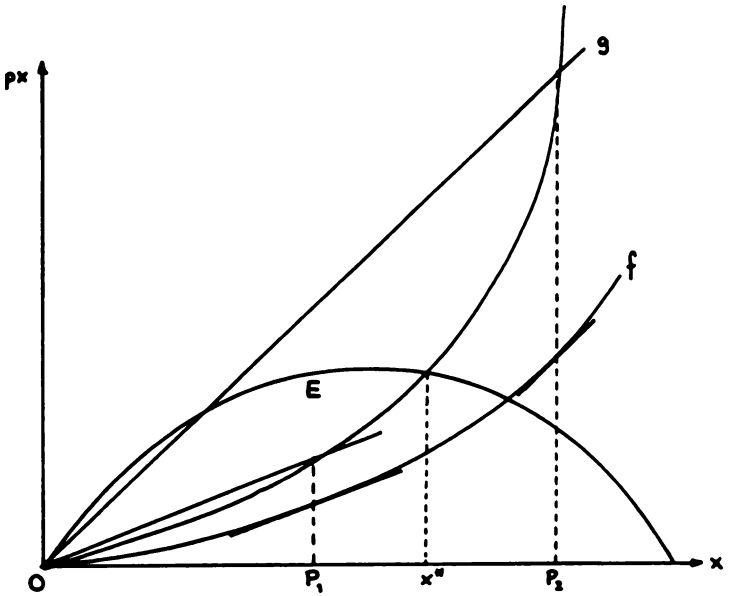

Diagramm 1: Gleichgewicht bei steigenden Kosten

Im Schnittpunkt x^* zwischen der Erlöskurve E und der Kurve $g(x)$ gilt $E = px = xf'(x) = xK'(x)$, so daß dieser Punkt durch die Bedingung Preis gleich Grenzkosten oder $p = K'(x)$ charakterisiert wird und das Gleichgewicht im Fall der Konkurrenz darstellt.[41]

Wie Skourtos feststellt, haben wir insofern eher ein klassisches als ein neoklassisches Modell vor uns, als entlang der Kostenkurve keine Faktorsubstitution stattfindet, sondern „es sich vielmehr um verschiedene Produktionssysteme handelt",[42] weil diskontinuierliche Wechsel nach der Art von Switches von Produktionstechniken bei Sraffa von einem System zum anderen stattfinden. Dmitriev betont, daß solche Diskontinuitäten auch in der Industrie vorkommen, während wir ein stufenweises Ansteigen der Produktionskosten im Falle der Rententheorie erwarten. Unter dieser Bedingung ist die exogene Vorgabe des Verteilungsparameters sinnvoll.[43]

---

[41] *Dmitriev,* a.a.O., S. 86. Originalität und Bedeutung Dmitrievs bei der Untersuchung der Interaktion von Angebots- und Nachfragebedingungen werden deutlich, wenn man den Aufsatz „Objektivismus und Subjektivismus in der Werttheorie" von *L. v. Bortkiewicz* vergleichsweise heranzieht (in Ekonomisk Tidskrift, Bd. 21, Jg. 1921, S. 1 - 21).

[42] *M. Skourtos:* „Der Neoricardianismus", a.a.O., S. 164.

[43] In der Auseinandersetzung mit Samuelson habe ich versucht, die entsprechende Konstruktion bei Sraffa zu verteidigen. Vgl. *B. Schefold:* Comment (on Samuelson), „Essays on Piero Sraffa. Critical Perspectives on the Revival of Classical Theory", ed. by *K. Bharadwaj* und *B. Schefold,* London 1990, S. 301 - 317. *Samuelsons* Antwort ist teilweise von einem Mißverständnis bestimmt (vgl. meine Editorial note, S. 330).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der erste Aufsatz schließt dann mit einem Versuch Dmitrievs, Cournot in der Wettbewerbstheorie zu korrigieren: weshalb sollte bei vielen Anbietern der Preis bis auf die Grenzkosten fallen? Das wird im zweiten Kapitel aufgenommen, indem Dmitriev präzisiert, daß die Unternehmer Lager halten, die sie im Preiskampf einsetzen können. Cournots Schlußweise für das Oligopol, daß jeder unter der Annahme eines gegebenen Angebots der anderen handelt und dabei temporäre Gewinne verfolge, sei nicht haltbar, weil die verzögerte Angebotsreaktion der jeweils anderen nur unter der Bedingung einer Übereinstimmung von Produktion – die eben nur langsam angepaßt werde – und Absatz begründet werden könne. Seien aber Lager vorhanden, so könne jeder Anbieter sofort reagieren.

Bei Dmitriev müssen deshalb die Unternehmer Lager halten, um sich im Preiskampf verteidigen zu können; sie glichen der Rüstung einer Nation in Friedenszeiten. Diese unproduktiven Kosten seien dann ein Grund für das Ansteigen des Preises über die Grenzkosten der Produktion.

Erstaunlich ist schließlich die Entschiedenheit, mit der Dmitriev die Entdeckung der Grenznutzenlehre im letzten Aufsatz auf Autoren des frühen 19. und des 18. Jahrhunderts zurückdatiert. Insofern mindert er die Bedeutung der von ihm in ihren Implikationen für die Verteilungstheorie noch nicht vollständig verstandenen Revolution der Marginalanalyse. Samuelson bemerkt ferner kritisch: „Dmitriev shows no Paretian awareness that utility need not be cardinally measurable".[44]

Würdigung

Auch wenn ich den jüngeren Infragestellungen der dogmenhistorischen Zäsuren zwischen klassischer und neoklassischer Theorie durch Hollander nicht beipflichten kann und es nicht wie Niehans als Zeichen der Dekadenz ansehen möchte, wenn man solche Unterscheidungen fortführt, hat doch der letztere jedenfalls recht, wenn er zuallererst danach fragen will, ob ein Ökonom seine Sache handwerklich gut gemacht habe.[45] Es ist denkbar, daß Bortkiewicz Mühlpfordt Unrecht tat, aber die „überragende Leistung" von Dmitriev hat er neidlos anerkannt.[46] Dmitriev hat den klassischen Faden aufgegriffen, indem er durch seine Fortentwicklung die Marxsche Mehrwerttheorie umging.[47] Angesichts der Bewunderung, die Dmitriev für Cournot hegte, der

---

[44] *Samuelson,* a.a.O., S. 494.

[45] Vgl. *Jürg Niehans:* Klassik als nationalökonomischer Mythos, in Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 109. Jg., 1989, S. 1 - 17.

[46] Vgl. *H. Kurz,* a.a.O., S. 19.

[47] Man spricht deshalb heute gelegentlich von der Redundanz der Mehrwerttheorie; so *Feess* in seiner besonders bezüglich der Ricardo-Interpretation wichtigen Dissertation. (*E. Feess-Dörr:* Die Redundanz der Mehrwerttheorie, Marburg 1990). Auch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in der Tat eine Welt für sich darstellt, könnte man den an der Grenznutzentheorie so interessierten Dmitriev auch anders einordnen oder einfach als selbständige Leistung zu betrachten versuchen. Aber schließlich wissen wir jenseits der formalen Argumente doch so viel über das politische Ringen um die Gestaltung der ökonomischen Zukunft im niedergehenden Zarenreich, daß es uns schwerfällt, Dmitrievs Beitrag rein unter dem Gesichtspunkt des analytischen Fortschritts zu betrachten, so sehr uns diese mathematisch-ökonomische Botschaft aus der russischen Provinz erstaunt.

Dmitrievs durch viele Zitate zum Ausdruck gebrachte Vorliebe für die naturwissenschaftliche Methode erhöhte in seinen Augen zweifellos die Anziehungskraft der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, mit der er in Form des Walrasianischen Systems vertraut war, und des Optimierungskalküls überhaupt. War es somit Unkenntnis oder die Dringlichkeit der sozialen Frage, die ihn hinderte, sogleich die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung zu übernehmen, für die er nach Nuti in einem mir nicht zugänglichen späteren Aufsatz eingetreten sein soll? Die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung hätte für ihn vor Keynes doch wohl erst einmal die Übernahme der Vollbeschäftigungshypothese bedeuten müssen. Wie wir sahen, bevorzugt Dmitriev im vorliegenden Buch aber die Subsistenzlohnhypothese, die nur über malthusianische Bevölkerungsregulierung, über Arbeitskräftewanderungen, Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials und die Dauer der Arbeitszeit eine langsame Anpassung eines überschüssigen Arbeitsangebots an die Nachfrage erlaubt. Wenn andererseits das „eherne Lohngesetz"[48] nicht gilt, muß die ökonomische Analyse nach Dmitriev dennoch den jeweils geltenden Reallohn als exogenes Datum behandeln. Es gibt dann nicht, wie bei Böhm-Bawerk, ein nach ökonomischem Gesetz bestimmtes Lohnniveau. Vielmehr wird es durch einen Machtkampf festgelegt, und dessen Resultat erst wird als Ausgangspunkt der Theorie gewählt.

Insoweit gewinnt man den Eindruck, daß Dmitriev die ricardianische Lohntheorie nicht nur aus dogmenhistorischer Treue in sein System einführt, sondern sie als ‚stylized fact' behandelt, was bei einem Russen der Jahrhundertwende ja nicht überraschen kann.[49] Andererseits fühlt er sich vom Grundsatz

---

Quaas (a.a.O.) spricht von einer Redundanz der Arbeitswertlehre. Der Ausdruck Redundanz beschönigt allerdings die Tatsache, daß der „Arbeitswerttheorie" jenseits einer formalen Berechnung von Arbeitswerten wenig Richtiges zum Erklären übriggeblieben ist, so daß man fragen darf, woraus die ihres Hauptgehalts beraubte Arbeitswerttheorie noch besteht.

[48] *Dmitriev,* a.a.O., S. 74.

[49] Vgl. *Seraphim,* a.a.O., S. 51: „Für die russische Nationalökonomie ist das Interesse für die Verteilungstheorie charakteristisch." *Ders.,* die Schule Tugan Baranovskijs betreffend (S. 87): „Sie wollte im Rahmen der Wertlehre zwei Weltanschauungen versöhnen." Und schließlich (S. 149): „Die Agiotheorie hat in Russland nur wenige Vertreter gefunden: In fast einmütiger Geschlossenheit wenden sich die Anhänger der verschiedensten Kapitalzinslehren gegen Böhm-Bawerk."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Thünens, die Verteilung durch Optimierung zu bestimmen, angezogen; es genügt ihm nur die Ausführung nicht. Dies ist für mich ein Hauptausdruck der Ambivalenzen, die eine Entscheidung darüber erschweren, ob Dmitriev mit seinem im Kern neoricardianischen System innerlich übereinstimmte oder ob er sich auf dem Weg zur Neoklassik befand.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte und die Lenkung über Preise in Hierarchien

Von *Dieter Schneider,* Bochum

Problemstellung

Die Debatte über die Möglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus entzündete sich an einer Frage der Wirtschaftsordnung: Privateigentum oder Gemeineigentum an Produktionsmitteln. Diese Frage wurde hauptsächlich als Problem der Koordination einzelwirtschaftlicher Pläne über Preise angesehen. Für die Bestimmung der Preise als den „terms on which alternatives are offered"[1] unterstellten die unmittelbar beteiligten Marktwirtschaftler, Marxisten und nicht-marxistischen Sozialisten zwischen 1920 und 1940 und die im weiteren Sinne befaßten: von *Gossen* und *Marx* bis zu Dogmengeschichtlern in den letzten Jahren[2] gemeinsam als Voraussetzung: Rationale Wirtschaftsrechnung als Lösung für das „Maximumproblem des Nutzens"[3] sei für die Planung der einzelnen Wirtschaftseinheiten gewährleistet.

Dieser Beitrag bezweckt, die Vorstellung einer „Lenkung über Preise" in Wirtschaftssystemen zu entthronen, weil die dazu erforderlichen Voraussetzungen rationaler Wirtschaftsrechnung nicht erfüllt werden können. Aussagen über die Entwicklung von Wirtschaftssystemen irren, wenn sie *von einem praktisch unerfüllbaren (hier: kalkulatorischen) Können jener Personen ausgehen (Unternehmer, Manager, „Kapitalisten"), deren oder deren „Klasse" Handlungen geschichtliche Abfolgen von Wirtschaftssystemen verwirklichen.* Wer behauptet, eine geschichtliche Abfolge von Wirtschaftssystemen nach-

---

[1] *Oskar Lange:* On the Economic Theory of Socialism. Part One. In: The Review of Economic Studies, Vol. 4 (1936/37), S. 53 - 71; Part Two, ebenda, S. 123 - 142, hier S. 54, 60; in Anlehnung an *Philip H. Wicksteed:* The Common Sense of Political Economy. 1910 (unveränderter Nachdruck, London 1933), S. 28.

[2] Vgl. bes. *Karen I. Vaughn:* Economic Calculation under Socialism: The Austrian Contribution. In: Economic Inquiry, Vol. 18 (1980), S. 535 - 554; *Don Lavoie:* Rivalry and central planning. Cambridge u. a. 1985; *Kurt Socher:* Liberale Kritik am sozialistischen Wirtschaftskonzept. In: Die Wiener Schule der Nationalökonomie, hrsg. von N. Leser, Wien u. a. 1986, S. 177 - 194; *Robert Heilbroner:* Analysis and Vision in the History of Modern Economic Thought. In: Journal of Economic Literature, Vol. 28 (1990), S. 1097 - 1114, hier S. 1100, 1111.

[3] *Leo Schönfeld:* Grenznutzen und Wirtschaftsrechnung. Wien 1924, S. 40 (im Original hervorgehoben).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weisen zu können, muß das tatsächliche kalkulatorische Können der Handelnden beachten.

Teil I erläutert kurz den Verlauf der „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte.

Teil II belegt die Unmöglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung bereits bei der einzelwirtschaftlichen Planung. Deshalb können insbesondere Kostenrechnungen zum Zwecke der Angebotspreisbildung nicht als Kalküle zur Nutzen- oder Gewinnmaximierung gedeutet werden.

Wirtschaftsrechnung im Sinne eines nutzenmaximierenden Alternativkalküls für die zweckentsprechende Verwendung knapper Mittel ist nicht jene Aufgabe einzelwirtschaftlichen Rechnungswesens, die es in jedem Wirtschaftssystem zu erfüllen hat und erfüllen kann. Soweit durch die Arbeitsteilung in Wirtschaftssystemen Handeln im Auftrage anderer stattfindet, ist damit eine Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht erzwungen. Daraus folgt der Rechnungszweck, zahlenmäßige Unterlagen zu gewinnen zur Rechenschaft über die Durchführung übernommener Aufgaben. Schon an der unzulänglichen Erfüllung der Rechenschaft ist die Preiskalkulation als Mittel zur Planerfüllung im realen Sozialismus gescheitert. Auftragshandeln bei Arbeitsteilung verlangt daneben Maßnahmen für die Motivation der Beauftragten, im Interesse der Auftraggeber zu handeln. In einzelwirtschaftlichen Hierarchien, insbesondere in Konzernen, ist das Problem, wie eine innerbetriebliche Steuerung der Produktion und eine Motivation der Mitarbeiter über interne Verrechnungspreise erfolgen soll, bis heute nicht befriedigend gelöst (Teil III).

Ein Vergleich zwischen den Rationalitätsannahmen der Wirtschaftstheorie über das Handeln in „Wirtschaftseinheiten" und der einzelwirtschaftlichen Kalkulation von Angebotspreisen für den Markt oder zur internen Leistungsverrechnung stößt in ein methodologisches Problem: Mit der Behauptung, daß in Wirklichkeit meist nicht rational gehandelt wird, beweist man nichts Neues. Das wußte z.B. schon *John Stuart Mill*[4]. Dessen methodologische Vorentscheidung, menschliches Handeln zunächst einmal unter dem Aspekt des Reichtumserwerbs zweckrational zu untersuchen, um erste Erklärungen über beobachtbare Sachverhalte zu erhalten, ist für den Beginn erklärender Theorien, z.B. über die Marktpreisbildung, unerläßlich. Aber eine solche methodologische Setzung erlaubt keine Urteile zur Überlegenheit oder Unterlegenheit einzelner Wirtschaftssysteme. Die auf unerfüllbaren Rationalitätsannahmen beruhende Lenkung knapper Mittel über Preise reicht nicht aus, um von einer „wirthschaftsgesetzlichen Nothwendigkeit"[5] des Privateigentums an Pro-

[4] Vgl. *John Stuart Mill:* Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy. London 1844; deutsch: Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie. Frankfurt-New York 1976, S. 161 - 163, 167f., 172f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

duktionsmitteln sprechen zu können. Hierzu sind andere Normen einer Wirtschaftsordnung heranzuziehen (Teil IV).

I. „Kapitalismus", „Sozialismus" und Rationalität durch Wirtschaftsrechnung

1. Für die Entwicklung des als „Kapitalismus" bezeichneten Wirtschaftssystems ist eine wesensmäßige Verflechtung mit der doppelten Buchhaltung und einer rationalen Kapitalrechnung von *Max Weber* und *Sombart* behauptet und später von anderen wiederholt worden[6]. Freilich sprechen alle historischen Belege über Zweck und Inhalt des Rechnungswesens vom 13. bis 20. Jahrhundert dagegen[7].

2. *Karl Marx* hält die Fähigkeiten zu rationaler Rechnung beim einzelnen, von Robinson Crusoe bis zum kapitalistischen Eigentümer-Unternehmer des Industriezeitalters, für gegeben. Gerade auf Robinson Crusoe stützt er eine seiner wenigen Aussagen zum Wirtschaften innerhalb einer kommunistischen Gesellschaft: „Die Not selbst zwingt ihn, seine Zeit genau zwischen seinen verschiednen Funktionen zu verteilen ... und unser Robinson, der Uhr, Hauptbuch, Tinte und Feder aus dem Schiffbruch gerettet, beginnt als guter Engländer bald Buch über sich selbst zu führen. Sein Inventarium enthält ein Verzeichnis der Gebrauchsgegenstände, die er besitzt, der verschiednen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erheischt sind, endlich der Arbeitszeit, die ihm bestimmte Quanta dieser verschiednen Produkte im Durchschnitt kosten ... Stellen wir uns ... einen Verein freier Menschen vor, die mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte

---

[5] *Adolph Wagner:* Grundlegung der politischen Oekonomie. Zweiter Theil. Volkswirthschaft und Recht, besonders Vermögensrecht. 3. Aufl., Leipzig 1894, S. 413 (im Original hervorgehoben).

[6] Vgl. *Max Weber:* Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904/05). Wiederabgedruckt in: *ders.:* Die protestantische Ethik I, 6. Aufl., Tübingen 1981, S. 56; *Werner Sombart:* Der moderne Kapitalismus. Bd. 2: Das europäische Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus. Erster Halbband, München-Leipzig 1928, S. 118 - 125; ihm kritiklos folgend *Josef Löffelholz:* Geschichte der Betriebswirtschaft und der Betriebswirtschaftslehre. Stuttgart 1935, z. B. S. 135 - 138. Nicht so übertrieben vertreten den gleichen Grundgedanken z. B. *Joseph A. Schumpeter:* Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 3. Aufl., München 1972, 2. Teil, S. 202; *H. M. Robertson:* Aspects of the Rise of Economic Individualism. New York 1959, S. 52 - 56; ähnlich *Oskar Lange:* Das Prinzip der wirtschaftlichen Rationalität, Ökonomie und Praxeologie. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 120 (1964), S. 193 - 242, bes. S. 204 - 206.

Gänzlich unkritisch auch *Jürgen Kocka:* Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 - 1914. Stuttgart 1969, S. 16f., 94f.

[7] Vgl. zu den einzelnen Belegen *B. S. Yamey:* Scientific Bookkeeping and the Rise of Capitalism. In: The Economic History Review, Vol. 1 (1949), S. 99 - 113; *Dieter Schneider:* Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 3. Aufl., München-Wien 1987, S. 94 - 106, 118 - 125.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell"[8].

„Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort ... Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann"[9]. „Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiednen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehn. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht".

3. *Ludwig von Mises* bestreitet die wirtschaftliche Lebensfähigkeit einer auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln mit zentraler Planung aufbauenden Gesellschaft. In diesem Sozialismus sei sowohl eine rationale Wirtschaftsrechnung als auch ein Verzicht auf Geld unmöglich[10]. In der Einschätzung, daß nur Privateigentum dem Grenznutzenprinzip entsprechendes rationales Wirtschaften ermögliche, war ihm *Gossen* vorangegangen[11]. *Wieser* hatte betont, daß unabhängig von der Antwort auf die Frage „Privateigentum oder Gemeineigentum an Produktionsmitteln?" eine genaue Wirtschaftsrechnung unabdingbar sei[12]. Dies wiederholte *Pierson* gegen ein darüber hinweg pfuschendes Reden von *Kautsky*[13]. *Barone* zeigte im Anschluß an *Pareto* kurz danach, daß

---

[8] *Karl Marx:* Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Bd. 1: Der Productionsprocess des Kapitals. 1. Aufl., Hamburg 1867 (Nachdruck der 4. Aufl., Berlin 1972), S. 91f.

[9] *Karl Marx:* Das Kapital. Bd. 2: Der Cirkulationsprocess des Kapitals. 2. Aufl., Hamburg 1893 (Nachdruck Berlin 1972), S. 316 f., das folgende Zitat S. 358.

[10] Vgl. *Ludwig Mises:* Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 47 (1920/21), S. 86 - 121, hier S. 89f., 99f.; Mises definiert S. 87: „In der sozialistischen Gemeinschaft sind alle Produktionsmittel Eigentum des Gemeinwesens" und in *ders.:* Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 51 (1924), S. 488 - 500, hier S. 491: „Eigentum ist Verfügungsrecht". Eine ausführlichere Darstellung folgte in *ders.:* Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1922, 2. Aufl. 1932, S. 11 - 30, 107 - 117.
Im Jahr von Mises' erstem Aufsatz argumentiert *Max Weber:* Wirtschaft und Gesellschaft. 1. Aufl. 1921, 5. Aufl., Tübingen 1972, S. 45 - 48, in gleicher Richtung.

[11] Vgl. *Hermann Heinrich Gossen:* Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln. 1. Aufl. 1854, hier zitiert nach der 3. Aufl., Berlin 1927, S. 231.

[12] Vgl. *Friedrich von Wieser:* Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirthschaftlichen Werthes. Wien 1884 (Nachdruck Frankfurt/M. 1968), S. 166f., 178.

[13] Vgl. *N. G. Pierson:* Het waardeproblem in een socialistische Maatschappij. In: De Economist, Vol. 41 (1902), S. 423 - 456, zitiert nach *ders.:* The Problem of Value in the Socialist Community. In: Collectivist Economic Planning, ed. by F. A. Hayek, London 1935, S. 41 - 85, hier S. 53; *Karl Kautsky:* Die Soziale Revolution. 1. Aufl. 1902, 3. Aufl., Berlin 1911, S. 91 - 96.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Mathematik der allgemeinen Gleichgewichtsanalyse auch von dem Wirtschaftsministerium eines kollektivistischen Staates zu benutzen sei. Dabei fügte *Barone* ausdrücklich hinzu, daß das kollektivistische Ministerium die ökonomische Bestimmung der Produktionskoeffizienten nicht a priori vornehmen könne[14].

4. Wer nicht daran glaubte, daß im künftigen „Verein freier Menschen" diese ihre persönlichen Interessen hintanstellten, empfahl Gemeineigentum an Produktionsmitteln in gemilderter Form: Vom Berufsständesozialismus (Syndikalismus, Gildensozialismus) bis zur gemischten Wirtschaft, in der nur einzelne Wirtschaftszweige in Gemeineigentum überführt sind.

a) „Der Syndikalismus ist ein System, das die *geringste* Abweichung von dem heute herrschenden wirtschaftsegoistischen Menschentypus verlangt; innerhalb der Syndikate herrscht eine weitgehende Homogenität der Wirtschaftsinteressen, der Genuß- und Arbeitsleidskalen"[15]. *Marschaks* reichlich naive Behauptung von den weitgehend gleichlaufenden Konsumbedürfnissen und Arbeits-Unlust-Rangordnungen, z.B. aller im Bergbau Beschäftigten gegenüber den in Kosmetikläden oder an Hochschulen Tätigen, lohnt nicht zu diskutieren.

Bemerkenswert ist *Marschaks* Trennung zwischen „wirtschaftlicher Willens*bildung*" und der „wirtschaftlichen Willens*betätigung*", also z.B., wie die Preisbildungsrolle des Staates aussehe, nach welchen Gesichtspunkten dieser den Widerstreit einzelner Syndikate z.B. durch Schiedsspruch beende. Wolle der Staat nicht homogene Bedürfnisse wirtschaftlich befriedigen oder sich einem Fortschritt in der Bedarfsdifferenzierung anpassen, „so ist es klar, daß zur Erfüllung dieser Aufgabe ein bloß auf Wirtschaftsegoismen aufgebauter Gesamtwille nicht ausreicht, daß er den Markt nicht ersetzen kann. Andere Faktoren müssen sich dann bei der Willensbildung ergänzend beteiligen: Der Machtzwang, die solidarische Bindung".

---

[14] Vgl. *Enrico Barone:* Il Ministro della Produzione nello Stato Collettivista. In: Giornale degli Economisti, Vol. 37 (1908), Teil 1, S. 267 - 293, Teil 2, S. 391 - 414, zitiert nach *ders.:* The Ministry of Production in the Collectivist State. In: Collectivist Economic Planning, ed. by F. A. Hayek, London 1935, S. 245 - 290, hier S. 287.

[15] *Jakob Marschak:* Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 51 (1924), S. 501 - 520, hier S. 517, die folgenden Zitate S. 517, 519 (im Original teilweise hervorgehoben).

Einzelfragen, die eine Rechnungslegung des Berufsstände-Sozialismus betreffen, erörtert *Eduard Heimann:* Die Sozialisierung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 45 (1918/19), S. 527 - 590, der S. 533f. die Arbeitswerttheorie von Marx durch eine Lehre von Schumpeters Unternehmergewinn ergänzen will; ferner *Walther Rathenau:* Die neue Wirtschaft. Berlin 1918; und *Karl Polányi:* Sozialistische Rechnungslegung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 49 (1922), S. 377 - 420; der sich in *ders.:* Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das Problem der sozialistischen Rechnungslegung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 52 (1924), S. 218 - 228; gegen *Felix Weil:* Gildensozialistische Rechnungslegung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 52 (1924), S. 196 - 217, verteidigt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Eine Auseinandersetzung mit englischen Vorstellungen zum Gildensozialismus und dem Austro-Marxismus[16] ist der Ausgangspunkt für *Oskar Langes* Vorschläge zur Organisation sozialistischer Wirtschaft. Seine erste Skizze, das Lange-Breit-Modell[17], geht von zentraler, veröffentlichter Planung aus und verlagert das Gemeineigentum an eine öffentliche Bank und eine Wirtschaftsorganisation in öffentlichen Trusts einzelner Branchen. Ein privater Sektor soll gewahrt bleiben (private Landwirtschaft mit weniger als 20 ha, Unternehmungen mit weniger als 20 Beschäftigten, privater Einzelhandel). Wie die Trusts organisiert, der Unsicherheit begegnet, Innovationen gefördert werden sollen, wird verschwiegen. Immerhin liegt durch die versuchte Trennung von politischer Macht und wirtschaftlicher Organisation eine Alternative zur bolschewistischen Wirtschaft vor.

5. In neoklassischer Wohlfahrtsökonomie geschulte Sozialisten fanden Geschmack an dem Gedanken, daß eine zentrale Planungsbehörde rational rechnen und so besser eine Lenkung knapper Mittel über Konkurrenzgleichgewichtspreise durchsetzen könne als irrtumsreiche Anpassungsprozesse durch Markthandeln einzelner.

a) *Taylor* und *Dickinson*[18] erörterten, wie durch versuchsweise Setzung der Preise und korrigierende Anpassungen planwirtschaftliche Gesamtwohlfahrt erreicht werden solle. Daß dieser Weg gangbar sei, wurde verbreitete Lehre[19]. *Lerner* fuhr sogar zu *Trotzki* nach Mexiko, um diesen zu überzeugen, daß alles in einem kommunistischen Staat gut ginge, sobald die Preise den Grenzkosten

---

[16] Vgl. z.B. *Otto Neurath:* Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft. München 1919; und *Otto Bauer:* Der Weg zum Sozialismus. Wien 1919, dessen Ausführungen S. 25f. jeder von seiner Wissenschaft überzeugte Volkswirt schon deshalb verachten muß, weil er in ein Kontrollorgan für einen verstaatlichten Bankensektor neben anderen nicht Vertreter seiner Profession, sondern Professoren der Handelshochschulen berufen will.

Vgl. zum Austromarxismus näher *Günther K. Chaloupek:* The Austrian debate on economic calculation in a socialist economy. In: History of Political Economy, Vol. 22 (1990), S. 659 - 675.

[17] Die ersten Werke sind nur auf polnisch erschienen, vgl. *Tadeusz Kowalik:* Lange, Oskar Ryszard. In: The New Palgrave, A Dictionary of Economics, Vol. 3, London u. a. 1987, S. 123 - 129, hier S. 125f.

[18] *Fred M. Taylor:* The Guidance of Production in a Socialist State. In: The American Economic Review, Vol. 19 (1929), S. 1 - 8; *H. D. Dickinson:* Price Formation in a Socialist Community. In: The Economic Journal, Vol. 43 (1933), S. 237 - 250; später revidiert in: *Ders.:* Economics of Socialism. Oxford 1939.
Die neoklassische Sicht verteidigte scharf *A. P. Lerner:* Economic Theory and Socialist Economy. In: Review of Economic Studies, Vol. 2 (1934/35), S. 51 - 61, gegen einen eher orthodoxen Marxismus von *Maurice Dobb:* Economic Theory and the Problems of a Socialist Economy. In: Economic Journal, Vol. 43 (1933), S. 588 - 598.

[19] Vgl. *Schumpeter:* Kapitalismus (Fn. 6), S. 275 - 298; mit Abwandlungen *Abba P. Lerner:* The Economics of Control. New York 1944, S. 58 - 67; lehrbuchmäßig bei *Paul A. Samuelson, William D. Nordhaus:* Volkswirtschaftslehre. Bd. 1, 8. Aufl., Köln 1987, S. 595f. Zum folgenden *R. H. Coase:* The Nature of the Firm: Origin. In: Journal of Law, Economics, and Organization, Vol. 4 (1988), S. 3 - 17, hier S. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleichgesetzt würden. Jahrzehnte später wird für die Bildung interner Verrechnungspreise zur Produktionssteuerung in Unternehmungen dieses Verfahren von Verbreitern linearer Programmierung in Unkenntnis der Vorläufer wiederentdeckt[20], um bald darauf wegen Untauglichkeit zu den Akten gelegt zu werden.

b) *Langes* zweiter Entwurf einer sozialistischen Wirtschaft besteht in einer Theorie des Konkurrenzsozialismus, die auf eine Übertragung walrasianischer Gleichgewichtsvorstellungen als Mittel gesamtwirtschaftlicher Planung hinausläuft. *Lange* fällt hier voll auf den „Schwindel" *(Solow)* der tâtonnement-Prozesse herein[21].

Gegenüber der Behauptung von *Mises,* eine rationale Wirtschaftsrechnung im Sozialismus sei unmöglich, will *Lange* belegen, daß gerade das Erreichen eines gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsoptimums durch zentrale Planung verwirklicht werde. *Lange* wurde zu dieser Zeit stark durch *Schumpeter* beeinflußt, unter dessen Anleitung er sich in Harvard fortbildete. *Schumpeter* hatte in der Buchbesprechung zu *Joan Robinsons'* Imperfect Competition erklärt, „that the theory of free competition is the only avenue to a rational theory of planning and of centralistic socialism"[22]. *Schumpeters* Urteil mag durch eine von ihm betreute Bonner Doktorarbeit beeinflußt gewesen sein. *Kläre Tisch* verwies im Anschluß an *Gustav Cassel* auf das Gleichungssystem der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und hielt zur Bestimmung der Gleichgewichtspreise Marktprozesse für überflüssig[23].

In einer dritten Stufe[24] wendet sich *Lange* mehr und mehr einer gemischten Wirtschaft zu, in der letztlich nur noch Schlüsselindustrien, Bank- und Trans-

---

[20] Vgl. dazu bes. *Andrew Whinston:* Price Guides in Decentralized Organisations. In: New Perspectives in Organization Research, ed. by W. W. Cooper, H. J. Leavitt, M. W. Shelly II, New York u.a. 1964, S. 405 - 448, hier S. 443; *William J. Baumol, Tibor Fabian:* Decomposition, Pricing for Decentralization and External Economics. In: Management Science, Vol. 11 (1964), S. 1 - 32, hier S. 5; *George B. Dantzig:* Lineare Programmierung und Erweiterungen. Berlin u.a. 1966, S. 507 - 523; *Herbert Hax:* Die Koordination von Entscheidungen. Köln 1966, S. 170 - 184; *Horst Albach:* Die Koordination der Planung in Großunternehmen. In: ZfB, Jg. 36 (1966), S. 790 - 804, hier S. 800; *Günter Jaensch:* Optimale Produktionssteuerung bei unvollständiger Information der Unternehmungsleitung. In: Produktionstheorie und Produktionsplanung, hrsg. von A. Moxter, D. Schneider, W. Wittmann, Köln-Opladen 1966, S. 197 - 229, hier S. 209, 228.

[21] *Lange* (Fn. 1), S. 59f.; zum „Schwindel" siehe die Quellen bei *Dieter Schneider:* Aufstieg und Niedergang eines Forschungsprogramms: allgemeine Gleichgewichtsanalyse. In: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie IX, Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge, Bd. 115/IX, hrsg. von H. Scherf, Berlin 1990, S. 95 - 125, hier S. 104 - 108.

[22] *Joseph A. Schumpeter:* Robinson's Economics of Imperfect Competition. In: The Journal of Political Economy, Vol. 42 (1934), S. 249 - 257, hier S. 249.

[23] *Kläre Tisch:* Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen. Wuppertal-Elberfeld 1932, S. 24f.

[24] Vgl. zum folgenden *Kowalik* (Fn. 17), S. 127.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

portwesen verstaatlicht werden sollen. So schrieb er 1940 einen Brief an *Hayek,* worin er die Aufgabe der Preisbildung wieder dem freien Markt zuschob, solange die Anzahl der Käufer und Verkäufer hinreichend groß sei. Die Preisfestsetzung durch eine zentrale Planungsbehörde wäre nur in Fällen des Oligopols und bilateralen Monopols usw. wünschenswert.

In einer vierten Stufe praktischer politischer Tätigkeit entfernt er sich von neoklassischer Mikrotheorie und nähert sich der makroökonomischen *Marx*schen Reproduktionstheorie, wobei er sich über praxeologische und kybernetische Methoden eine Lösung des Planungsproblems erhofft. In Polen nach 1945 zunächst politisch einflußreich, dann mehr oder weniger kaltgestellt, blieb sein Bemühen, Marxens Prämissen mit der Mikro- und Makrotheorie seiner Zeit zu vereinen, ein Torso. Daraus wird verständlich, daß er (nach Aussagen seiner Bekannten) in erheblicher Frustration verstarb.

c) Schattenpreis-gesteuerte Zentralplanung, aufbauend auf Modellen von *Kantorovich,* variiert durch *Liberman* und andere, werden in sozialistischen Ländern diskutiert[25]. Durch die Vorgabe marxistischer Dogmen wurden diese Modelle allenfalls ansatzweise verwirklicht. Wegen der Nichteignung der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zur Erklärung oder Gestaltung der Realität[26], hätten diese Reformbemühungen den materiellen Ruin des realen Sozialismus auch kaum verzögert. Selbst die gegenüber einem Zentralplanungsanspruch bescheidene Hoffnung, durch „planification" die Unsicherheit von Investitionsentscheidungen in einer wenigstens teilweise marktwirtschaftlichen Ordnung zu verringern, hat sich nicht bewährt[27].

6. *Hayek*[28], der zugleich eine erste Dogmengeschichte der „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte vortrug, baute jene, von *Mises* ursprünglich

---

[25] Vgl. *L. V. Kantorowich* (1939) englisch: Mathematical Methods of Organizing and Planning Production. In: Management Science, Vol. 6 (1959/60), S. 366 - 422; *E. G. Liberman:* The Plan, Direct Ties and Profitability. In: Problems of Economics, Vol. 8 (1965/66), Heft 9, S. 27 - 31; *ders.:* Economic Methods and the Effectiveness of Production. New York 1972; *Alfred Zauberman:* Mathematical Theory in Soviet Planning: Concepts, Methods, Techniques. Oxford 1976; sowie *Egon Neuberger:* Libermanism, Computopia, and Visible Hand: The Question of Informational Efficiency. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 56 (1966), S. 131 - 144.

[26] Vgl. die Kritik bei *János Kornai:* Anti-Äquilibrium. Berlin u. a. 1975, S. 331 - 343; ferner *Christian Seidl:* Theorie, Modelle und Methoden der zentralen Planwirtschaft. Berlin 1971; *Siegfried G. Schoppe:* Das Problem der Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft aus neuer bürokratietheoretischer Sicht. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 33 (1982), S. 225 - 241.

[27] Vgl. *Vera Lutz:* Central Planning for the Market Economy. An Analysis of French Theory and Experience. London 1969, bes. S. 58f., 149f.

[28] Vgl. *F. A Hayek:* The Nature and History of the Problem. In: Collectivist Economic Planning, ed. by F. A. Hayek, 1. Aufl., London 1935, S. 1 - 40; deutsch: Sozialistische Wirtschaftsrechnung I: Natur und Geschichte des Problems. In: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, hrsg. von F. A. Hayek, Erlenbach-Zürich 1952, S. 156 - 191; Sozialistische Wirtschaftsrechnung II: Der Stand der Diskussion. *Ebenda,* S. 192 - 232.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eher nebenbei erwähnten Einwände aus, die heute (auch gegen zentrale Unternehmensplanung) als durchschlagend gelten:

1. Wie soll eine Zentralplanungsbehörde jenen Wissensstand erreichen, der in ungleichem und unvollkommenem Maße über die einzelnen Wirtschaftseinheiten einer Volkswirtschaft (in Großunternehmungen: über die einzelnen Kostenstellenleiter und ihre Mitarbeiter) verteilt ist?
2. Welche Motivation, um im Interesse ihres Auftragsgebers zu handeln, und welche Risikobereitschaft werden die von der Zentralplanungsbehörde beauftragten Manager in einzelnen sozialistischen Betriebseinheiten (oder einer Unternehmungshierarchie) zeigen?

Mises und *Hayek*[29] behaupten, ein persönliches vermögensmäßiges Einstehen für Verluste sei unerläßlich für die Motivation und Risikobereitschaft der Investierenden. Dieses Einstehen folge aus der Einheit von Eigentum und Verfügungsmacht oder aus der disziplinierenden Kraft von Kapitalmarktbeziehungen (die sie freilich angesichts des geltenden Gesellschaftsrechts überschätzen). Deshalb lasse sich über Privateigentum an Produktionsmitteln ein besserer Lebensstandard verwirklichen, als er in einer Wirtschaft mit Gemeineigentum (und damit vollständiger Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht) je erreicht werden könne.

7. Die Beurteilung der Ergebnisse der „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte hängt von den ordnungspolitischen Vorstellungen des jeweiligen Autors ab. So wollte *Oskar Lange Ludwig Mises* ironisch ein Denkmal in der Vorhalle des Zentralplanungsministeriums setzen, weil er die Sozialisten auf die Notwendigkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung nachdrücklich hingewiesen habe[30] (was freilich *Wieser, Pierson* und *Barone* schon zuvor getan hatten, vgl. die Fußnoten 12 - 14). Demgegenüber möchte *Socher*[31] ein Denkmal für *Oskar Lange* errichten (was *Dickinson,* Fn. 18, mindestens genauso verdient hätte), weil er *Mises* und *Hayek* anspornte, „am Beispiel des Konkurrenzsozialismus die Notwendigkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Unternehmers für das Wirtschaften zu erforschen". Dieses Urteil trifft wissenschaftsgeschichtlich nicht zu. *Mises* und *Hayek* waren von der Notwendigkeit des Privateigentums von vornherein überzeugt und sagten zum Unternehmer nichts, was nicht schon aus früheren Jahrhunderten bekannt war[32].

---

[29] Vgl. *Mises:* Die Wirtschaftsrechnung (Fn. 10), S. 113f.; *Hayek:* Wirtschaftsrechnung II (Fn. 28), S. 224 - 227.

[30] Vgl. *Lange* (Fn. 1), S. 53.

[31] *Socher:* Liberale Kritik (Fn. 2), S. 194.

[32] Vgl. z.B. *Dieter Schneider:* Unternehmer und Unternehmung in der heutigen Wirtschaftstheorie und der deutschsprachigen Nationalökonomie der Spätklassik. In: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie V, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 115/V, hrsg. von H. Scherf, Berlin 1986, S. 29 - 79, bes. S. 31, 39 - 41, 53f., 77f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einigkeit dürfte jedoch darüber bestehen, daß in der „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte nicht nur gegensätzliche Grundvorstellungen über die Wirtschaftsordnung, sondern auch rivalisierende Forschungsprogramme zusammenstießen: neben marxistischem Denken statische walrasianische Gleichgewichtsanalyse und nicht-formalisierte evolutorische Lehre von den Marktprozessen[33].

II. Die Unmöglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung des einzelnen und ihre Folgen für die Preiskalkulation

a) Entscheidungslogische Einwände

Gegenstand dieses Beitrags im weiteren ist der Nachweis, daß eine Theorie der Marktprozesse durch unternehmerisches Handeln die Annahme einer rationalen Wirtschaftsrechnung des einzelnen (also eines Nutzenmaximierungskalküls) und damit die der Vorherrschaft einer Lenkung über Preise fallen lassen muß.

Wer über die Möglichkeiten einer rationalen Verwendung knapper Mittel in einer Gesellschaft spekulieren will, hat mindestens drei theoretische Probleme zu lösen:

1. Kann der einzelne Mensch als isolierter Wirt, also z. B. Robinson Crusoe, einen rationalen Wirtschaftsplan aufstellen? Trotz aller Ironie gegen Robinsonaden in einer Sozialwissenschaft[34] ist diese Frage gerade für einen Marxisten bedeutsam, nicht nur wegen der in Fn. 8 zitierten Analogie zwischen der Bestimmung von Robinsons Arbeit und der eines „Vereins freier Menschen", sondern vor allem deshalb, weil die Schwierigkeiten der Allokation knapper Mittel, die sich u. a. in Problemen des „Wertes" niederschlagen, im Kommunismus vermieden sein sollen: „Die Nutzeffekte der verschiednen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nöthigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werthes'"[35].

Nach *Marx* (Fn. 8) befähigt das Wissen aus einer Geldwirtschaft Robinson, quantitativ zu rechnen. Das mag für jemanden, der an eine zwangsläufige Abfolge Feudalismus – Kapitalismus – Kommunismus glaubt, als tragfähige Begründung erscheinen. Für die kommunistische Gesellschaft freier Men-

---

[33] Vgl. *Vaughn:* Calculation (Fn. 2), S. 552; *Lavoie:* Rivalry (Fn. 2), S. 182f.; *Socher:* Liberale Kritik (Fn. 2), S. 194.

[34] Vgl. *Marx:* Kapital, Bd. 1 (Fn. 8), S. 90.

[35] *Friedrich Engels:* Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 6. Aufl., Stuttgart 1907, S. 335f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen, die alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit gesellschaftlich, nicht individuell wiederholt, bleibt gleichwohl zu fragen: Wenn Robinson Wissen aus einer Geldwirtschaft benötigt, um als allein Arbeitender die Bedingungen seines Arbeitseinsatzes zu optimieren, wieso kann die kommunistische Gesellschaft freier Menschen auf dieses Wissen aus einer Geldwirtschaft verzichten und Geld als Zirkulationsmittel abschaffen?

Davon abgesehen steht der Einwand: Das Wissen über Hauptbuch und die Technik seiner Führung reicht für Robinson keinesfalls aus, um rational zu disponieren, Erwartungen zu quantifizieren, wie nach 3. erläutert wird.

2. Kann der einzelne Mensch in einer Verkehrswirtschaft, also eingezwängt zwischen Beschaffungs- und Absatzmärkten, einen rationalen Wirtschaftsplan aufstellen? Ist dies vor allem möglich in von einzelnen Menschen zeitweise gebildeten Gemeinschaften zu Erwerbszwecken (z.B. einer Unternehmung als Team Gleichberechtigter oder als Hierarchie aufgrund von Arbeits- und anderen Verträgen)?

Für den zwischen realen Beschaffungs- und Absatzmärkten eingezwängten einzelnen Wirtschaftenden werden die Probleme einer rationalen Wirtschaftsrechnung keineswegs einfacher als für Robinson; denn die Marktpreise, denen er sich gegenüber sieht, sind keine Konkurrenzgleichgewichtspreise. Darüber hinaus ist das Marktsystem nicht vollständig in dem Sinne, daß Konkurrenzgleichgewichtspreise für alle bedingten Ansprüche existieren, die eine der Voraussetzungen für das Bilden rationaler Erwartungen sind.

In der „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte erkannte lediglich *Marschak,* daß in der Annahme einer rationalen Wirtschaftsrechnung des einzelnen ein Problem liegt: „Unter den Voraussetzungen der freien Konkurrenz ist der ‚exakte Wertkalkül' möglich; was sich aber fragt, ist: was für ein Kalkül ist tatsächlich vorhanden, wenn diese Voraussetzungen nicht zutreffen"[36]. Eine Antwort auf diese Frage bietet *Marschak* nicht.

Erst wenn die beiden einzelwirtschaftlichen Fragen bejaht sind, entsteht das Problem, das die Volkswirtschaftslehre schwergewichtig interessiert:

3. Kann eine Koordinationsform für die einzelwirtschaftlichen Pläne gefunden werden, die ein gesellschaftliches Optimum, eine gesellschaftlich effiziente Allokation knapper Mittel, gewährleistet?

In der Erörterung um eine rationale Wirtschaftsrechnung im Sozialismus wird die erste Frage für problemlos gehalten. Die zweite und die dritte Frage werden nicht immer sorgsam getrennt, weil der Begriff „Wirtschaftsrechnung = Nutzenmaximierung" nicht nur als Ziel und Ergebnis einzelwirtschaftlicher Planung, sondern auch als Ergebnis gesamtwirtschaftlichen Handelns benutzt wird. Indes hätten die neoklassisch geschulten Sozialisten wissen müssen: Nur

[36] *Marschak* (Fn. 15), S. 508 (im Original teilweise hervorgehoben).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter den nie zu verwirklichenden Voraussetzungen des Konkurrenzgleichgewichts ist bewiesen, daß die einzelwirtschaftliche Nutzenmaximierung mit einer gesellschaftlichen Nichtverschwendung knapper Mittel übereinstimmt. Darüber hinaus ist im Modell des Konkurrenzgleichgewichts als „a rational theory of planning and of centralistic socialism" (Fn. 22) die Vereinbarkeit von einzelwirtschaftlicher Nutzenmaximierung und gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrt dann nicht mehr gesichert, wenn der Staat als „Auktionator" nicht kostenlos arbeiten kann und z. B. durch Sozialpolitik irgendwelche Gerechtigkeitsvorstellungen verwirklichen will. Spätestens dann entstehen zusätzliche Probleme hinsichtlich der Existenzbedingungen sozialer Wohlfahrtsfunktionen und sozialer Entscheidungsfunktionen[37].

Im folgenden wird nicht nur die Unmöglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus behauptet, sondern die Unmöglichkeit einer jeglichen rationalen Wirtschaftsrechnung schlechthin, also schon für den isoliert von anderen Menschen werkenden Robinson Crusoe:

„Jedermann, der, im wirtschaftlichen Leben handelnd, zwischen der Befriedigung zweier Bedürfnisse, von denen nur das eine befriedigt werden kann, wählt, setzt Werturteile"[38]. „Das Werturteil mißt nicht, es stuft ab, es skaliert". Eine solche Rangordnung (im heutigen Sprachgebrauch also eine ordinale Messung) über die Bedürfnisse wird als gegeben vorausgesetzt. „Auch der isolierte Wirt einer verkehrslosen Wirtschaft ... muß Substitutionsbeziehungen zwischen den Gütern konstruieren, an deren Hand er dann rechnen kann".

Jedoch sind Rangordnungen über Bedürfnisse (Konsumgüternutzen) und Kenntnis von Substitutionsbeziehungen keineswegs ausreichend, damit Robinson „rechnen" kann:

a) Die Entscheidungslogik des letzten halben Jahrhunderts hat gelehrt, daß eine durchgehende Rangordnung über den Nutzen von Handlungsmöglichkeiten eine Reihe von Axiomen voraussetzt, die empirisch häufig nicht erfüllt sind[39].

b) Selbst wenn ordinale Meßbarkeit des Nutzens von (der Bedürfnisbefriedigung durch) Handlungen als vorgegeben angenommen wird, ist heute bekannt: Nur für die grob vereinfachte Welt der einperiodigen Planung, in

---

[37] Vgl. *Kenneth J. Arrow:* Social Choice and Individual Values. 1951, hier nach der 2. Aufl., New York u. a. 1963, S. 22 - 31, 96 - 100; *Amartya K. Sen:* Collective Choice and Social Welfare. San Francisco u. a. 1970, S. 198 - 200; *Robert Sugden:* The Political Economy of Public Choice. Oxford 1981, S. 29 - 31.

[38] *Mises:* Die Wirtschaftsrechnung (Fn. 10), S. 93f., das folgende Zitat in Anlehnung an *Franz Čuhel:* Zur Lehre von den Bedürfnissen. Innsbruck 1907, S. 198 - 206.

[39] Vgl. z. B. *Terrence L. Fine:* Theories of Probability. New York-London 1973, bes. S. 214 - 225; *Amos Tversky, Daniel Kahneman:* Rational Choice and the Framing of Decisions. In: The Journal of Business, Vol. 59 (1986), S. S251 - S278, bes. S. S252.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

welcher Robinson von vornherein genau weiß, zwischen welchen sich gegenseitig ausschließenden Güterbündeln er seine Arbeitszeit aufteilt, in der er keine Unsicherheit der Zukunft zu berücksichtigen braucht und keinerlei Zweifel hinsichtlich der Vollständigkeit des eigenen Wissensstandes über seine Bedürfnisse, Fähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten hat, reicht ordinale Meßbarkeit aus. Durch die Annahme einer durchgehenden Rangordnung über alle Verwendungsmöglichkeiten des gesamten Mitteleinsatzes ist das an erster Stelle stehende Güterbündel definitionsgemäß das beste. Doch diese Annahmen klammern das Problem einer Wirtschaftsrechnung aus, wie sich Robinsons Güter- und Arbeitsbündel zusammensetzt. Die „Werturteile" über die Bedürfnisse erledigen das Problem des Mitteleinsatzes nur dann, wenn jedes Bedürfnis allein durch eine einzige limitationale Kombination von Güter- bzw. Arbeitsarten befriedigt werden kann.

c) Die Zusammensetzung des Handlungsprogramms (Güter- und Arbeitsbündels) wird schon bei der Planung nur einer Wirtschaftsperiode zur offenen Frage, sobald die begrenzten Mittel verschiedene Zwecke erfüllen können, also „Substitutionsbeziehungen zwischen einzelnen Gütern" von Robinson konstruiert werden müssen. Bereits in einer einperiodigen (statischen) Theorie, in der das Problem der Zusammenstellung eines Handlungsprogramms erörtert wird, ist zu beachten, daß zwischen einzelnen erwünschten Gütern Komplementarität besteht und bei ihrer Selbsterstellung Kuppelprodukte anfallen, schon wegen der Abfälle. Daraus erwächst die Aufgabe, ein Maß für die Komplementarität und Rivalität (Substitutionalität) zwischen Gütern zu finden. Die ursprünglich von *Edgeworth* vorgeschlagene Definition hierüber, setzt Meßbarkeit des Grenznutzens auf einer Intervallskala (kardinale Nutzenmessung) voraus[40]. Damit ist für den Regelfall einer Zusammenstellung von Güterbündeln (in das Substitutionalität oder Komplementarität der einzelnen Güter eingeht) das ordinale Werturteil nicht ausreichend.

Pareto behauptete zwar, seine Lehre von den Indifferenzkurven vermeide die weitreichende Annahme über die psychischen Fähigkeiten einzelner, die eine Nutzenmessung auf einer Intervallskala bedingt[41]. Aber seine Definition

---

[40] Vgl. *F. Y. Edgeworth:* The Pure Theory of Monopoly (1897). In: Papers Relating to Political Economy, Vol. I (1925), (Nachdruck New York o. J.), S. 111 - 142, hier S. 117, Fußnote 1; *ders.:* Recent Contributions to Mathematical Economics. In: The Economic Journal, Vol. 25 (1915), S. 36 - 63, 189 - 203, unter: On Some Theories Due to Pareto, Zawadski, W. E. Johnson and Others, abgedruckt in: Papers, Vol. II, S. 450 - 491, hier S. 464 - 466.

[41] Vgl. insbesondere *Vilfredo Pareto:* Manuel d'Économie Politique (1909). Traduit sur l'édition italienne par Alfred Bonnet, deuxième édition, Paris 1927, S. 545f.; Pareto nahm ursprünglich wie die anderen Ökonomen seiner Zeit „kardinale" Nutzenmessung an; erst nach und nach entwickelte er seine Kritik, vgl. zu Einzelheiten z. B. *George Stigler:* The Development of Utility Theory. In: The Journal of Political Economy, Vol. 58 (1950); hier zitiert nach dem Wiederabdruck in *ders.:* Essays in the History of Economics. Chicago-London 1965, S. 55 - 155, hier S. 121 - 126.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Komplementarität und Substitutionalität einzelner Güter enthält, wie *Hicks* und *Allen* ein Vierteljahrhundert später feststellten, stillschweigend doch wieder die Annahme eines auf einer Intervallskala meßbaren Güternutzens[42].

Die Lösung von *Hicks* und *Allen,* den Indifferenzkurven Grenzraten der Substitution zugrundezulegen, bedingt eine andere Inhaltsbestimmung von Komplementarität. Abgesehen davon, ist sie nur dann allgemeiner als die Lösung *Paretos,* wenn man nicht-transitive Rangordnungen zuläßt: also entgegen rationaler Planung z.B. unterstellt, es sei vernünftig, Kaffee dem Tee, Tee dem Sprudel und Sprudel dem Kaffee vorzuziehen. Dies folgt aus der ökonomischen Deutung eines Verzichts auf die Integrierbarkeit der Nutzenfunktion[43]. „The problem of integrability, far from being merely an arcane game played by a small coterie of mathematicians, was (and still is) the key to the understanding and evaluation of the neoclassical cooptation of the physics metaphor. The early progenitors of neoclassicism liked the analogy of utility as energy ... One facet of the analogy from which they persistently averted their gaze was the principle of the conservation of energy ... The reason they shunned the concept (when they understood it) is that ... the metaphor implied that the sum of utility (the potential energy) and expenditure (the kinetic energy) should remain a constant. Not only this was repugnant and absurd on the face of it, but it ... could potentially undermine the entire neoclassical research program".

Verlassen wir Robinson und betrachten die Bestimmung der Nachfrage durch Haushalte auf Märkten, so versucht die Theorie der „offenbarten Präferenzen"[44] diese Schwierigkeiten durch die methodologische Vorentscheidung

---

[42] Vgl. *J. R. Hicks, R. G. D. Allen:* A Reconsideration of the Theory of Value. In: Economica, New Series, Vol. 1 (1934), Part I, S. 52 - 76, Part II, S. 196 - 219, hier bes. S. 74 - 76, 214 - 218.

[43] Die mit der ökonomischen Deutung der Integrierbarkeitsbedingungen der Nutzenfunktion zusammenhängenden Probleme haben herausgearbeitet *Herman Wold:* A Synthesis of Pure Demand Analysis. Part I. In: Skandinavisk Aktuarietidskrift, Bd. 26 (1943), S. 85 - 118, bes. S. 109 - 117; *Jean Ville:* The Existence-Conditions of a Total Utility Function. In: The Review of Economic Studies, Vol. 19. (1951/52), S. 123 - 128; *H. S. Houthacker:* Revealed Preference and the Utility Function. In: Economica, New Series, Vol. 17 (1950), S. 159 - 174; vgl. auch den erfrischenden Artikel von *Paul A. Samuelson:* The Problem of Integrability in Utility Theory. In: Economica, New Series, Vol. 17 (1950), S. 355 - 385, bes. S. 362f., 374f. Das folgende bei *Philip Mirowski:* More heat than light. Cambridge usw. 1989, S. 250, sowie dazu und zur revealed preference die vernichtende Kritik S. 358 - 372.

[44] Vgl. z.B: *Paul A. Samuelson:* Consumption Theory in terms of Revealed Preference. In: Economica, New Series, Vol. 15 (1948), S. 243 - 253; *M. K. Richter:* Revealed Preference Theory. In: Econometrica, Vol. 34 (1966), S. 635 - 645: *A. Mas-Colell:* On Revealed Preference Analysis. In: Review of Economic Studies, Vol. 45 (1978), S. 121 - 131.

Zum folgenden situationslogischen Rationalprinzip vgl. *Karl R. Popper:* La rationalité et le statut du principe de rationalité. In: Les fondements philosophiques des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu vermeiden, die geäußerte Nachfrage einzelner sei das exogen vorgegebene Ergebnis eines Nutzenmaximierungskalküls. Diese Anwendung von Poppers situationslogischem Rationalprinzip mag für preistheoretische Fragen nützlich sein oder auch nicht. Im Hinblick auf das Problem rationaler Wirtschaftsrechnung entscheidet: Die Annahme offenbarter Präferenzen klammert die Frage aus, ob und wie der einzelne über eine Wirtschaftsrechnung zu seinen, in Kaufentscheidungen offenbarten Präferenzen kommt.

Bereits für einperiodige Wahlprobleme unter der Annahme, daß nur ein einziger künftiger Zustand in der Planung zu berücksichtigen sei (also Planung unter modellmäßiger Sicherheit), ist somit der rationalen Wirtschaftsrechnung als Akt menschlichen Handelns der Boden entzogen: Da – ohne vorab Gleichgewichtspreise zu kennen – ein Güterbündel aus produktions- und nachfrageverwandten Gütern nur zusammengestellt werden kann, falls als psychischer Sachverhalt kardinale Nutzenmessung impliziert wird, entfällt das mittels einer ökonomischen Theorie zu lösende Problem einer Wirtschaftsrechnung: Wie kommt der einzelne, von ordinal meßbaren „Werturteilen" über seine Bedürfnisse und die Arten seines Arbeitseinsatzes ausgehend, zu einem Nutzenmaximum?

d) Mehrperiodige Entscheidungen unter der Annahme modellmäßiger Sicherheit betreffen das von *Mises*[45] hervorgehobene Problem der Erzeugung von Gütern höherer Ordnung, also der Arbeitsteilung durch Produktionsstufenbildung. Für solche Investitionsprobleme (der Erstellung von Produktionsmitteln) wird schon für den Fall einer Wahl zwischen Konsum heute und in mehreren künftigen Konsumzeitpunkten nach vielfach geäußerter Ansicht eine Meßbarkeit des Nutzens auf einer Intervallskala benötigt[46].

e) Einperiodige Entscheidungen unter jenen Formen von Unsicherheit, für welche die Entscheidungslogik Rationalität bisher überhaupt definieren kann, gehen (abgesehen von dominierten Alternativen und von spieltheoretischen Problemen) regelmäßig von einer Meßbarkeit des Risikonutzens auf einer Intervallskala aus. Dabei werden die Schätzungen über die Eintrittsglaubwürdigkeiten einzelner künftiger Zustände der Welt in quantitativen Wahrscheinlichkeiten abgebildet. Hält man dabei für die Quantifizierung von Glaubwürdigkeitsschätzungen eine auf die Betrachtung der Intensität des

---

systèmes économiques, hrsg. von Emil M. Claassen. Paris 1967, S. 142 - 150, bes. S. 144, 146; kritisch dazu *Spiro J. Latsis:* The role and status of the rationality principle in the social science. In: Epistomology, Methodology, and the Social Science, ed. by R. S. Cohen und M. W. Wartofsky. Dordrecht usw. 1983, S. 123 - 150.

[45] Vgl. *Mises:* Die Wirtschaftsrechnung (Fn. 10), S. 93f.

[46] Vgl. *Paul A. Samuelson:* A Note on Measurement of Utility. In: The Review of Economic Studies, Vol. 4 (1936/37), S. 155 - 161, hier S. 155f.; *Tjalling C. Koopmans:* Stationary Ordinal Utility and Impatience. In: Econometrica, Vol. 28 (1960), S. 287 - 309, hier S. 307f.; *Ragnar Frisch:* Dynamic Utility. In: Econometrica, Vol. 32 (1964), S. 418 - 424, hier S. 418.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fühlens (Introspektion) gerichtete Begründung für „beobachtbar falsch"[47], so lassen sich Axiome finden, mit denen rationale, quantitative „subjektive" Wahrscheinlichkeiten aus einer vorgegebenen durchgehenden Rangordnung über die Glaubwürdigkeit der einzelnen künftigen Zustände der Welt zu konstruieren sind. Dazu wird mindestens eine Hilfsannahme benötigt: ein System gleichgeschätzter Systemwetten (rationaler Wettquotienten). Rationale Wettquotienten lassen sich ökonomisch als Preise für bedingte Ansprüche in einem Konkurrenzgleichgewicht deuten[48].

Aber damit ist für die Begründung, daß der einzelne zu einer rationalen Wirtschaftsrechnung fähig sei, der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben worden: Um eine einzelwirtschaftlich rationale Wirtschaftsrechnung bei mehrperiodigen Entscheidungen unter Unsicherheit durchzuführen, muß die Existenz von Konkurrenzgleichgewichtspreisen für bedingte Ansprüche angenommen werden. Diese „Reduktion von Komplexität" wirft die Fragen auf: Woher soll der einzelne das Wissen über das Ergebnis aus der gedanklichen Hilfskonstruktion „Konkurrenzgleichgewichtspreise für Systemwetten" erlangen, um Rangordnungsaussagen zu quantifizieren?

Hinzu tritt neben anderen Einwänden[49]: Die Alternativen bei einer Systemwette, um über rationale Wettquotienten ordinale Messungen von Glaubwürdigkeiten zu quantifizieren, müssen das spätere Ereignis einschließen. Informationsrisiken in Form von Ex-post-Überraschungen dürfen nicht auftreten. Wenn *Shackle* gefolgt wird, daß Unsicherheit ein Nicht-auflisten-Können bedeutet, was alles eintreten mag[50], und *Poppers* Aussage gilt, daß Menschen schon aus logischen Gründen nicht wissen können, welches Wissen ihnen künftig zugehen wird[51], dann ist eine Quantifizierbarkeit von Glaubwürdig-

---

[47] Wie z. B. *Frank Plumpton Ramsey:* Truth and Probability. In: The Foundations of Mathematics and other Logical Essays, ed. by R. B. Braithwaite, New York 1931 (Nachdruck London 1965), S. 156 - 198; deutsch: Wahrheit und Wahrscheinlichkeit. In: ders.: Grundlagen. Stuttgart-Bad Cannstatt 1980, S. 56 - 89, hier S. 63; eine ähnliche Begründung rationaler subjektiver Wahrscheinlichkeiten wie bei Ramsey trägt kurz darauf und unabhängig *Bruno de Finetti:* Sul significato soggettivo della probabilità. In: Fundamenta mathematicae, Tom 17 (1931), S. 298 - 329, vor.

[48] Vgl. *Schneider:* Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (Fn. 7), S. 235.

[49] Vgl. *Wolfgang Stegmüller:* Personelle und Statistische Wahrscheinlichkeit. Zweiter Halbband, Berlin-Heidelberg-New York 1973, S. 232, 249f.; *Brian Ellis:* The Logic of Subjective Probability. In: The British Journal for the Philosophy of Science, Vol. 24 (1973), S. 125 - 152, hier S. 137f.; *Robert L. Winkler:* The Quantification of Judgement: Some Methodological Suggestions. In: Investment Portfolio Decision-Making, ed. by J. S. Bichsler, P. A. Samuelson, Lexington u. a. 1974, S. 121 - 139, hier S. 131f.; *Patricia Baillie:* Confirmation and the Dutch Book Argument. In: The British Journal for the Philosophy of Science, Vol. 24 (1973), S. 393 - 397, bes. S. 395f.

[50] *G. L. S. Shackle:* Epistemics and Economics. Cambridge 1972, S. 365f.

[51] Vgl. *Karl R. Popper:* Indeterminism in Quantum Physics and in Classical Physics. In: The British Journal for the Philosophy of Science, Vol. 1 (1950/51), S. 117 - 133, 173 - 195, bes. S. 118 - 121.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

keitsurteilen zumindest bei solchen Informationsrisiken nicht möglich. Damit ist eine Wirtschaftsrechnung zur Nutzenmaximierung unter Unsicherheit ausgeschlossen.

Die Annahme einer rationalen Wirtschaftsrechnung durch den einzelnen ist eine Implikation der weitverbreiteten Definition von Wirtschaften als eines rationalen Disponierens über knappe Mittel, die verschiedenen Zwecken dienen können[52]. Aus mindestens zwei Gründen handelt es sich hierbei um ein Fehlverständnis von Wirtschaften: Zum einen zählt damit nicht- oder a-rationales Disponieren per Definition nicht zum Wirtschaften, also alle jene Beobachtungssachverhalte, die durch wissenschaftliche Aussagen zur Wirtschafts- und Unternehmenspolitik verändert werden sollen.

Zum anderen ist für die wichtigsten Fälle praktischer Entscheidungen bis heute nicht zu sagen, wie hier eine rationale Entscheidung aussehen müßte. Methodologisch beginnt dies schon mit den gescheiterten Bemühungen, eine Produktionstheorie (und darüber rationale Produktionsentscheidungen) analog zur Nutzentheorie aufzubauen[53], selbst wenn hier von Unsicherheit abgesehen wird (obwohl jede Leistungserstellung Zeit erfordert, während der sich der Wissensstand ändern wird). Personalentscheidungen in Unternehmungen oder Entscheidungen über den Aufbau neuer Werke mit allen darin implizierten sozialen und organisatorischen Beziehungen sind praktische Fälle, für die eine zweckrationale Wirtschaftsrechnung unterbleiben muß; denn solche Entscheidungen müssen unter Unsicherheit und bei Ungleichverteilung des Wissens zwischen den in die Arbeitsteilung einbezogenen Personen getroffen werden. Nur für enge, vereinfachte Teilentscheidungen (z.B. Auswahl unter technisch gleichwertigen Alternativen, zwischen Kreditfinanzierungsalternativen) können aussagefähige Wirtschaft(lichkeit)srechnungen erstellt werden. Die Wissenschaft der Ethik und andere Sozialwissenschaften sind noch weniger fähig, deutlich zu sagen, wie eine materiell-rationale (wertrationale) Entscheidung zu finden ist[54].

---

[52] "Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses". *Lionel Robbins:* An Essay on the Nature and Significance of Economic Science. 2. Aufl., 1935 (Nachdruck London-New York 1962), S. 16. Etwas umständlicher *Samuelson, Nordhaus* (Fn. 19), S. 28; *Ernst Helmstädter:* Wirtschaftstheorie Bd. I: Mikroökonomische Theorie. 3. Aufl., München 1983, S. 2. Einrichtungen aus dem Alltagsleben, die nicht augenscheinlich mit Einkommenserzielung zu tun haben, unter dem Aspekt eines vernünftigen Disponierens über knappe Mittel zu untersuchen, wird mitunter als „ökonomischer Imperialismus" bezeichnet, zu Beispielen vgl. *Richard B. McKenzie, Gordon Tullock:* Homo Oeconomicus. Frankfurt-New York 1984.

[53] Vgl. z.B. *Nicholas Georgescu-Roegen:* Energy and Economic Myths. London 1976, S. 72f., und ausführlich *Mirowski:* (Fn. 43), S. 294 - 327.

[54] Vgl. zur Unterscheidung von zweck- und wertrational *Weber:* Wirtschaft und Gesellschaft (Fn. 11), S. 45.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Kosten bei rationaler Wirtschaftsrechnung und Angebotspreiskalkulation der Unternehmer bis ins 20. Jahrhundert

Im vorigen Abschnitt wurde ein noch gängiges Verständnis von Wirtschaften als rationalem Disponieren über knappe Mittel, die verschiedenen Zwekken dienen können, durch den Nachweis zurückgewiesen, daß dem einzelnen eine rationale Wirtschaftsrechnung unmöglich sei. Daraus folgen Konsequenzen für den Begriff der Kosten, wie er nach Ansicht der Preistheorie in die Angebotspreiskalkulation von Unternehmern eingeht. Da die Vorstellung einer Lenkung über Preise von diesem Kostenverständnis ausgeht, seien Implikationen dieses Kostenbegriffs aufgedeckt. Dieser theoretischen Sicht werden wirtschaftsgeschichtliche Tatbestände gegenübergestellt, wie Unternehmer bis ins 20. Jahrhundert Angebotspreise kalkulierten.

„Kosten" heißt, daß man durch eine Produktion „eine Einbusse an anderweitigem Nutzen erleidet, ... weil die Aufwendung von Kosten eine Entziehung von Nutzen bedeutet, desswegen allein ist sie ein Opfer". „Eine Production deckt die Kosten, wenn der Werth der Producte den aus allen ihren Verwendungen hervorgehenden Werth der Productivgüter vergilt". „Die Größe des Werthes der Productivgüter wird durch den geringsten Grenznutzen bestimmt, der in irgendeinem Productionszweige wirthschaftlicherweise noch erreicht werden darf"[55]. Von diesem Begriff der Opportunitätskosten geht die Lehre von der Wirtschaftsrechnung aus[56]. Die von *Hayek* beeinflußte Kostenlehre der London School of Economics stellt diesen rein entscheidungslogischen, erfahrungswissenschaftlich leeren Begriff der Kosten als Implikation des entscheidungslogischen Rationalprinzips der Kostenrechnungspraxis gegenüber, und *Coase* folgert: „To cover costs and to maximize profits are essentially two ways of expressing the same phenomenon"[57].

Erst über den marktmäßigen Austausch im Konkurrenzgleichgewicht, also im Tauschverhältnis, werden Opportunitätskosten zu einem beobachtbaren Sachverhalt[58]. Dies bedeutet aber: Wenn Kosten-Decken und Gewinn-Maximieren zwei Redeweisen sind, die das gleiche ausdrücken, aber nur im niemals zu beobachtenden Konkurrenzgleichgewicht zu einem beobachtbaren Sachverhalt werden, aufgrund welcher Opportunitätskosten soll dann z. B. jeder im bilateralen Monopol seinen Angebotspreis kalkulieren?

---

[55] *Wieser:* Über den Ursprung (Fn. 12), S. 100f., 149.

[56] Vgl. z. B. *Ludwig Mises:* Grundprobleme der Nationalökonomie. Jena 1933, S. 154f.

[57] *R. H. Coase:* Business organization and the accountant (1938). Wiederabgedruckt in L. S. E. Essays on Cost, ed. by J. M. Buchanan und G. F. Thirlby, London 1973, S. 95 - 132, hier S. 108.

[58] Vgl. *James M. Buchanan:* Cost and Choice. Chicago 1969, S. 85.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Folgt man der Einsicht *Morgensterns*[59], daß bei allen realistischen Wahlproblemen wegen der Unsicherheit von Maximierung der Gewinne überhaupt nicht geredet werden kann, so ist zu fragen: Was wird im Wettbewerb (also unter Unsicherheit und Ungleichverteilung des Wissens unter den Marktteilnehmern) aus diesem nationalökonomischen Kostenbegriff als Implikation der Gewinnmaximierung? Insbesondere: Kann es überhaupt noch Kosten bei jenen Entscheidungen geben, für die eine rationale, nutzenmaximale Lösung überhaupt nicht definiert werden kann, also praktisch: bei jedem wichtigen Entscheidungsproblem?

Rücken wir vom Nutzenentgangs-(= Kosten-)Kalkül als Bestandteil der rationalen Wirtschaftsrechnung ab und setzen in neoklassischer Partialanalyse voraus, Faktorpreise seien gegeben, dann lassen sich Kosten (bei Vernachlässigung öffentlicher Abgaben und Unterstützungszahlungen) als das Produkt aus Faktorpreis mal Faktormenge definieren. Doch selbst dann bleibt eine unüberbrückbare Lücke zwischen dem, was Unternehmer getan haben, um Angebotspreise zu kalkulieren, und dem, was sie bei einer auf Anwendung des Marginalprinzips eingeschränkten Wirtschaftsrechnung hätten tun müssen.

Was bisher Forschungen zur Geschichte des Rechnungswesens über die Preiskalkulation bis zum ersten Weltkrieg, also nach Verbreitung von Techniken zur Perioden- und Stückgewinnermittlung als Folge handels- und steuerrechtlicher Rechnungslegung sowie staatlicher Preisbildungsvorschriften, offenlegen konnte, läßt sich kurz so zusammenfassen[60]:

1. Das Rechnungswesen in Unternehmungen war bis in dieses Jahrhundert Geschäftsgeheimnis[61]; lästiges Eindringen in die Verhältnisse des einzelnen galt noch Mitte des 19. Jahrhunderts als gewichtiges Argument gegen die Besteuerung gewerblicher Gewinne. Erst Vereinigungen von Ingenieuren und Vereinen zur Verbesserung der kaufmännischen Bildung gelang es ab 1880, die Scheu vor der Veröffentlichung von Kalkulationstechniken abzubauen. Die wenigen, in frühen Aufzeichnungen von Kaufleuten überlieferten Preiskalkulationen rechnen den einzelnen Aufträgen bis ins 19. Jahrhundert nur Einstandspreise für Material oder Waren, Löhne, Zölle, Frachten zu. Sie berücksichtigen mitunter als nicht mit Ausgaben verbundene Kosten Zinsen auf das investierte (Eigen-)Kapital, daneben teilweise auch Wagnisprämien. Die Angebotspreiskalkulation baut auf einer solchen Istkalkulation auf und

---

[59] Vgl. *Oskar Morgenstern:* Die Theorie der Spiele und des wirtschaftlichen Verhaltens. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 1 (1950), S. 113 - 139, hier S. 115f.

[60] Vgl. zum folgenden im einzelnen *Dieter Schneider:* Theorien zur Entwicklung des Rechnungswesens. In: ZfbF, Jg. 44 (1992), S. 3 - 31.

[61] Vgl. mit Quellen *M. C. Wells:* Some Influences on the Development of Cost Accounting. In: The Accounting Historians Journal, Vol. 4, No. 2 (1977), S. 47 - 61, hier S. 48f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

war vorwärtsschauend nur in der Beurteilung, was die einzelne Ware „tragen" kann[62]. Überlegungen zu einer Kalkulation nach der Tragfähigkeit sind als rohe Abschätzung der Nachfrageelastizität anzusehen. Aber die Einsicht, daß die Absatzmengen von der Höhe der Absatzpreise abhängen, ist noch keine Stütze des Kostendenkens, wie es das Konzept der rationalen Wirtschaftsrechnung und das neoklassische Marginalprinzip impliziert haben.

2. Die Differenz „Absatzpreis minus einzeln zurechenbare Ausgaben je Stück", also ein Deckungsbeitrag im heutigen Sprachgebrauch, läßt sich auch als (Roh-)Mehrwert ansehen, den ein Unternehmer erzielt. Deshalb könnte man in der historischen Angebotspreiskalkulation nach Einzelkosten und Solldeckungsbeiträgen einen empirischen Ausgangspunkt für die verschiedenen Theorien zum Mehrwert sehen. Doch spricht gegen dieses vermeintliche „Musterbeispiel" für die Arbeitswertlehre, daß (sobald Zinsnehmen rechtlich zulässig war) kalkulatorische Zinsen gerade auf das Eigenkapital als Herstellungskosten betrachtet wurden und z.B. den Bilanzansatz von Immobilien oder Schiffsanteilen erhöhten[63]. Bis ins 19. Jahrhundert galten Haushaltsausgaben des Handwerkers, Händlers, Unternehmers allgemein, als Kosten bzw. Aufwand. Dieser „Unternehmerlohn" wurde wie die Zinsen nicht zum Gewinn gezählt. Eigenkapitalzinsen und Lebenshaltungskosten als Teil der Herstellungskosten anzusehen, aber in Hüttenbetrieben und Kolonialhandelsgesellschaften mit ihren Schiffen vor dem 19. Jahrhundert Anlagenabschreibungen beiseite zu lassen, sind ein Argument, daß die Unternehmer vor dem 19. Jahrhundert kein Verständnis vom heutigen Begriff des Gewinns hatten. Einen Beleg dafür, daß auch im 19. Jahrhundert von einer *Lenkungsfunktion verwirklichter Gewinne* kaum geredet werden kann, mag man darin sehen:

Eine der Begründungen von *Marx,* weshalb die Warenproduktion in freier Konkurrenz zugrunde gehen müsse, ist die sinkende Mehrwertrate. Sie setzt den Ausgleich der Profitraten zwischen einzelnen Betriebszweigen voraus. Doch wenn man von dem Modell einer Wirtschaft mit „freier" Konkurrenz zu Urteilen über die Entwicklung eines geschichtlichen Wirtschaftssystems,

---

[62] Vgl. *Haydn Jones:* Accounting, Costing and Cost Estimation. Welsh Industry: 1700 - 1830. Cardiff 1985, S. 110.

[63] Vgl. z.B. *Hinrich Magelsen:* Die ersten Gründe des Buchhaltens, sammt Anwendung derselben auf die gewöhnlichsten Vorfälle der Handlung und Wirthschaft. Altona 1772, S. 17, § 82; zu den folgenden Haushaltskosten vgl. *Jacques Savary:* Le parfait négociant ou instruction générale pour ce qui regarde le commerce de toute sorte de Marchandises, tant de France, que des Pays Estrangers. 1. Aufl., Paris 1675, livre 1, S. 346; *Johann Michael Leuchs:* System des Handels. 1. Aufl., Nürnberg 1804, 4. Aufl. 1839, Nachdruck der 1. Aufl., Stuttgart 1933, S. 171, 176.

Dies widerlegt die Aussage von *H. J. Habbakuk:* American and British Technology in the Nineteenth Century: The Search for Labor-Saving Inventions. Cambridge 1962, S. 26 - 28, daß Zinskosten üblicherweise nicht berechnet wurden, nicht jedoch seine Kernthese über die Suche nach arbeitssparenden Erfindungen, weil die Kapitalkosten unterschätzt wurden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genannt „Kapitalismus" übergeht, stellt sich die Frage: Wie soll vor und zur Zeit des Manchester-Liberalismus, in der angeblich eine freie Konkurrenz am ehesten verwirklicht war, bei „der Verteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts unter die in verschiednen Betriebszweigen angelegten Kapitale" eine „Ausgleichung der allgemeinen Profitrate"[64] zustande gekommen sein, wenn niemand wußte, was eigentlich zum Profit zählt, weil z. B.

a) bei Eisenbahn- und anderen Industrieunternehmungen Profit und Reproduktionsaufwand für Sachkapital (insbesondere Anlagenabschreibung), wenn überhaupt, so durchgängig unzulänglich getrennt wurden, wie zahlreiche fragwürdige Dividendenberechnungen im 19. Jahrhundert belegen und z. B. die britische Einkommensteuer erst ab 1878 Abschreibungen als gewinnmindernd anerkannte,

b) erstmals rund ein halbes Jahrhundert später regelmäßige Berechnungen einer Gesamtkapitalrentabilität einzelner Betriebszweige in der industriellen Organisation durchgeführt wurden[65]?

3. Wird das Ergebnis einer Vollkostenrechnung auf die Angebotspreiskalkulation übertragen, so beschränkt sich der Gedanke der Tragfähigkeit einerseits auf die Abschätzung des Gewinnzuschlags; andererseits wird die „Tragfähigkeit" im Mehrproduktbetrieb bedeutsam für einen preispolitischen Ausgleich zwischen noch gewinnbringenden und im Preisverfall stehenden Produkten. Ein preispolitischer (kalkulatorischer) Ausgleich erlaubt nötigenfalls, in der Preisuntergrenze auch unter die kurzfristig variablen Kosten zu gehen, um nicht aus dem Markt verdrängt zu werden. Eine solche Überlegung wendet das Marginalprinzip an. Doch dem Marginalprinzip folgendes Denken ist für die Angebotspreiskalkulation nach bisherigem Wissen nicht von der Praxis entwickelt, sondern erst von betriebswirtschaftlichen Hochschullehrern in die Praxis getragen worden:

a) Bislang habe ich keinen Beleg gefunden, daß Praktiker von sich aus auf den Verzicht einer Fixkostendeckung und einen systematischen preispolitischen Ausgleich gekommen wären. Der (nach derzeitigem Wissen) früheste und noch unklare Gedanke zum „kalkulatorischen Ausgleich" findet sich bei *Schmalenbach*[66]. In der Praxis jener Zeit herrschte, wie aus den 23 Beiträgen

---

[64] *Marx:* Das Kapital, Bd. 2 (Fn. 9), S. 218.

[65] In der Dupont Powder Company, 1915, ausgebaut bei General Motors nach 1920, vgl. *H. Thomas Johnson, Robert S. Kaplan:* Relevance Lost. The Rise and Fall of Management Accounting. Boston 1987, S. 84, 111f. Zur unzulänglichen Berechnung von Anlagenabschreibungen vgl. *Richard P. Brief:* Nineteenth Century Accounting Error. In: Journal of Accounting Research, Vol. 3 (1965), S. 12 - 31; *ders.* (Editor): The Late Nineteenth Century Debate Over Depreciation, Capital and Income. New York 1976; sowie die Beispiele bei *Schneider:* Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (Fn. 7), S. 457f.

[66] Vgl. *E. Schmalenbach:* Theorie der Produktionskosten-Ermittelung. In: ZfhF, Jg. 3 (1908/09), S. 41 - 65, hier S. 61.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu einem Preisausschreiben über das Selbstkostenwesen industrieller Betriebe hervorgeht (veröffentlicht in der ZfhF 1908 - 10 und in zwei Ergänzungsbänden), der Gedanke, daß jedes Produkt mindestens die vollen Stückkosten und einen Gewinn- bzw. Wagniszuschlag („Reservefonds"[67]) erbringen müsse. Allenfalls für Ladenhüter („Zinsenfresser") wird ein ermäßigter Preis erwogen. Bei der Du Pont Powder Company durften z.B. um 1900 die Vertriebsmanager nicht unter einem Minimumpreis verkaufen, der für Dynamit eine Kapitalrendite von 15% vorsah und allenfalls Marktzugänger abschrecken, die mit höheren Kosten arbeitende Konkurrenz jedoch nicht verdrängen sollte. Das Gehalt der Verkäufer hing allerdings von einem höheren Basispreis und der Absatzmenge ab[68].

b) Das Standardbeispiel für ein dem Marginalprinzip folgendes Denken bildet die kostenmäßige Preisuntergrenze[69]. Indes trifft die kurzfristige Preisuntergrenze in der Höhe der Grenzkosten bzw. durchschnittlichen variablen Kosten nur auf einen praktisch belanglosen Sonderfall zu: Sie gilt nur im Einproduktbetrieb, den es (abgesehen vom städtischen Wasserwerk) kaum gibt. Selbst hier muß ein Zusatzauftrag sich nachfragemäßig von allen anderen Aufträgen isolieren lassen; denn sonst kann es besser sein, auf diesen Auftrag zu verzichten, um nicht die gesamte Ertragslage zu ruinieren, weil auch andere Kunden Preisnachlässe fordern. Die praktisch bedeutsame Vielfalt unterschiedlicher Preisuntergrenzen je nach den Umweltbedingungen (Produktions- und Absatzverbund im Mehrverbundbetrieb, Liquiditätslage usw.) erörtern *C. E. Schulz* vor, *Fritz Schmidt* sowie *Hellauer* während der Weltwirtschaftskrise[70].

4. Das Vorstehende bietet Belege, weshalb es der neoklassischen Preistheorie nicht gelingt, die Höhe der Angebotspreise zu erklären; denn die Versuche, eine Vollkostenrechnung mit variablem Gewinnzuschlag als Anwendungsbeispiel für den Realismus der Marginalanalyse in Beschlag zu nehmen[71], lassen sich nicht aufrechterhalten, weil die ansatzweise Abschätzung

---

[67] *G. Paschke:* Selbstkostenberechnung und Buchführung für Ziegeleibetriebe. In: ZfhF, Jg. 3 (1908/09), S. 289 - 396, hier S. 290, Zitate S. 388, 390.

[68] Vgl. *Johnson / Kaplan* (Fn. 65), S. 77 - 79.

[69] Vgl. *Ernst Walb:* Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe. Berlin-Wien 1926, S. 424f.; *ders.:* Absatzstockung und Preispolitik. In: Betriebswirtschaftliche Rundschau, Jg. 1 (1924/25), S. 25 - 27, hier S. 26; *E. Schmalenbach:* Grundlagen der Selbstkostenrechnung und Preispolitik. 2. Aufl., Leipzig 1925, S. 47 - 51; *M. R. Lehmann:* Die industrielle Kalkulation. Berlin-Wien 1925, S. 111f.; *ders.:* Über Begriff und Aufgaben der Preiskalkulation. In: Betriebswirtschaftliche Rundschau, Jg. 3 (1926), S. 21 - 23.

[70] Vgl. *Carl-Ernst Schulz:* Das Problem der Preisuntergrenze. Berlin-Leipzig-Wien 1928; *F. Schmidt:* Kalkulation und Preispolitik. Berlin-Wien 1930, S. 129 - 135; sowie *Josef Hellauer:* Kalkulation in Handel und Industrie. Berlin-Wien 1931, S. 128 - 133, 143 - 145.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Nachfrageelastizität durch einen variablen Gewinnzuschlag keine Stütze für das Denken in Änderungen auf der Kostenseite darstellt.

Sowohl bei der Angebotspreiskalkulation für Auftragsproduktion als auch für einen „anonymen" Markt läßt sich die unternehmerische Kostenrechnung zur Angebotspreisbildung nicht als Alternativkalkül im Sinne rationaler Wirtschaftsrechnung deuten. Die Angebotspreiskalkulation als Marktinformation (Preissignal), z.B. um bei einer ehrlichen Ausschreibung berücksichtigt zu werden, einen Kunden zu einem näheren Verkaufsgespräch zu bewegen oder als Anreiz für einen Nachfrager, den Laden zu betreten, ist vielmehr

(a) eine Vorschaurechnung als Bestandteil einer Prognose über einen bestimmten Deckungsbeitrag (Gesamtkostendeckung einschließlich Gewinn) einer Produktart – diese Sichtweise prägte die Angebotspreiskalkulation in Wirtschaftszweigen, die nicht staatlichen Preisregulierungen unterworfen waren, bis ins erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, – oder

(b) eine Vorschaurechnung über die Höhe eines Stückgewinns, *falls sich bestimmte Erwartungen über Absatzmengen realisieren.* Dieses Denken entwickelte sich erst, nachdem aus Deckungsbeiträgen der Reproduktionsaufwand für Sachkapital ausgesondert ist und Perioden- sowie Stückgewinne berechnet werden. Die Notwendigkeit zur Perioden- und Stückgewinnermittlung ergab sich zunächst aus einzelnen Dividenden- und Preisregulierungen (z.B. für Eisenbahn-AGs ab 1826), später aus der Gewinnbesteuerung. Zwar entwickelten Ingenieur- und Buchhaltungsschriftsteller Techniken zur Vollkostenrechnung mit Verteilung sämtlicher Gemeinkosten auf einzelne Produktarten und Produktmengen teils zeitgleich. Aber vor dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts sahen nur größere Unternehmungen Anlaß, den damit verbundenen Erfassungsaufwand in Kauf zu nehmen.

Die Annahme rationaler Wirtschaftsrechnung und damit das meiste an Aussagen der neoklassischen Preistheorie geht für eine Theorie der Wirtschaftssysteme schon deshalb fehl, weil, bevor Grenznutzendenken und Neoklassik Unternehmern gelehrt wurden, diese Konstrukte von ihnen nicht angewendet werden konnten. Bei den Versuchen zur Anwendung theoretischer Sätze über wirtschaftliche Optima bewährten sich diese Konstrukte allenfalls bedingt, weil sie Unsicherheit und Ungleichverteilung des Wissens ausklammerten –

[71] Vgl. dazu *Fritz Machlup:* Marginal Analysis and Empirical Research. In: The American Economic Review, Vol. 36 (1946), S. 519 - 554; *R. A. Gordon:* Short-Period Price Determination in Theory and Practice. In: The American Economic Review, Vol. 38 (1948), S. 265 - 288; *James S. Earley:* Recent Developments in Cost Accounting and the „Marginal Analysis". In: The Journal of Political Economy, Vol. 63 (1955), S. 227 - 242; sowie *Erich Schneider:* Der Realismus der Marginalanalyse in der Preistheorie. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 73 (1954), S. 38 - 58, hier S. 52f.; *Karl Christian Kuhlo:* Eine Analyse des Vollkostenprinzips. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 75 (1955), S. 137 - 195.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

also jene Erfahrungssachverhalte, unter denen Wettbewerb erst möglich und Organisationsaufgaben in Wirtschaftssystemen vordringlich werden. Unternehmer im Wettbewerb verfügen nicht über die wissensmäßigen Vorbedingungen für eine Optimumbestimmung, wie sie die Rationalitätsannahmen der Volkswirtschaftstheorie unterstellen.

III. Verfügungsmacht und Preiskalkulation zum Zwecke der Rechenschaft und Motivation

a) Die Unvermeidbarkeit einer Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht in allen arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen

Jede arbeitsteilige Wirtschaft hat zur Folge, daß einzelne Menschen im Auftrage anderer Menschen handeln. Damit ist in allen arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen eine Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht an Produktionsmitteln erzwungen:

1. Im Staatssozialismus liegt das Eigentum beim Gemeinwesen: Die Betriebe sind „volkseigen", die Verfügungsmacht besitzt jedoch die Staatsführung. Als eine Ursache für das Scheitern des realen Sozialismus hat sich herausgestellt, daß die beauftragten Funktionäre als Agents des Principals „Volk" nicht im Sinne ihrer Beauftragung gehandelt haben, sondern vor allem ihre Kaste „sozialistische Funktionäre" bereicherten.

Sozialistische Theoretiker wird dieser Tatbestand wenig beeindrucken, denn sie haben von vornherein verkündet: Kommunismus verlange einen anderen, nicht egoistischen Menschentyp: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwickelung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"[72]. „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Theilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit, verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden ... erst dann kann ... die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen!"[73].

Bedauerlicherweise wurde versäumt zu erläutern, wie in der Übergangsphase, nachdem das Proletariat seine politische Herrschaft dazu benutzt hat, „alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herr-

---

[72] *Karl Marx, Friedrich Engels:* Das Kommunistische Manifest (1848). 8. Ausgabe, Berlin 1918, S. 45.

[73] *Karl Marx:* Kritik des Gothaer Programms (1875). In: Karl Marx, Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Bd. 25, Berlin 1985, S. 3 - 25, hier S. 15.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren"[74], die Menschen beschaffen sein müssen, durch deren Handeln das als herrschende Klasse organisierte Proletariat über die Produktions- und Lebensmittel verfügt.

Das System papierener Anweisungen für die „gesellschaftlichen Konsumtionsvorräte" (Fn. 9) ist mit dem hehren Grundsatz „Jedem nach seinen Bedürfnissen" unvereinbar, wenn die Anweisungen nicht zirkulieren, also nicht getauscht werden, da die „freie Entwickelung eines jeden" mit der Annahme identischer Bedürfnisse in Widerspruch steht. In einer frühen Kritik wies schon *Brutzkus* darauf hin: „Wenn aber eine Organisation der Verteilung den Bedürfnissen der einzelnen Persönlichkeiten, aus denen die Gesellschaft besteht, nicht Rechnung trägt, so ist es gleichbedeutend einer Produktivitätsminderung"[75].

Marx äußert mit dem Ausschluß der papierenen Anweisungen für geleistete Arbeit als Zirkulationsmittel ähnlichen Unfug wie zu Beginn des „Kapitals", wo kompliziertere Arbeit (also auch die Kompositionstätigkeit Mozarts oder die Theorienbildung Marxens) „nur als *potenzierte* oder vielmehr *multiplizierte* einfache Arbeit" gilt, für das „ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacherer Arbeit" ist. „Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung"[76]. Wie sich der „Warenwert, worin sich ein Arbeitstag vergegenständlicht," eines komponierenden Mozarts durch die Erfahrung (und d.h. wohl durch Wiederholung derselben Komposition durch andere) auf einfache Arbeit quantitativ reduzieren soll, bleibt ungeklärt. Sogar für dispositive Tätigkeiten ist das Problem geleugnet worden: Bei *Kautsky* wird das Gehalt des Betriebsleiters zum Mehrwert gezählt[77]. Diese dispositive Arbeit schaffe keinen „Wert", sondern sei Teil der Ausbeutung des Arbeiters. Wenn dies zutrifft, so ist auch in der Übergangsphase des Sozialismus zum Kommunismus hin, für welche die Arbeitswertlehre noch zutrifft, zu schließen: Auch die Tätigkeit der Staatsfunktionäre schafft schon vom theoretischen Ansatz her keinen „Wert", sondern ist Teil der Ausbeutung des Arbeiters. Viele im realen Sozialismus Lebende haben das auch so empfunden.

2. Kennzeichnend für die unvermeidbare Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist, daß zu einer Marktwirtschaft ein Kapitalmarkt gehört. Auf dem Kapitalmarkt (verstanden als Inbegriff sämtlicher Finanzmärkte) werden Geld oder bei weiter Fassung auch Sacheinlagen gegen Ansprüche auf künftige Einnahmen gehandelt. Dabei

---

[74] *Marx, Engels:* Kommunistisches Manifest (Fn. 72), S. 44.

[75] *Boris Brutzkus:* Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin 1928, S. 69.

[76] *Marx:* Das Kapital, Bd. I (Fn. 8), S. 59.

[77] Vgl. *Karl Kautsky:* Das Erfurter Programm. 17. Aufl., Stuttgart-Berlin 1922 (Nachdruck 1964), S. 78.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hängt die Höhe der künftigen Auszahlungsansprüche entweder vertraglich vom Ergebnis des Wirtschaftens ab („Restbetragsansprüche"[78]) oder ist vertraglich vom Ergebnis unabhängig („Festbetragsansprüche"). Restbetragsansprüche, also insbesondere Anteilsrechte in Form von Aktien, sind das Standardbeispiel für eine Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht.

Aus der Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht folgen Informationsnachteile für den Auftraggeber und ein Spielraum des Beauftragten, gegen die Interessen des Auftraggebers zu handeln. Diese Gefahren sind seit langem bekannt[79]. Doch versäumt wurde, in den Mittelpunkt der Wirtschaftstheorie die Frage zu stellen, wie dem Problem begegnet werden kann, daß in allen arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen eine Trennung von Auftraggeber und Beauftragten erzwungen ist.

3. Ob die Beauftragten, welche die Verfügungsmacht ausüben, im Interesse ihrer Auftraggeber handeln: Dieses Principal-Agent-Problem wird somit zur Kernfrage einer jeden arbeitsteiligen Wirtschaft. Jede Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht legt die Entwicklung von Institutionen nahe, durch die Eigentümer Rechenschaft über die ihr Eigentum betreffenden Handlungen des Verfügungsberechtigten erlangen. Rechenschaft geben heißt, nachprüfbares Wissen liefern über die Erfüllung von Aufgaben. Rechenschaft sicherzustellen, ist eine Aufgabe bei Vertragsgestaltungen, durch die Principal-Agent-Probleme (z. B. die Nachteile eines Auftraggebers aus denkbaren verborgenen Handlungen des Beauftragten) verringert werden sollen.

Ein Weg, um nachprüfbares Wissen zu liefern, besteht in Messungen, d. h. in strukturgleichen Abbildungen empirischer Sachverhalte in Zahlen. In jeder Organisationsform einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist ein solches Rechnungswesen zum Zwecke der Rechenschaft (auch vor sich selbst) unverzichtbar. Es muß vor jedem Versuch zu einem zweckrationalen Kalkül über Alternativen, also einer Wirtschaftsrechnung, bestehen, weil nur Rechnungslegung näherungsweise Wissen zu erlangen erlaubt, über das, was ist. Dieses Wissen ist Voraussetzung für das Bemühen um vernünftige Erwartungen. Ohne vernünftig begründete Erwartungen über die Folgen aus diesem oder jenem Daten- und Handlungsbündel verliert Wirtschaftsrechnung als nutzenmaximierendes Alternativkalkül ihren Sinn. Die Planwirtschaft des realen Sozialismus ist

---

[78] Vgl. zur Terminologie *Wolfgang Stützel:* Die Aktie und die volkswirtschaftliche Risiko-Allokation. In: Geld und Versicherung, hrsg. von M. Jung u. a., Karlsruhe 1981, S. 193 - 211, hier S. 208.

[79] Neben den bekannten Klagen von *Adam Smith:* An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. London 1776; deutsch: Der Wohlstand der Nationen, übersetzt von H. C. Recktenwald, München 1974, S. 496 - 541 (über die Direktoren der Ostindischen Kompanie), sei nur auf *Thünen* verwiesen, vgl. *Johann Heinrich von Thünen:* Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. 2. Aufl., Erster Teil, Rostock 1842, Zweiter Teil, Rostock 1850 (Nachdruck Jena 1921); hier zweiter Theil, S. 481 - 483.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht erst am Problem der Wirtschaftsrechnung, sondern schon an der Vorstufe „Rechnungslegung" gescheitert.

b) Preiskalkulation zur Planerfüllung als unzulängliche Rechenschaft im realen Sozialismus

*Marx*sche Lehre und real-sozialistische Praxis offenbaren zum Rechnungswesen ein widersprüchliches Verhältnis, dessen Ursache vor allem Unkenntnis über die Bestimmungsgründe des Wirtschaftens einzelner Menschen und daraus folgend über die Zwecke eines Rechnungswesens sein dürfte:

„Die Buchführung als Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des [Produktions-]Prozesses wird um so notwendiger, je mehr der Prozeß auf gesellschaftlicher Stufenleiter vorgeht und den rein individuellen Charakter verliert; also notwendiger in der kapitalistischen Produktion als in der zersplitterten des Handwerks- und Bauernbetriebs, notwendiger bei gemeinschaftlicher Produktion als bei kapitalistischer. Die Kosten der Buchführung reduzieren sich aber mit der Konzentration der Produktion und je mehr sie sich in gesellschaftliche Buchführung verwandelt"[80].

Der letzte Satz ist nicht schlüssig: Zum ersten steigen die Aufgaben einer rechnerischen Dokumentation und Kontrolle durch wachsende Betriebsgrößen bis hin zur gesellschaftlichen Produktion. Zum zweiten wachsen die Aufgaben einer Vorschaurechnung durch Zusammenfassung einzelwirtschaftlicher Pläne, die schließlich bei dezentralisierter Entscheidungsfindung unterbleiben kann, da die einzelnen Wirtschaftenden ihre spekulativen Entscheidungen an Beschaffungs- und Absatzmärkten ausrichten. Zum dritten verlangt eine gesellschaftliche Buchführung, wenn ihr zugleich die Aufgabe einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Planungsrechnung aufgeladen wird, zahlreiche Versuchs- und Irrtumsrechnungen zur Anpassung der Produktion an die Konsumwünsche. Deren Problem ist das Sammeln und Eingeben der sich ändernden Daten[81] – ein Problem, das bei marktwirtschaftlicher Organisation entfällt.

Angeblich, um der Unwissenschaftlichkeit utopischer Sozialisten zu entgehen, hatte *Marx* seine Gläubigen darauf eingeschworen, nicht die Realisierung des Sozialismus vorauszuplanen: Sie durften nur „den Sozialismus preisen, jedoch über ihn nicht nachdenken"[82]. *Kautsky* versuchte 1902 zaghaft einen ersten Ansatz zur Zentralplanung, wobei er seine Überlegungen mit denen

---

[80] *Marx:* Das Kapital, Bd. 2 (Fn. 9), S. 137.

[81] Aufgrund der Datenverarbeitung jedoch nicht mehr zusätzlich die Rechnungsweise, wie Hayek noch 1982 glaubte, vgl. *F. A. Hayek:* To Pages of Fiction. The Impossibility of Socialist Calculation. In: The Journal of Economic Affairs, Vol. 2, Nr. 3 (April 1982), S. 135 - 142, hier S. 139.

[82] *Mises:* Neue Beiträge (Fn. 10), S. 488.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Physikern verglich, welche die Fallgesetze im luftleeren Raum untersuchten[83]. Noch 1922 rechtfertigte er sich gegen den möglichen Vorwurf des Utopismus[84].

Tatsächlich wurden die Schwierigkeiten einer grundlegenden Umstellung der Wirtschaftsordnung und die einer volkswirtschaftlichen Planwirtschaft hoffnungslos unterschätzt. Erstmals wird dies offenkundig durch die Abwendung *Lenins* von der Naturalrechnung und der Abschaffung des Geldes, zu der ihn die Katastrophe seiner ersten Wirtschaftspolitik nach der Oktober-Revolution veranlaßte: Die „Organisation der Rechnungsführung und der Kontrolle sowohl in den Betrieben, in denen die Kapitalisten bereits expropriiert sind, als auch in allen übrigen Betrieben" sei die dringendste Aufgabe, wozu die bürgerliche Buchführung wieder eingeführt und deshalb sogar bürgerliche Kaufleute übergangshalber in Gnaden wieder aufgenommen werden sollten[85].

Sprüche, wie „Sozialismus ist vor allen Dingen Rechnungslegung"[86], täuschen über den Machtwillen herrschender Funktionäre. Von Unkenntnis über die Eignung von Statistiken zur Einsicht in die Notwendigkeit bei den einzelnen Wirtschaftenden zeugen Sätze, wie: Man müsse Statistik „in die Massen tragen, popularisieren, damit die Werktätigen allmählich selbst verstehen und sehen lernen, wie und wieviel man arbeiten muß, wie und wieviel man sich erholen kann"[87].

Der reale Sozialismus hat in den folgenden 70 Jahren das Gegenteil dieser Absichten verwirklicht. Fälschungen oder zumindest Nicht-Veröffentlichungen wurden zum Grundsatz der Staats- und Wirtschaftsräson. Für den einzelnen Werktätigen blieb die Einsicht: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

Zwar bestand z. B. in der ehemaligen DDR die Planabstimmung zwischen Ministerien, Werksleitungen und Werktätigen im letzten Jahrzehnt nicht mehr nur darin, „wie die zentral vorgegebenen Planaufgaben ... am besten erfüllt und überboten werden können ... Überbietungen werden den zentralen Organen in sogenannten Gegenplänen mitgeteilt"[88]. Aber ausschlaggebend blieben Natural-Kennziffern, nicht finanzielle Kennziffern, wie Preise.

---

[83] Vgl. *Kautsky:* Die Soziale Revolution (Fn. 13), S. 69.

[84] Vgl. *Karl Kautsky:* Die proletarische Revolution und ihr Programm. Stuttgart-Berlin 1922, S. VIf.

[85] *W. I. Lenin:* Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Berlin 1918, 9. Aufl., Berlin 1970, S. 51, 54.

[86] *Wladimir Iljitsch Lenin:* Für und Wider die Bürokratie. Schriften und Briefe 1917 - 1923, hrsg. von G. Hillmann, Reinbek 1970, S. 10.

[87] *Lenin:* Die nächsten Aufgaben (Fn. 85), S. 68.

[88] *Katharina Belwe:* Mitwirkung im Industriebetrieb der DDR. Opladen 1979, S. 130.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Preis war im realen Sozialismus der DDR ein den Betrieben im Plan vorgegebenes Datum, nicht das Resultat deren wirtschaftlicher Bewertung[89]. Angebotspreiskalkulationen dienten (außer im Export) nicht dazu, ein Signal für einen Absatzwunsch zu setzen. Natürlich hing dies damit zusammen, daß die Preise z.B. von Konsumgütern durch Subventionen künstlich niedrig gehalten wurden. Der Hinweis, daß 100 DM Ausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln 84 DM zusätzliche Subventionen auslösten, mag genügen[90].

Selbst soweit den Kombinaten im letzten Jahrzehnt eine selbständige Preisermittlung erlaubt war, ähnelte das Preisbildungsschema nur äußerlich einer westlichen industriellen Zuschlagskalkulation[91]; denn die Begriffsinhalte und die Zurechnungs-(Schlüsselungs-)Techniken wichen im einzelnen erheblich ab. Hinsichtlich der Kostenarten durften einerseits nur „gesellschaftlich notwendige" Kosten kalkuliert werden: Verschnitt, Fehlzeiten usw. waren nicht Kostenbestandteil. Andererseits wurden Plangrößen, z.B. für die Heizung, aus dem Vorjahr übernommen. Wenn der letzte Winter sehr kalt war, wurde der Planansatz auch in einem milden Winter verbraucht, weil der nächste Winter ja wieder kälter werden könnte. Wenn ein solcher im Plan enthaltener Kostenansatz anstelle der Istkosten die Handlungen lenkt, werden Verschwendungen vorprogrammiert. Verheerend wirkte dies, weil zusätzlich die Betriebe eine bestimmte Beschäftigtenzahl halten mußten, um eine faktische Arbeitslosenquote nicht offenkundig werden zu lassen. Aus solchen Gegebenheiten entstand mitunter zusätzlich der Zwang, durch Umbenennung von Sachverhalten Kosten zur gesellschaftlichen Notwendigkeit zu erklären, die in Wirklichkeit nur Unwirtschaftlichkeiten verbargen.

Zudem wurden öffentliche Abgaben in Form von „Beiträgen zu gesellschaftlichen Fonds" in Höhe von etwa 70% des Lohnfonds erhoben und Plangewinne vorgeschrieben, die zu erreichen und an den Staat abzuführen waren. In der Sache waren diese Plangewinne eine Sollertragsteuer, d.h. eine unter Effizienzgesichtspunkten überaus zweifelhafte Abgabenform.

Zwar wurde verkündet: Die Kostenrechnung hätte zu berichten, wie genau die Preise kalkuliert waren und welche Abweichungen zwischen Soll und Ist sich ergeben[92]. Nur zwang die Realität zu ganz anderem Handeln. Als allge-

---

[89] So z.B. die ehemalige Direktorin der Preisabteilung von VEB Carl Zeiss Jena *Susanne Knoll:* Preisarbeit fördert Intensivierung zur entschiedenen Kostensenkung. In: Sozialistische Finanzwirtschaft, Jg. 36 (1982), Heft 1, S. 19f.

[90] Vgl. *Walter Halbritter:* Die Preispolitik des sozialistischen Staates bei der Verwirklichung des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Sozialistische Finanzwirtschaft, Jg. 43 (1989), Heft 5, S. 5 - 8, hier S. 8.

[91] Vgl. z.B. Arbeitsmaterial über preisrechtliche Bestimmungen zur Industriepreisbildung. In: Sozialistische Finanzwirtschaft, Jg. 40 (1986), Heft 4, S. A1 - A16, Heft 5, S. A17 - A32.

[92] Vgl. z.B. *Christian Hengst, Jenny Handke:* Kosten- und Preisanalysen bewähren sich für erzeugnisbezogene Kostenarbeit. In: Sozialistische Finanzwirtschaft, Jg. 43 (1989), Heft 3, S. 9f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meiner Führungsgrundsatz in sozialistischen Betrieben galt: Der Plan muß erfüllt werden, und das Rechnungswesen dient dem Zweck der Planerfüllung, nicht der Wirtschaftlichkeitskontrolle.

c) *Offene Probleme interner Verrechnungspreise in einzelwirtschaftlichen Hierarchien*

Zu den einzelwirtschaftlichen Hierarchien zählen die von *Marx* wohlwollend betrachtete „ländlich patriarchalische Industrie einer Bauernfamilie"[93] ebenso wie der multinationale Konzern heute, der sich bei der Steuerung seiner Produktionstätigkeiten möglicherweise nur noch graduell von einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft unterscheidet, die in Außenhandel einbezogen ist und bedingte Freiheit in der Konsum- und Berufswahl kennt. Der Hinweis auf die landwirtschaftliche Produktion erfolgt nicht von ungefähr, denn die Schwierigkeiten der Verrechnung innerbetrieblicher Leistungen bei Kuppelproduktion werden erstmals im Spätkameralismus an dem etwas anrüchigen Beispiel der „Bilanzirung der Miststätte" erläutert[94].

Das Problem einer unternehmensinternen Lenkung knapper Mittel durch Verrechnungspreise wird in der „Wirtschaftsrechnung im Sozialismus"-Debatte bei *Mises* als geringfügig hingestellt: Schwierig sei die Verteilung von „Generalunkosten, Amortisationsraten: Doch alle derartigen Fehler können innerhalb gewisser enger Grenzen gehalten werden, so daß sie das Gesamtergebnis der Rechnung nicht stören"[95].

Wenn mit Vollkosten gerechnet wird, wie *Mises* unterstellt, führt die Unmöglichkeit einer verursachungsgemäßen Verteilung der „Generalunkosten, Amortisationsraten" in Mehrproduktbetrieben sehr häufig zu Fehlentscheidungen über die Ausdehnung oder Einschränkung der Produktion bei den einzelnen Produktarten. *Schmalenbach* hatte in seiner Habilitationsschrift gefordert, Verrechnungspreise in Höhe der Grenzkosten (bei unterstelltem ertragsgesetzlichem Kostenverlauf) zu setzen, später erweiterte er: Soweit keine Engpässe bestehen, sind als interne Verrechnungspreise zur Produktionssteuerung die Grenzkosten zu wählen, bei Engpässen der Grenznutzen[96].

---

[93] *Marx:* Das Kapital, Bd. 1 (Fn. 8), S. 92.

[94] Vgl. *Johann Freyherr von Puteani:* Grundsätze des allgemeinen Rechnungswesens, mit Anwendung auf alle Vermögens= und Gewerbsverhältnisse des bürgerlichen Lebens, insbesondere auf Landwirthschaft, Handlung und Staatswirthschaft. Wien 1818, S. 139f.

[95] *Mises:* Die Wirtschaftsrechnung (Fn. 10), S. 104.

[96] *E. Schmalenbach:* Ueber Verrechnungspreise. In: ZfhF, Jg. 3 09), S. 165 - 185, bes. 180 - 184; *ders.:* Selbstkostenrechnung. In: ZfhF, Jg. 13 (1919), S. 257 - 299, 321 - 356, bes. S. 279f., 322 - 324; sowie *ders.:* Pretiale Wirtschaftslenkung. Bd. II: Pretiale Lenkung des Betriebes. Bremen-Horn 1948, bes. S. 49 - 52.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dieses Vorgehen eignet sich freilich nur für zentrale Planung, und hierbei spielt für die interne Produktionssteuerung die Verteilung von „Generalunkosten, Amortisationsraten" keine Rolle. *Von Stackelberg* bewies in seiner Dissertation für den Fall sinkender Preisabsatzfunktionen die Richtigkeit von *Schmalenbachs* Überlegungen[97].

Marschak behauptet: „Daß die interne ... Ver- und Berechnung der Produktionsergebnisse der einzelnen Stufen innerhalb eines ‚Konzerns' ohne Hilfe eines Zwischenproduktmarktes möglich, ja vorteilhaft ist, dürfte klar sein"[98]. Dies trifft zum einen deshalb nicht zu, weil die Frage „Selbsterstellung oder Fremdbezug?" sich zumindest bei jeder Organisation stellt, die Entscheidungen auf Geschäftssparten und Abteilungen (Produktionsstufen) delegiert. Zum anderen übersieht *Marschak,* daß eine innerbetriebliche Erfolgsrechnung für Geschäftssparten oder einzelne Produktionsbetriebe (Kostenstellen), um Mitarbeiter zu motivieren, eine Erlöszurechnung voraussetzt. Will man dabei willkürliche Annahmen vermeiden, wird auf Preise aus Zwischenproduktmärkten zurückzugreifen sein, soweit solche bestehen. Allerdings ist ein Rückgriff auf Zwischenproduktpreise nicht unkorrigiert möglich, da Vertriebskosten entfallen und regelmäßig der Leistungsverbund zwischen den einzelnen Produktionsstufen und den Hilfsbetrieben (z. B. einer zentralen Datenverarbeitung) unternehmensspezifisch ausgerichtet ist. Korrekturen der Marktpreise öffnen rechnerische Gestaltungsmöglichkeiten, die verzerrend wirken können, vom Erfassungsaufwand ganz zu schweigen.

Die Verwendung von Grenzkosten als innerbetriebliche Verrechnungspreise ist zwar für die Produktionssteuerung bei zentraler Organisation geeignet. Sie verhindert eine Demotivation von Mitarbeitern insoweit, als sich variable Kosten auf die von dem einzelnen Abteilungsleiter beeinflußbaren Kosten beschränken. Praktisch schwer lösbare Meßprobleme entstehen aus den Abweichungen zwischen Grenzkosten im Sinne der Theorie und Einzelkosten für einzelne Leistungen im Sinne ihrer praktischen Erfaßbarkeit je Stück oder Auftrag. Selbst wenn davon abgesehen wird, sind drei Voraussetzungen für die Zweckmäßigkeit einer Einzelkostenrechnung für innerbetriebliche Leistungen zu beachten:

1. Die Kapazitäten dürfen nicht voll ausgelastet sein (auf diese Voraussetzung wurde schon im Text zu Fn. 96 hingewiesen),
2. Das Rechnen mit Grenzkosten ist nur korrekt, wenn
   a) finanzielle Ziele verfolgt und hierbei Optimierungsrechnungen zwischen Handlungsalternativen bei gegebenen Kapazitäten erstellt werden sollen und

---

[97] Vgl. *Heinrich von Stackelberg:* Grundlagen einer reinen Kostentheorie. Wien 1932, S. 69 - 74.

[98] *Marschak* (Fn. 15), S. 515.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Entscheidungen unter angenommener Planungssicherheit oder bei risikoneutralem Verhalten fallen. Fixe Kosten werden auch bei kurzfristigen Entscheidungen dann entscheidungsrelevant, wenn der Entscheidende dem Risiko abgeneigt ist (von dem abstrusen Sonderfall absolut gleichbleibender Risikoabneigung abgesehen[99]).

3. Der Erfassungsaufwand darf nicht schon den Verzicht auf eine Einzelkostenverrechnung für innerbetriebliche Leistungen nahelegen.

Die gängige Praxis beschränkt sich auf eine Vollkostenkalkulation, die häufig noch darunter leidet, daß in „kalkulatorischen" Kostenarten Gewinne versteckt sind. Aus dem Wunsch, Controlling-Verfahren für alle Zwecke des Rechnungswesens über ein „integriertes" Steuerungsinstrument aufzubauen, werden vielfach interne Verrechnungspreise gebildet, die weit über vergleichbaren Marktpreisen liegen (ein Beispiel aus der Praxis: Für Einladungen ins Casino eines Unternehmens wird der Kostenstellenleiter mit fast dem dreifachen Preis belastet, der in einem Lokal mit gleicher Essenqualität zu zahlen wäre).

Folge solcher Vollkostenverrechnungspreise sind mitunter erhebliche Abweichungen zwischen angemeldeter Planbeschäftigung und tatsächlich in Anspruch genommenen innerbetrieblichen Leistungen, z. B. ergaben sich in der Informatikabteilung eines Unternehmens Abweichungen bis zu plus 800 % und Unterschreitungen bis auf weniger als 5 %. Ursache für derartige Abweichungen ist zum einen, daß die Beanspruchung bestimmter abrufbedingter Dienstleistungen, für die Kapazitäten vorgehalten werden müssen, schlecht planbar ist (z. B. der nach einem Vorwurf der Patentrechtsverletzung einsetzende Hochdruck, unter dem Teile der Forschungs- und Entwicklungsabteilung arbeiten müssen). Ein Grund für ein Überschreiten dürfte zum anderen das Fortschreiben früherer Anmeldungen sein, obwohl sich die Anforderungen geändert haben. Ursache für die Unterschreitungen ist häufig der Wunsch, wenigstens in der Planung „Kosten einzusparen" und so zunächst einen günstigen Eindruck zu erwecken.

Verbesserungsvorschläge aus der Betriebswirtschaftslehre der letzten zwei Jahrzehnte sind überwiegend nicht verwirklicht worden, weil sie dazu zwängen, nach den unterschiedlichen internen Rechnungszwecken zu differenzieren. Zu solchen Verbesserungsvorschlägen zählen:

a) Dem innerbetriebliche Leistungen Beanspruchenden werden zu Beginn einer zu planenden Periode nebeneinander in Rechnung gestellt sowohl die Einzelkosten für die Planbeschäftigung als auch die *geplanten* anteiligen Gemeinkosten. Durch die zweizeilige Vorgabe würde für die Weiterver-

---

[99] Vgl. *Michael Rothschild, Joseph E. Stiglitz:* Increasing Risk II: It's Economic Consequences. In: Journal of Economic Theory, Vol. 3 (1971), S. 66 - 84, hier S. 82f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rechnung zur Angebotspreiskalkulation usw. eine Fehlinformation vermieden: Für innerbetriebliche Aufträge zusätzlich anfallende Kosten werden von der statistischen Verteilung von Fixkosten getrennt ausgewiesen[100].

b) Nur die Fixkosten der *geplanten* Kapazitätsauslastung zu Beginn einer Periode werden der Leistungen beanspruchenden Kostenstelle vorgegeben, auf eine Einzelverrechnung der Istbeschäftigung wird verzichtet, weil eine der tatsächlichen Kapazitätsauslastung folgende statistische Verteilung fixer Kosten keinen Informationsgehalt hat und nur den Erfassungsaufwand erhöht[101].

c) Kostenmäßige Anreize zur Planerfüllung sind einzubauen, z.B. durch Zusatzbelastungen jener Abteilungen, die ihre angemeldete Planbeschäftigung für innerbetriebliche Leistungen überschreiten; ein dadurch entstehender Verrechnungsmehrbetrag ist jenen Kostenstellen gutzuschreiben, die ihre angemeldete Planbeschäftigung für innerbetriebliche Leistungen auch einhalten[102].

Diese knappe Skizze, wie innerbetriebliche Leistungen in Großunternehmen verrechnet werden[103], belegt, daß eine signifikant bessere Lösung des Problems, über Verrechnungspreise in Großunternehmungen zu steuern, gegenüber einer Zentralverwaltungswirtschaft kaum bewiesen werden kann. Die ausschlaggebenden Unterschiede zu sozialistischem Rechnungswesen folgen nicht aus einer Lenkung über Verrechnungspreise, sondern

- aus dem ideologiefreieren und durch Gegenmacht kontrollierten Informationsfluß,
- aus der Sorgfalt, die auf Koordinationsprobleme bei der Planaufstellung verwandt wird, und vor allem
- aus der raschen Revision bei Datenänderungen, zu der Unternehmungsleitungen geschult sind, weil ihr Handlungsspielraum in Beschaffungs- und Absatzmärkte eingezwängt ist, und
- weil Unternehmungsleitungen häufiger und mit weniger Manipulationsspielraum Rechenschaft über ihre Anpassungsfähigkeit geben müssen als sozialistische Staatsfunktionäre.

---

[100] Vgl. *W. Kilger:* Die Aufgabe von Konzernverrechnungspreisen in der Planung und im Rechnungswesen. In: Wolfsburger Fachgespräch 6, Wolfsburg 1984, S. 56, 60f.

[101] Vgl. *O. H. Pönsgen:* Geschäftsbereichsorganisation. Opladen 1973, S. 527 - 530.

[102] Es handelt sich um eine sehr vereinfachte Variante von *Martin L. Weitzman:* The new Soviet incentive model. In: The Bell Journal of Economics, Vol. 7 (1976), S. 251 - 257; im formalen Ansatz erweitert bei *Andreas Pfingsten:* Der Einsatz von monetären Anreizsystemen in der Planung. In: ZfB, Jg. 59 (1989), S. 1285 - 1296.

[103] Vgl. näher *Dieter Schneider:* Versagen des Controlling durch eine überholte Kostenrechnung. In: Der Betrieb, Jg. 44 (1991), S. 765 - 772; für die amerikanische Praxis *Robert G. Eccles:* The Transfer Pricing Problem. Theory for Practice. Lexington 1985, S. 40 - 49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es sind Nicht-Preis-Organisationsregeln, die eine höhere wirtschaftliche Effizienz in Großunternehmungen gegenüber sozialistischen Wirtschaftssystemen sicherstellen.

IV. Lenkung über Preise als Rechtfertigung von Privateigentum an Produktionsmitteln?

Die Ausgangsbehauptung von *Mises:* „Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft"[104], war durch die Fehlvorstellung vom Wirtschaften als rationalem Disponieren über knappe Mittel, die verschiedenen Zwecken dienen können, bedingt. Diese Behauptung erledigt sich mit dem Nachweis, daß unter Unsicherheit und Ungleichverteilung des Wissens (als den Erfahrungstatbeständen, unter denen Wettbewerb stattfindet) von Nutzenmaximierung als Verhaltensannahme nicht gesprochen werden kann. Der Anspruch, mit der Lenkung über den Preis ließe sich Privateigentum an Produktionsmitteln als überlegene Organisationsform rechtfertigen, läßt sich nicht aufrechterhalten. Für *Mises* ist menschliches Handeln a priori rational[105] und erzwingt damit bei wirtschaftlichem Handeln Fragen der Wirtschaftsrechnung. Für *Hayek* bezieht sich die Gleichgewichtsanalyse mit ihrer Implikation rationaler Wirtschaftsrechnung ebenfalls auf das Handeln des einzelnen[106]. Beide haben durch die Voraussetzung rationaler Wirtschaftsrechnung beim einzelnen die Notwendigkeit des Privateigentums gerade nicht bewiesen; denn in allen arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen ist Auftragshandeln mit der Folge einer Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht erzwungen. Die damit aufgeworfenen Probleme sind gerade nicht durch nutzenmaximierende Alternativkalküle, sondern wegen der einzelwirtschaftlichen Informationsprobleme nur über andere Formen des Rechnungswesens zu mildern: durch Rechenschaft über Rechnungslegung, um

a) verborgene Handlungen (moral hazard) der Beauftragten zu erkennen und
b) um Wissen zu erlangen, das ein Verbergen von Informationen (adverse selection) begrenzt.

Selbst wer noch dem Glauben anhängt, über Wettbewerbsprozesse würde eine Tendenz zum Gleichgewicht hin verwirklicht, wird heute nicht mehr die Aussage aufrechterhalten können, daß Marktpreise die einzigen Informatio-

---

[104] *Mises:* Die Wirtschaftsrechnung (Fn. 10), S. 100.

[105] Vgl. *Ludwig von Mises:* Human Action. London-Edinburgh-Glasgow 1949, S. 18; sinngleich schon *ders.:* Die Gemeinwirtschaft (Fn. 11), S. 90f.

Vgl. zu dessen Methodologie und zur Benutzung des Rationalprinzips in der Wirtschaftstheorie allgemein *Bruce J. Caldwell:* Beyond Positivism: Economic Methodology in the Twentieth Century. London-Boston-Sydney 1982, S. 117 - 138, 146 - 172.

[106] Vgl. *F. A. von Hayek:* Economics and Knowledge. In: Economica, Vol. 4 (1937), S. 33 - 54, hier S. 35 - 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen sind, die hierfür benötigt werden[107]. Der zusätzliche Verweis auf eine Information über Mengen[108] genügt nicht; denn es bedarf zumindest auch der Kenntnis über Qualitäten und der Möglichkeiten diese zu verändern. Das Wissen um die gesamte Organisation der Marktzufuhr, insbesondere die Organisation der Produktion in einzelwirtschaftlichen Hierarchien, und die Organisation des gesamten Marktprozesses (die institutionellen Regelungen auf Beschaffungs- und Absatzmärkten) sind für den „Use of Knowledge in Society" erforderlich, um einen Abbau der Ungleichverteilung des Wissens durch Wettbewerb zu verwirklichen[109].

Das Wissen über die institutionellen Bedingungen ist vor allem deshalb nötig, um die unerwünschten Folgen aus Auftragshandeln (verborgene Handlungen und Informationen) zu begrenzen, z. B. in marktwirtschaftlichen Systemen Märkte zur Unternehmungskontrolle zu installieren und jene Regulierungen zur Gewinnermittlung und Ergebnisverwendung zu verbessern, die nach der heutigen Kapitalmarktverfassung das Verbergen tatsächlich erzielter Gewinne und Verluste erlauben. War bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts die Hoffnung, daß verwirklichte Gewinne Nachahmer anlocken, schon deshalb Fiktion, weil keiner wußte, wie Reingewinn zu berechnen sei (Fn. 65), so versandet die Hoffnung noch heute, weil die Gewinne möglichen Nachahmern wie Geldgebern weitgehend unbekannt bleiben[110].

Die Rechtfertigung des Privateigentums an Produktionsmitteln gegenüber dem Gemeineigentum läßt sich nicht aus der Metapher „Lenkung über Preise" herleiten. Sie folgt aus der Tatsache, daß für die Rechenschaftserfordernisse, wie sie die Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht erzwingt, bei Privateigentum wenigstens Kontrollinstrumente bekannt sind und teilweise greifen. Gemeineigentum an Produktionsmitteln ermöglicht, wie sowohl der reale Sozialismus als auch die Erfahrungen mit sich gemeinwirtschaftlich nennenden Unternehmungen in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt haben[111], regelmäßig erst dann die Verfilzung der Interessen zwischen auftraggebenden Funktionären und beauftragten Funktionären aufzudecken, wenn der wirtschaftliche Ruin offenkundig geworden ist.

---

107 Wie *F. A. Hayek:* The Use of Knowledge in Society. In: The American Economic Review, Vol. 35 (1945), S. 519 - 530, hier S. 527; *Israel M. Kirzner:* Perception, Opportunity, and Profit. Chicago-London 1979, S. 13 - 33.

108 Vgl. *Kenneth J. Arrow:* Limited Knowledge and Economic Analysis. In: The American Economic Review, Vol. 64 (1974), S. 1 - 10.

109 Ähnlich *Gerald P. O'Driscoll, Jr., Mario J. Rizzo:* The Economics of Time and Ignorance. Oxford-New York 1985, S. 106.

110 Worauf Thomas Leslie schon 1879 hinwies, vgl. *T. E. C. Leslie:* The Known and the Unknown in the Economic World. In: Fortnightly Review, Vol. 31 (1879), S. 934 - 949, insbes. S. 939f.

111 Vgl. *Dieter Schneider:* Die Entwicklung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 37 (1992), im Druck.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wissenschaftsgeschichtlich erscheint ab dem Niedergang der Kameralwissenschaft und dem Aufstieg klassischer Nationalökonomie die Geringschätzung des Privatwirtschaftlichen (der Bestimmungsgründe einzelwirtschaftlichen Handelns, ihrer Organisations- und Kontrollprobleme) gegenüber dem Volkswirtschaftlichen, das „aus einem höheren Standpunkte die wirthschaftlichen Angelegenheiten betrachtet"[112], als eine der Ursachen für das traumtänzerische Abstraktionsniveau, mit dem sowohl *Marx* und seine Anhänger als auch Marktwirtschaftler durch das Postulat rationaler Wirtschaftsrechnung Grundsatzprobleme der Wirtschaftsordnung und der Veränderung von Wirtschaftssystemen erörterten. Sie versäumten damit, jene Schwierigkeiten zu erkennen und zu untersuchen, die aus Auftragshandeln erwachsen: dem Kernproblem für die Organisation der gesellschaftlichen Produktions- und Konsumverhältnisse schlechthin.

[112] *Karl Heinrich Rau:* Ueber die Kameralwissenschaft. Heidelberg 1823, S. 26.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-47535-3 | Generated on 2025-09-12 16:47:57
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/